

Tristan Abromeit, 31535 Neustadt, Gorch-Fock-Weg 3

An die
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001¹

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Und wenn wir auch alle „vom Vergangenen leben“, so besteht doch die Gefahr, daß wir „am Vergangenen zu Grunde gehen“ (Goethe). Freilich, diese veralteten Ideologien sind auch Instrumente in der Hand bestimmter Gruppen von Funktionären im Kampf um die Macht und in der Verteidigung ihrer Machpositionen.
Walter Eucken

Aus: Wettbewerb - Monopol und Unternehmer, 1953, Seite 9

1. Abschnitt

1. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Oktober 1999 habe ich an den inzwischen zurückgetretenen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski als Offenen Brief den Teil 1 von *Agenda Niedersachsen 2001* gesandt, genauer im Landtag für ihn abgegeben (und den Vorgang später vorsichtshalber wiederholt). Er bestand aus je einem Heft „Brief“, 65 Seiten und „Anhang“, 82 Seiten. Die Fraktionen des Landtages habe ich ebenfalls bedient. Ich habe nicht einmal eine Eingangsbestätigung erhalten. Die Politik kann offensichtlich nicht mehr auf Argumente reagieren, sondern nur noch kreischen, wenn Bürgerohnmacht sich mit Mord und Bomben Luft verschafft.

Der Teil 1 handelt **„Von der Notwendigkeit, unsere Gesellschaft neu zu strukturieren und der Vorarbeit dazu, nämlich eine offene Diskussion über unsere vorhandene und anzustrebende rechtliche und reale Verfassung und der Möglichkeit des Ministerpräsidenten, diesen Erneuerungsprozeß einzuleiten.“**

Als zweiten Teil habe ich damals angekündigt: **„Wurde das Elend des ausgehenden 20. Jahrhunderts durch das Elend in den Gesellschaftswissenschaften produziert? Sind die Ökonomen die eigentlichen Eichmänner? Kann der Ministerpräsident bei knapper Haushaltslage daran etwas ändern?“**

¹ Der Offene Brief und die dazugehörige Dokumentation wurden im Zeitraum Februar - April gefertigt.

Auf die Fragen in dieser Ankündigung gehe ich im vorliegenden zweiten Teil auch ein, aber erst später. Ich verstehe diesen hier vorliegenden Offenen Brief als selbständigen Teil. Es erfolgen nur wenige Verweise auf den ersten Teil *Agenda Niedersachsen 2001*. Thematische Überschneidungen sind dabei möglich. Wenn sich Widersprüche ergeben, dann zeigt das nur, daß ich nicht über den Dingen stehe, sondern nur im Strudel des Stromes der Zeit versuche, denkend den Überblick zu erlangen und zu behalten, um meine individuelle und unsere gesellschaftliche Position benennen zu können. Die Positionsbestimmung ist aber nicht ein einmaliger Vorgang, sondern für alle, die sich zielgerichtet bewegen wollen, eine fortwährende Notwendigkeit.

2. Ein neuer Ministerpräsident verändert die Situation unwesentlich

Den ersten Teil - von dem ich nochmals ein Exemplar dem Landtag < als Druckvorlage in Originalgröße > zustelle - habe ich wie folgt eingeleitet:

Sehr geehrter Herr Glogowski,

die Bilder von Ihnen, die mir die Presse fast täglich ins Haus bringt, zeigen mir einen mir sympathischen Menschen, der nicht ohne Ausstrahlung ist. Aber wie schnell das Strahlen zur Maske werden kann, konnte man an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht beobachten. Und wenn es Ihrem Vorgänger und Parteigenossen, Gerhard Schröder nicht gelungen wäre, Bundeskanzler zu werden, würde er als politischer Stern (von dem man nicht weiß, ob er Mond oder Sonne ist) sehr schnell verblaßt und wohl ohne Chance für eine weitere Amtsperiode als Ministerpräsident (MP) sein. So wie die politische Landschaft nun mal ist, läßt das MP-Amt auch Amtsinhaber mit guten Voraussetzungen doch bald verblassen; allenfalls kann man Aufmerksamkeit erzeugen, wenn man eine scharfe Zunge hat wie der bayrische MP Edmund Stoiber oder - für kurze Zeit - wenn man zur Bundespolitik der eigenen Partei auf Gegenkurs geht wie die Wahlverlierer vom 5. 9. 99, die Ministerpräsidenten Klimmt und Stolpe. Für den Fall, daß Sie auch für die nächste Wahlperiode das MP-Amt anstreben: Warum sollte man Sie wiederwählen, wenn Sie sich nicht über die Rolle des glanzlosen Landes(schulden)verwalters hinaus entwickeln und in die Realpolitik, die die Menschen bedrückt und die Demokratie zu ersticken droht, etwas Neues einbringen?

Wie Ihnen aus erster Quelle bekannt ist, ist Gerhard Glogowski, der auf der Akademie für Wirtschaft und Akademie in Hamburg Mitte der 60er Jahre mein Kommilitone war, als Ministerpräsident zurückgetreten. Mir ist also mein Erstempfänger meines ersten Teils *Agenda ...* in der Funktion als Ministerpräsident abhanden gekommen, nicht aber die Mitleser - in erster

Linie Sie als Mitglieder des Niedersächsischen Landtages -, die bei einem Offenen Brief wenigstens genauso wichtig sind wie der bzw. die Hauptempfänger. Übrigens hat ein Bekannter spöttisch bemerkt: Ich hätte wohl prophetische Gaben. Nein, die habe ich nicht. Ich versuche nur die Fakten zu deuten. Und diese sind für den neuen Ministerpräsidenten nicht wesentlich besser und wären nach der nächsten - vielleicht für die CDU erfolgreichen - Wahl auch für Christian Wulff nicht besser. Unter den gegebenen Bedingungen ist es fast egal, wer den Ministerpräsidenten spielt und welche Partei im Landtag die Regierung stellt. Daran ändert auch nichts, daß „Gabriels Bekanntheit wächst und wächst“. (HAZ 4./5. 11. 2000) Er hat vielleicht den Vorteil, daß er der SPD und ihrem Umfeld persönlich nicht so viel zu verdanken hat wie Gerhard Glogowki und daher gegenüber seiner Partei distanzierter Politik machen kann. Aber im Modell des *Sozialdemokratismus*, des intensiven, regellosen *Staatsinterventionismus*, dem alle Parteien mit kleinen Varianten anhängen, hat er höchsten die Chance als Sprücheklopfer in die Niedersächsische Geschichte einzugehen.

3. Das politische Profil Niedersachsens ist so flach wie die Marsch

Nach seinem USA-Besuch - so meldete die HAZ - habe MP Gabriel seine Verwunderung darüber geäußert, daß Niedersachsen nur einen minimalen Bekanntheitsgrad in den USA hätte. Warum soll man in den USA auch Niedersachsen kennen, wo dessen politisches Profil so flach ist die Marsch zwischen Weser und Ems? Dieser Brief ist der erneute Versuch, eine Änderung zu provozieren. Georg Christopf Lichtenberg sagte:

„Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber soviel kann ich sagen, es muß anders werden, wenn es gut werden soll.“ (Die Quelle habe ich leider nicht notiert.) Das Vertrackte an meiner Situation als Schreiber ist, daß ich durchaus phantastisch anmutende Entwicklungsmöglichkeiten für Niedersachsen, für die Republik, für Europa und die Welt sehe, aber gleichzeitig ahne, daß die reale Entwicklung auf die nächste Weltkriegskatastrophe zusteuert, weil die Politiker Politik machen müssen und keine Zeit haben Probleme zu lösen. Die Menschen werden sich - diesmal wirklich weltweit - gegenseitig wieder totschiessen (Es muß doch noch eine Steigerung geben!), in der Erschöpfung wieder rufen „Nie wieder Krieg!“ und einen neuen Schuldigen definieren, damit man dort weitermachen kann, wo man vor dem dann statt gefundenen Gemetzel aufgehört hat. Nun, es muß auch nicht gleich ein „Weltschlacht-Fest“² initiiert werden, kontinentale, nationale und regionale Gemetzel schaffen - wie nach dem zweiten Weltkrieg geschehen - ja auch vorübergehend

² An die Massenhafte Tötung von Klautieren als Versuch der Bewältigung von BSE und Maul- und Klauenseuche (oder doch nur als willkommener Anlaß der „Marktberreinigung“ ?) habe bei der Formulierung nicht gedacht.

Entlastung. Die Frage ist nur immer wieder: Entlastung von was und für wen? Ich will damit keine Verschwörungstheorie referieren und auch nicht sagen, daß wir einem unabwendbaren Schicksal ausgeliefert sind. Auch wird ja immer gesagt, daß sich die Geschichte nicht wiederholt. Nur die gleichen Ursachen bewirken bei gleichen Bedingungen die gleiche Wirkung.

4. Wehrt Euch

Am 23. 12. 2000 ist der Astrophysiker und Schriftsteller Peter Kafka gestorben. Auf der Todesnachricht steht eine Aussage von ihm:

„Leisten sie Widerstand! Schämen sie sich nicht, über Dinge mitzureden, die sie nicht ganz verstehen! Alles Wesentliche ist nicht verstanden!“

Dies will ich auch als meinen Auftrag und mein Motto verstehen. Ich werde im Anhang, in der Abteilung *Dokumentation* einen Text oder zwei von Peter Kafka wiedergeben, der jene nachdenklich machen kann, die sich noch das Nachdenken erlauben, erlauben können.

5. .. nach gründlicher Debatte

Die Erinnerung daran, daß ich einen zweiten Teil des Glogowski-Briefes im Oktober 1999 angekündigt habe, wurde durch die Schlagzeile in der HAZ vom 25. August 2000 ausgelöst: „Schulreform erst nach gründlicher Debatte“. Ich habe mich damals gefragt: Sollte es entgegen aller Erfahrung möglich sein, daß in diesem Land, in dieser Republik ein gesellschaftliches Problemfeld wirklich sachlich, gründlich, öffentlich und allgemein diskutiert wird? Es wäre dies das erste Mal - eine Art Wunder. Die Devise von Parlamenten und Regierungen scheint oder ist (?) doch: „Laßt alle Erfahrung und Erkenntnisse der Vergangenheit unberücksichtigt. Wir dürfen die Kette der Fehlentscheidungen nicht reißen lassen, damit wir morgen auch noch unserer staatsmännische (-frauliche) Arbeit nachgehen können.“

6. Seid bereit!

Ich erinnerte mich so dunkel an eine Geschichte aus der Bibel, wo es um das Bereitsein geht? War ich bereit, in das Thema einzusteigen, wenn sich die Gelegenheit dazu böte? Aber das Bereitsein alleine genügt wiederum auch nicht. Als die DDR begann, sich zu wandeln und dann aufzulösen war ich bereit, in das Thema einzusteigen und ich bin eingestiegen, aber ohne Zugang zu den Massenmedien und bei Abweichung der eigenen Spurbreite von der Partei-schiene ist ein solches Bereitsein so wirkungsvoll wie ein Nichtbereitsein.

Es kommen andere Schwierigkeiten hinzu: Zu vielen Frauen wird auch heute noch gesagt: „Laß doch die Politik - Du bewirkst doch nichts! - Kümmere Dich um den Kochtopf und die

Kinder!“ Mir als Hausmann wird das gleiche gesagt: Es zeigt sich hier, daß der einfache Rollentausch von Mann und Frau in dieser Beziehung nichts bringt. Ich denke, nur zum Teil können solche Zurechtweisungen auf ein verquereres Rollenverständnis zurückgeführt werden. Der ökonomische Druck in seiner zeitlichen und finanziellen Dimension zwingt die Familien zu einer engen Begrenzung der außerfamiliären Aktivitäten. In diesen Tagen tönt von verschiedener Seite, wie wichtig doch die ehrenamtliche Tätigkeit sei und man müsse über Aufwandsentschädigungen nachdenken. Das ist in der Zielrichtung richtig, vom Lösungsweg her gesehen falsch. Wenn den Menschen die Luft zum sozialen und kulturellen Atmen gelassen bzw. gegeben wird, dann atmen sie von ganz alleine. Der Bürger, die Bürgerin, wenn sie sich realisieren - benötigen kein Beatmungsgerät. Das Hindernis ist nicht der fehlende gute Wille, sondern eine verfehlte Politik für fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Und wenn die Politik doch etwas Lobenswertes produziert, dann ist das so wie ein Heftpflaster für einen offenen Beinbruch.

7. Über die Schwierigkeit der thematischen Eingrenzung / Charles Reich

Und dann kamen aus mir selbst heraus weitere Einwände gegen erneute Einmischungsversuche meinerseits: Kann man eine Diskussion der Bildungspolitik überhaupt an dem Thema Orientierungsstufe aufhängen? Muß nicht die ganze Bandbreite von Erziehung bzw. Nichterziehung bis zur Hochschule und darüber hinaus zum lebenslangem Lernen einbezogen werden? Aber selbst die ganze Bandbreite der Bildungspolitik schien mir mutlos machend auch noch zu eng zu sein. Aus der Erinnerung tauchte der Buchtitel „Die Welt wird jung“ (The Greening of Amerika) von Charles Reich in mir auf. Ich habe das Buch Anfang der 70er Jahre im Amerikahaus in Hannover ausgeliehen und gelesen. Bewußt war mir nur noch, daß Charles Reich Klage erhob, daß die USA (Ende der 60er Jahre) wie ein Konzern geführt würde. Da ich nun wissen wollte, warum mir mein Gedächtnis das Buch im Zusammenhang mit der Bildungspolitik ins Bewußtsein gehoben hat, habe ich es mir besorgt und noch einmal gelesen. Vielleicht weil das Buch schon 1970 in Amerika veröffentlicht wurde, ist es gerade wegen der bundesrepublikanischen Verzögerung der gesellschaftlichen Entwicklung für unsere Verhältnisse heute hoch aktuell. - Wenn es keine amerikanische Revolution gegeben hat, wie sie Reich erwartet hat, dann mag es daran liegen, daß die von ihm beschriebenen gesellschaftlichen Bewußtseinsformen nur unterschiedliche Lebensgefühle waren. Lebensgefühle können nun zwar die Antriebe für gesellschaftliche Änderungen liefern, sie können aber keine neuen und besseren Strukturen bilden, dazu gehört nun wirklich ein Bewußtsein über Ursachen, Wirkungen und Lösungen des Kapitalismusproblems. Marx braucht man auch heu-

te nicht zu verstecken, er ist dabei aber nur eine ganz bedingte Hilfe. Das was Reich - hier immer der Charles, später will ich auch noch den Wilhelm einbringen - zur Bildung und Schule sagt, will ich nicht zitieren, jedenfalls nicht hier. Uns soll hier die gesamtgesellschaftliche Kritik interessieren. Reich leitet das erste Kapitel „Die kommende amerikanische Revolution“ wie folgt ein:

Die vereinigten Staaten von Amerika bringen nicht nur den Menschen anderer Länder Tod und Verderben, sondern auch dem eigenen Volk. Dieser Ansicht sind heute die gedankenreichsten und leidenschaftlichsten Vertreter der amerikanischen Jugend von Kalifornien bis Connecticut. Und diese Einsicht ist nicht auf die neue Generation beschränkt; man spreche nur mit einem Dorfschullehrer in Mendocino, einem Richter in Washington, einer Hausfrau aus Belmont in Massachusetts oder einem Rancher in den Bergwäldern von Washington Cascades. Wir halten unser Amerika zwar für ein unglaublich reiches Land, fangen aber langsam an zu erkennen, daß es auch ein verzweifelt armes Land ist - arm an Dingen, die von der Menschheit zu allen Zeiten als wahre Werte geschätzt worden sind.

Ich habe mich gefragt, ob die Goethe-Institute in ihren Leihbüchereien auch Bücher mit solchen selbstkritischen Einstellungen deutscher Schriftsteller stehen haben. Auf Seite 22 heißt es dann:

In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hat sich diese Kombination von einem anachronistisch-mythischen und hartherzig-unmenschlichen Bewußtsein, das vom Maschinenrationalismus des *Corporations-Staates* beherrscht ist, als hochgradig unfähig erwiesen, jenen immensen technisierten und organisierten Apparat, den Amerika geschaffen hat, zu handhaben, zu lenken oder zu kontrollieren. So wuchs dieser Machtapparat zu einem sinnlosen Moloch heran, der die Umwelt zerstört, die menschlichen Werte erniedrigt sowie Leben und Denken der ihm Unterworfenen beherrscht. Der sozialen Ungerechtigkeit und der Ausbeutung des neunzehnten Jahrhunderts hat der heutige *Corporations-Staat* Entpersönlichung, Bedeutungslosigkeit und Unterdrückung hinzugefügt, bis er schließlich jeglichen Sinn und jegliches Leben zu zerstören drohte.

In einer Fußnote heißt es dann:

„Corporations-Staat: der total verwaltete Staat; die englische Bezeichnung corporate state geht auf corporation (großes Wirtschaftsunternehmen, Konzern) zurück und weist auf die tragende Rolle und die Machtposition dieser Unternehmungen in einem derartigen Staatswesen hin.“ Der Begriff ist also nicht vom *Korporativismus*, der politisch-sozialen Theorie mit ökonomischer Komponente, abgeleitet.

Weil mir während des Lesens einmal mehr der Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Bildungssystem und dem polit-ökonomischen Gesamtsystem bewußt wurde, wurde mir auch klar, warum mir bei dem Stichwort *Schulreform* der Autor Charles Reich im Kopf herumspukte. Reich war Professor der Rechte.

8. Seneca und die Mitscherlichs

Da das Thema Politik in sich die Gefahr trägt, ständig auszuufern, war immer noch in mir die Vorstellung vorhanden, ich müsse mich auf das Thema Bildung beschränken, wenn ich mich überhaupt wirksam äußern wolle. Mit diesem Vorsatz im Kopf, dachte ich, man müsse mit dem Teil der Bildung anfangen, der vorschulisch und außerschulisch im elterlichen Umfeld

geprägt wird. Ich entsann mich, daß ich in den fünfziger Jahren in das Seneca Brevier „Mächtiger als das Schicksal“ gelesen habe. (Das der Verfasser Wolfgang Schumacher heißt, wußte ich nicht mehr.) Ich erinnerte mich aber, daß Seneca vor über 2000 Jahren geschrieben hat, daß 2000 Jahre vor ihm auch schon geklagt wurde, daß die Jugend verdorben sei. Diese Aussage wollte ich im Zusammenhang nochmals nachlesen, um mich und andere zur Gelassenheit bei dem Thema zu raten. Ich habe die Stelle aber nicht gefunden. Aber ich fand u.a. folgende Aussage von Seneca:

Wenn der Staat so verdorben ist, daß ihm nicht mehr geholfen werden kann, wenn die minderwertigen Elemente die Oberhand gewonnen haben, dann wird sich der Weise nicht mehr unnützlich anstrengen und noch seine Kräfte ohne zweckvolle Wirkung verschwenden. (S. XV)

Nun stand und stehe ich vor der Frage: Wenn ich mich einmische, bin ich dann noch nicht weise genug oder ist unser Staat - den ich entgegen dem Schein für erstarrt halte - noch nicht verdorben genug? Die Frage muß offen bleiben.

Auf dem Weg zu Seneca sind meine Augen bei Alexander und Margarete Mitscherlich - das heißt bei Ihrem Buch „Die Unfähigkeit zu trauern“ - hängen geblieben. Dieses Buch ist ja auch nicht uninteressant für das Thema. Es folgte ein schnelles und doch Zeit raubendes Überfliegen des Textes, um die Erinnerung an den Inhalt zu reaktivieren, Die Folge: Wieder wurde ich aus der selbstgewollten Themenbegrenzung herausgeworfen. Schon in der Einleitung stehen Sätze, die ich zitieren muß:

Von allen Staatsformen gewährt die parlamentarische Demokratie ihren Mitgliedern das größte verbriefteste Recht auf individuelle Freiheit. In der Tat und Wahrheit ist der Spielraum nicht groß. Es kann deshalb nicht als Ausdruck eines ängstlichen Pessimismus gedeutet werden, wenn man sich um den Fortbestand dieses Wenigen Sorge macht. Denn offenbar fällt es unvergleichlich schwerer, eine kollektive Lebensform zu erreichen, welche Gedankenfreiheit gewährt - als Basis jeder Freiheitserfahrung -, als diese Freiheit wieder zu verlieren.“ ...

„Gibt es neben unserem Streben nach Reichtum auch ein neuerdings erwachtes nach Freiheit? Mehrt oder mindert sich die Toleranz, abweichende Meinungen - auch solche, die uns ärgern - zu ertragen und zu achten? Ist Gedankenfreiheit für die Bürger unseres Landes zur unabdingbaren Forderung an ihre Gesellschaft geworden? Mit anderen Worten: Wird diese Freiheit lebendig empfunden, oder ist sie ein günstiger Zufall, der wie in der Weimarer Republik wieder rasch verloren gehen könnte? Das sind Fragen nach der Stabilität des Bewußtseins der Vielen, welche unsere Öffentlichkeit ausmachen. ...

Wo Gedankenfreiheit nicht fortwährend kritisch herausgefordert wird, ist sie in Gefahr, wieder zu verlöschen. Denn sie ist an den schwächsten Teil unserer seelischen Organisation, an unser kritisches Denkvermögen, geknüpft. (S. 7 und 8)

Manche Bücher wollen einfach nicht veralten, weil unsere Gesellschaft nicht bereit oder nicht fähig ist - was in der Wirkung aufs gleiche hinausläuft -, aus ihnen zu lernen. Ich will noch drei Zitate aus diesem Buch bringen, um dann den eigenen roten Faden weiter zu verfolgen:

Für alle Länder, die vom Prozeß der Industrialisierung ergriffen wurden, wird die fatale Frage immer drängender, wie man politisches Engagement der Massen gerade an den Prozessen erreichen könnte, die über ihr Fortleben und die Art ihres Zusammenlebens entscheiden, auf die sie aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwindende Möglichkeiten des Einflusses haben. Denn die Vorgänge der Konzentration der Macht an wenigen Orten, die höchst vermittelte Einflußmöglichkeit vielseitig abhängiger Spezialisten schließen aus anderen Gründen als in der Vergangenheit, aber ebenso

wirkungsvoll die Massen von den politisch wirklich bedeutenden Entscheidungen aus. Die Verhärtung in nationalistischer Selbstbezogenheit hat hierin eine ihrer Wurzeln. ...

Aus einer unter dem Nationalsozialismus rückschrittlich aggressiven wandelten wir uns, was den Phänotypus betrifft, in eine apolitisch konservative Nation. Das ist relativ leicht darstellbar am Mangel an Neugier. Psychologisches Interesse für die Motive, die uns zu Anhängern eines Führers werden ließen, der uns zur größten materiellen und moralischen Katastrophe unserer Geschichte führte - was mit Vernunft betrachtet das brennendste aller Erkenntnisprobleme sein müßte -, haben wir nur wenig entwickelt und uns auch nur wenig für die Neuordnung unserer Gesellschaft interessiert.“ ...

„Die Restitution der Wirtschaft war unser Lieblingskind; die Errichtung eines demokratischen Staatsgebäudes hingegen begann mit dem Oktroi der Sieger, und wir wissen heute nicht, welche Staatsform wir selbst spontan nach dem Kollaps der Naziherrschaft gewählt hätten; wahrscheinlich eine ähnlich gemildert autoritäre von Anfang an, wie sie sich heute aus den demokratischen Grundlagen - die wir schrittweise bis zur Großen Koalition hin aufgeben - entwickelt haben. Es ist nicht so, daß man den demokratischen Staatsgedanken ablehnte wie weitgehend während der Weimarer Republik. Man kann aber auch wenig mit ihm anfangen, weil man ihn, psychologisch gesprochen, nicht libidinös zu besetzen versteht. Es ist kein spannendes Spiel der Alternativen, das in unserem Parlament ausgetragen würde, wir benützen diesen Staat als Instrument für Wohlstand - kaum der Erkenntnisproduktion; entsprechend drängen sich nur wenig politisch schöpferische Talente in die Ämter. ... (S. 18 und 19)

9. Die Fülle der Information ohne Handlungsperspektive kann erdrücken

Wer wie ich einen Gedanken zu Papier bringen möchte, aber aus verschiedenen Gründen nicht gleich dazu kommt und dann noch die Tagespresse mit einbezieht, kommt leicht unter Druck, weil die Fülle der Nachrichten und Kommentare, die zu berücksichtigen wären, einen zu erdrücken drohen. „Medien und Wirklichkeit - Die Herausforderung des Individuums im Informationszeitalter“ heißt das Generalthema der Ausgabe der Vierteljahreshefte „Das Gespräch aus der Ferne“, Ausgabe Nr. 345. Ich will dieses Thema nicht auch noch aufgreifen, mir geht es nur um einen bestimmten Aspekt. Günter Geschke zitiert in seinem Beitrag „Schöne neue Welt oder Albtraum? - Wenn das Medium die Wirklichkeit verdrängt“ folgende Sätze: „Seit du weggefahren bist, lese ich keine Zeitung mehr ... Zuerst fühlte ich mich ohne Zeitung etwas unwohl, doch dann hat sich das Unbehagen nach und nach in Erleichterung verwandelt. Daraufhin habe ich mich an *Isac Singers* Vater erinnert. Von allen Gewohnheiten des modernen Menschen, sagte er, ist das Lesen von Tageszeitungen eine der schlechtesten. Morgens, in dem Augenblick, in dem die Seele am offensten ist, ergießt sich so das ganze Übel, das die Welt am Tage zuvor, hervorgebracht hat, in sie hinein. Zu seiner Zeit genügte es, keine Zeitung zu lesen, um sich zu retten, heute ist es nicht mehr möglich; da ist das Radio, das Fernsehen, es reicht, sie eine Sekunde einzuschalten, und schon hat das Übel uns erreicht, dringt in uns ein.“

Die Zeitungen vermitteln uns zu recht (manchmal sicher auch mit der Zielsetzung der Manipulation) das Bild, daß die Welt nicht in Ordnung und die Politik ziellos ist. Wenn nun aber die Menschen wahrnehmen, daß sich die Übel vermehren, die Nachrichtenvermittler dem Leser aber keinen Durchblick ermöglichen und auch nicht über tragfähige Problemlösungen und Leitideen berichten können oder wollen und nicht zeigen wollen oder können, wo der einzelne Bürger ganz persönlich seinen Beitrag für eine bessere Welt leisten kann, dann setzt

Resignation und Mutlosigkeit ein, die wiederum Ohnmachtsgefühle erzeugen. Der weitere Schritt ist dann, daß BürgerInnen anfällig werden für eine starke Frau oder einen starken Mann, bei der bzw. bei dem man dann seine Ohnmachtsgefühle abladen und für die eigene Hoffnung, die zu verdorren droht, Wasser schöpfen kann. Oder es kommt eben zur Freisetzung destruktiver Aggressionen wie im politischen Terrorismus, durch rüpelhaftes Verhalten im Straßenverkehr und verdeckte Verweigerung oder sogar versteckte Sabotage am Arbeitsplatz.

10. Das isolierte Denken führt leicht zum Unsinn

Ein weiser Mensch hat gesagt, daß es erstaunlich wäre, was kluge Menschen für ein Unsinn denken könnten, wenn sie lange genug nur für sich alleine denken würden. Nun halte ich mich nicht für besonders klug; meine Klugheit reicht nur soweit, daß ich verstehen kann, was der Satz meint „Ich weiß, daß ich nichts weiß!“. Die Überprüfung der eigenen Gedanken an den Gedanken anderer ist aber auch für mich nützlich. Dieser Überprüfungsvorgang kann nun Gesprächsweise erfolgen oder an Hand von Literatur. Die gesprächsweise Überprüfung hat den Nachteil, daß sie den für das Schreiben notwendigen aufgestauten Mitteilungsdrang abbaut und somit den Drang, sich schriftlich zu äußern, eliminiert. Die Überprüfung an Hand schriftlicher Quellen hat den Vorteil, daß man Autoren zitieren kann, die dem Leser bekannt sind. Dies kann für jene eine Hilfe sein, die sich in ihrem Urteil über das von ihnen Gelesene unsicher sind und Autoritäten als geistige Krückstöcke benötigen.

Aber wo sollte ich mit der Überprüfung meiner eigenen Gedanken anfangen. Es gibt sicher hunderte von Veröffentlichungen über Erziehung, Bildung und Schule. Auch in unserem Bücherschrank sind einige Titel zu finden. Wann und wie gut sie durchgearbeitet wurden, ist eine andere Frage.

11. Anregung für Parlamentarier,

die sich nur in den Grenzen etablierter Bildungspolitik auskennen

Ich nenne zur Anregung jener Mitglieder des Landtages, die über die Bildungspolitik entscheiden, aber eigentlich zum Inhalt von Bildungsprozessen keinen Bezug haben, einige Titel ohne Rangfolge und ohne repräsentativen Anspruch :

Makarenko - Eine Auswahl, Der Weg ins Leben von Makarenko / Wir hatten 60 Tage Zeit und Jahre voll offener Fragen, DNS - Das notwendige Seminar - Ein Versuch selbstorganisierten Lernens Bremer Studenten / Das kleine rote schülerbuch von Sören Hansen und Jesper Jensen / Die Kinderrepublik von Eberhard Möbius / Das Recht auf Ungezogenheit von

Johannes Beck u.a. / Die Familienerziehung von Mollenhauer u.a. / Waldorfschulen: angstfrei lernen, selbstbewußt handeln von Christoph Lindenberg / Die pädagogische Grundlage und Zielsetzung der Waldorfschule von Rudolf Steiner / pädagogische Texte mit Beispielen aus der praktischen Arbeit nach Freinet von Célestin Freinet / Erziehung in Sommerhill, das Prinzip Sommerhill: Fragen und Antworten, beide von A.S. Neil / Pädagogik der unterdrückten; Erziehung als Praxis der Freiheit; Dialog als Prinzip; alle drei Titel von Paulo Freire / Unser schönes neues Schulsystem von Hans-Eckbert Treu / Pestalozzi der Rebell von Bruno P. Schliephacke / Nach uns die Zukunft - von der positiven Subversion von Hans A. Pestalozzi (ein Nachfahr von Johann Heinrich P.) / Schul-Alternativen - Modelle anderer Schulwirklichkeit von Michael Behr und Werner Jeske / Überschaubare Schule von J. P. Vogel u.a. / Öffentliche Verantwortung und freie Initiative von Fr. Edding u.a. / Bildung ist kein Luxus von Hildegard Hamm-Brücher / Cuernavaca oder: Alternativen zur Schule; Die Wiederherstellung der Politik, beide von Hartmut von Hentig / Die Entfesselung der Kreativität - Das Menschenrecht auf Schulvermeidung von Bernd Bartmann u. a., Hrsg. Johannes Heimrath / Entschulung der Gesellschaft von Ivan Illich / oder auch Haken krümmt man beizeiten - Schultagebuch eines Vaters mit einem Vorwort von Hans A. Pestalozzi von Helmut Creutz, dem Autor von Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, neueste aktualisierte Ausgabe bei Econ.

12. Widerspruch bei Rousseau

Durch ein Gespräch im Radio N 3 in den letzten Tagen wurde ich auf den Widerspruch bei Jean-Jacques Rousseau zwischen seinem einflußreichen Erziehungsroman von 1762 „Emil, oder über die Erziehung“ und seinem Verhalten gegenüber seinen eigenen fünf Kindern, die er im Waisenhaus aufziehen ließ, aufmerksam. Aber vielleicht wäre *Emil* ... nie geschrieben worden, wenn Rousseau nicht selber ein unglückliche Kindheit gehabt hätte und er seine eigenen Kinder nicht abgeschoben hätte. („Ich bin das Prinzip, das Böses will und Gutes schafft!“)

13. Pädagogen mit dem Blick für die Gesellschaft

Es ist auch auffällig, daß Menschen, die sich die Erziehung oder die Schule in der Vergangenheit oder Gegenwart zum Thema wählten, sich meistens auch mit der Gesellschaft als ganzer auseinandergesetzt haben bzw. auseinandersetzen. Ein Beispiel: Ich habe willkürlich „Pestalozzi der Rebell“ von Schliephacke aufgeschlagen, erweise die Seite 39 und lese:

...“Zuchthäuser, Gefängnisse usw. sollen eine zurückführende Schule der verirrt Menschen sein, wo er bereits Einsichten und Rechttun üben kann; denn auch hier werden 'alle Fähigkeiten des Menschen

entwickelt durch das Mittel ihres Gebrauchs' und nicht durch gute Redensarten. So wird der große Menschenfreund der erste Kriminalpsychologe.

Statt immer nur neue Gesetzesparagrafen zu schaffen, mit denen man die 'Staatsmännerschlechtheit' oft nur verdecken wolle, fordert er die Schaffung wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse; denn 'der Mensch ist gut und will das Gute, er will aber zuallererst auch wohlsein.' Pestalozzi wußte nicht von dem bekannten Spruch des östlichen Weisen: Je mehr Gesetze im Land, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King.)“

Und der nächste Satz scheint mir auch noch erwähnenswert:

„Er war überhaupt erstaunlich wenig belesen, weil er aus dem unerschöpflichen Reichtum seines Inneren sprechen konnte, aber hier begegnet er sich mit den Großen aller Zeiten.“

14. Warum „profitiert“ die Politik nicht von so vielen klugen Menschen

Die Frage ist: Wie kommt es eigentlich, daß die Politik so wenig das Ringen um die bessere Schule widerspiegelt, daß sie so wenige Erkenntnisse in gesellschaftliches Handeln umsetzt? Ist es so, daß es keine Quintessenz der Bemühungen um Bildung und Erziehung gibt, die als Leitfaden der Politik dienen könnte? Oder ist es - da viele Hochschulabsolventen in der Politik tätig sind - so, daß die Studiengänge der Art sind, daß sie der Realisierung von Reformen, die ihren Namen verdienen, entgegen wirken? Oder liegt der Fehler in dem immer noch verbreiteten obrigkeitsstaatlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Denken? Der schweizerische Autor Friedrich Salzman ist bereits 1949 in seinem Buch „Bürger für die Gesetze - Darstellung des erziehenden Staates“ dieser Frage nachgegangen. Ich habe daraus ein Zitat von Friedrich von Schiller als Motto für die Thesen zur grünen Bildungspolitik übernommen. Dieses Zitat aus Schillers „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“ lautet in voller Länge:

„Lykurgus begriff wohl, dass es nicht damit getan sey, Gesetze für seine Mitbürger zu schaffen, er musste auch *Bürger für seine Gesetze* erschaffen. Der wichtigste Teil seiner Gesetzgebung war daher die Erziehung, und durch diese schloss er gleichsam den Kreis, in welchem der spartanische Staat sich um sich selbst bewegen sollte. Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung. - Sobald das Kind geboren war, gehörte es dem Staat. Vater und Mutter hatten es verloren. Es wurde von den Aeltesten besichtigt; wenn es stark und wohlgebildet war, übergab man es einer Wärterin. Sobald der Knabe das siebente Jahr erreicht hatte, wurde er ihnen genommen und mit Kindern seines Alters gemeinschaftlich erzogen, ernährt und unterrichtet. - Den jungen Spartanern war es verboten, sich zu schmücken, ausgenommen, wenn sie in das Treffen oder sonst eine grosse Gefahr gingen ...Es war gewiss ein feiner Kunstgriff des Gesetzgebers, etwas Lachendes oder Festliches mit Gelegenheiten der Gefahr zu verbinden und ihnen dadurch das Schreckliche zu benehmen. Er ging noch weiter. Er liess im Kriege von der strengen Disziplin etwas nach, die Lebensart war freier, und Vergehungen wurden weniger hart geahndet. Daher kam es, dass der Krieg allein den Spartanern eine Art von Erholung war, und dass sie sich darauf, wie auf eine fröhliche Gelegenheit, freuten. Rückte der Feind an, so liess der spartanische König das Castorische Lied anstimmen, die Soldaten rückten in festgeschlossenen Reihen unter Flötengesang vor und gingen freudig und unerschrocken, nach dem Klang der Musik, der Gefahr entgegen. -- Die Ruhmbegierde erhielt einen immerwährenden Sporn, der Nationalgeist unaufhörliche Nahrung; die Idee von Vaterland und vaterländischem Interesse verwuchs mit dem innigsten Leben aller seiner Bürger.“ (Bei Salzman S. 10.f. / Schiller lebte von 1759 bis 1805.)

Salzman sagt 1949, daß das Erziehungswesen des modernen Staates Lykurgus noch nicht überwunden hat. Und bei Ivan Illich ist wesentlich später zu lesen, daß die Bildungssysteme auf der ganzen Welt sich unabhängig von den Regierungssystemen gleichen. Also, was wir

vielleicht als demokratische Struktur der Schule empfinden, ist ein Selbstbetrug, ist nur Tünche.

15. Verhinderung von Freiheit durch Betrug und Selbstbetrug

Mit dem Betrug und Selbstbetrug, der nicht als solcher empfunden wird, befaßt sich ein anderes rund 500seitiges Werk. Der Verfasser ist Friedrich Hacker, der Titel lautet „Freiheit die sie meinen“. Ich fand das Buch im Zimmer meines jüngsten, 15jährigen Sohnes neben einem dreibändigen Lexikon des Aberglaubens und weiteren Titeln. Vergessen war mein Ärger über das Chaos in seinem Zimmer. Wissen muß man dazu noch, daß er aufgrund einer ausgeprägten Schreibschwäche den untersten Schulbildungsweg geht. Auf Nachfrage sagte er mir, daß ihm das Buch aufgrund einer Stichworteingabe vom Bibliotheks-Computer empfohlen worden sei. Friedrich Hacker konnte sein Werk 1978 bei Hoffmann und Campe erscheinen lassen. Ich zitiere aus der Einleitung:

„Heute können Menschen gezwungen oder manipuliert werden, das, was sie gemäß dem Willen ihrer Manipulateure und Zwingherren tun und unterlassen müssen, scheinbar freiwillig zu und zu unterlassen. Denn nicht nur äußeres Verhalten und innere Gedanken und Gefühle sind steuerungsfähig, sondern vor allem auch der in der intimsten Persönlichkeitssphäre angesiedelte freie Wille, das Erlebnis der Freiwilligkeit. Durch die totale Kontrolle einer totaler Institution kann auch der normale Erwachsene - zurückgeworfen auf ein frühkindliches Stadium äußerster Hilflosigkeit, nunmehr dem Kleinkind gleich, zu dem er reduziert wurde - erzogen, umerzogen, dressiert, trainiert und indoktriniert werden. Aus dieser meist nur allzu erfolgreichen 'Erziehungsperiode' geht ein gänzlich veränderter 'neuer' Mensch hervor, jemand, der glaubt und glauben muß, daß er frei wählt und will, was ihm tyrannisch eingegeben und eingeimpft wurde. Freiheit, die sie meinen und bewilligen und auferlegen, wird dann zur einzigen, die es gibt und geben darf.“ ... (S.9)

Hacker schreibt dann, daß er nicht von utopischen, in die Zukunft projizierten Schreckensvorstellungen rede. Er beschreibt dann ausführlich, wie und warum Menschen im Gefühl der Ausübung des eigenen Willens den Willen anderer erfüllen, sich lenken und ausbeuten lassen. Ich lasse jetzt noch einige Gedanken aus dem Schlußkapitel „Erkenntnis und Bekenntnis“ folgen. Seit 1978 hat sich die politische Landschaft wesentlich verändert, aber nicht oder nur sehr bedingt die Strukturen und Mächte, die uns in Unfreiheit halten. Weil wir zuwenig über die Bedingungen der Freiheit in der Vergangenheit nachgedacht haben, konnten wir uns im Schatten der größeren Unfreiheit wie frei fühlen. Als der Eiserne Vorhang sich zwischen Ost und West öffnete, waren wir als Berater in Sachen Freiheit untauglich, weil nicht vorbereitet. Wir haben den Samen der Unfreiheit gesät und kamen uns noch überlegen dabei vor. Aber wir werden ernten, was wir gesät haben. Aber nochmals zu Hacker und seinen Gedanken aus 1978.

„Noch immer oder schon wieder lebt der weitaus größte Teil der Weltbevölkerung unter Terrorregimes und in Polizeistaaten, die willkürliche Konfiskation und Deportation, Folter und legalisierten Mord als normale, alltägliche Methoden der Machtausübung ansehen. Totalitäre Abschließung und Terrordrohung, totalitäre Kontrolle aller Informationen und aller Interpretationen haben nach nur ganz

wenigen Generationen ihr Pflichten unter totalitärer Herrschaft erfüllt und, mit Ausnahme von einigen Abweichlern, den Untertanen passive Resignation, die Hinnahme des Systems oder sogar innere Zustimmung abgezwungen. Die von Rechtssubjekten zu Machtobjekten Erniedrigten haben gelernt, ihre Unterwerfung als ihre freie Willensentscheidung zu empfinden und zu verteidigen.

Die wenigen Dissidenten, die unter unterdrückenden Bedingungen nahezu unvorstellbare 'unvernünftige' Risiken auf sich nehmen, um ihre abweichende Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, gebührt uneingeschränkte Bewunderung. Doch sie widerlegen nicht die mit mathematischer Präzision vorhersehbare Wirksamkeit von Zwangs- und anderen totalitären Beeinflussungsmethoden.“ ... (S.441)

„Der Freiheitsverwirklichung widersetzen sich noch immer die unzähligen äußeren Hemmnisse und Hindernisse, die Ausbeutungsabsicht, das Machtstreben und die Herrschaftsgelüste der anderen. Es kam uns daher vor allem auf Hinweise und Beweise an, wie und mit welchen vorhersehbaren Resultaten Freiwilligkeit manipuliert und erzwungen, und der freie Wille, falls er als existent angenommen wird, solange gesteuert und erzeugt wird, bis er seine eigene Vernichtung als seine Verwirklichung erkennt und 'frei wählt'. Als Freiheitsgefahren fanden und beschrieben wir vor allem auch unsere eigenen Wünsche und Begierden, den Schleier der Subjektivität, der die Unterscheidung zwischen wahren und falschen Bedürfnissen - die subjektiv genau gleich wahrgenommen werden - verhindert und die selbstgefällig-narzißtische Arroganz, die uns unter ständiger Berufung auf individuelle Freiheit in den nur sehr oberflächlich vergoldeten Käfig kollektiver Sklaverei lockt, verführt oder zwingt. Doch die unabdingbare Freiheitsforderung der Toleranz solle auch auf uns selber ausgedehnt werden.

Wir sollten uns nicht nur verdammen und wehklagen über unsere, uns teilweise von uns selber aufgezwungene Unfähigkeit, Freiheit ohne autoritäre Lenkung, ohne Wunderglauben und ohne kollektive Rückversicherung ertragen zu können.“ ... (S. 455)

...“Wir sind nicht fertig und nicht für immer festgelegt. Vielmehr sind wir ebenso wie unsere Wirklichkeiten geworden, wie wir sind, nicht lediglich gewachsen und entfaltet, sondern beeinflussend und beeinflusst, formend und geformt, zwingend und gezwungen. Da es auch anders hätte kommen können, besteht keinerlei Zwang (außer dem von uns zu Unterwerfungszwecken erfundenen), der uns hinderte, die Zukunft im Sinne unserer Freiheitsvorstellungen zu gestalten.“ ... (S. 456)

...“ Die ihres Scheins entkleidete Scheinheiligkeit bedeutet noch nicht Erlösung, nicht einmal Versöhnung der von resigniertem Fatalismus als ewig unvereinbar, invariant gesetzten Widersprüche zwischen Denken und Sein, Hoffnung und Erfüllung, Freiheit und Glück. Nicht das Individuum mit seinem Freiheitssehnsucht genannten autonomen Streben nach dem noch nicht Verwirklichten ist obsolet; geschichtlich überholt jedoch ist das Beharren entweder auf nicht subjektivistischer, zwingender Gewißheit der verallgemeinerungsfähigen Normen der Freiheit oder auf nur subjektiver Evidenz des starken Glaubens, seit man wissen muß, daß persönliche Aufrichtigkeit und Überzeugung zwar keineswegs irrelevant, aber heteronom machbar und herstellbar sind.“ ... (S. 456)

...“Trotz aller Verstümmelung durch die Gewalt und aller Entstellung durch Manipulation, trotz allem, was aus uns geworden ist und gemacht wurde, schwebt uns, oft nicht ganz bewußt, die Idee und das Ideal einer Freiheit vor, die sich kein vergangenes oder zukünftiges Paradies vorgaukeln muß, da sie sich auch und gerade in der Welt der von ihr mitgestalteten Wirklichkeit durchsetzen kann. Wir sind nicht automatisch verdammt oder zum Automatismus verurteilt.“ ... (S. 457)

„Freiheit heute, daß heißt nicht die behauptete oder auch nur erstrebte völlige Unabhängigkeit des Menschen, sondern auch die Möglichkeit weitreichender menschlicher Kontrolle über die Mächte und Kräfte, von denen der Mensch abhängig ist. Das Verständnis die Einsicht in Entstehung und Steuerung gesellschaftlicher menschlicher Abhängigkeiten bedingt eine Revision, zumindest eine Ausdehnung des traditionellen Freiheitsbegriffs; eben um dem Individuum oder dem vernünftigen Ich-Anteil der Persönlichkeit optimale Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit zu gewährleisten, muß der ausschließlich individuelle Freiheitsanspruch zugunsten pluralistischer Freiheitsteilung (ähnlich der Gewaltenteilung) erweitert werden.“ ... (S. 457 f.)

...“Die freien und eben deshalb bindenden Entscheidungen, die Lebensaufgabe und Lebensinhalt bestimmen, können nicht eindeutig von wissenschaftlicher Vernunft, sondern nur von der - allerdings vernünftig geprüften - Leidenschaft (und Leidensbereitschaft) für gewisse Werte getroffen werden.“ ...

...“Der Glaube an die Freiheit oder an die in den verschiedenen Glaubenssystemen tatsächlich ausgesparten, nicht nur wahnhaft vorgestellten Freiheitsräume ist im Gegensatz zum Glauben, der verneint, versichert und tröstet, pluralistisch, riskant und an kritischer Deutung wie an eingreifender Aktion

orientiert. Dem Individuum und seiner Einbildungskraft ist es überlassen, auch von sich aus eigene optimale Modelle für Problemlösungen zu entwerfen, während die Gesellschaft in möglichst flexibler Offenheit für das Neue und Unerwartete Toleranz und Respekt für abweichende Meinungen und Lebensformen als freiheitliche Minimalerfordernisse garantiert.“... (S. 460)

Das sind aus dem Buch von Hacker wenig Sätze, für dies Schreiben aber viel Zitate. Nur wer verstehend liest, kann schon aus dieser einen Quelle schließen, daß in einer Gesellschaft, die für sich das Attribut „freiheitlich“ reklamiert, es eine Unmöglichkeit ist, wenn der Staat (hier verstanden als eine Hilfsorganisation der Gesellschaft) mehr als die Rahmenbedingungen für den Bildungsprozeß schafft. Der Staat als Anbieter oder Vermittler von Bildung ist ein Unding. Er kann auch nicht gleichzeitig Akteur und Kontrolleur (in strafrechtlicher) Hinsicht sein. Auch hebt es die Freiheit aus den Angeln, wenn der Staat Bildungsnormen definiert. Was heute in der Bildungspolitik betrieben wird, ist ein Etikettenschwindel, es ist das Gegenteil von Emanzipation. Der freie Mensch, die freie Gesellschaft und die freie Völkergemeinschaft sind aber kein Naturprodukt. Im ersten Schritt sind sie Bewußtwerdung, im zweiten Schritt Zielsetzung und in vielen weiteren Schritten die Realisierung. Der Staat als Organisationsform der Gesellschaft kann der Zielerreichung dienen oder schaden - je nach dem, welche Kräfte und Instrumente die Funktionsträger mobilisieren und einsetzen. Im vergangenen Jahrhundert wurde der Staat vorwiegend so ausgeformt und eingesetzt, daß er destruktiv wirken mußte. Noch sind die Zeichen zu schwach, um sagen zu können, die Dinge werden sich im neuen Jahrhundert wenden.

16. Die zornigen alten Männer

Die Überprüfung der eigenen Gedanken, die auch stark auf eigene vielfältige Erfahrungen aufbauen, habe ich dann an Hand zahlreicher Informationsblätter und Broschüren vorgenommen, die bei der Neueinrichtung meines Arbeitszimmers zu Tage kamen. Eine große Hilfe war mir auch der Sammelband „Die zornigen alten Männer - Gedanken über Deutschland seit 1945“. An diesen Autoren orientiert, würde es mir ja wieder möglich sein, mich als Linker zu verstehen, wenn nicht in der Regel mit politisch linken Positionen ein Unverständnis gegenüber dem marktwirtschaftlichen Koordinations- und Kooperationssystem einherginge und darum die Rettung vor den zerstörerischen Auswirkungen des Kapitalismus in der zentralen Planung gesucht würde. Das Irreale und das Freiheitsfeindliche in der scheinbar vernünftigen zentralen Planung wird nicht erkannt und die Vernunft und die mögliche Geschwisterlichkeit in dem scheinbar chaotischen und regellosen Markt als kybernetisches System wird nicht wahrgenommen.

Da martern Menschen ihren Verstand, merken nicht, daß wesentliche Elemente ihres Gedankengebäudes und politischer Strategien aus Glaubenssätzen bestehen, und beschweren sich

am Ende, daß ein „ungebildeter Wirtschaftsminister die Linksintellektuellen <Pintscher> nannte.“ (Améry, S. 276) Daß Ludwig Erhard und die, die ihn als ihre Leitfigur anerkannten, sich umgekehrt nur sehr begrenzt in die Gedankenwelt der Menschen mit der Gegenposition einfühlen konnten, ist eine Tragik, die meines Erachtens von der Schwäche der Wirtschaftswissenschaft herrührt und die schon zu Marxens Zeiten bestand.

Der Band, 1979 bei Rowohlt erschienen, vereint Wolfgang Abendroth / Heinrich Albertz / Jean Améry / Wolf Graf Baudissin / Heinrich Böll / Axel Eggebrecht / Bernt Engelmann / Walter Fabian / Ossip Flechtheim / Eugen Kogon / Fritz Säger.

Wenn hier von politisch *Linken* die Rede ist, dann ist das nicht parteipolitisch zu sehen. Eugen Kogon z.B. war Mitbegründer der CDU in Hessen.

Mich hat das Buch tief bewegt, nicht nur weil hier Autoren sich äußern, die unter dem Nazismus gelitten hatten, auch nicht nur, weil sie nach der erlittenen NS-Zeit Enttäuschungen erlitten haben, sondern besonders, weil es Zeugnisse von Menschen sind, die mehr von Ideen und weniger von Machtstreben geleitet wurden. Sie wissen von ihren eigenen Irrtümern und Fehleinschätzungen, aber auch, daß die persönliche Kapitulation keine Erlösung bringt.

Schwerer fällt es ihnen - weil ihnen die Distanz und eine alternative Analyse fehlt - die Täter in der Opferrolle und das Opfer in der Täterrolle zu sehen. Und wer sich mit der Bildungspolitik befaßt, sollte unbedingt den zurückblickenden Beitrag von Walter Fabian lesen.

Klar heraus gearbeitet wird, 1. daß unser Staat keine demokratische Legitimation hat, 2. keine Hoffnung auf die politischen Parteien gesetzt werden kann und 3., daß sich mit dem Kapitalismus die restaurativen Kräfte durchgesetzt haben.

Beim dritten Punkt tauchen aber auch Zweifel an der eigenen Wahrnehmung auf - besonders bei Améry. Die zornigen alten Männer und ihre geistig-politischen Weggefährten konnten nicht erkennen, daß die Entscheidung für die Marktwirtschaft etwas Progressives war, die Einsetzung eines dezentralen Steuerungssystems, das sich auch gegen einen unterdrückenden politischen Zentralismus wendet. Das Restaurative in der politischen Entwicklung besteht darin, daß das kapitalistische Element, ein Überlagerungsprinzip, nicht von der Marktwirtschaft getrennt wurde. Diesen Tatbestand haben „Linke“ - weil sie sich auf die einseitig interpretierte marxistische Analyse verlassen haben und nicht auf ihren eigenen Verstand - kräftig gefördert. Vielleicht tue ich Ludwig Erhard Unrecht, wenn ich sage, auch dieser hat offensichtlich nicht den Kapitalismus als Verhinderer von Marktwirtschaft ganz durchschaut und mußte daher Zuflucht zu dem Modell „Formierte Gesellschaft“ nehmen und damit scheitern. Ich komme darauf zurück.

17. Freie Bildung und freie Gesellschaft nicht mit beliebiger Struktur

Wenn wir eine freie Bildung, eine freie Kulturlandschaft haben wollen, dann muß die theoretische Gesamt-Struktur, dann müssen ihre Strukturelemente dieser Bereiche Freiheit in der Realität ermöglichen. Aber auch die anderen Teilordnungen, die des Rechtswesen, die der Verfassung (und ihre Entstehungsgeschichte) einerseits und der Ökonomie (einschließlich der durch sie ermöglichten nichtökonomischen Handlungsweisen wie z.B. die des Schenkens, der Nächstenliebe) andererseits müssen in sich stimmig sein und aufgrund der Interdependenz, der gegenseitigen Abhängigkeit, zu einander passen. Wenn wir das mögliche Zukünftige wollen, müssen wir immer das Gegenwärtige mit dem Vergangenen vergleichen und beides gegenwärtig haben.

18. Mein Lese-Ertrags-Filter

Meinen Lese-Ertrags-Filter habe ich auf die Fragen eingestellt: Was ist schief gelaufen? Was muß anders werden? - oder: Wo kommen wir her? Wo sind wir? Wo wollen wir hin? So habe ich es auch bei den „zornigen alten Männern“ gemacht, die - wie mir scheint - bei der Niederschrift ihrer Gedanken mehr müde als zornig waren und in den Durchhaltegang geschaltet hatten. Stellen Sie sich beim Lesen der Auszüge aus „Die zornigen alten Männer“ - die Sie in der Dokumentation Nr. 1 finden - vor, Sie stünden auf dem Bahnsteig eines Hauptbahnhofs, wo sie zufällig neben der Gruppe von Männern stehen, die ihre jeweilige Geschichte erzählen. Aber nur in den kleinen Pausen ohne jenen Lärm, der durch fahrende Züge und Lautsprecherdurchsagen verursacht wird, können Sie verstehen, was gesagt wird. Wenn nicht alle Autoren im gleichen Umfang zu hören sind, dann liegt das an unterschiedlich langen „Lärm- und Stillephasen“ und nicht so sehr an meiner Bewertung. Ich bin mir sicher: Ihre kreative Phantasie wird die Zusammenhänge in den Bruchstücken erkennen. Übrigens: „Die zornigen alten Männer“ kamen nicht gesucht oder gezielt zu mir, sie schauten mich aus der Grabbelkiste einer antiquarischen Buchhandlung an und sagten stumm: „Nimm uns mit, es lohnt sich für dich. Hohle uns aus dem Keller des Vergessens.“

19. Zu der Text-Dokumentation von Nr. 1 bis 15

19.1 Ich war nun angefangen, mit ein paar Zitaten die „zornigen alten Männer“ vorzustellen. Ich konnte mich - weil ich gedanklich von ihnen mitgerissen wurde - gar nicht mehr bremsen. Ich hatte eine Fülle von Zitaten zusammengestellt, die es dem Leser dieses Schreibens schwer gemacht hätten, meinen eigenen Gedankengang überhaupt noch zu erkennen. Ich sagte zu mir selbst: „So geht es nicht!“ „Du beläßt die bisherigen Zitate im fertig gestellten

Text, stellst aber die weiteren in den Anhang.“ Die Texte mitzuliefern, war und ist mir wichtig, weil: a) Die Text-Auszüge sollen sozusagen als Geruchsprobe dienen, damit die „Spürhunde“, die geistig wachen Leser, die noch in die Vergangenheit schauen, damit sie die Zukunft besser gestalten können - die Spur zurückverfolgen können bis zu jenen Punkten, wo wir jeweils vom Weg abgekommen sind. Da die menschlichen Nasen nur ein Bruchteil der Geruchsempfindlichkeit der Nasen der wirklichen Hunde haben, müssen die Geruchsproben eben entsprechend größer sein. b) Ich möchte es den Lesern dieses Briefes - sofern sich welche einstellen - erleichtern, meine Gedankengänge nachzuvollziehen - besonders dort, wo ich möglicherweise unverständlich bin. c) Es ist ja immerhin möglich, daß es über den Inhalt meines Offenen Briefes eine Auseinandersetzung gibt, daß also die Texte nicht in die Kiste „Narrenfreiheit!“ oder den realen Papierkorb landen, sondern in jene, wo drauf steht „Auf die Finger klopfen! Das Maul stopfen!“. Für jene, die solche Gelüste entwickeln, will ich gleich klar machen, daß sie ihre Bemühungen gleich zu einer Art Bücherverbrennung ausdehnen müßten, um Erfolg zu haben.

19.2 Mir liegt auch daran, die alten Männer und die weiteren Autoren (Es ist keine Absicht, wenn sich darunter keine oder nur wenige Autorinnen befinden.) in ihrer Originalsprache und nicht interpretierend und umformulierend zu Wort kommen zu lassen. Ich denke, wenn die Autoren es wahrnehmen könnten, hätte ich Ihre Zustimmung. Frage: Verletzte ich mit dem Umfang der Zitate Verlagsrechte? Es ist möglich. Diese Frage gehört aber auch zu dem Komplex: „Die Deutschen verpaßten den Zug der Revolution, weil sie sich ohne Bahnsteigkarte nicht auf den Bahnsteig trauten.“ Ich gehe davon aus, daß die Bücher und Schriften, aus denen ich die Auszüge entnehme, keinen Marktwert mehr haben und die Antiquariate sich freuen, wenn die Titel wieder ins Gespräch kommen.

19.3 Die Erstellung der Text-Dokumentation hat natürlich viel Arbeit gemacht und Zeit gekostet, so daß ich aus familiären Gründen mit meinen eigenen Text arg unter Zeitdruck geraten bin. Ich habe zwar einen Scanner zum Einlesen der Texte; nur wenn die Textvorlage schlecht ist und das Texterkennungsprogramm fast jedes Wort als korrekturbedürftig ausweist, dann ist das Gerät keine Erleichterung, sondern eine Erschwernis. Manche Texte habe ich nicht als Text-Dateien, sondern als Bild-Dateien eingefügt. Dieses Verfahren ist schneller, kostet aber zusätzliche Druckseiten und mehr Speicherplatz. Soweit ich diesen Offenen Brief in gedruckter Form aus der Hand gebe, werde ich den Anhang als CD-ROM beifügen, so daß jeder Interessent sich jenen Text auf dem Bildschirm ansehen oder aus-

drucken kann, der für ihn interessant erscheint. Vielleicht kann ich aber auch den Gesamt-Text in oder auf eine Homepage stellen.(Warum eigentlich nicht Heim- oder Hausseite?)

- 19.4 Die Aufteilung des Anhangs in 14 Dokumentationen soll der leichteren Übersicht dienen. Nicht alles in eine Datei zu packen, war gleichzeitig eine Vorsichtsmaßnahme. Ich habe schon einmal eine mehrwöchige Arbeit bei Übermüdung in der Nacht durch eine unerlaubte Tastenkombination ungewollt vernichtet. Die Aufteilung ist aber gleichzeitig Ausdruck meiner eigenen gedanklichen Schritte des zu überprüfenden Komplexes.
- 19.5 Jetzt, wo ich mit dem umfangreichen Anhang - bis auf die lästigen Korrekturen - fertig bin, stellt sich mir die Frage, wie ich mit meinem Schreiben fortfahre. Neben dem Anhang wären ja auch noch die Stapel von Zeitungsausschnitten zu berücksichtigen, die Zeugnis von der Verworrenheit der heutigen Politik ablegen. Ich sehe mich aber gezwungen, das meiste von dem gesammelten Material unberücksichtigt zu lassen.
- 19.6 Da es mir hier einerseits weder um die Diffamierung von Personen oder Institutionen geht, andererseits pflaumenweiche Formulierungen den notwendigen politischen Klärungsprozeß nicht fördern können, werde ich in den nächsten Abschnitten dieses Offenen Briefes versuchen, meine angepeilten Adressaten jeweils in ihrer positiven und negativen Ausprägung zu beschreiben und meinen eigenen Standort deutlich zu machen, um dann - die 15 Dokumentationen im Hintergrund - meine „Botschaft“ zu formulieren. In einem weiteren Abschnitt müßte ich dann beschreiben, was ich für notwendig und möglich halte. Ob es mir gelingt, das alles fein säuberlich zu trennen, weiß ich noch nicht. Da ich nicht durchgängig an diesem Text arbeiten kann und auch nicht jedesmal das bereits Geschriebene durchlesen kann, bin ich auf mein Erinnerungsvermögen angewiesen. Die Schwierigkeit besteht darin, nur Gedachtes und schon Geschriebenes auseinander zu halten. Die Einstimmung in den nächsten Abschnitt soll mit ein paar kommentierten Zeitungsmeldungen erfolgen.

2. Abschnitt

20. Die Einstimmung mit Bundeskanzler Schröders Mahnung

20.1 Der Kanzler hat recht und irrt doch, wenn er erst bei Hitler anfängt! In

einem Bericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 1. 11. 2000 heißt es zu dem Kanzlersbesuch in Israel u.a.: „Schröder legt einen Kranz am Grab des 1995 ermordeten israelischen Ministerpräsidenten Izchak Rabin nieder. Anschließend besucht er die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vaschem. Dort schreibt Schröder in das Gästebuch in der 'Halle der Erinnerung' einen Satz des russisch-jüdischen Schriftstellers Isaak Babel: 'Ohne Kenntnis der Vergangenheit gibt es keinen Weg in Zukunft.' Babel war 1941 Opfer des Stalinismus geworden.“ Im Radio 3 vom NDR gab es in der Sendereihe *Texte und Zeichen* einen Beitrag über die Vergangenheit der Zukunft. Es wurde Marcuse zitiert (Ich nehme an, es war Herbert M.). Ich habe sinngemäß notiert: „Wir ziehen geschlagen nach Haus - unsere Enkel machen Besseres daraus!“ Sicher: Ohne Kenntnis der Vergangenheit macht eine Gesellschaft (bzw. die Völkerfamilie) auch bei gutem Willen immer die gleichen oder ähnlichen Fehler. Bis den Enkeln vermittelt wird, woran denn eigentlich ihre Großväter und nachfolgend ihre Väter und Mütter gescheitert sind. Unsere jüngere Geschichte, die uns heute noch trotz der zeitlichen Distanz eines halben Jahrhunderts zu schaffen macht, begann aber nicht mit Hitler, sondern Hitler war schon die Folge von vorherigen Fehlleistungen. Darüber, daß die demokratischen Parteien die Weimarer Republik schon in den Konkurs getrieben hatten, als Hitler die Macht übernahm, darüber wird in der Regel verschämt geschwiegen. Und es waren eben nicht nur die Bedingungen der Sieger des 1. Weltkrieges wie der Versailler Vertrag, der zu Recht als Diktat empfunden wurde, sondern die ökonomische Dummheit der Demokraten.) Das Beispiel der SPD: Ja, es ist richtig! Die Sozialdemokraten haben unter dem NS-Regime gelitten und sie haben auch nicht dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Und doch ist es so, daß die SPD -auf deren Alter die heutigen Mitglieder stolz sind - durch ihre ideologische Verbohrtheit zum unfreiwilligen Förderer der Nationalsozialisten geworden sind. Ich greife das Thema später noch einmal auf. Hier geht es mir um Folgendes: Zur erfolgreichen Gründung einer politischen Partei gehört offensichtlich eine große und allgemeine körperliche oder seelische Not und eine Hoffnung, daß durch ein gemeinsames Handeln diese Not gemildert oder überwunden werden kann. Inhalt und Formen von Not und Hoffnung können dabei sehr unterschiedlich sein. Die Not muß real erlebt werden, die Hoffnung ist nicht beliebig produzierbar und schon lange nicht im Supermarkt zu erstehen. Die Hoffnung wird aus dem

Zeitgeist geboren, der sich wiederum aus der Fülle von Meinungen, Glaubensinhalten und Erkenntnissen oder auch aus einer funkenden Idee bildet. - „Ja das ist es!“ - Ich denke, dieser Erklärungsversuch ist anwendbar auf DIE GRÜNEN; DIE CDU/CSU, aber auch auf die NSDAP und eben auch auf die SPD. Für die Gründergeneration der SPD wurde die Hoffnung, die Lage zu wenden, nun durch die zündende Idee des Marxismus (den darf man wohl nicht gleichsetzen mit Marx und seinen Erkenntnissen) genährt. Nun passierte meines Erachtens folgendes: Als die die Idee von der Sozialdemokratie eine organisatorische Form angenommen hatte und sich zeigte, daß ihre Hoffnung, der Marxismus, bei der Erklärung der Phänomene und bei der Lösung der Probleme versagte, geriet die SPD in eine Falle, die die Gesellschaftswissenschaften - besonders die Ökonomie - ungewollt, durch Verharren in einem vorwissenschaftlichen Zustand, gelegt hatten. Die eine Sorte von Ökonomen beschwor die Sozialdemokraten, bei der marxistischen Stange zu bleiben, sie würden schon die Mängel der Theorie und damit die der Praxis in den Griff bekommen, und die andere Sorte von Ökonomen verlangte von der SPD, dem Marxismus abzuschwören, und sie riefen lautstark, die Häßlichkeiten des Kapitalismus seien nur optische Wahrnehmungsfehler. Unter solchen Bedingungen konnten die Sozialdemokraten natürlich keine Revision ihrer Hoffnung, ihrer Strategie vornehmen. Gab es keine Alternative? Doch, die gab es. Da gab es die Freiwirtschaftler, die Gesellianer, die behaupteten, eine Ökonomie vermitteln zu können, die sozial, frei und friedfertig wäre. Die Leute machten sich sogar schon in der SPD breit. Aber sie hatten keine wissenschaftliche Reputation, stellten keinen Machtfaktor dar, hatten etwas gegen den (Zwangs-)Kollektivismus, vermiest den Staats-Sozialisten ihre Lust auf Vater Staat und demontierten das marxistische Feindbild vom bösen Unternehmer. Das alles waren Dinge, die die Mitglieder verunsichern und damit die Partei gefährden konnte. Da nun aber einmal der Bestand einer Organisation das Wichtigste nach ihrer Gründung ist und nicht die Ziele, die zu ihrer Gründung geführt haben, mußte sich die SPD gegen diese neuen Ideen abschotten, z.B. mit dem Instrument des Parteiausschlusses.³ Erst als die SPD durch das Tal der Tränen

3 Nachtrag: Jeder Tag bringt neue Informationen. Heute am 27. 3. 01 kam mit der Post die Ausgabe Nr. 357 von „Das Gespräch aus der Ferne“ (e-mail: dasgespraech@compuserve.com). Im Leserforum Beiträge zum vorherigen Heft mit dem Schwerpunktthema *Rechtsextremismus*. Darunter ein Beitrag von Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin, den ich sicher noch mit einbeziehen kann. Dann ein wichtiger langer Beitrag im redaktionellen Teil von Stephan Marks mit dem Titel „Hitler als Hypnotiseur - Ein Forschungsbeitrag zur Massenwirkung des Nationalsozialismus“, dem ich ein breites Publikum wünsche. Aber der Anlaß, diese Fußnote nachzutragen, wurde nur durch das aktuelle „Gespräch ...“ ausgelöst. Ich erinnerte mich wieder, zufällig einen Beitrag von Werner Zimmermann zu dem im Haupttext vorgetragenen Sachverhalt entdeckt und angelesen zu haben. Er steht in der ersten Ausgabe des Jahrganges 1959 der Zeitschrift „telos - Die Welt von morgen“. Die Zeitschrift ist mit dem Herausgeber und Verleger Will Noebe gestorben. Den Text von Werner Zimmerman - ein Brief an Hans Dahmen, dem Begründer des *Gesprächs aus der Ferne* - der in Japan verfaßt wurde, füge ich der Dokumentation an geeigneter Stelle bei.

gegangen war, die Zeit der NS-Herrschaft lädiert hinter sich gebracht hatte, konnte sie sich ein neues Hoffnungsmodell zu legen. Sie hat für sich John Maynard Keynes, dem „Revolutionär des Kapitalismus“ entdeckt und entschieden. Sie konnte sich dem Keynesianismus relativ leicht nähern, weil Keynes - um Gesell oder politische Widerstände zu vermeiden oder der Eitelkeit des eigenen Lösungsweges zu frönen - in seinem Anwendungsmodell dem Staat eine starke Rolle zugeschrieben hat. Inzwischen hat die SPD - in dem sie dem problematischen Teil von Keynes Lehre gefolgt ist - ihre zweite große Pleite erlebt. Die Enkel, denen man die Geschichte der eigenen Partei nur lückenhaft vermittelt hat, die aber als politische Funktionsträger in Aufsichtsräten von Wirtschaftsunternehmen zu dem Eindruck gekommen sind, daß die SPD in Zukunft nur siegen kann, wenn sie den ursprünglich gehaßten Kapitalismus als den richtigen Lösungsweg bejaht, bereiten die nächste Niederlage der SPD - ihren speziellen Dritten Weg - vor.

20.2 *„Im Gespräch - Rolf Wernstedt“*

20.2.1. „Der Präsident des niedersächsischen Landtages hält den Begriff der Leitkultur für zweischneidig und unscharf.“, meldet die HAZ am 8. 11. 2000. ...“Auch die SPD habe in früheren Zeiten Slogans mit ähnlichen 'Unschärfen' verwandt, sagt Wernstedt. Willy Brandts 'Mehr Demokratie wagen' zähle dazu, wie der Begriff der 'Ausbeutung', der auch sofort auf einen Resonanzboden von Ressentiments treffen könne.“ ... Erst einmal finde ich Wernstedts Art und Weise, wie er auf das Thema Leitkultur - das ich selber an dieser Stelle nicht behandeln möchte - eingeht, sympathisch. Er vermeidet einfach den negativen Kommunikationsstil der Parteienherrschaft, der darin besteht, daß ohne Versuche des Verstehens zurückgebellt wird, wenn aus einer konkurrierenden Partei Laut gegeben wird. Wenn aber ein unscharfer Begriff auf auf einen Resonanzboden von Ressentiments treffen kann, dann hat das doch seinen Grund. Man kann doch einer Geige nicht vorwerfen, daß sie Töne erzeugt, wenn der Bogen über die Saiten streift. Ressentiment heißt ja nicht nur: gefühlmäßige Vorurteile, negative Gefühle wie Abneigung und Haß, sondern auch das Wiedererleben eines als schmerzhaft empfundenen Gefühls. Das Ausprägen resonanzfähiger Begriffe in politischer Münze ist doch nun aber tägliches Geschäft politischer Propaganda. Wenn wir negative Auswirkungen solcher Art politischer Münzen vermeiden wollen, dann dürfen die Inhalte - und seien sie nur gefühlsmäßiger Art -, die hinter solchen unscharfen Begriffen stehen, weder bagatellisiert, noch tabuisiert werden. Die Zweischneidigkeit und Unschärfe der Begriffe „mehr Demokratie wagen“ und „Ausbeutung“

ist den Sozialwissenschaften⁴ und der Realpolitik anzulasten.

20.2.2 Daß die Ausbeutung etwas Reales ist, daß fühlen und merken die Menschen. Diesen Tatbestand einfach weg zu definieren, weil Ausbeutung nicht so geschieht, wie sie Marx einmal beschrieben hat und die Nationalsozialisten sie gedeutet haben, produziert eben die manchmal (und dann massenhafte) tödliche Zweischneidigkeit dieses Begriffes. Nur weil die Sozialwissenschaften mit der Verteidigung von Lehrmeinungen beschäftigt waren und versäumten, die Ausbeutungsursache (mit ihrer Produktion von destruktiver Aggression) in Strukturelementen und Wirtschaftsordnung zu lokalisieren, konnten Stalin und Hitler ihren Gefolgsleuten einreden, die Bedrückungen seien durch diese und jene Personengruppe verursacht worden. Die Eliminierung, die Ermordung dieser (jeweils ausgeguckten) Personengruppen hatte dadurch ihre Scheinlegitimation.

20.2.3 Hinzu kommt ja noch die Ausbeutung durch den modernen Raubritter in Form des Wohlfahrtsstaates, der keine Wohlfahrt schafft, dafür aber Entmündigung und Herrschaft der Bürokratie. Dieser Raubritter stützt seine Herrschaft dadurch, daß er ein Teil seines Raubgutes an die Beraubten zurückreicht und sich dadurch als der Wohltäter feiern lassen kann.

20.2.4 Und die Art, wie die Idee vom vereinigten Europa realisiert wird, gleicht einer Vereinigung von Raubrittern. Daß dieser Politikansatz mehr Probleme gebiert als löst, ist deutlich erkennbar. Die politisch-soziale Explosion wird von der Politik fleißig vorprogrammiert. Wenn wir Glück haben, entsteht kein allgemeiner, großer europäischer Bürgerkrieg, sondern den Bürokraten werden am Atlantik Schiffe zur Verfügung gestellt mit der Aufforderung, sich andere (noch blinde) Völker zu suchen, die sich durch sie beherrschen lassen wollen.

20.2.5 In der Zeit, als Willy Brandt die Losung von „mehr Demokratie wagen“ ausgab, war in der Tat der Begriff Demokratie unscharf geworden, weil darunter zwei verschiedene Sachverhalte verstanden wurden. Einmal war damit gemeint die politische Teilhabe an Entscheidungsprozessen, der Ausführung und Kontrolle der Entscheidungen (kurz: Teilhabe an gesellschaftlicher Gestaltung) und zum anderen generell und überall das Prinzip der Mehrheitsentscheidung einzuführen. Die Forderung, die Demokratie dürfe nicht vor den Werktoeren enden, ging ja davon aus, man könne mit Mehrheitsentscheidungen das Kapital in die Knie zwingen. Die Sehnsucht nach Teilhabe der gesellschaftlichen Prozesse war eben ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Stellvertreterdemokratie. Man wollte nicht nur Objekt der Politik sein, sondern auch - wenigstens partiell - ihr Subjekt. Der in

⁴ Werner Maihofer spricht in „Produktive Wissenschaft in der modernen Universität“ von Handlungswissenschaften. Siehe Auszug in Dokumentation 13.

die Leere gelaufene Aufstand der 68er, das Abgleiten von Linken in den Terrorismus, aber auch die Entstehung der Partei DIE GRÜNEN - die obwohl in der Regierung, gemessen an ihren Gründungszielen und Idealen gescheitert ist - haben meines Erachtens hier ihre Ursache. In unserer Zeit ist bei uns - trotz der unglaublichen Schlamperei in den Sozialwissenschaften - nur wenig Blut geflossen, aber ungeheuer viel an Idealismus verschlissen worden.⁵

20.2.6 Und der Altbundeskanzler Schmidt, der nach eigenen Angaben in Hamburg nur Schmidt heißt, hat nach meinem Urteil in der Laudatio bei der Preisverleihung für Siegfried Lenz, bei dem berechtigten Versuch einer Ehrenrettung für die Kriegsgeneration die aufständische Jugend in den 60er Jahren zu oberflächlich abgekanzelt. Die aufständische Jugend mußte scheitern, weil schon ihre Lehrer in der Theorie gescheitert waren, ohne daß sie es offen zugeben können.

20.2.7 Als Willy Brandt Bundeskanzler wurde und von „mehr Demokratie wagen“ sprach, hatte er wohl noch im Bewußtsein, daß die Deutschen nie die Möglichkeit hatten, sich das Fundament Demokratie, die Verfassung, zu erarbeiten und sich dann dafür zu entscheiden. Aus der Sicht der Sieger war doch die Demokratisierung Westdeutschlands kein Befreiungsakt, sondern eine Zähmung einer vermeintlich wilden Bestie. Und diejenigen Deutschen, die dann in die Verfassungsorgane gehievt wurden und fortan ihre Wiederwahl sicherstellten und sich mit dem Volk verwechselten, glaubten eigentlich auch, daß die Menschen, für die sie die Vertreter spielten, demokratieunfähig seien. So besehen war die von Brandt ausgegebene Parole, ein Versuch, die Geburtsmängel der BRD-Demokratie zu mildern.

20.2.8 Auf diesem Hintergrund muß man die Tatsache bewerten, daß der Niedersächsische Landtag nach der Wende, der Vereinigung von BRD und DDR ohne Auftrag des Souveräns, ohne Mandat, ohne Beratung mit den Landesbewohnern und ohne Abstimmung durch die Niedersachsen eine Landesverfassung beschlossen hat.

20.3 Die „10 mal 100“ von Ministerpräsident Gabriel

20.3.1 Unter der Schlagzeile „Gabriel stärkt das Ehrenamt“ meldet die HAZ vom 22. 1. 2001 „In seiner Rede in der Niedersachsenhalle in Hannover gab Gabriel zwei Versprechen: Er will das ehrenamtliche Engagement stärken und dafür auch Geld zur Verfügung stellen.

⁵ Ich habe ein schlechtes Zahlengedächtnis. Wenn ich mich aber richtig erinnere, so ist die Zahl der Menschen die jährlich durch Hunger, nicht behandelte Krankheiten und kriegerischer Auseinandersetzungen auf dieser Welt pro Jahr sterben, größer als die Zahl der Menschen, die im zweiten Weltkrieg umgekommen oder ermordet worden sind, obwohl auch bei der heutigen Zahl der Erdenbewohner alle Menschen ernährt werden könnten.

Außerdem möchte der Ministerpräsident mit den Bürgern stärker ins Gespräch kommen und sich von ihnen beraten lassen. „10 mal 100“ nennt er die Aktion. Zehnmal will Gabriel 100 Bürger aus Niedersachsen einladen, um mit ihnen zu diskutieren und ihren Rat vor Entscheidungen hören.“ Bei dieser Förderung ist der MP Gabriel wieder in der oben beschriebenen Raubrittersituation. Die Bürger bräuchten die „großzügigen“ Geschenke des Ministerpräsidenten nicht, wenn sie weniger ausgeraubt würden. Es wird ja immer wieder übersehen, daß der moderne Raub, staatliche Umverteilung genannt, nur mit hohen Verlusten von statten geht. Auch bei guten Absichten: Umwege sind kostenträchtig.

20.3.2 Die Meldung über die „10 mal 100“ zeigt doch eins: Bisher war die Tätigkeit eines Ministerpräsidenten wohl nur rückgekoppelt an Meinungsumfragen und an den inneren Kreis des Parteiklüngels. Wenn vor 30 oder auch noch vor 20 Jahren angekündigt worden wäre, der Ministerpräsident XYZ wolle als dauerhafte Einrichtung sich in jedem Jahr (oder auch nur jeder Legislaturperiode) von 10 mal 100 BürgerInnen beraten lassen, dann wäre das ein Fortschritt, eine politische Entwicklungshilfe für das eigene Land gewesen.

20.3.3 Auch wenn die Selektion der Hundert nicht im Hinblick auf die Einbindung von Sympathisanten, sondern mit dem Willen, sich Sachverstand, Ehrlichkeit und Offenheit von Bürgern nutzbar zu machen, vorgenommen wird, kann wohl nicht vermieden werden, daß diese Veranstaltungen sich zu einer Art Audienz des Ministerpräsidenten ausformen werden. Das schadet nicht. Es nutzt aber auch nicht viel. Genausowenig wie Lichterketten gegen Rechtsradikalismus und die Demonstrationen gegen den Atommüll.

20.3.4 Was heute erforderlich ist? Daß wir uns in einer großen Aktion - die vielleicht zwei Jahre oder länger dauert - die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft aneignen. Das ist ja nicht nur ein rechtlicher Vorgang, sondern ein gesellschaftlich-schöpferischer Vorgang, eine Inventur bestehender Strukturen und Institutionen, deren Bewertung, Auflösung oder Bestätigung und der Ermöglichung neuer Einrichtungen, die als fehlend erkannt werden. Hier könnten wir Niedersachsen uns so profilieren, daß wir für Außenbetrachter auch sichtbar werden und nebenbei so etwas wie Identität entwickeln. Aber damit bin ich schon bei dem Thema „Maßnahmen“, das jetzt noch nicht dran ist.

20.4 *Joschka Fischer und Rupert Scholz*

20.4.1 Vor mir liegt die Seite 3 der HAZ-Ausgabe vom 17. 1. 2001. Auf einer ganzen Seite wird unter der großen Schlagzeile „Hat Fischer trotz seiner Vergangenheit Zukunft?“ Hier ist aber nicht Joschka mein Thema, sondern nur mein Aufhänger. Zu Fischer hier nur so

viel. Ich finde ihn als Beispiel für eine Karriere außerhalb regulärer Schullaufbahnen gut. Auch daß er - um seinen Körper fit zu halten - konsequent läuft, finde ich lobenswert, bei mir bleibt es nur immer beim Wollen und bei kleinen Ausflügen mit unserem Hund, den nicht ich, sondern der „Rest“ der Familie wollte. Darüber hinaus ist aber gar nicht wegzu-diskutieren, daß er begabt ist. (Ich meine nicht unseren Hund, sondern J.F..)

20.4.2 In der Zeit als er kein Sozialarbeiter war und auch mal hingelangt hat, habe ich mich pazifistisch (nicht aufgrund persönlicher Ängstlichkeit) für die Gewaltlosigkeit der damaligen Proteste ausgesprochen. (Siehe Dokumentation 9, Text 1.) Wichtig scheinen mir drei Äußerungen des Soziologen Oskar Negt in dem wiedergegebenen Gespräch mit der HAZ, die ich hier aus der Ausgabe vom 17. 1. 01 zitiere: a) „Ich freue mich, dass Fischer gelernt hat. Aber er verschweigt jene, von denen er gelernt hat. Er tut so, als sei es nur ein individueller Lernprozeß gewesen.“ b) Ich glaube, zum Erfolg eines Politikers gehört heute ein hoher Grad an Narzissmus. Diese Selbstbezogenheit, diese Selbststilisierung einer Biografie, die ganz sauber sein soll, könnte ihm jetzt Schaden zu fügen.“ c) „Er sollte Mut haben, zu seiner Vergangenheit zu stehen. Eine öffentliche Diskussion könnte aufklärend wirken. Es geht um eine Debatte über die politischen Positionen, um die damals gerungen wurde. Und wenn es um die Wirkung geht: Die 68er- und Nach-68er-Bewegung hat zu einer ungeheuren Stabilisierung des demokratischen Gemeinwesens beigetragen. Die Gesellschaft hat von dieser kritischen Generation viel profitiert und an Kraft gewonnen.“

20.4.3 Zur Gewalttätigkeit in Demonstrationen: In Demonstrationen sind schnell Situationen da, in denen es viel schwerer fällt, nicht hinzulangen als draufzuschlagen. Und zwar dies unabhängig davon, ob in der Rolle des Demonstranten oder des Polizisten, ob mit linken, rechten, „sachlichen“ oder pazifistischen Zielsetzungen. Wir sind eben nicht frei von angeborenen Reaktionsmustern.

20.4.4 Wenn nun die CDU/CSU glaubt, aus der militanten Vergangenheit des Außenministers politisches Kapital schlagen zu können, dann sollte sie nicht vergessen, daß vor allem CDU-Politiker (nach meinem Demokratieverständnis) in der Rolle der Staatsbesetzer (abgeleitet vom Begriff *Hausbesetzer*) jederzeit die Möglichkeit hatten, sich abzureagieren, indem sie die Polizei stellvertretend für sich drauf schlagen ließen.⁶ Und war denn wirklich ein ehemaliger Geheimdienstchef als Außenminister, den der ehemalige Koalitionspartner der CDU stellte, akzeptabler? Die Geheimdienste bemühen sich ja immer, nachzuweisen, daß sie staaterhaltend, also notwendig sind. Daß aber die Geheimdiensttätigkeit eine Möglichkeit ist, kriminelle Neigungen ganz legal auszuleben, wird meistens

⁶ Ein Buch mit dem Titel „Der CDU-Staat“, 1967 bei Szczeny erschienen, entsteht nicht im luftleeren Raum und ohne Grund.

heruntergespielt oder übergangen.⁷

20.4.5 Unter der Überschrift „Rücktritt fordern? Die Union wartet ab“ wird auch Rupert Scholz, CDU-Rechtspolitiker mit dem Satz „Ein Vorbild für die Jugend kann Fischer niemals sein“ zitiert. Das Zitat findet sich auch als Text unter seinem Konterfei. Als ich das las, wäre mir der Hut hochgegangen, wenn ich einen hätte. Rupert Scholz, laut einem Bundestag-Handbuch 1937 in Berlin geboren, Professor für Öffentliches Recht, Verwaltungslehre und Finanzrecht ist doch die zentrale Figur in dem Demokratieverrat, der von den Mitgliedern der Verfassungsorgane an dem deutsche Volke (oder die Gesellschaft der Deutschen) im Einigungsprozeß begangen wurde. (Ich urteile aufgrund des von den Medien vermittelten Vorgangs.) Wieder wurde einmal dem Volk verweigert, daß es sich der Demokratie nähern konnte durch die Verfassungsfindung und –Verabschiedung. Scholz hat sich doch in diesem Vorgang nicht als Rechts- und Demokratiephilosoph hervorgetan, sondern als Vertreter der Rechtstechniker, - die sich jedem Regime andienen -. Er hat doch Helmut Kohl und seinen Frauen und Mannen Gewissenserleichterung bei dem Betrug verschafft.

20.4.6 Die Demontage von Helmut Kohl - die sicher nur vorübergehend ist - erfolgte aufgrund der - im Vergleich nebensächlichen - Ungereimtheiten im Spendengeschäft der CDU und nicht aufgrund der Entmündigung der Bundesbürger, auf ihr Zurückstoßen in den Status der Untertanen durch die Art der Vereinigung der Deutschländer und dem Umgang mit Basisprinzipen der Demokratie. Das ist kein gutes Zeugnis für die Mitspieler und auch nicht für den politischen Journalismus.

20.4.7 Die Oppositionsparteien sind natürlich genauso betroffen. Kein Mitglied des Bundestages und der Landtage hätte durch eine Verweigerung, durch öffentlichen Protest im Bundestag oder in den Landtagen oder durch einen demonstrativen Rücktritt von seinem Mandat für Leib und Leben fürchten müssen. Aber großmäulig verkünden, was unsere Väter und Großväter hätten tun können - um Hitlers Missetaten zu bremsen - , daß können die, die sich für die politische Mitte halten und die Bedrohung immer an den Rändern sehen.

7 a) Heute konnte ich einen Ausdruck vom Spiegel Online lesen, einen Hinweis auf eine Sendung am 27. 3. im 1. Fernsehprogramm: Lauschangriff am Heim-PC: Es gibt ein Schweigekartell. ...“ „ Schon 1998 gab es immerhin einen Vorstoß aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Der damalige Wirtschaftsminister Günter Rexrodt wollte dafür sorgen, dass jedes Unternehmen abhörfähig werden sollte für deutsche Dienststellen wie Bundeskriminalamt (BKA) und Zollkriminalamt (ZKA).“ Es wird nicht von einer Nazikarriere berichtet.
b) Daß die Arbeit für einen fremden Geheimdienst strafrechtlich verfolgt wird, aber jene, die für die eigenen Spionagedienste gut dotiert und belobigt wird, ist Ausdruck juristischer Schizophrenie.

20.5 „Aufmüpfigkeit vermisst“

20.5.1 Unter dieser Überschrift ist am 10. 10. 2000 in der HAZ zu lesen: „Kulturstaatsminister Michael Naumann hat den Verlust der „Aufmüpfigkeit des Herbstes 1989“ im deutschen Einigungsprozess beklagt. Naumann erinnerte bei einem Symposium in Leipzig an die erste Leipziger Montagsdemonstration vor elf Jahren. 'Diesen Antriebe zur bürgerlichen und proletarischen Aufmüpfigkeit, den Willen, die politischen Belange in die eigenen Hände zu nehmen, habe ich seitdem nur noch selten beobachtet'.“ Inzwischen muß man ja ein „Ex-“ vor dem Ministertitel setzen. War es ein Akt der Aufmüpfigkeit, daß Naumann gegangen ist? Schreibend davon zu profitieren, wenn andere die psychischen und realen Kosten der Aufmüpfigkeit zu tragen haben, ist sicher angenehmer. Schreibend zu kommentieren, wenn Aufmüpfigkeit ins Leere läuft, läßt einen leichter klüger erscheinen, als wenn man zu denen gehört, die Aufmüpfigkeit selber probieren.

20.5.2 Aber im Ansatz hat Naumann recht. Jedes politische System verkalkt und erstarrt ohne Aufmüpfigkeit bei politischen Fehlleistungen. Und eine politische Fehlleistung ist z.B. wenn die Bürger sich in ihrer Gesellschaft nicht mehr geborgen oder wohlfühlen. Man kann nun sicher sagen, je leichter es ist, der Aufmüpfigkeit Öffentlichkeit zu verschaffen und je sensibler das politische System Aufmüpfigkeit wahrnimmt und darauf reagiert, desto leistungsfähiger und menschenfreundlicher ist das politische System. Aber hier beginnt das Problem: Wir haben die Aufmüpfigkeit sozusagen verstaatlicht oder wenigstens institutionalisiert. Verstaatlicht insofern, als die politischen Parteien - ich meine jene, die am Tropf der öffentlichen Kassen hängen - Proteste aus der Bürgerschaft kanalisieren und neutralisieren. Institutionalisiert insofern, als Aufmüpfigkeit im Sinne von Beachtung von Interessen in Verbänden organisiert wurde. Diese Verbände „vermarkten“ dann Sonder- oder Spezialinteressen als Allgemein- oder Generalinteressen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß unsere Informationsmedien so angelegt sind, daß entweder eine spektakuläre Aktion Gegenstand der Mitteilung sein muß oder eine bekannte Person oder Institution mit im Spiel sein muß. Die Blähungen eines Ministers sind berichtenswert, nicht aber ein kluger Gedanke, der dazu führen könnte, einen Minister überflüssig machen. Wenn ein Arbeitsloser einen Arbeitsamtsdirektor ersticht, dann hat er seine Schlagzeilen, wenn er sich aber bemüht hätte, nachzuweisen, wie die Arbeit der Arbeitsämter effektiver oder die Arbeitslosigkeit erträglicher gestaltet werden oder gar behoben werden könnte, hätte er so gut wie keine Chance, sich Gehör zu verschaffen. Unsere Medien sind Markenartikelverkäufer, Aufmüpfigkeit, wenn sie nur spontan auftritt, eignet sich nicht für einen Nachrichten-Markenartikel. Wenn es die unzähligen Non-Profit-Blätter nicht gäbe, würde

die Nation politisch verblöden. Aufmüpfigkeit ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

Der Preis, der für individuelle Aufmüpfigkeit gezahlt werden muß, ist - an den Erfolgsaussichten gemessen - zu hoch. Allein das wäre schon ein Grund, über unsere gesellschaftlichen Strukturen nachzudenken. Und es ist verdammt keine Nebensache.

20.5.3 Die immer wieder fällig werdenden gesellschaftlichen Veränderungen setzen sich bei ihrer Unterdrückung durch Rebellion und Revolutionen durch. Die zivilere und erträglichere Form der Anpassung ist die Evolution.

20.5.4 Nun sagt Werner Maihofer, daß bei der „Übermacht der staatlichen Gewalten gegenüber allen Umsturzversuchen von unten“ eine Revolution nicht mehr möglich ist und nur der Weg der Evolution bleibt.⁸ Er weist dann den Universitäten, den Handlungswissenschaften die Aufgabe zu, die Evolution zu ermöglichen. Es heißt dann wörtlich in dem Abschnitt „II. Die Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft der Moderne. Damit wird die Wissenschaft in der modernen Gesellschaft zur entscheidenden Instanz für die Selbstregulation dieser Gesellschaft im Prozeß der sozialen und politischen Evolution dadurch, daß durch sie die Gesellschaft befähigt wird, ihre inneren und äußeren Probleme mit wissenschaftlichen Methoden kritisch zu analysieren und nach wissenschaftlichem Standard erarbeitete produktive Konzepte zu ihrer Bewältigung hervorzubringen. Das allerdings verlangt, daß die wissenschaftliche Forschung vor allem im Bereich der Handlungswissenschaften sich nicht in akademischer Isolierung in sich selbst bewegt, sondern ganz anders als bisher die Fragestellungen aufnimmt, die im Zuge der sozialen, und politischen Evolution zu einer Lösung drängen, die jedoch ohne den theoretischen Sachverstand und die praktische Geburtshilfe der Wissenschaft in der jeweiligen Gesellschaft überhaupt nicht zu bewältigen sind....“ Die Frage ist, ob dabei nicht die erforderliche Aufmüpfigkeit (als Treibstoff der Evolution) neben den Partei- und Verbandskanal in einem dritten Kanal der Wissenschaft ihre Kraft verliert. Nach meiner Einsicht kann die Wissenschaft die ihr von Maihofer zugeordnete Funktion nicht erfüllen, wenn sie weiterhin als staatliche Veranstaltung betrieben wird.

20.6 „Der schwarze Goethe-Freund“

20.6.1 In der Ausgabe vom 22. November 2000 der HAZ wird von Thorsten Fuchs Kokora Michel Gnéba vorgestellt. Er war Minister für Hochschulen und Forschung an der Elfenbeinküste in Schwarzafrika und lehrt jetzt an der Universität Hannover Germanistik im Rahmen einer Gastprofessur, die von der Volkswagenstiftung finanziert wird. Er hat einst

8 Siehe Auszüge aus: Produktive Wissenschaft in der modernen Universität, Dokumentation 13

die deutsche Sprache gelernt, weil er für ihn keine Möglichkeit bestand, sich die englische Sprache anzueignen. Laut HAZ-Bericht erklärt er den Studenten, warum aus Goethe ein guter Entwicklungshelfer geworden wäre. Er bedauere nicht, sein üppiges Ministerbüro gegen ein karges Professorenzimmer eingetauscht zu haben. Wörtlich heißt es dann weiter:

20.6.2 „Um das zu verstehen, ist es gut, ihm einmal zuzuhören. Am besten, wenn er über Goethe spricht. Gnéba, 55 Jahre alt, redet ohnehin nicht gerade schnell. Aber bei Goethe bekommt seine Stimme einen beschwörenden Ton. Sein Gesicht wird ernst, und zwischen den Sätzen lässt er lange Pausen. So lange Pausen, dass man befürchtet, er werde gar nicht weitersprechen. Aber im Grunde will er bloß seinen Sätzen Zeit lassen, in Ruhe beim Zuhörer anzukommen. Weil der, über den er spricht, so wichtig ist. Für sein Land, die Elfenbeinküste, seine Heimat. 'Goethes Ideen', sagt Gnéba, 'können Afrika helfen.'

20.6.3 Nein, Goethe hat sich zeitlebens nie für jene Gegenden interessiert, die man heute die 'Dritte Welt' nennt. Das weiß auch Gnéba. Ihm geht es um die Prinzipien von Goethes Denken. Und um die Themen, die in seinen Werken vorkommen. Um Faust II zum Beispiel, wo ein König im Luxus schwelgend sein Reich und sein Volk vernachlässigt. 'Korruption und Misswirtschaft, wie bei uns', sagt Gnéba. Um die Achtung vor der Natur, die Goethe immer wieder propagiert, ohne sie im eigentlichen Sinne christlich zu begründen. Und um die Dezentralisierung, für die Goethe in seinen politischen Schriften wirbt. 'Auch bei uns müssen die Menschen vor Ort entscheiden dürfen; nur sie wissen, was wichtig für sie ist.'

20.6.4 Es wäre wohl auch gerade in Afrika ein Luxus, Goethe allein als ästhetistisches Vergnügen zu lesen, und daher ist es nur konsequent, dass Gnéba schließlich auch Politiker wurde. Ein Politiker, der keiner Partei angehört, weil ihm jeglicher Klüngel zuwider ist. Dessen Rat aber dennoch begehrt ist. Zuletzt hat er am Programm der neuen Regierung der Elfenbeinküste mitgearbeitet. Und der neue Verteidigungsminister hätte ihn gern als Berater gehabt. Der ist übrigens auch ein Germanist. Gnéba hat dennoch abgewinkt. Jetzt müsse er sich erst mal wieder der Lehre und dem Studium Goethes widmen. Denn von dem hat er schließlich viele Ideen. Auch die politischen.“

20.6.5 Fünf Anmerkungen dazu:

20.6.5.1 Wenn man Kokora Michel Gnéba gewinnen könnte, seine Goethe-Vorlesungen über Goethes politische Vorstellungen über die dritten Programme des Fernsehens ausstrahlen zu lassen, dann - so intuitiv geurteilt - würde er wesentlich mehr gegen den Rechtsradikalismus bewirken als der Bundespräsident und der Bundestagspräsident mit ihren Sprüchen, die nur eine inversive Wiederholung von CDU/CSU-Politikern aus jener

Zeit sind, in der es Probleme mit dem Linksradikalismus gab.

20.6.5.2 Vielleicht weil selten von Goethes politischen Vorstellungen die Rede ist, wenn in den Medien über sein Werk gesprochen wird, vielleicht auch weil ich einfach zu ungebildet bin. Mir ist erst jetzt durch Gnéba aufgegangen, daß Goethe Bedeutung für mein politisches Denken haben könnte. Ich weiß zwar, daß Goethe eine wesentliche Bezugsgröße für das Seminar für freiheitliche Ordnung ist; gedacht habe ich aber, jede Person, jede Institution braucht eben seine Haus-Heiligen. Gewundert habe ich mich dann doch, als ich „Das Programm von Pfingsten 1943“ vom Freiwirtschaftsbund“ las (Siehe Dokumentation 4) und feststellte, daß dort auch auf Goethe Bezug genommen wurde. Gedacht habe ich dann: Na, Goethe war weit genug weg von politischen Gegenwartsturbulenzen. Es war bestimmt in der NS-Zeit nicht leicht, unverdächtige Geistesgrößen zu finden, auf die man sich berufen konnte. Und siehe da, da kommt ein Afrikaner und sagt mir: Goethe ist mehr als ein Hausheiliger und mehr als eine Rückversicherung. Wunderbar!

20.6.5.3 In der Gründungszeit der grünen Partei markierten die Begriffe *dezentral*, *überschaulich*, *small is beautiful* und *Parlamente der Betroffenen* bedeutende Zielgrößen. Bevor sich das Bewußtsein herausbilden konnte, daß diese Ziele sich nur mit einer marktwirtschaftlich-föderativen Ordnung realisieren lassen, wurden die Begriffe von der politischen Tafel gewischt und durch den verschwommenen und verlogenen Begriff *Basisdemokratie* ersetzt. Ob wir nun aber über die Weiterentwicklung von Europa, über Konfliktherde wie Israel / Palästina, den Balkan, das Baskenland oder Tschetschenien oder über eine multikulturelle Gesellschaft, über ein freies Bildungswesen oder ein Soziales Sicherungssystem ohne Zwangskollektive nachdenken, wir kommen nicht umhin herauszufinden, was denn der Föderalismus als Strukturelement zwischen den Staaten, zwischen den Ländern eines Bundesstaates, im Verhältnis Land - Gemeinden, für die Autonomie der Kommunen und privatrechtlich zwischen Personen und Gruppen von Personen meint und leistet, bzw. leisten kann.

20.6.5.4 Mir persönlich hat das Buch von Karl Hahn „Föderalismus - Die demokratische Alternative“ vor Jahren viele Einsichten vermittelt. Im Untertitel heißt das Buch „Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff“. Ich habe dazu in die Dokumentation 5 einen Beitrag von Fritz Penserot aufgenommen. Es gibt aber bestimmt weitere, wichtige Quellen zum Thema Föderalismus.

20.6.5.5 Ich habe in Erinnerung: In einer alten Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung - noch aus der Adenauer-Zeit - war zu lesen, daß bei der Bildung der BRD

der Norden der Republik weniger Verständnis und Neigung für einen föderalen Aufbau gehabt hat als der Süden. In Bezug auf die politischen Parteien, war es die SPD insgesamt, die lieber einen zentralistischen Staat gehabt hätte, das ist aus ihrer ideengeschichtlichen „Biographie“ verständlich. Wie sieht das heute aus? Was sich bei uns als föderale Struktur entwickelt hat, ist doch ein grausiger Mischmasch von gegenseitigem Hineinreden, unnötigen Abhängigkeiten, Bestrafung jener Einheiten, die eine bessere Politik machen, und verwirrenden Mischfinanzierungen. Wäre es nicht an der Zeit, neu darüber nachzudenken? Ich habe einmal gehört oder gelesen: Es soll in Hannover sogar ein Forschungsinstitut zum Thema Föderalismus geben. Ist das richtig? Und wenn es eines gibt: Was macht es eigentlich? Ich verweise auch auf die Arbeiten von Reigrotzki und Dahrendorf in der Dokumentation.

21. Über meine Wert- und Einschätzung meiner Adressaten

21.1 Versuch einer thematischen Annäherung

- 21.1.1 Wer politisch noch etwas werden oder unbedingt etwas durchsetzen will, muß strategisch schreiben, daß heißt Rücksicht nehmen auf Eitelkeiten, Empfindlichkeiten, Gruppenzugehörigkeit, bevorzugte Form der Darstellung, die Wahl des richtigen Zeitpunkt der Veröffentlichung usw.. Ich will nichts mehr werden und was ich politisch möchte, läßt sich sowieso nur durchsetzen, wenn es dem Bedürfnis vieler Menschen entspricht. Ich kann bestenfalls ein Stichwortgeber sein. Es gibt auch keine Bündnispartner in Form von Parteien, Verbänden und Kirchen. Es gibt nur die Hoffnung auf den Einzelmenschen, der unabhängig von der gestalteten und verwalteten Öffentlichen Meinung denken und handeln kann. Ich brauche also keine Rücksichten zu nehmen bis auf jene im Umgang mit anderen Menschen, die vom eignen Wertessystem diktiert werden.
- 21.1.2 Ich habe mich gefragt, ob Sie, Du, wir, die wir uns für das interessieren und engagieren oder gar aufopfern, was Politik genannt wird, eigentlich „bessere“ Menschen sind als jene, die sich für Sport, Kultur, Wissenschaft, Religion interessieren und engagieren oder einfach abseits stehen. Ich denke nein. Denn würde uns Sport usw. mehr als Politik interessieren, würden wir uns dafür „aufopfern“. Auch wenn die Not des Einzelnen, die Wohlfahrt der Gesamtgesellschaft oder gar der Menschheit Gegenstand unserer Arbeit ist, der Antrieb kommt aus einem persönlichen Bedürfnis. Hier bei diesem Schreiben ist es mein Bedürfnis, nicht an den eigenen Gedanken ersticken zu müssen, nicht nur Amboß, sondern auch ein bißchen Hammer zu sein, mich vor den anklagenden Frage „Was hast Du denn zur Abwehr der Gefahr getan?“ zu schützen. Die Ich-Bezogenheit von politisch

handelnden Menschen, von der auch Oskar Negt sprach, kommt so beispielhaft bei Kurt Biedenkopf zu Vorschein. Es war zu lesen, daß er sich die Querelen in der Landesregierung und Landes-CDU dadurch eingehandelt hat, weil er einen schwachen Nachfolger wolle, damit er über die Zeit seines Ausscheidens als Ministerpräsident hinaus noch glänzen kann. Dies mag Biedenkopf angedichtet worden sein, aber grundsätzlich ist eine solche Haltung nicht unmöglich, wenn wir die Menschen anschauen, die die Politiker-Kaste bilden.

21.1.3 Ich habe mich weiter gefragt, ob die Charaktere, die heute in der Politik agieren, sich grundsätzlich unterscheiden von jenen, die zur Zeit des Nationalsozialismus agiert haben, und wie sich die heutigen Politiker (und die politischen Journalisten) in die Zeit von 1933 zurückversetzt, entschieden hätten. Die Antwort, die ich für mich gefunden habe und für die ich keine Allgemeingültigkeit einfordern kann, ist: Für die handelnden Figuren von heute findet man auch Entsprechungen in der NS-Zeit. 70 bis 80 % wären auch bei der NSDAP mitmarschiert. 20 bis 10 Prozent wären vermutliche zögerliche Bedenkenträger gewesen und keine 10% hätten offenen Widerstand gewagt. Ich will damit sagen, daß das Verhalten „Augen zu / Ohren zu / Nase zu“, das damals von der Not diktiert wurde, heute den PolitikerInnen vom „System“ abverlangt wird, wenn sie wiedergewählt werden oder Karriere machen wollen. Die heutigen Politiker können von Glück reden, daß durch die Böse Tat der Großväter und Väter ihr Weg zur (sichtbaren) bösen Tat von heute blockiert ist.

21.1.4 Wenn Fraktionen oder Parteien erkennen lassen, daß es in ihren Differenzen gibt, dann schallt es gleich. „Wir müssen Geschlossenheit bewahren, zeigen usw.. Daß dies aber der Geist ist, der auch in dem Lied „SA marschiert, die Reihen fest geschlossen“ zum Ausdruck kommt, wird nicht bemerkt. Geschlossen marschieren die Lemminge in den Untergang. Aus politischen Sackgassen und Sachzwängen gibt es nur individuelle, vom Kollektiv, von der Fraktion unabhängige Lösungswege. Erkenntnisgrenzen decken sich auch nicht mit Partei- und Fraktionsgrenzen. Andererseits: Ich habe aus der Schulzeit noch eine Lesebuchgeschichte in Erinnerung. Ein Vater läßt seine sieben sich zankenden Söhne sieben Stäbe schneiden und sagt dann jedem einzelnen, daß er seinen Stab zerbrechen solle. Dies können und machen sie auch. Er läßt ein zweites Mal sieben Stäbe schneiden und bündelt sie dann. Er fragt, ob sie auch diese Stäbe brechen können. Die Söhne versuchen es und scheitern. Die Moral dieser Geschichte, daß der Zusammenhalt stark macht, stimmt auch. Aber nach den Erfahrungen im 3. Reich müssen wir heute mehr denn je fragen, wozu wir zusammenhalten sollen und wollen.

- 21.1.5 Ich denke, daß die meisten menschlich verursachten Übel dieser Welt nicht durch einen bösen Willen verursacht werden, sondern durch den irrenden guten Willen. Es ist nach meiner Ansicht eine Verharmlosung der NS-Zeit, wenn man glauben machen will, die damaligen Generationen hätten den Wunsch gehabt, daß Böse zu installieren. Auch von den heutigen PolitikerInnen wird ja so geredet, als hätten sie nur im Sinn, das Böse (in milderer Formen) zu wollen und zu fördern; das ist Unsinn. Selbst der Diktator will noch das Gefühl haben, er tue etwas Gutes. Die Frage ist, welche Warn- und Kontrolleinrichtungen wir entwickeln müssen, damit wir irreparable Verirrungen rechtzeitig erkennen und ihnen entgegenwirken können.. Der schon lange verstorbenen Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes in Bückeburg, Pastor Wilhelm Mensching, empfahl die Schulung des Gewissens an Hand von Biographien jener Menschen, die in kritischen Situationen richtig gehandelt hätten. Von den zornigen alten Männern war es wohl Jean Améry (Dokumentation 1), der warnte, den Ruf „Feuer“ nicht durch leichtfertige Abnutzung seiner Wirkung zu berauben. Und wer mit der Haltet-den-Dieb-Methode - die nicht nur von den heutigen Antifaschisten praktiziert wird - von den eigenen Schwächen und Fehlern ablenken will, der fördert die Bedrohung der Gesellschaft, statt sie durch Klärung zu schützen.
- 21.1.6 Es ist offensichtlich so, daß die Existenz von Parteien nur dadurch ermöglicht wird, daß Mitglieder anderer Parteien in irgendeiner Weise als minderwertiger erachtet werden oder daß angenommen wird, andere Parteien würden etwas Minderwertigeres vertreten als die eigene Partei. Um das glaubhaft zu machen, muß abgegrenzt werden. Von der Abgrenzung zur Ausgrenzung und dann zur Feindschaft ist es nicht mehr weit. Die Übertragung dieses Schemas auf die Parlamente bedeutet doch, daß die fraktionsbildenden Mitglieder nicht mehr Partner in einer gemeinsamen Sache sind, sondern eher Gegner in einem Prozeß, in dem einer dem anderen nichts gönnt und jeder nach Schwachstellen des Gegners sucht, um ihm daraus einen Strick zu drehen. Es ist nicht der institutionalisierte Wettbewerb zur Förderung des Guten, sondern eine lähmende Destruktion. Die Fraktionen nehmen gegenseitig eine Haltung ein, wie wir sie bei Rechtsextremisten gegenüber Ausländern und bei Linksextremisten gegenüber Funktionären der „Wirtschaft“ finden oder wenigsten vermuten. (Wirtschaft in Anführungsstrichen, wegen des merkwürdigen Gebrauchs des Begriffes bei uns.) Wenn wir uns von den Mitgliedern von Extrempositionen einen humaneren politischen Stil wünschen, dann sollten die Mitglieder der Parlamente und der Parteien damit anfangen.

21.2 Der gute, böse Parlamentarier bzw. die gute, böse Parlamentarierin

21.2.1 In der Regel nähern wir uns der Wahrheit wohl eher, wenn wir eine Gruppe differenzierend, vergleichend betrachten. In den Parlamenten gibt es ja nicht nur die Fraktionen als geschlossene Blöcke, sondern die Fraktionen gliedern sich ja auch wieder nach dem Links-Recht-Schema in Flügel. Mitglieder der Parlamente sind also keine homogene Masse. Geschlecht, Alter, Beruf und andere Merkmale wären Grund, um zu differenzieren. Hätte ich z.B. Gelegenheit, alle Landtagsmitglieder in einer persönlichen Begegnung kennen zu lernen, ich würde bestimmt urteilen, daß sie liebe, tüchtige, humorige Menschen sind, die gute Nachbarn brave Elternteile, engagierte Gewerkschaftler, tüchtige Unternehmer oder Beamte sind. Ich würde nicht blind sein, hier und dort auch zu viel Ehrgeiz oder Feigheit, Faulheit oder Aktionismus oder weniger gute Eigenschaften feststellen. Insgesamt würde ich mich aber als Mensch unter Menschen fühlen.

21.2.2 Ich will hier aber das Gemeinsame, Ihre kollektive Wirkung auf unser politisches System hervorheben. Das ist berechtigt, weil keiner von Ihnen gezwungenermaßen im Parlament sitzt. Und wer so tut, als sei es völlig in Ordnung, daß sich die Kollektivhaftung, die aus der Kollektivschuld der Großväter (die es nach verbalen Verlautbarungen gar nicht gibt) abgeleitet wird, sich auf die Urenkel vererbt, der muß sich auch anrechnen lassen, was in seinem parlamentarischen Kollektiv der Jetztzeit getan oder unterlassen wird, auch dann, wenn einzelne Parlamentarier sich gegen die Entmündigung des Bürgers gestemmt haben. Und hier stelle ich fest:

21.2.3 Die Parlamentarier im Land Niedersachsen und auch im Bund haben sich ohne Not in die Rolle der Demokratie- und Verfassungsfeinde begeben. Darüber hinaus haben sie vergessen, was sie geschworen haben, nämlich den Nutzen für die Menschen in der Republik zu mehren und Schaden abzuwehren.

21.2.4 Ich hoffe, es gelingt mir, dies glaubhaft, nicht herabsetzend zu begründen. Wenn ich nicht alle Landesparlamente einbezogen habe, dann darum, weil es wohl abweichendes Verhalten bei der Verabschiedung der Landesverfassungen nach der Vereinigung gegeben hat. Aber eigentlich müssen alle Landesparlamente sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie den Verfassungsbruch des Bundes mitgetragen haben. Nicht einmal die Kommunalparlament dürfen von der politischen Haftung⁹ ausgenommen werden. Denn wenn der

⁹ Der Begriff *Haftung* verweist auf Sanktionen für politisches Fehlverhalten. Wenn auf „Ich übernehme die

demokratisch motivierte Protest bei Verletzung fundamentaler demokratischer Prinzipien durch die Verfassungsorgane schon dann ausbleibt, wenn er nur ein bißchen Überwindung von Gedankenfaulheit und Herzensträgheit kostet, wie soll er sich dann einstellen, wenn er die Existenz oder gar das Leben kosten kann.

21.2.5 Dieses ganze Schreiben und auch die Text-Dokumentation handeln davon, wie wir uns eine psychische, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und rechtliche Verfassung erarbeiten können, in der wir uns wohl fühlen, von der wir dann sagen können:

Wir haben mit unseren jetzigen Fähigkeiten und Erkenntnissen das Optimum einer Gesellschaftsverfassung erreicht. Die nachwachsenden Generationen haben das Recht und hoffentlich auch die Fähigkeit, unseren gemeinsamen Entwurf - den wir durch die Abstimmung des ganzen Volkes - Artikel für Artikel mit Zulassung von Alternativen - in den Stand der Gültigkeit gehoben haben - im Ganzen oder in Teilen zu bestätigen oder zu verwerfen, wenn ihnen neue Einsichten dies geboten erscheinen lassen. Wir haben, nachdem die Schuld der Väter und Mütter, der Großmütter und Großväter am Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch auf uns lastet, eine Wiedergutmachung versucht, die besser ist als das gebetsmühlenartige Bekennen der Schuld und das Abkassieren von Geld von Menschen, die mit den Vorgängen nichts zu tun haben. Wir haben versucht aufzuzeigen, welche gesellschaftlichen Bedingungen erfüllt sein müssen, damit in und zwischen den Völkern Frieden herrschen kann und für den einzelnen Menschen und die sich immer neu bildenden Gruppen eine gedeihliche Entwicklung möglich wird. Wir haben durch unsere Verfassungsarbeit, an der sich 10, abschnittsweise sogar bis zu 30% der Bürger beteiligt haben, ein neues Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge erworben. Wir haben uns etwas erarbeitet, auf das wir wirklich stolz sein können.

21.3 Zum Thema Verfassungsfeindlichkeit der Verfassungorgane

21.3.1 Ich will mich hier nur stichwortartig zu der Anklage der Verfassungsfeindlichkeit unserer Verfassungsorgane äußern. Ich muß auf meine Ausarbeitung „Die Verfassungs-Piraten“ vom November 1991 und „Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!“ vom Mai 1993 hinweisen. Der Bundestag, der Bundespräsident, die gemeinsame Verfassungskommission, das Verfassungsgericht, die Länderparlamente und andere haben die Texte erhalten. Ich muß ebenfalls auf meinen Schriftsatz vom Oktober 1989 an die Deutsche Bundesbank verweisen. Als Mitempfänger habe ich damals ausgewiesen: Deutscher Bundestag, Europa-Parlament, mehrere Institutionen und Einzelpersonen. Die Arbeit in Briefform

politische Verantwortung!“ eine Frühpensionierung erfolgt, dann ist das eine Belohnung von Fehlverhalten.

trägt folgenden Titel: „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik - Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank“. Zurückgreifen muß ich auch auf meine Ausarbeitung „Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung - für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ und zwei weitere Folgebeiträge.

21.3.2 Aber bevor ich hier in Kurzform noch konkreter auf meine Anklage eingehe, will ich nochmals im Zeitraffer den geschichtlichen Hintergrund meiner Anklage verdeutlichen.

- Als die Deutschen 1871 einen Kaiser als Oberhaupt verpaßt bekamen, hat keiner gefragt, ob ihnen das auch paßte.
- Als in einer „Revolution von oben“ zur Erhaltung eines überholten gesellschaftlichen Gefüges und zur Schädigung der Sozialdemokratie und anderer Sozialisten Bismarck den Arbeitnehmern ein Sozialversicherungssystem verpaßte, das manche Zeitgenossen noch heute als das allein Mögliche verstehen, das aber eine ökonomische Entmündigung der Bürger darstellte und bis heute der Stabilisierung des zerstörerischen Kapitalismus dient, konnten die Deutschen nicht selber darüber entscheiden, ob ihnen das paßte oder nicht.
- Als ihnen nach Jahren der Kaiser eine Selbstverständlichkeit geworden war, wurde er ihnen 1918, ohne gefragt zu werden, wieder genommen.
- Im selben Jahr wurde die Republik ausgerufen, ohne daß die Deutschen sich in einer demokratischen Entscheidung für die Demokratie entscheiden konnten.
- Später durften sie dann einen Reichstag wählen, der eine Verfassung ausarbeitete, auf deren Inhalt sie keinen Einfluß hatten.
- Die Deutschen mußten damals dann mit dem Schuldgefühl leben, der 1918 beendete Weltkrieg wäre durch ihren und des Kaiser Hang zum Militarismus verursacht worden. Dabei war damals schon erkennbar, was heute erst zaghaft gesagt wird, daß die kapitalistische Ausformung der Ökonomie die Völker zur aggressiven Politik trieb (und heute in anderen Formen noch treibt).
- Als Verlierer - eine Rolle, die immer und überall drückt - wurden sie nicht gefragt, ob sie mit den Lasten, die ihnen die Sieger auferlegten, einverstanden waren.
- Unzählige Familien, die im Krieg und danach Opfer an Leben, Gesundheit und Gut für ihr Vaterland gebracht hatten, fühlten sich hinterher verhöhnt. (Und *Vaterland* war damals noch der positiv geladene Begriff für einen gültigen Wert.)
- Nachdem dann die Deutschen durch eine dumme, ja verbrecherische Währungspolitik erst durch die Inflation enteignet wurden, um danach durch eine Deflationspolitik um die Erwerbsmöglichkeit gebracht zu werden, hatten sie keinen Grund mehr, sich für die Demokratie zu erwärmen und diese zu verteidigen.
- Als dann die Vernunft der Deutschen verkümmern mußte, weil diese keine Nahrung erhielt, war es schon nicht mehr der freie Wille, in den Irrationalismus des Nationalsozialismus zu fliehen. (Die Behauptung, unsere Eltern und Großeltern hätten sich den Nazis zugewandt, weil sie Lust auf die Rolle als Massenmörder gehabt hätten, ist unreal, ist aber heute ein Förderprogramm für Rechtsradikalismus.)
- Nach dem zweiten Weltkrieg befanden sich die Deutschen wieder in der Verliererrolle, wieder wurde ihnen gesagt, sie seien die Bösen, die Schuldigen, obwohl sie sich nur als Mensch wie die anderen Menschen, wie z.B. ihre Kriegsgegner fühlten. Sie wußten wohl, daß sie aus Angst oder ideologischer Verblendung die Augen geschlossen gehalten hatten, wo sie hätten hinsehen sollen. Aber diese Verhaltensweise ist weder zeit- noch gesell-

schaftsgebunden. (Dabei ist es so, daß die Deutschen bei Erhalt der Demokratie Hitler und den Holocaust hätten vermeiden können, aber ohne Wechsel des Wirtschaftssystems in Europa nicht den zweiten Weltkrieg.)

- Die Deutschen wurden nach dem zweiten Weltkrieg weder im Westen noch im Osten gefragt, welche Bedürfnisse sie denn in Bezug auf die gesellschaftliche / staatliche Gestaltung hätten.
- Im Westen ist den Deutschen die Demokratie von den Siegern übergestülpt worden. Die Deutschen, die dabei mitgewirkt haben, waren in der Rolle der Schüler, die von den Siegern als Oberlehrer beaufsichtigt wurden.
- In der Weimarer Republik wie auch im Nachkriegsdeutschland gab es durchaus Mehrheiten für eine kapitalismusfreie Gesellschaftsordnung. Die Fragen danach waren vorhanden. Es gab keine Antworten, wie das Ziel in Freiheit mit Anstand und Würde erreicht werden könnte. Die politischen Parteien haben entweder mit alten untauglichen Argumenten operiert oder die Menschen schlicht in die Irre geführt.
- Die Realpolitik der BRD bestand darin, daß die Menschen in einem unmündigen Zustand gehalten wurden. Wem wundert es, daß sie sich in den herrschenden Verhältnissen eingerichtet haben. Nach einem Dichterwort sind die größten Feinde der Freiheit die glücklichen Sklaven.

Jedenfalls kann man von Menschen, die so manipuliert wurden wie die Deutschen, nicht erwarten, daß sie die Demokratie verteidigen. Der Wechsel in ein totalitäres System würde doch für die Mehrheit keine Änderung ihres Lebens bedeuten. Sie könnten ihre Narrenfreiheit behalten und für Brot und Spiele würde auch gesorgt. Und sie würden auch zur Urne gehen und dem Regime bestätigen, daß es gut ist. Es wären verhältnismäßig wenige Menschen, die Schwierigkeiten bekämen. Leute wie mich, die so gegen den Strich bürsten wie ich hier, die müßte man natürlich einsperren - aber die hätten dann selber schuld.

21.3.3 Nach der Vereinigung der beiden deutschen Republiken wäre der Zeitpunkt gewesen, an dem wir Deutschen uns dem heilsamen Prozeß der Demokratieaneignung hätten aussetzen dürfen, können und müssen. Diese Aneignung der Demokratie durch uns selbst wurde von unseren politischen Parteien - allen voran die CDU - sabotiert. Ist klar geworden, warum die Bedrohung aus der politischen Mitte kommt?

21.4 Ein paar Anmerkungen zum Grundgesetz

21.4.1 Eine Verfassung wird nicht für die Juristen formuliert, sondern für das gesamte Volk. Die einzelnen Artikel müssen also gelesen werden bzw. gelesen werden können ohne Zuhilfenahme von Rechtsdolmetschern, von Kommentaren und Werken mit der Beschreibung ihrer Entstehungsgeschichte. Das sollte eine allgemeine semantische Norm für Gesetzesnormen sein - aber besonders für die Verfassung.

21.4.2 Vor Jahren ist mir das Buch „mit Deutschland ist kein Staat zu machen“ von Peter

Boock¹⁰ vom Oktober 1990 in die Hände gekommen. Da er mit der Präambel des GG anfängt, ist das für mich ein guter Einstieg. Ich zitiere aus dem ersten Kapitel:

„Parlamente und Regierungen wählen ist noch nicht «Demokratie»

1. Am Anfang war die Unwahrheit

«Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.»

(...) Das Volk hat *nicht!*

Nicht beschlossen, es hatte auch kein Bewußtsein (seiner Verantwortung) weder vor Gott noch vor den Menschen, es war nicht von dem Willen beseelt (seine nationale und staatliche Einheit zu wahren)

Es war *nicht*

Das deutsche Volk.

Dem Grundgesetz ist eine Fiktion vorangestellt, von dieser leitet es seine Legitimation her.

In Wahrheit wurde *nicht das Volk* gefragt, nicht einmal die Bevölkerung der verschiedenen deutschen Länder. Es waren die Parlamente, nicht einmal alle, die - ohne diesbezüglichen Auftrag durch die Bevölkerung - das Grundgesetz durch Abstimmungen mit einfacher Mehrheit gebilligt haben.

Das Grundgesetz wurde *von oben* «in Kraft» gesetzt - auch hier handelten Vormünder.

Der Parlamentarische Rat, welcher es formulierte - nicht ohne Weisheit, es ist sicher die beste Verfassung, die ein deutscher Staat bisher hatte - war ein eingesetztes Gremium von Gnaden der damaligen Militärregierungen:

Unsere staatliche Ordnung mit ihren «demokratischen Spielregeln» wurde *vor* - gegeben.

Demokratie? Freiheit? Selbstbestimmung?

«Die Würde des Menschen ist unantastbar ...» (Art. 1 GG) Des Menschen an sich?

Der Satz macht nur Sinn, wenn er sich auf jeden einzelnen bezieht, auf mich, auf dich, ... auf jedermann.

Wird die Menschenwürde im Gültigkeitsbereich dieser Verfassung nicht täglich angetastet: Wenn ein Zuhälter seine Mädchen auf den Strich schickt, wenn ein Firmenboß Angestellte ihre Abhängigkeit fühlen läßt, wenn ein militärischer Vorgesetzter seine Untergebenen demütigt, wenn eine Werbe-Agentur ihre potentiellen Kunden auf dem Niveau von Kleinkindern anspricht ...? (oder gibt es das alles gar nicht?)

Und schützt davor tatsächlich «staatliche Gewalt»?

Kann «Gewalt» überhaupt schützen?

Des Menschen Würde wird gewahrt, wenn er als einzelner Mensch, der sich selber bestimmt, ernst genommen wird.

Wer soll ihn ernst nehmen?

Der ihm erlaubt, alle 4 Jahre ein Kreuz auf dem Stimmzettel zu machen: «Der Staat» ???

Wer ist das eigentlich?

Ein abstraktes Subjekt - aber doch gedacht wie eine Person - ausgestattet mit «Hoheitsrechten» - dem ich mich als einzelner, kleiner Bürger gegenübergestellt finde, mit dem ich mich (mit «unserer», «freiheitlich-demokratischen» Grundordnung - FdGO) «identifizieren» soll, das durch mich, wie durch alle anderen «mündigen» Staats-Bürger vermittle meiner Stimm-Abgabe demokratisch «legitimiert» sein soll.

Es ist immer noch das alte Verhältnis. Hier „Obrigkeit“, die an-ordnet, dort die - vielen einzelnen - Bürger, welche den An-Ordnungen zu folgen haben.

Unsere Gesellschaft ist immer noch nach dem Prinzip von An-Ordnungen und Gehorsam nicht nur eingerichtet, sondern hat dieses Prinzip auch verinnerlicht.“ ... (So weit Boock)

21.4.3 Hier geht es mir um die Aussagen: 1. daß das GG mit einer Lüge beginnt, die auszubügeln versäumt wurde. 2. Die wirksame Gültigkeit der Grundrechte ist abhängig davon, wie unsere Ökonomie gestaltet ist. 3. Das GG hat nicht bewirkt, daß die Bewohner der

¹⁰ Es handelt sich - soweit ich feststellen konnte - nicht um Peter-Jürgen Boock, das ehemalige RAF-Mitglied.

BRD den Status des Untertanen abstreifen und damit Bürger werden konnten.

- 21.4.4 Daß die Parlamente die realen ökonomischen Verhältnisse nicht so gestaltet haben, daß die Grundrechte voll wirksam werden, ist schon ein die ganze Geltungszeit des Grundgesetz dauernder Verfassungsbruch, den man natürlich nur dann wahrnehmen kann, wenn man weiß, daß unsere ökonomischen Verhältnisse weit unter dem möglichen Optimum angesiedelt sind.
- 21.4.5 Nun habe ich eben in dem GG-Text (Kleine Beck-Texte im dtv) von 1997 nachgeschaut und sehe, daß die Präambel nur umgelogen wurde. Da ist wieder die Rede davon, daß sich das Volk eine Verfassung gegeben hat. Da 99,9% der Deutschen oder mehr an dem Vorgang nicht beteiligt waren, ist es doch wohl so, daß die Mandatsträger und Regierungsmitglieder sich als das Volk definieren. Die Wahlen ersetzen dann wohl nur den Jubel, mit dem sich ein Diktator seine Legitimität bestätigen läßt. Die Verteilung der parteigebundenen Mandate könnte man doch ausknobeln, das wäre billiger und in der Zeit, die man durch den Wegfall des Wahlkampfes gewinnen würde, könnte man eine ganze Menge Gesetze beschließen, an der es offensichtlich unserer Gesellschaft mangelt.¹¹
- 21.4.6 Mich interessiert hier aber die alte Fassung des Grundgesetzes; was nach der Vereinigung beschlossen wurde, ist für mich ein Honnecker-Modell, demokratisch nicht legitimiert. Im Artikel 21 GG steht: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ ... Es gibt wohl an die hundert politische Parteien. Davon haben 5 Parteien ein Kartell gebildet und das GG umgedeutet. „Wir, die wir im Parlament vertreten sind, haben das Monopol auf die politische Willensbildung. Wir haben das Recht, das Wahl-

¹¹ Nein, ich will nicht sarkastisch werden. Das Thema ist zu ernst. Aber manchmal muß man sich Luft machen, um durchhalten zu können. Das gilt besonders dann, wenn man zu Trittins Vergleich: CDU-Generalsekretär = Skinhead Sätze liest wie: „Der Umweltminister habe mit seiner Entgleisung den Konsens aller Demokraten im gemeinsamen Kampf gegen den Extremismus aufgekündigt, ...“ (HAZ 28. 3. 01) a) Wo haben wir denn Demokraten? b) Es wird über Extremisten so geredet, als seien sie keine Menschen. Auch wenn man ihre Taten nicht billigen kann, sind sie Mitglieder unserer Gesellschaft. c) Wo bleiben denn die Worthelden, die jaulen, wenn es um den eigenen Clan, die eigene Karriere geht, aber sich bedeckt halten, wenn BürgerInnen, die keinen Sitz im Bundestag oder Landtag haben, mit der Faschismuskeule in das politische Aus getrieben werden? < Siehe auch: Die Faschismuskeule - Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, von H.-H. Knütter, Ullstein> d) Die provokante Äußerung von Trittin trifft die Union doch nur deshalb, weil sie politisch nichts als Machtstreben zu bieten hat und daher nicht von einer inhaltlich sicheren Position aus kontern kann. Trittin, den ich trotz Vorbehalten nicht für einen üblen Burschen halte, tritt doch nicht nur Leute außerhalb seiner Partei in den Bauch. Die Mitglieder der Urzelle der grünen Partei hat er als die „Zinsknechte“ verspottet, nur weil die sich um ein Thema kümmern, das seinen Horizont übersteigt. Ich habe darauf hin in einem Flugblatt mit dem Titel „Rote Karte für den Bundesvorstand von Bündnis 90 Die Grünen“, verfaßt zum Strategiekongreß im Oktober 1996, geschrieben: „Jürgen Trittin ist der große sozialistisch-ideologische Stepp tänzer, der mit seinen gekonnten Rhythmen auf hartem Parkett die grünen Frauen davon ablenkt, über die wirklichen Ursachen der Unterdrückung der Frauen zu forschen.“ Um eine Brücke zu der CDU zu schlagen: In dem gleichen Flugblatt habe ich auch geschrieben: „Joschka Fischer ist nach Helmut Kohl Deutschlands größter politischer Volksschauspieler.“ Daß er tatsächlich einmal sein Glück als Schauspieler versucht hat, wußte ich damals nicht. Aber heute ist er in den Schatten von Gerhard Schröder geraten. Das ganze Palaver um Personen setzt doch immer dann ein, wenn eine Diskussion in der Sache blockiert ist. Und manchmal habe ich den Eindruck, im Bundestag wie auch in den Landtagen gibt es so viele Blockaden, wie es Sitze gibt.

recht und die Finanzierung der Parteien so einzurichten, daß uns das Kartell erhalten bleibt! Basta!“ Und die Grünen, die einmal gegründet wurden, dieses Kartell zu knacken, sind heute Teil des Kartells. Wann wird der Verbots-Antrag für die SPD und CDU/CSU beim Bundesverfassungsgericht eingereicht?

21.4.7 Artikel 20 (2) „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Wo bleibt das Volk in der Verfassungswirklichkeit. Das Volk wird allenfalls beschimpft, wenn es sich nicht in dem Maße und der Weise durch Meinungsumfragen, Werbeagenturen und verlogene Sonntagsreden lenken läßt, wie die „Volksvertreter“ sich das wünschen. Die Rechnung für diese Fremdenlenkungsmaßnahmen bleibt dem Volk aber in jedem Fall. Seit bestehen der BRD haben die maßgebenden Parteien verhindert, daß das Volk sein verbrieftes Abstimmungsrecht realisieren konnte. Es ist eine verfassungsfeindliche Dauerprovokation. Neuerdings kommt aus den oberen Etagen der SPD die Nachricht, daß sie in dieser Beziehung einlenken will. Es ist noch nicht zu erkennen, ob aus Einsicht oder aus Machterhaltungsgründen.

21.4.8 Es gibt sicher unterschiedliche Definitionen, was ein Staat ist. Wenn wir uns umschauen, können wir feststellen, daß die eigene Währung ein wesentlicher Bestandteil des Gebildes ist, das wir Staat nennen. Wenn nun die eigene Währung aufgelöst wird oder aufgeht in einer übergeordneten Einheit, dann wird ein Bestandteil des Staates aufgegeben. Ein solcher Vorgang ist ja durchaus im föderalen Gedanken angelegt. Er erfordert aber die Zustimmung des Souveräns. Der Bundestag ist nun aber genauso wenig der Souverän in der BRD wie es die Volkskammer in der DDR war. Auch in einer repräsentativen Demokratie sind die Verfassungsorgane kein Synonym für das Volk, weder wörtlich noch funktional. Wenn der Bundestag spricht, spricht nicht das Volk.

21.4.9 Und wenn das Volk bei uns in der Republik zum Thema Euro nicht mit Gesetzeswirkung gesprochen hat, dann darum, weil die „Demokraten“, die sich wie Staatbesetzer benehmen, es daran gehindert hat. Auch daß der Bundestag den Artikel 88 über die Bundesbank geändert hat, macht die Sache nicht besser. Allein daß der Bundestag die vorläufige Verfassung nach Belieben ändern kann (fortwährend geändert hat), zeigt daß das GG nur halb so gut ist, wie immer betont wird. Die Mitglieder des Bundestages und der Landtage dürften (fast) alle in einem oder mehreren Vereinen sein. Sie würden sich sicher furchtbar aufregen, wenn die Vorstände ihrer Vereine die Satzungen nach Tagesbedürfnissen ändern würden, ohne die Mitglieder darüber abstimmen zu lassen. Auch die Art der Einführung des Euros ist ein Akt der Entmündigung der BürgerInnen. Dabei habe ich noch

nicht darüber gesprochen, daß man sich entschieden hat, einen Euro zu installieren, der alle Krankheiten der bisherigen Währungen übernimmt.

21.4.10 Gestern bin ich beim Blättern im GG beim Artikel 2 hängen geblieben. Dort wird das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit eingeschränkt durch das Sittengesetz. Ist es ein Gesetz wie das BGB oder HGB, das vor Verabschiedung des GG beschlossen wurde und von der Parlamentarischen Versammlung als gültig bestätigt wurde? Ist es ein Gesetz, im Sinne einer weltanschaulichen Norm, dessen Interpretationsmonopol z.B. beim Papst liegt? Wenn es das ist, was in der Alltagssprache Anstand und Sitte genannt wird, kann es von jedem Nachbar und jedem Richter verschieden gedeutet werden. Diese begriffliche Ungenauigkeit - die ein Einfallstor für Herrschaft ist - ist doch im GG kein Einzelfall. Ein Grund mehr das GG wirklich durchzuarbeiten.

21.4.11 Haben wir nicht die Situation gehabt, in der Bundeskanzler Konrad Adenauer gesagt hat, er liefe nicht immer mit dem GG unter dem Arm durch die Gegend und der Bundespräsident Theodor Heuss sich über diese Aussage aufgeregt hat? Im Grunde sind beide Haltungen der damaligen Repräsentanten der BRD richtig. Wir können nicht durch den Alltag gehen mit aufgeschlagenem Grundgesetz und weiteren Gesetzesbüchern wie mit einer aufgeschlagenen Straßenkarte in einer fremden Stadt. Die Zahl der Gesetzesnormen und die Klarheit der Gesetzessprache muß aber der Art sein, daß wir uns zu jeder Zeit ohne Literatur eine Vorstellung von unserem Rechtsgebäude - in dem wir leben - machen können. Wenn wir uns als gesetzestreue Bürger frei in der Gesellschaft bewegen wollen, ist die Zahl und die Sprache der Gesetze nicht beliebig. Aber die Zahl der Gesetze mit ihren unzähligen Paragraphen ist inzwischen so groß, die Sprache ihrer Inhalte so abstrakt oder unverständlich, daß wir uns nur noch bewegen können, wenn wir so tun, als gebe es 90% der Gesetze nicht. Gesetzestreu kann man - auch wenn man sich bemüht - mit jedem Tag weniger sein. In Bezug auf die Verfassung bedeutet das: Das Volk, die Gesellschaft bekommt nur eine wirkliche Vorstellung von Inhalt und Funktion der Verfassung, wenn es sich die Verfassung wirklich selbst erarbeitet und im Umfang seiner Artikel weise beschränkt. Der Vorgang müßte sich wenigstens alle 25 Jahre wiederholen. Die zwischenzeitlich erforderlichen Verfassungsänderungen müßten dann auf Antrag der Legislative, der Exekutive oder einer Mindestanzahl von Bürgern bei einem Verfassungsrat - der beim Präsidenten angesiedelt werden müßte - eingeleitet und in einer Urabstimmung der Bürger beschlossen werden. Das wäre dann eine Verfassungsarbeit in Permanenz, die ganz automatisch eine Überprüfung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen mit sich brächte. Es könnte jedesmal eine Menge an Strukturschrott aussortiert werden. Die

Evolution der Gesellschaft wäre gesichert. Und wir würden aufhören, unsere Nachgeborenen als Wesen minderen Rechts anzusehen, weil wir nicht erwarten und verlangen, daß sie sich dem Recht der Toten beugen sollen. (Der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson <1743 - 1826> hat sich schon über diese Unsitte aufgeregt.

21.4.12 Die verfassungsmäßige Mogelei, klarer: der Verfassungsbetrug im Einigungsprozeß wurde erleichtert durch eine weitere Unklarheit des GG. Der Artikel 146 lautet:

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

In der Präambel heißt der Schlußsatz:

„Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Da nun von der Regierung und dem Parlament wiederholt gesagt worden ist, daß die Einheit (trotz Gebietsverlusten) in Freiheit vollzogen ist, war der Zeitpunkt doch gekommen, an dem das deutsche Volk als Gesamtheit oder durch eine speziell dafür gewählte repräsentative verfassungsgebenden Versammlung (also nicht durch den Bundestag, der dafür nicht gewählt wurde) sich eine Verfassung hätte geben müssen. Aus Angst, man könne durch eine neue Verfassung an Macht und Einfluß verlieren, haben die Parteien, voran die CDU/CSU, diesen Verfassungsauftrag umgangen. Dieses Ausweichen - die Legitimierung des Betruges - scheint möglich, weil im Artikel 23 folgendes steht:

„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ (zitiert nach einer Textausgabe von 1958).

Man kann nun annehmen, die beiden Artikel seien in zwei verschiedenen Ausschüssen (oder in einem Ausschuß zu verschiedenen Zeiten) formuliert worden und beim Zusammenfügen der Artikel hätte man den Widerspruch übersehen. Wahrscheinlicher ist aber doch, daß man sich bei der Beratung des GG eine Situation gedacht hat, in der Deutschland noch nicht vereint ist, aber z.B. das Saarland und / oder Thüringen den Wunsch und die Möglichkeit bekämen der BRD beizutreten. Für diesen Fall des Beitritts ohne Gesamtvereinigung gibt der Art. 23 einen Sinn, weil in einem solchen Fall der Zwang zur Verfassungsgebung nicht gegeben ist. Der Art. 23 beschreibt aber nicht den Vorgang der Gesamtvereinigung Deutschlands. Ist es nicht so: Wenn zwei Normen mit-

einander konkurrieren, dann kommt die weitgreifende zum Zuge?

21.4.13 Wenn ich die Berichterstattung noch richtig in Erinnerung habe, wollte die CDU/CSU

den Artikel 146 ganz kippen. Die SPD hat sich dagegen gesperrt. Eine kleine Ehrenrettung für diese Partei. Aber was hat man daraus in echter, „heiliger“ Kompromißbereitschaft gemacht?

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Wann ist denn nun der Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, wenn keine Verpflichtung mehr besteht, eine Verfassung zu erarbeiten und zu beschließen? Will man in einer Lotterie den Zeitpunkt bestimmen? Ist damit das Jahr 3000 gemeint? Oder will man solange warten, bis der Atommüll in Gorleben nicht mehr strahlt?

21.4.14 Die Geschichte mit der Niedersächsischen Verfassung ist auch nicht besser gelaufen.

In der Niedersächsischen Landesverfassung (Textausgabe von 1958) steht: Der Niedersächsische Landtag hat folgende Vorläufige Niedersächsische Verfassung beschlossen, die hiermit verkündet wird:“ ...

Eine gewisse Nachsicht kann man ja gelten lassen, wenn 1951 übersehen wurde, daß das Verfassungsorgan „Landtag“ sich nicht selber zeugen und gebären kann bzw. konnte. Der Zeugungsakt besteht in der Aktivierung des demokratischen Geistes bzw. im Willen und Wollen des Volkes, sich eine Verfassung zu geben, die Formulierung der Verfassung wäre dann die Schwangerschaft und die Beschlußfassung über die Verfassung durch das Volk (oder durch eine eigens für diesen Zweck vom Volk gewählte Vertretung) wäre dann die Geburt. Der Landtag kann erst mit der Geburt entstehen. Trotz Abwesenheit von Hunger, Kälte, Krieg oder Bedrohung durch einen Mob, trotz Bundeszentrale und Landeszentrale für politische Bildung, trotz Unsummen für politische Bildungsarbeit und Parteiarbeit und trotz einer Menge kluger Leute rund um den Landtag hat der Landtag mehr als eine jungfräuliche Geburt vollbracht und sich und die Niedersächsische Verfassung 1993 selbst ohne Zeugung, Schwangerschaft und Geburt erneuert. Dabei hätte, wenn die Landes-Verfassung von 1951 als gültiges Gesetz betrachtet wurde, weder der Landtag noch die Niedersachsen insgesamt eine Verfassung verabschieden dürfen. Im Art. 61 (2) steht nämlich: Diese Verfassung tritt ein Jahr nach Ablauf des Tages außer Kraft, an dem das Deutsche Volk in freier Entscheidung eine Verfassung beschließt.“ Wie ich weiter oben beschrieben habe, ist dieser Akt nach dem Art. 146 GG aber auf einen unbestimmten

Zeitpunkt verschoben worden. Die alte Niedersächsische Verfassung ist also noch gültig. Nun frage ich mich, hat die Kommission, die Oktober 1990 bis Mai 1993 an der neuen Verfassung gearbeitet hat, geschlafen, oder hat der Landtag in üblicher Kompetenzanmaßung den Art. 61 (2) vorher für ungültig erklärt?

21.5 Die europäische Grundrechte-Charta ist eine Verfassungsfrage

In

der HAZ vom 10. 11. 2000 ist unter der Überschrift „Die Grundrechtecharta füllt eine Lücke in Europa“ - „Im Gespräch Jürgen Meyer. Der Stellvertretende Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag fordert die Übernahme der EU-Grundrechte-Charta in europäisches Recht. Meyer will so die Position der Bürger gegenüber den Brüsseler Institutionen stärken.“ Das ist doch ein sympathischer Gedanke des Professors der Rechte. Hier sind zwei Überlegungen anzustellen. Erstens: Sind die Grundrechte der Menschen nicht Naturrecht, also ein Recht das einfach mit der Existenz verbunden ist und durch das Nachdenken darüber ins Bewußtsein gehoben wird? Kann Naturrecht gleichzeitig positives Recht sein? Und wie ist es wenn, zwischen diesen zwei Rechten Differenzen entstehen? Wenn wir nun davon ausgehen die Grundrechte seien ein positives Recht und die EU eine Gemeinschaft der Demokraten, wer darf dann einen Konvent einberufen, der die EU-Grundrechte-Charta formulieren soll? (Im vorliegenden Fall hatte der Ex-Verfassungsrichter und Ex-Bundespräsident die Führung.) Und wenn die Charta dann formuliert ist. Wer beschließt sie? „Der 64-jährige Sozialdemokrat sieht zwei Wege; auf denen die Charta rechtsverbindlich werden könnte: Zum einen könnte sie auf herkömmliche Weise von den Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Zum andren wäre ein EU-weites Referendum möglich, das Meyer bevorzugen würde.“ Das ehrt Meyer. Die Frage, wie die Charta Rechtsverbindlichkeit erhalten soll, ist wohl noch offen, sowohl in der Form, wie auch in Bezug auf den Zeitpunkt. Die HAZ meldet am 8. 12. 2000 unter der Schlagzeile „Die Brüsseler Grundrechte-Charta soll Identität in Europa stiften“. Im Text heißt es dann unter anderem: „Die Mitgliedsstaaten, die eine rechtlich verbindliche Charta wollten, scheiterten am entschlossenen Nein der Briten.“ Ich weiß nicht, wie der Stand der Dinge heute ist. Ich stelle nur fest, daß die Kenntnis der Systemvoraussetzung von Demokratie, nämlich daß Verfassungsfragen Basisfragen sind, deren Beantwortung nur durch einen gesonderten Willensakt aller Bürger delegiert werden können, auf europäischer Ebene auch nicht groß sind.

3. Abschnitt

22. Wurde BSE medienmäßig aktiviert, um eine „Marktbereinigung vornehmen zu können?

22.1 Gängige Landwirtschaftspolitik schafft Verantwortungslosigkeit

Gestern war ich beim Friseur. Ich mußte warten. Ich nahm ohne große Wahl eine Lese-
mappe zur Hand und erwischte den *STERN 9/2001* und darin wiederum ohne zu suchen
den Artikel „Rinder verbrennen oder Verschenken“. Mich hat das Thema so aufgeregt,
daß ich zum Friseur gesagt habe: „Man sollte alle, die in der Landwirtschaft mitmischen,
vom Landvolkverband, Beratungsringe, Landwirtschaftskammer, tiermedizinischen
Hochschulen über die Agrarpolitiker bis zu den Beamten in den Ministerien und Kom-
missionen in Berlin und Brüssel - nicht zu vergessen die Futtermittelhersteller und Händ-
ler, in Zehnergruppen vor den Pflug spannen, bis sie Blut schwitzen.¹² Ich wollte damit
aber nicht die Landwirte als die unschuldigen Opfer darstellen, viel mehr meiner Empö-
rung darüber Ausdruck verleihen, daß die Ergebnisse des Fusches in der Landwirtschaft
mit neuem Fusch in der Landwirtschaftspolitik und durch Entmündigung der Käufer aus-
gebügelt werden soll. Die Verantwortungskette wird einfach zu Lasten der Steuerzahler
außer Kraft gesetzt.

22.2 Die eigene Sympathie für die Landwirtschaft

Dabei ist es so: Ich habe eine positive Einstellung zur Landwirtschaft. Landwirtschaft war
für meine Großeltern mütterlicherseits, die Fehnkolonisten waren, neben der Schifffahrt
und Torfgewinnung eine wesentliche Existenzgrundlage. Ich habe als Schuljunge meine
landwirtschaftlichen Erfahrungen bei August Pining, dem Verwalter des landwirtschaftli-
chen Betriebes des Krankenhauses in Barßel gemacht. (Dieses Krankenhaus ist von der
Gesundheitspolitik kaputt gemacht worden.) Ich selber habe - bevor ich den Winter-
lehrgang der Bäuerlichen Volkshochschule in Rastede besucht habe - einen Sommer lang
auf einem Hof gearbeitet, der in der Nähe des Hofes des Ex-Landwirtschaftsministers Fun-
ke liegt. Eine Tochter und ein Sohn von mir haben als Erstausbildung eine landwirt-
schaftliche Lehre absolviert. Ich habe auch jetzt noch direkten Kontakt zu Landwirten.

12 Das ist natürlich eine Aussage wie: „Ich möchte dich am liebsten an die Wand klatschen!“

22.3 BSE als Mittel der „Marktbereinigung“?

Es

kann sein, daß die Verbraucher, als jetzt BSE-Fälle in der BRD aufgetreten sind, diese nicht verheimlicht wurden (oder nicht verheimlicht werden konnten), mit Kaufzurückhaltung reagiert haben und die Politik sich mehr blind als sehend um Schadensbegrenzung bemüht. Aber daß es auch möglich ist, daß wir schon länger einzelne BSE-Fälle haben, diese aber „großzügig“ übersehen wurden, jetzt aber entsprechende Meldungen lanciert wurden, um eine Käuferreaktion zu provozieren, damit eine Politik der Marktbereinigung eingeleitet werden konnte, ist kein gutes Zeugnis für die Landwirtschaftspolitik.

22.4 Die Verbraucher haben richtig reagiert.

Weil

der Fleischmarkt mit mangelhafter Ware beliefert wurde, reagieren die Nachfrager - wie es im Modell Marktwirtschaft vorgesehen ist - mit einer Kaufzurückhaltung. Der Staat kommt nun daher - eine Sonderbehandlung für die Landwirtschaft wie immer parat -, entmündigt die Verbraucher und sagt, wenn ihr das Fleisch nicht wollt, müßt ihr es eben ohne Gegenleistung bezahlen. Die Politik setzt damit für die Zukunft die falschen Signale. Denn die Landwirte und der Funktionärs- und Beamtenklüngel, die mit der Landwirtschaft beschäftigt sind (Ein Verhältnis 2 : 1 ?), werden sich sagen, wenn wir wieder Mist bauen, wird Vater Staat in gewohnter Weise unser Fehlverhalten wieder ausbügeln.

22.5 Was den Bauern recht ist, ist den Bauunternehmern billig

Warum erhalten eigentlich die Bauunternehmer keine Stilllegungsprämien - wie die Bauern -, wenn der Staat die Baukonjunktur gerade mal wieder kaputt gemacht hat? Die Arbeiterfrauen, die durch Putzen und andere Hilfsarbeiten versuchen, ihre Familie finanziell über Wasser zu halten, haben es bestimmt genauso schwer wie die Bäuerinnen. Warum bekommen die letzteren ohne Gegenleistung Rentenansprüche übertragen, die Arbeiterinnen aber nicht? Liegt es daran, daß die größte Fläche der BRD den Bauern und Großagrariern gehört und sie sich manchmal so aufführen, als gehöre die Republik eigentlich ihnen? Oder liegt es daran, daß die Landwirtschaft als Maßnahme der Landesverteidigung gesehen wird, wie ich es in dem Buch „Jenseits der Interessenpolitik“ von Friedrich Salzmann (Bern 1953) gelesen habe. Wenn das auch bei uns der Fall ist, dann muß dem Verteidigungsminister die Rechnung für den ganzen Schlamassel geschickt werden.

22.6 Zwispältiger Status der Landwirtschaft

Vor

Jahren habe ich getextet: Unter dem Freiherrn von Heeremann werden die Bauern keine freie Herren. Von 1949/50 bis 1999 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1 647 000 auf 434 000 verringert, die Zahl der Beschäftigten von 5 114 000 auf 968 000. Der Anteil der Landwirtschaft an der Wirtschaftsleistung hat sich in dieser Zeit von

11,2 % auf 1,2 verringert. (Fuldaer Zeitung vom 13. 1. 01) Die freigesetzten Bauern stehen heute an den Fließbändern der Fabriken oder machen nach Umschulungen jenen auf dem Arbeitsmarkt Konkurrenz, denen die Umschulungskosten aufgedrückt wurden. Trotz der kapitalintensiven Technisierung und der Massentierhaltung ist der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtleistung gesunken. Trotz der Konzentration in der Landwirtschaft ist der Zuschußbedarf der Landwirtschaft auf 40% gestiegen. (HAZ vom 3.12. 00) Die Landwirtschaftspolitik, die in diese Sackgasse geführt hat, die finanziell gesehen ein Faß ohne Boden ist, ist irrational und kann gefährlich werden. Es nutzt auch nichts mehr, mit einer Änderung der Subventionsbedingungen die Landwirtschaft auf naturnahen Ackerbau und naturnahe Viehhaltung umlenken zu wollen. Sicher, wir brauchen einen neuen Datenkranz für die landwirtschaftliche Produktion. Was wir noch mehr brauchen, ist die Einführung der Marktwirtschaft in die Landwirtschaft. Das heißt, die Subventionen total streichen (z.B. auch die staatlichen Anteile an die Tierseuchenversicherung) und die Abgabepreise für die landwirtschaftlichen Produkte auf eine Höhe bringen (sich auspendeln lassen), die den Bauern bzw. ihren Betrieben ein selbstverdientes, auskömmliches Einkommen ermöglichen. Damit die Bauern in einen fairen Wettbewerb mit den Kollegen im Ausland treten können, dürfen auch keine Exportsubventionen gezahlt werden und Importzölle nur zur Neutralisierung von Subventionen in den Herkunftsländern der Importe erhoben werden. Für die Verbraucher - die entsprechend steuerlich entlastet werden müßten - werden die Ausgaben nach einer solchen Umstellung trotzdem niedriger sein, als nach dem jetzigen Verfahren. Es fallen nicht nur 35.000 DM (durchschnittliche Zuwendung pro Betrieb) mal 968000 Betriebe = 33.880.000.000 DM weg, sondern auch noch die Umverteilungskosten, die nicht niedriger liegen dürften, als die gezahlten Beträge. Wir könnten uns den Kommissar für Landwirtschaft in Brüssel und seine Behörde und die Landwirtschaftsminister in den Ländern und beim Bund und die dazu gehörenden Bürokratenapparate sparen. Die Polizei und die Gerichte würden auch (mit Kostenwirkung) entlastet, weil der Grund für Subventionsbetrügereien wegfallen würde.^{13 14}

22.7 ***Weniger Fleisch ist viel gesünder***

Das

Gute an der Absatzkrise von Rindfleisch ist, daß wir Fleischesser, unseren Fleischkonsum

¹³ Ich las kürzlich in der Zeitung, daß in Großbritannien Gerüchte umliefen, daß Halter von Schafen diese absichtlich ihre Schafe mit der Maul und Klauensäuche infiziert hätten, um die staatlichen Abschlachtprämien zu kassieren. Es mag hier tatsächlich nur ein Gerücht sein, aber die Versuchung zu einem solchen Verhalten ist in der heutigen Landwirtschaftspolitik angelegt. Man sollte auch nicht diejenigen, die einer solchen Versuchung erliegen, einsperren, sondern diejenigen, die die Voraussetzungen solcher Versuchungen schaffen.

¹⁴ Beim Aufräumen der genutzten Unterlagen stellte ich nachträglich fest, daß ich gar nicht das Locummer Protokoll 5/00 - das ich extra für diesen Brief erworben hatte - durchgesehen habe. Da diese Protokolle für spezielle Themen häufig ergiebig sind, nenne ich hier den Titel: „Mehr Wettbewerb in der deutschen Landwirtschaft - Konsequenzen, Probleme, individuelle Perspektiven, Hrsg. Jan Jarre.

kurzfristig eingestellt oder reduziert haben. Die Krankenkassen werden davon wahrscheinlich „profitieren“. Unser Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch ist im Vergleich zu früheren Generationen oder im Vergleich zu den Gesellschaften mit weniger Wohlstand sowieso zu hoch. Eine dauerhafte Reduzierung des Fleischkonsums ist also gesundheitsförderlich.

22.8 Fleisch - ein Stück vom lebendigen Wesen Es gibt eben auch nicht-ökonomische negative Aspekte. Wir kennen die Geschichten von dem Indianer, der sich bei dem Büffel entschuldigt, weil er ihn tötet und ißt. Solche Aussagen mögen Dichtung sein, sie zeigen aber ein Nachdenken an über das Verhältnis zwischen Mensch und Tier. Mir persönlich waren solche Aussagen immer einleuchtend, weil in dem ländlichen Bereich, wo ich aufgewachsen bin, zwischen den Tieren, die gehalten wurden, um einen Nutzen davon zu haben, und den Haltern ein konkretes, rücksichtsvolles Verhältnis bestand. Das galt auch für die Schweine und Hühner, die in den schlechten Zeiten auch im elterlichen Handwerkerhaushalt im eigenen Stall standen. Auch hatten die Menschen früher in Zeiten mit den dezentralen Schlachtereien noch eine Vorstellung davon, daß sie - wenn sie ein Stück Fleisch kauften - ein Stück von einem geschlachteten lebendigen Wesen kauften. Mir geht schon seit Jahren die Überlegung nicht aus den Kopf, welche negativen seelischen Auswirkungen die Industrialisierung der Fleischproduktion und die Fleischverwertung haben. Wenn jetzt die Steigerung dieser Entwicklung durch die industrielle Fleischvernichtung erfolgt, dann muß man sich klar machen, daß damit generell die Schwelle in Form der Tötungshemmung herabgesetzt wird. Die scheinrationale Absenkung der Tötungshemmung bei Tieren ist dann ein Einfallstor für die Absenkung der Tötungshemmung gegenüber Menschen.

22.9 Alternativen zur Rindfleischvernichtung

Gibt es wirklich keine Alternativen zu der Rindfleischvernichtung mit der demoralisierenden Wirkung? Die Initiative der *Cap Anamur*-Organisation mit Rupert Neudeck, den hungernden Menschen in Nord-Korea das Fleisch zu schenken, ist eine Möglichkeit, aus der politisch verfahrenen Situation mit ein wenig Anstand herauszukommen. Eine andere Möglichkeit - bzw. ein zweite - uns selber zu helfen und dazu noch Gutes zu tun wäre, den Menschen in der Mongolei zu helfen. Die HAZ meldet am 6. 2. 2001: „Zweimal „Dzud“: Mongolei vor Hungersnot“, „ Auf den Steppen verendet das Vieh, und Tausende Nomaden verlieren ihre Lebensgrundlage“. Aus dem Artikel selbst geht hervor, daß dort wesentlich mehr Vieh verreckt ist, als hier vernichtet werden soll. (Gibt es in Berlin keine Zeitungen?) Auf eine weitere Verwendung des einwandfreien, aber zu viel

produzierten Fleisches wäre, daß es gut konserviert den ehemaligen Zwangsarbeitern als Geste der Wiedergutmachung überlassen würde.

22.9.1 Es war wohl eine Ministerin oder ein weibliches Mitglied des Bundestages, die verkündete, eine solche Hilfe wäre verächtlich, weil es die nationalen Eßgewohnheiten der Empfänger nicht berücksichtigte. Es ist ja ganz gut, wenn man sich hier bei uns auch über die unterschiedlichen Gewohnheiten bei der Ernährung der verschiedenen Völker Gedanken macht. Auf die konkrete Situation von hungernden Völkern bezogen ist das doch ein bißchen zu viel Weltfremdheit. Wenn der Mensch wirklich Hunger hat - und er ist noch nicht durch einen Dauerhunger völlig ermattet - dann wühlt er - auch bei uns - die Mülltonnen durch, er schreckt nicht vor vergammelter Speise zurück, nagt die Rinde von den Bäumen und läßt sogar in Einzelfällen den Kannibalismus wieder aufleben. Auch bei uns waren die Menschen im Krieg und danach für jede genießbare Speise dankbar, ob sie den Eßgewohnheit entsprach oder nicht. Fragt doch mal die alten Leute, was die bei uns in den Notzeiten alles gegessen haben.

22.9.2 Nun gibt es das Argument, mit den Fleischgeschenken würde die unterentwickelte heimische Produktion und die Märkte gestört oder zerstört. Das ist ein wichtiges Argument, weil die subventionierten EU-Agrar-Exporte genau das bewirken. Aber abgesehen davon, daß die Ebene der Einschleusung fremder geschenkter Ware eine große Rolle spielt, haben wir in Nordkorea ja keine Märkte. Nordkorea hungert doch deshalb, weil sie einer „deutschen“ Exportidee gefolgt ist, die noch tödlicher ist als der Nationalsozialismus. Abgesehen davon, daß die Fleischgeschenke eine Art Wiedergutmachung wären, ist es doch so, daß es sich mit einem gefüllten Magen besser über die eigene Situation nachdenken läßt als mit leerem. Auch wenn das Fleisch bei der Funktionärskaste hängen bliebe, würde es Nutzen stiften - nicht nur, weil man dem Hund mehr Fleisch am Knochen läßt, wenn man selber gesättigt ist, sondern weil es die begehrlche Frage produziert: „Warum haben wir eigentlich nicht immer Fleisch auf dem Teller?“ In der Mongolei ist die Situation wiederum anders. Wenn die Nomaden keine Hilfe von außen bekommen, dann müssen diese die übrig gebliebenen Tiere schlachten, die sie dringend zur Nachzucht benötigen. Das Fleisch aus Deutschland wäre die Starthilfe für die Verhinderung mehrerer Hungerjahre. Wenn das Fleisch gut portioniert und konserviert an ehemalige Zwangsarbeiter in Osteuropa gegeben würde, wäre das für diesen Personenkreis wie Bargeld, nicht nur, daß ihre eigenen Mahlzeiten reichhaltiger würden, sondern auch, weil sie etwas in der Hand hätten, mit der sie Tauschgeschäfte tätigen können. Da das eine einmalige Aktion wäre, würden auch die einheimischen Märkte, deren Angebote sowieso für große Bevölke-

lungskreise nicht erreichbar sind, nicht gestört. Daß Opferanwälte und –Verbände mit einer solchen Hilfe nicht einverstanden wären, weil sie dabei nicht kassieren können, hätte uns nicht zu stören. (Zu dem Thema Zwangsarbeiter verweise ich auch auf den ersten Teil des offenen Briefes vom Oktober 1999. Ich habe damals vorgeschlagen, den ehemaligen Zwangsarbeiter dazu zu verhelfen, bei uns - bei Familien und vor allem in nicht ausgelasteten Kurheimen - Kuren machen zu können.)

22.9.3 Nach dem oben genannten Bericht im STERN kostet die Vernichtung von 200000 Rindern DM 80.000.000, die Konservierung und der Transport nach Korea 105 Millionen DM. Mit 25 Millionen zusätzlich könnten wir viele Leben retten und viele Freunde gewinnen. Wir müssen uns nur über eins klar sein: Für den an Hunger Sterbenden ist es egal, ob man ihn aufgrund einer hirnrissigen Weltanschauung im KZ verhungern läßt oder aufgrund von verquerten ökonomischen Überlegungen im eigenen Bett.

23. Über den Umgang mit politischen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und 'Leitkultur'

23.1 Wenn wir uns mit politischem Extremismus auseinander setzen, dann ist es wenig förderlich, immer nur jenen ins Auge zu nehmen, der einem selbst oder der eigenen Partei, Fraktion etc. am entferntesten ist. Die CDU hat recht daran getan, für eine gemeinsame Resolution im Bundestag auf der Nennung von Rechts- und Linksextremismus zu bestehen. Ich würde aber empfehlen, in das Gebet „Gott bewahre uns vor ...“ aufzunehmen „und die Missetaten und Fehlleistungen der politischen Mitte.“ Auf den ersten Blick ist das Denken und Tun der Extremisten abstoßender und grausamer, bei genauem Hingucken fällt einem dann auf, daß die Quelle der großen gesellschaftlichen Übel in der politischen Mitte liegt. Es bringt keinen gesellschaftlichen Fortschritt, wenn jeder sich mit dem Fingerzeig auf den anderen selber bescheinigen will, daß er doch zu den Guten gehört. Wir benötigen vielmehr Formen des politischen Umgangs, die uns mit sanftem aber ständigem Druck zwingen, unsere nicht wegzudiskutierenden Aggressionen nicht in destruktiver, sondern in konstruktiver Art auszuleben.

23.2 Es ist auch ein vergeblicher Versuch, politische Extrempositionen und –Verhaltensweisen durch Verbote aus der Welt schaffen zu wollen. Zwischen der Verkrustung der politischen Mitte und der Brutalität der politischen Extremen besteht ein direkter Zusammenhang. Wenn die politischen Extremen sich mit Sanftheit Gehör verschaffen und gesellschaftliche Verhältnisse beeinflussen können, dann werden sie auch sanft sein. Es gibt darüber hinaus aber eben auch destruktive Aggressivität, die einer politischen Extremposition zugeordnet wird oder sich selbst zuordnet, die aber eigentlich kein Ausdruck eines poli-

tischen Willens ist, sondern vielmehr unsere gesellschaftlichen Zustände widerspiegelt und ein Ausdruck persönlicher Verunsicherung ist. (Beispiel: Warum gab es nach dem Krieg fast auf jedem Ball - den ich als Junge beobachtet habe - eine Saalschlacht? Bestimmt nicht, weil man für oder gegen Hitler war.)

- 23.3 Ich weiß auch nicht, ob wir Fremdenfeindlichkeit (die ja meistens eine Angst vor dem Fremden ist oder die Angst, der Fremde mache einem das eigene Revier, die eigenen Rechte usw. streitig) wirklich richtig abbauen können. Wenn der Fremde nicht aus Afrika oder Asien kommt, dann kommt er vielleicht nur aus Italien, sind die Italiener nicht in Sicht, dann sind es die Bayern oder Preußen. Es genügt aber auch schon zur Auslösung entsprechender fremdenfeindlicher Gefühle, aus einem anderen Dorf oder einem anderen Stadtteil zu kommen. Fremdenfreundlichkeit, also das Fremde als eine Bereicherung zu sehen, scheint mir ein Ergebnis von individueller Geborgenheit und gesundem Selbstwertbewußtsein zu sein. Und beide Eigenschaften sind familiär und gesellschaftlich angelegt. Fremdenfeindlichkeit ist nicht mit Propaganda zu beheben. Fremdenfeindlichkeit in bedrohlichen Formen ist eine Anfrage an die politische Mitte, was sie falsch gemacht hat.
- 23.4 Wir haben als Gegenstück zu Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus, die häufig in einer „Ehe“ leben, nun auch den nationalen Selbsthaß (ein Nationalismus mit negativem Vorzeichen), der sich in den Internationalismus, in die Schuld der Deutschen oder in die Geschichte der Indianer flüchtet oder als Philosemitismus gebärdet. Diese Haltung ist auch nicht ungefährlich: a) weil sie Futter für den Nationalismus ist und wegen der biblischen Weisheit, daß ich den nächsten nicht wirklich lieben kann, wenn ich mich nicht selber liebe, also immer mit dem Gefühl herumlaufe: „Ich gehöre zu der Gesellschaft der politischen Schweine und Verbrecher.“
- 23.5 Es ist offensichtlich so, daß jede Gesellschaft, jede Gruppe, ja jeder Mensch - auf seine verschiedenen Wahrnehmungs- und Handlungsfelder bezogen - sich nach dem Schema links - rechts, voranschreitend - bremsend usw. differenziert. Extrempositionen gibt es dabei nur dann, wenn wir uns die unterschiedlichen Ausprägungen auf einer Linie vorstellen; sobald wir sie auf einem Kreis eintragen, sind die Linken und Rechten unmittelbare Geschwister. Es kann also bei der Extremismusbekämpfung gar nicht darum gehen etwas abschneiden, „ausrotten“ zu wollen. Aber wir können auf die Formen einwirken, damit das Bedürfnis nach primitiver Gewalt keine Nahrung mehr erhält.
- 23.6 Wer die Rechten haßt, wie diese Fremde oder Linke hassen können (Es besteht hier kein Automatismus.) der hat wirklich keinen Grund, sich als besserer Mensch zu fühlen oder zu glauben, die besserer Werte zu vertreten. Diese Aussage bedeutet aber nicht,

einfach Gewalt hinzunehmen. Ich denke, wir sollten zur Abwehr von Gewalt ein Stück Faustrecht wieder einführen. Das meint hier: Zur Abwehr von Bedrohung von Personen darf ohne Rechtsfolgen im Schadensfall die Gewalt eingesetzt werden, die auch der Täter einsetzt. Strafgesetze, Gerichtsverfahren und erst viel später erfolgende Strafen sind in dem Zeitpunkt, wo Gewalttäter andere Menschen bedrohen und traktieren, viel zu fern, um abschreckend wirken zu können. Ein kräftiger Schlag auf die Nase des Springer-Stiefel-Trägers kann da wie ein Wunder wirken. Gegen den Pranger - auch dagegen, daß die Bildzeitung mit dieser Rolle ihr Geld verdient - ist sicher viel zu sagen. Aber wer anderen Menschen in Not nicht hilft, der sollte sein Konterfei wenigstens für eine Woche an jeder Straßenecke auf einem Plakat sehen. Noch wirksamer wäre wahrscheinlich, daß bei Hilfeverweigerung die Fernsehantenne für 14 Tage abgeklemmt würde.

23.7 Was es bedeutet, als Fremder bedrängt zu werden, weiß ich aus eigener Erfahrung. Es war in der Zeit, als ich auf einem schwedischen Schiff als Matrose fuhr - wir waren eine gesamteuropäische Besatzung. Bei einem Landgang in Marokko, wurden wir - eine Dreiergruppe - bedroht, weil wir einen Marokkaner, der sich uns als Pilot aufgedrängt hatte, nicht akzeptieren wollten. Nein wir wurden nicht verprügelt und hätten uns auch nicht einfach verprügeln lassen. Aber plötzlich von einem Haufen Menschen mit drohenden Gebärden umringt zu sein, ohne daß man deren Sprache versteht, daß löst schon Ängste aus - und Mitgefühl für jene, die bei uns bedroht werden, nur weil sie Fremde sind. Man muß aber im Urteilen vorsichtig sein, nicht jede Rangelei zwischen jugendlichen Einheimischen und jugendlichen Fremden ist ein Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit. Es wird nicht wenige Bürger meines Alters geben, die sagen können: „Ja, in meiner Jugendzeit waren Range- und Prügeleien keine Seltenheit. Fremde im heutigen Sinn gab es nur als Besatzungssoldaten. Zu unserer Zeit genügte es, Flüchtling oder Einheimischer zu sein, einer anderen Konfession anzugehören oder auf der anderen Straßenseite zu wohnen. Anlässe sich durch Prügeln zu messen, gab es genug.“

23.8 Mir geht Pastor Wilhelm Mensching vom (ehemaligen ?) Internationalem Freundschaftsheim aus zwei Gründen durch den Kopf: a) Seine Weisheit, seine Lehre war: In jedem Menschen lebt ein Stück von Gott, auch im größten Verbrecher. Das will besagen, daß es etwas Gemeinsames zwischen Täter und Opfer, zwischen Linken und Rechten, zwischen Pazifisten und Militaristen usw. gibt. b) Diese Gemeinsamkeiten lassen sich besser schwitzend bei einer gemeinsamen körperlichen Arbeit entdecken als durch mehr oder weniger kluge Gespräche. Wenn man merkt, daß der andere auch verstohlen sein schmerzendes Kreuz stützt, dann kommt das Gespräch über das konkrete Leben (und nicht

über abstrakte Ideen) von selber in Gang. Mensching hat auf diese Weise Deutsche nach dem Krieg mit ihren ehemaligen Feinden, Juden mit SS-Angehörigen zusammengebracht. Er hatte einen Weg gefunden, auf dem die christliche Feindesliebe praktiziert werden konnte. - Diese Erfahrungen auf die heutige Situation angewandt besagen: Geben wir den Menschen, die aufgrund von Vorurteilen und Fremdsein aneinander geraten, die Möglichkeit (auch mit Nachhilfe), sich bei der Arbeit an einem gemeinsamen Werk kennenzulernen.

23.9 Die Flucht von so vielen Deutschen in die Ersatzreligion „Wir sind die Schuldigen, in der Vergangenheit, jetzt und immer da“ wäre dann akzeptabel, wenn dadurch wirklich in Zukunft neue Schuld der Deutschen und Greuel zwischen anderen Menschengruppen vermieden werden könnte. Zu dieser Annahme besteht aber kein Anlaß. Wir kommen nicht umhin, national und international - unabhängig von der Sieger- oder Verliererrolle - danach zu forschen, was denn nun wirklich die Kriege auslöst. Daß die Verlautbarungen der betroffenen Regierungen in und nach den Kriegen nicht viel weiterhelfen, zeigen doch auch die jüngsten Kriege.

23.10 Wenn wir bei uns oder anderswo einen übersteigerten Nationalismus vermeiden wollen, dann muß auch bei der Beurteilung von Missetaten und bei der Aburteilung der Verlierer Gerechtigkeit geübt werden, sonst kann die Schuld nicht angenommen werden und das Einfallstor für Rachegefühle bleibt geöffnet. Relativieren der Schuld wurde bei uns mit verharmlosen der Schuld gleichgesetzt. Die Motive die hinter dieser Gleichsetzung standen waren bestimmt nicht edler Natur. Wie sollten die die beteiligten Generationen an den NS-Verbrechen ihre Schuld den Messen, wenn sie ihre aktiven oder geduldeten Missetaten nicht mit Missetaten andere Menschen aus anderen Völkern in ein Verhältnis setzen sollten. Eine Schuld, die ich nicht in ein Verhältnis setzen kann, wird unendlich groß, mit einer unendlich großen Schuld kann aber keiner leben. Die Leugnung der Schuld wird so, eine Überlebensnotwendigkeit. Oskar Negt sprach neulich in einer Radiosendung (N 3) von der elenden Rechnerei bei der Zahl der Opfer des NS-Regimes. Vom Gefühl her geurteilt, kann ich Negt durchaus zustimmen. Vom Verstand her geurteilt, muß ich aber Widerspruch anmelden. Meine Argumente dazu: Der Mord und der Selbstmord in jeglicher Gesellschaft unterschiedlichster Prägung kann wohl niemals vermieden werden; es muß aber vermieden werden und geächtet bleiben, daß ein Staat aus Gründen der Staatsräson oder aus ideologischen Motiven Menschen umbringt aufgrund ihrer Rassen- oder Glaubenszugehörigkeit oder aufgrund anderer Merkmale. Hier ist es einfach so: Die Moralische Basis eines Staates ist zerstört - egal, ob er nur einen Menschen

oder 10 Millionen Menschen umbringt, bzw. umbringen läßt. Wenn aber nach der bösen Tat die Zahl der Opfer dazu dient, ein Volk weich zu machen, damit es sich kneten läßt, wie die Sieger und überlebenden Opfer es sich wünschen, und wenn aufgrund der Zahl der Opfer so lange zur Kasse gebeten wird, wie Opfer-Stellvertreter es sich wünschen, dann spielt die Genauigkeit bei der Zahl der Opfer eine große Rolle. Wenn die Schuld des Schuldners manipuliert wird, stellt sich sehr schnell bei ihm das Gefühl des Betrogeneins ein. Die nächsten Schritte sind dann, sich überhaupt nicht mehr als Schuldner zu sehen und danach folgend in eine (rechte) Schutzgemeinschaft der „Opfergeschädigten“ zu flüchten.

23.11 Fußballtrainer, Betriebs-Soziologen, Militärstrategen, Expeditionsleiter usw. wissen, daß es für eine Gruppenleistung und für die Akzeptanz anderer Gruppen auf eine positive Selbsteinschätzung der jeweiligen Gruppe ankommt. Übertragen auf eine Gesellschaft, - konkret auf unsere deutsche - bedeutet das, daß wir stolz auf unsere Gesellschaft sein können und müssen, aber nicht nur wegen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern besonders darum, weil wir uns zur Akzeptanz der Andersartigkeit der Anderen genügend stark fühlen und ohne Neid sein müssen. Der „Stolz ein Deutscher zu sein“, der ja in der letzten Zeit soviel Wirbel gemacht hat, meint doch nicht jenen, der mit der Dummheit aus einem Holz ist, er meint auch nicht eine Selbstüberhöhung, er meint nicht, daß wir die Schuld der Vergangenheit vergessen sollen und er meint schon lange nicht, daß wir als Gesellschaft, als politische Einheit alles erreicht und getan haben, was zu erreichen und zu tun ist. „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, meint eigentlich nur, daß jeder Mensch bei uns ohne Vorbehalte sagen darf: „Ich bin Mitglied der Großgruppe von Menschen, für die sich in der Geschichte der Name 'Deutsche' eingebürgert hat. Wäre ich z.B. in Dänemark geboren und aufgewachsen, wäre ich stolz, ein Däne zu sein. Ich glaube so gar, man würde es von mir erwarten. Und gäbe es in Europa keine Nationalstaaten mehr, und für Verwaltungszwecke wäre in Europa in Planquadrate aufgeteilt, dann wäre ich vermutlich stolz, Bewohner von Planquadrat Y 10 X 12 zu sein.“

23.12 Die Schuld der Deutschen gegenüber den Juden in der Vergangenheit hat uns ein irrealles Verhältnis zu den Juden eingebracht. Wir haben Grund, einer Jüdin, einem Juden - egal welcher Nationalität - unsere Zuneigung zu schenken, wie wir Grund haben, einem Inder, Chinesen, Afrikaner oder auch einem Urwaldindianer unsere Zuneigung zu schenken. Wir haben keinen Grund, jüdische Menschen von heute gegenüber unsere Zuneigung zu überhöhen, weil deren Großelterngeneration unter den Deutschen gelitten hat oder umgebracht wurde - soweit sie in dem von Deutschland beherrschten Teil Europas lebte. Eine Erniedri-

gung kann man nicht mit einer Überhöhung ausgleichen. Eher baut man mit einer solchen Haltung ein neues Gefährdungspotential auf. Wenn der Nationalismus etwas ist, was gefährlich oder verabscheuungswürdig ist, dann ist er es auch, wenn davor „französischer“, „englischer“, „amerikanischer“ oder „israelitischer“ steht. Wenn „Volk- ohne-Raum-Politik“ eine deutsche feindliche Ideologie gegenüber seinen Nachbarn war, dann ist es auch heute eine israelitische Volk-ohne-Raum-Politik eine feindliche Ideologie gegenüber den Palästinensern und den anderen arabischen Nachbarn. Wenn die Tschetschenen, die Basken, die Korsen usw. keinen Anspruch auf einen Nationalstaat haben sollen, warum dann die Juden in Israel. Warum wurde das Bestreben von Juden, Palästinensern und Jordaniern - eine Föderation der Gleichberechtigten zu gründen, von Deutschland aus so wenig unterstützt? Warum haben Juden, die aus Rußland und anderswo herkommen, mehr Rechte als die Palästinenser, die in dem Land geboren wurden. Wenn ein deutscher Rassismus inakzeptabel ist, dann ist auch ein israelitischer Rassismus inakzeptabel. Wir vergessen bei den Opfern der Deutschen, den Juden, immer zu leicht die Folgeopfer, die Palästinenser. Ohne den Verfolgungsdruck auf die Juden durch die Deutschen (der von Staatsgründern Israels - so habe ich gelesen - gut geheißten wurde) wären die Palästinenser doch nicht in ihre prekäre Lage geraten. In einer anderen Quelle hieß es, daß die Juden in Palästina bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hätten. Was stimmt an der Aussage.

- 23.13 Wir haben das Jahrtausende alte Problem mit dem Zins. Es wirkt weiter bis in unsere Tage. Die Nationalsozialisten haben das Thema aufgegriffen, um daraus politisches Kapital zu schlagen, aber ohne den Willen und die Fähigkeit das Zinsproblem wirklich zu lösen. Wenn die Wirkungszusammenhänge - die in einer Sache, Institution oder Struktur liegen - nicht bekannt sind, werden die Ursachen der Störungen immer bei Personen vermutet. Die Juden eigneten sich deshalb so gut für die Rolle der Schuldigen, weil sie auf grund der Zinsnahmeverbote für die Christen und aufgrund von Berufsverboten im Handwerk geradezu ins Geschäft mit dem Geld gedrängt worden sind und somit überproportional dort vertreten waren. Der internationale Antisemitismus hat hier seine Hauptursache. Hitler und seine Leute haben diesen latenten und abstrakten Antisemitismus für ihre verschrobenen politischen Ideen aktiviert. Sogar Henry Ford hat die Bedrückungen der Produzenten, die von der Geldseite herkamen (und immer noch herkommen), den Juden angelastet. Ford sei kein Antisemit, sagt Curt Thesing in dem 1923 erschienenen Buch von Henry Ford „Mein Leben und Werk“. Es heißt dort wörtlich: „Ein anderer gegen ihn erhobener Vorwurf besteht in seinem angeblichen A n t i s e m i t i s m u s. Sein Buch, 'Der internatioanle Jude',

verleiht dieser Auffassung, liest man das Werk nur oberflächlich, eine gewisse Berechtigung. Trotzdem wäre es irrig, Ford als Antisemiten im landläufigen, üblen Sinne zu bezeichnen. Sein Kampf gilt nicht dem einzelnen Juden, noch der jüdischen Rasse, sondern nur gewissen sozialen und politischen Erscheinungen. Er hält es für eine Gefahr, daß die Banken und die Presse Amerikas zum größten Teil in jüdischen Händen sind, und würde es sicher für gleich verderblich halten, wenn derart lebenswichtige Institutionen ausschließlich von irgendeiner politischen Clique kontrolliert würden.“ (Seite VII) Der einzige Ökonom in jener Zeit, der die Juden von den Unterstellungen - sie seien die Ursache der ökonomischen Übel - aus dem Sachzusammenhang heraus entlastet hat, war - so weit ich weiß - Silvio Gesell.¹⁵ Heute wird so argumentiert - besonders von den Antifa-

15 Ich gebe hier ein paar Zitate von Silvio Gesell wieder, die ich aus Gründen der Arbeitserleichterung aus meinem Offenen Brief vom 27. 11. 96 an den ASTA und die Professoren Massing und Seidel der Uni Hannover gesandt habe: Thema des OB war: *Die Jagd auf „Ökofaschisten“, die Faschisten im Kleide der Antifaschisten, die Desinformation unter der Fahne der Aufklärung, eine problematische Vermittlung des Dekans und das Versagen der Gesellschaftswissenschaften:*

15.10.5 Gesell im Original

15.10.5.1 Wem gehört die Erde?

Lassen wir Gesell selber mit drei Zitaten zu Wort kommen. In seinem Werk Die natürliche Wirtschaftsordnung heißt es in dem Abschnitt Der Sinn des Wortes Freiland unter 2.:

„Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen - ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt, und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Alteingesessene dieser Erde.“ (Neunte Auflage, 1949, S. 92)

15.10.5.2 Gesell, Ford und die Juden:

„Ford ist der erfolgreichste Unternehmer der Gegenwart. Weil er in erster Linie Unternehmer ist und nicht Finanzgenie wie ein Hugel Stinnes, so kam er notwendig in Gegensatz zur Finanz und zu ihrer Voraussetzung der heutigen Geldordnung. Durch seine Bekämpfung der Gold- und der systemlosen Papierwährung ist er unser Bundesgenosse geworden und wird als solcher von uns auch gebührend zitiert.

In seinem Kampf gegen die New-Yorker Hochfinanz aber wandelt er eigene Bahnen. Sein Buch: ' Der internationale Jude' soll beweisen, daß es vor allem die Juden seien, welche die Welt in den Abgrund führen, daß die Juden als Volk bewußt Kriege und Revolutionen, Krise und Preiaufblähung machen würden. Der Freiwirt weiß, daß Kriege vor allem der Ausfluß des, seit der christlichen Zeitrechnung geltenden Boden(un)rechtes sind, das auch von den allerchristlichsten Regierungen heilig gehalten wurde und wird.

Eins ist richtig im Ford'schen Buch: Die Juden haben Jahrhunderte lang die Währungspolitik ganzer Völker bescherrscht (Rotschild), beherrschen sie vielleicht heute noch (New-York). Daß die Juden das Geldwesen durchschauen und lenken lernten, erklärt sich historisch. Es sind gerade die Christen, die das ursprünglich anders orientierte Volk zum Geldhandel gezwungen haben. Im Mittelalter beanspruchten die Christen alle ehrlichen Handwerke und Berufe für sich; der schmutzige und entehrende Beruf des Geldhändlers und Wechslers (Zinsverbot) wurde einzig den Juden überlassen. Wie darf ein Christ, wie Ford, es ihnen zum Vorwurf machen, daß sie es darin zur Meisterschaft gebracht haben? Für uns Volk baumelt es sich übrigens gleich angenehm am jüdischen, wie am christlichen Zinsgalgen. Nicht die Verruchtheit eines besonderen Volkesses ist Schuld an der Gegenwart, es ist die Rückständigkeit der gesellschaftlichen Ordnung; die Barbarei der ganzen Menschheit.

Ford zählt eine Menge Schandtaten der jüdischen Hochfinanz auf; sie werden wohl stimmen. Diese Juden handelten nur als ebenbürtige Genossen der christlichen Landräuber Gould, Vanderbilt, des bluttriefenden Menschenfreundes Carnegie, des Schuftes und Philantropen Morgan. Die Missetaten der Hochfinanz gliedern sich nicht in christliche und jüdische; es ist unterschiedslos der Sieg des Mammonismus über die Menschenseele. Ford hat Unrecht, einen Sündenbock zu konstruieren. Nicht die Juden sind zu bekämpfen, sondern die Machtmittel, die in jüdischen und christlichen Händen seit Jahrtausenden namenloses Unglück anrichten. Von der Zinsbürde frei, wird die Seele den Weg zum Guten finden.“ (Freiwirtschaftlich Zeitung Bern, 1923 entnommen aus: Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Bd. 14, S. 400)

schisten -: Die Nationalsozialisten haben mit dem Kampf gegen die Zinsknechtschaft Propaganda gemacht, haben vom raffenden und schaffenden Kapital gesprochen, haben die Knechtschaft und das Raffende den Juden zugeordnet und sie darum umgebracht. Wer sich heute noch mit dem Zins befaßt, ist ein Antisemit. Das ist eine Logik wie folgende: Durch Feuer sind Menschen umgekommen, wer sich mit Brandschutzmaßnahmen befaßt, will, daß Menschen durch Feuer umkommen. Eine wichtige Frage drängt sich auf, was haben Menschen jüdischen Glaubens oder Abstammung eigentlich gestern und heute getan, um die Ursachen des Antisemitismus zu analysieren und ihn abzubauen zu helfen? Ich weiß aus der Zeit vor Hitler von jüdischen Menschen, die im freiwirtschaftlichen Zusammenhang wirkten und kenne eine mir mündlich übermittelte Aussage aus dem Bankhaus Bleichröder. „Gesell war uns sehr nützlich, wir nutzen seine Erkenntnisse zur Sicherung unserer Geschäfte.“ Zur Sicherung der eigenen Geschäfte war Gesell also gut. Ob mit Gesell die Juden in einem anderen Licht - frei von den Unterstellungen, sie seien Übeltäter - gezeigt werden konnte, interessierte nicht. Es gibt aber auch Gegenbeispiele. Ich habe in der Dokumentation Nr. 13 einen Auszug aus Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute aus dem Jahr 1900 gebracht. Hier merkt man das redliche Bemühen um Aufklärung. Es gibt heute Juden, die aus Israel wieder ausgewandert sind, weil sie den Umgang der Israelis mit den Arabern nicht länger ertragen konnten. Es gibt Juden, die sich für einen gerechten Ausgleich oder für ein Zusammenleben mit den Palästinensern engagieren. Es gibt eben aber auch Juden, die eine Gesinnung wie die Nazis haben. Wir können das doch nicht einfach übersehen, nur weil Juden massenweise Opfer unserer Väter und Großväter waren. Mit dem Bekenntnis zur Schuld haben wir nicht unserer Verantwortung für eine bessere Welt abgegeben.

23.14 Das beste Programm gegen Rechtsextremismus ist, wenn der ganze Fragenkomplex

15.10.5.3 Gesell und das Völkische:

„15. Das Völkische, soweit es in Politik ausgeartet ist, muß bis aufs Messer bekämpft werden. Der Klassenkampf muß bis zur Strecke ausgefochten werden. Dem Ausdruck darf nicht aus dem Wege gegangen werden, so lange es Klassen gibt. Jeder Herabwürdigung anderer Rassen ist mit Kraft entgegenzutreten, so daß alles, was wir sagen und schreiben, ohne weiteres in alle Länder der Welt, unter alle Völker des Menschengeschlechtes getragen werden kann.“

16. Das Kosmische, das Allmenschliche der Freiwirtschaft muß den Geist unseres Kampfes tragen. Die Liebe zum Menschengeschlecht, zu dem von allen Göttern verlassenem Menschengeschlecht, muß das Arsenal liefern, wo wir unsere Waffen herholen im Kampfe mit nationalistischen Anschauungen und Vorurteilen.

Alle diese Dinge müssen rücksichtslos, herzlich angefaßt werden. Keine Zaghaftigkeit, keine Lauheit! Wer Rücksicht auf seine Brotgeber nehmen muß, wer persönliche Schädigungen zu erwarten hat, die ihm die Zunge binden, der darf in diesem kurzfristigen Feldzug nicht öffentlich auftreten, und das was er schreibt, darf er nicht mit seinem Namen unterzeichnen. Die Hemmungen, die er hat, werden sich irgendwo auswirken, und wird er jetzt mehr schaden als nützen.

Letzteres beachte man vor allen Dingen bei der Wahl der Vorstandsmitglieder und der Ortsgruppenvorsitzenden. Pax vobiscum.“ (Auszug aus „Die Eroberung der politischen Macht für und durch FFF - Thesen für einen kurzfristigen Feldzugsplan“ 1924, entnommen aus: Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Bd. 15, S. 109)

offen und ehrlich und ohne Tabus behandelt wird. Der unterwürfige und nach allen Seiten sich absichernde Umgang mit unserer schuldbeladenen Vergangenheit ist dagegen ein Förderprogramm für rechtsextremes Gedankengut. Da hilft auch kein Parteienverbot und das Verbot des Tragens von Nazisymbolen. Die nächste Diktatur kreiert sowieso neue Symbole. Und warum wird eigentlich nicht das Christenkreuz verboten? Im Zeichen des Kreuzes wurden länger und mehr Menschen unterdrückt, gefoltert und umgebracht. Damit drücke ich keine Sympathie für das Hakenkreuz aus. Hinweisen möchte ich nur darauf, daß das Verbot von Nazisymbolen nicht das bewirkt, was es bewirken soll. Das Gegenteil ist eher zu vermuten. In jedem Fall ein Stück Bevormundung der Bürger. Das einzig Gute an dem Verbot der Nazi-Symbole ist, daß eine gewisse Gruppe von Mitbürgern, die quer zum politischen Strom der Zeit liegen, nicht so lange nach einer Möglichkeit suchen müssen, mit der sie ihre Verachtung gegenüber jenen ausdrücken können, die nach ihrer Meinung Macht haben und diese falsch einsetzen. Mich würde nicht wundern, wenn bei einer Untersuchung herauskommen würde, daß keine 50 % der Nazi-Symbolträger mit dem Zeigen von solchen Zeichen damit auch für nationalsozialistische Ziele werben wollen.¹⁶ Einen Widerspruch zwischen einzelnen Mitgliedern und Minderheitsgruppen zur Gesamtgesellschaft wird es wohl immer geben. Die Ursprünge des Widerspruchs können sehr unterschiedlicher Natur sein. Aber eine Gesellschaft, die durch ihren Staatsapparat das Zeigen des Widerspruchs durch Symbole kriminalisieren läßt, ist auf dem Weg in die Unfreiheit. Und wer glaubt, die Nazi-Symbole würden mehr als ein Unbehagen der großen Mehrheit der Betrachter auslösen, also eine Sehnsucht nach einer neuen nationalsozialistischen Herrschaft auslösen, der muß die realexistierende Demokratie und Marktwirtschaft sehr schlecht bewerten. All diese Leute, die dieses denken oder fühlen, sollten der in diesem langen Schreiben geforderten Standort- und neuen Kursbestimmung folgen.

23.15 Wir haben auch den Rechtsextremismus durch eine merkwürdige Bewertungsschiefelage von Opfern des zweiten Weltkrieges gefördert. Wenn Kinder, Frauen, Minderheiten, Bauern, Handwerker, Lehrer usw. ausgeraubt, deportiert, vergewaltigt, gedemütigt, erschlagen oder durch Hunger umgebracht wurden, dann sind es - wenn es sich um nicht-deutsche Menschen handelt - ehrenvolle Leidtragende. Wenn die Opfer aber einen deutschen Paß hatten, dann hatten sie selber Schuld, weil sie Hitler und seine Taten zugelassen haben. In keinem Bericht über von Deutschen in Folge des 2. Weltkrieges erlittenes Leid fehlt der Hinweis, daß aber Hitler den Krieg begonnen hat. Nun ist doch die Frage, wieviel

¹⁶ Dr. Ruud Koopmanns vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung schreibt: „Die nationalsozialistische Weltanschauung spielt nur für wenige Anhänger der rechten Szene eine Rolle, und auch nur selten gehören sie einer festen Organisation oder Partei an. Das größere Problem besteht in einer diffusen Fremdenfeindlichkeit, die zu äußerst brutalen Gewaltausbrüchen führt.“ „Das Gespräch aus der Ferne“ Heft 357

Einfluß hat die jeweilige Hausfrau oder Betriebsleiterin, der jeweilige Handwerker, Bauer oder Pastor in der Sowjetunion, in Deutschland, Frankreich oder auch den USA gehabt, um ihre Regierungen in den Sattel zu heben oder auch einen Aufschwung in den Sattel zu verhindern. Und wenn Menschen auch eine bestimmte Regierungsform oder bestimmte „Staatsmänner“ durch ihren Zuspruch oder gar durch Aktivitäten unterstützt haben, konnten sie im Voraus sehen, was sie fördern würden? Stellen wir uns vor, eines der Atomkraftwerke, die in der Zeit von Kohls Kanzlerschaft genehmigt und gebaut wurden, erlitt einen GAU (größter anzunehmender Unfall). Es gäbe massenhaft Tote und unheilbar Erkrankte innerhalb und außerhalb der Grenzen Deutschlands. Gäbe es dann eine Verantwortungshierarchie, die etwa wie folgt aussehen würde: Ganz oben die Kohlregierung, dann die CDU- und FDP-Fraktionen im Bundestag, danach alle CDU- und FDP- Mitglieder, dann alle Wähler dieser Parteien, danach alle Deutschen (auch jene Minderheit, die gegen diese Technik war)? Und könnte an der Grenze dann die Verantwortungshierarchie aufhören, obwohl jenseits der Grenzen, die gleiche Atomtechnik angewendet wurde? Könnte man dann sagen: Innerhalb der deutschen Grenzen haben wir die bösen Opfer und außerhalb der Grenzen die guten Opfer?

23.16 Links- wie auch Rechtsextremisten sind sich häufig darin einig, daß sie die Demokratie in der heutigen Erscheinungsform ablehnen. Solche Neigungen will man nun dadurch bekämpfen, daß man „Abwerbungsverbote“ beschließt. Das halte ich für Unsinn und für die größere Gefährdung einer freiheitlichen Gesellschaft als das Werben für eine nicht-demokratische Regierungsform. Abgesehen davon, daß die Demokratie für sich genauso wenig ein Gottesgnadentum in Anspruch nehmen kann, wie die Monarchie oder bei Adolf Hitler die Vorsehung, ist es Systembestandteil einer freiheitlichen Ordnung, daß sie ständig im Wettbewerb stehen muß zu den die Freiheit ausschließenden Regierungssystemen. Die Freiheit benötigt die Bedrohung durch die Unfreiheit als Peitsche, als Antrieb zur Optimierung. Eine freiheitliches Regierungssystem, daß die Freiheit partiell ausschließen will, hat sich schon selbst aufgegeben. Wir müssen die Werbung für nichtdemokratische Systeme zwar nicht fördern, aber in jedem Fall erdulden und nicht verbieten, weil der Erfolg oder Mißerfolg einer solchen Werbung, die Meßlatte für die Güte des freiheitlichen Systems ist.

23.17 Wenn der Antisemitismus bei uns so grausame Formen annehmen konnte wie unter Naziherrschaft, dann hat das auch mit einer zu stark ausgeprägten Autoritätshörigkeit und der Tüchtigkeit der Deutschen zu tun. Zu ausgeprägt war (und ist zum Teil noch) die Neigung, anzunehmen, daß etwas auch seine Richtigkeit hat, wenn etwas von oben angeordnet

oder erwartet wird. Wir erlauben uns zu schnell, das eigene Denken auszusetzen oder die Ergebnisse des eigenen Denkens als weniger bedeutsam einzustufen als jenes von fremden Köpfen, besonders dann, wenn die Köpfe sich mit Titeln, Rängen oder Vermögen schmücken können. So kommt es, daß auch dann Befehle ausgeführt werden, wenn die eigene Wahrnehmung und das eigene Gefühl dagegen sprechen.¹⁷ Und die Autoritätshörigkeit ist links wie rechts gleich stark ausgeprägt. Was uns allen fehlt, ist eine Portion Anarchismus. Es wird ja - zum Teil berechtigt - gefordert, alte Tugenden wieder mehr zu betonen. Die Forderung ist allerdings ein zweiseitiges Schwert. Die Tüchtigkeit der Deutschen besteht doch zum Teil darin, z.B. im Volkswagenwerk, bei Karstadt oder im Wirtschaftsministerium Arbeiten auch dann zu erledigen, wenn sie durch Lärm, Gestank, Vorgesetztenwillkür, Sticheleien von KollegInnen oder einfach durch empfundene oder tatsächliche Inhaltlosig- oder Widersinnigkeit den eigenen Wahrnehmungen und inneren Bedürfnissen widersprechen. Die Zwänge, nicht nach den eigenen Lebensimpulsen leben zu können und zu dürfen, waren bei der Großelterngeneration wohl noch stärker in der eingepflanzten Autoritätsgläubigkeit verankert. (Thema Erziehung und Schule!) Heute ist die Unterbeschäftigung der Zuchtmeister. So notwendig es auch für Betriebsabläufe ist, einen Mindeststandard an Pünktlichkeit, Sauberkeit, Zuverlässigkeit und weitere Eigenschaften einzufordern, so wichtig ist es auch, daß sich Menschen diesen Zwängen zeitweise geordnet entziehen können. Nicht nur der Selbstverwirklichung wegen ist das zeitweilige Ausscheren aus dem Produktionsablauf erforderlich, sondern damit der Widerspruch gegen unsinnige oder menschenfeindliche Anforderungen eingeübt werden kann. Dies erfordert aber ein anderes, selbstverantwortetes soziales Sicherungssystem und eine andere Ökonomie.

23.18.1 Zur Abwehr der Gefahren von rechts muß auch auf die Stimmung im Volk geachtet werden, damit nicht mit der Absicht, den Extremismus zu schwächen, ihm neuen Zulauf verschafft wird. Ich gebe auf den nächsten Seiten die Leserbriefe vom 20. 11. 2000 zu einem Leitartikel über Leitkultur der HAZ zum Leitartikel vom 11. 11. 00 wieder. Ich

¹⁷ Nachträglich fand ich in einer alten Buchbesprechung von Michael Globig zu „Anatomie der menschlichen Destruktivität“ von Erich Fromm, der die Aggression in einen natürlichen und einen gesellschaftlich bedingten Teil unterscheidet, folgenden Hinweis: „Erst mit wachsender Produktivität und Arbeitsteilung, mit der Bildung eines großen Überschusses und der Errichtung von Staaten mit Hierarchien und Eliten entstanden Destruktivität und Grausamkeit in großem Ausmaß. Da die Zerstörung technisiert wurde, fehlt heute meist die effektive Erkenntnis dessen, was man tut: Man zerstört nicht mehr, sondern bedient eine Maschine zu scheinbar vernünftigen Zwecken.“ (Deutsche Zeitung, 10. 1. 1975)

weiß natürlich nicht, welche Zuschriften die HAZ hat unter den Tisch fallen lassen und somit nicht, ob die Auswahl repräsentativ für die HAZ-Leser ist. Die Leserbriefe sind auch ohne Kenntnis des Leitartikels zu verstehen.

Zu dem Leitartikel „Lasst die Kirche im Dorf“ (Leitkultur) vom 11. November erreichten uns etliche Zuschriften, von denen wir einige auszugsweise veröffentlichen.

Sachlich diskutieren

Der Autor erinnert richtig daran, dass mit der Demonstration auch ein Zeichen für „deutsche Leitkultur“ gesetzt wurde. Nämlich, dass für uns die Werte und Normen des Grundgesetzes verpflichtend sind u. a. wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, Achtung vor der Würde des Menschen! Auch Tugenden wie Treue, Fleiß und Pünktlichkeit gehören zur „deutschen Leitkultur“. Alle Zuwanderer, die in unser Land kommen, werden die deutsche Sprache lernen müssen und sollten sich an die deutsche Gesellschaft anpassen. Finden wir nun endlich einen Weg, vernünftig und sachlich über Zuwanderung und deren Kriterien zu sprechen, dann kann die Leitkultur der Weg zu mehr Demokratie sein!

Burgdorf

Reinhard Knade

Wahlthema

Als Herr Merz den Begriff „Leitkultur“ ohne weitere Erklärung im Zusammenhang mit den Zuwanderern benutzte, war sofort klar: Hier will jemand mit Ausländerfeindlichkeit die nächste Bundestagswahl gewinnen! (Was – wie die Hessenwahl gezeigt hat – in Deutschland leider auch möglich ist.) Mir fiel daher nur die „deutsche Leitkultur“ im Zusammenhang mit jüdischem Völkermord im Dritten Reich und dem ausgeklügelten Grenzkontroll-, Bespitzelungs- und Überwachungsdienst der DDR ein. Wie sagte Konstantin Wecker in einer Talkshow? Der Begriff wird in die Welt gesetzt und hinterher wieder „weichgespült“.

Hannover

Werner Behnsen

„Kultur“ sagt alles

Wir wollen Ausländer, und wir wollen Kultur, nicht wahr? Wir wollen nicht jeden Ausländer und nicht jede Kultur. So habe ich Ihren Artikel verstanden. Ist es so? Dann lassen wir's doch dabei! Wozu wollen wir uns, wenn wir einigermaßen kulturvoll gewachsen sind, ein „Unwort“ aufpfropfen; der Begriff Kultur sagt alles.

Hannover

Bernd Sacharow

Gefestigter denn je

Der Artikel spricht eine ganze Menge Menschen an, die sich dagegen verhalten, mit „Rechtsradikalen“, „Neonazisten“ oder „Faschisten“ in einen Topf geworfen zu werden. Seit Jahren frage ich mich, wie es kommt, dass ein so primitiver Wortschatz in den Bundestag eingezogen ist. Die Politiker sollten sich einmal ernsthaft fragen, ob nicht ihr Verhalten zu einer Politikverdrossenheit, mehr noch, zu einem Protest der Straße geführt hat. In meinen Augen scheint die deutsche Bundesrepublik gefestigter denn je zu sein, denn sonst könnte nicht die PDS am Schluss ihrer Veranstaltung lauthals die „Internationale“ singen.

Garbsen

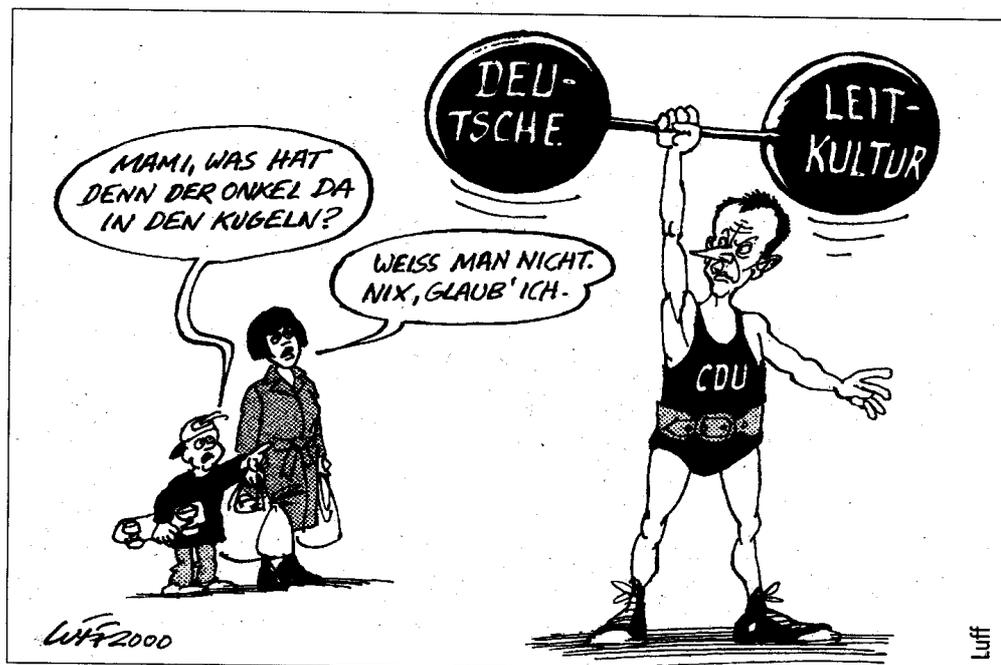
Hans-Joachim Gottschlich

Aussagen überfällig

Dank an Herrn Mauersberg für seine mutigen Zeilen zur deutschen Leitkultur und für die klare, unmissverständliche Darstellung der Fakten! Eigentlich müssten wir, die nicht an einer kanzlerverordneten Demonstration teilgenommen haben, tiefst beleidigt sein! Sind wir deshalb unanständige Deutsche? Außerdem scheinen SPD, Grüne, Herr Spiegel usw. (PDS sowie-so!) vergessen zu haben, dass vor 68 Jahren die Gewalttaten gegen jüdische Mitmenschen vom Regime befohlen wurden!

Sehnde

Reinhard Grosskopf



Boden bereitet

Was für eine Überraschung. Die ständig herabgewürdigte Gruppe der Nurdeutschen – nicht politisch links, nicht jüdisch, nicht ausländisch, nicht farbig, nicht Asyl suchend, nicht homosexuell – reibt sich erstaunt die Augen: Da ergreift in Zeiten der Meinungsunfreiheit ein Medienvertreter Partei für den Begriff „deutsche Leitkultur“, den der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, und die Ikone der Linken, Wolf Biermann, bereits zum „Unwort“ (des Jahres) erklärt haben. Auf den gehässigen Aufschrei der Roten, Grünen und der „Gutmenschen“ auf diesen Artikel und auf den Versuch, den Journalisten in die rechte, braune Ecke zu stellen, wird man nicht lange zu warten brauchen.

Leider hat die Erkenntnis noch nicht Platz gegriffen, dass genau mit diesem Verhalten dem Rechtsextremismus der Boden bereitet wird.

Hannover

Gerlinde Kölle

Kritiklos übernommen

In unserem Vater- und Mutterland Deutschland betreiben unsere Landsleute in Politik, Medien und Jugenderziehung seit 50 Jahren unterwürfig-katzbuckelnd und Lobby-hörig eine Umerziehung und einen Werteverfall, wie er durch die Geschichts- und Werteinterpretationen der Siegermächte induziert und kritiklos übernommen wurde. Im furchtbaren Schatten unserer Auschwitz-Schuld wird schon das Wort „Vaterland“ als ein rechtsradikales Unwort abgestempelt.

Willi O. P. Heine

Isernhagen

Mutig

Der Leitartikel zur Leitkultur kommt spät, aber nicht zu spät. Ganz sicher haben Sie damit endlich kundgetan, was viele denken, aber nicht zu artikulieren wagen.

Wunstorf

Werner Greitschus

Kriterien drastisch verschärfen

Ich bin von Geburt Finnin, und in Helsinki gibt es seit jeher nicht nur Kirchen, sondern auch Synagogen und Moscheen. Auf dem Zentralfriedhof wundert sich mancher Tourist über je eine jüdische und eine muslimische Abteilung. Nicht nur die jüdische Minderheit, auch die muslimische ist völlig integriert, die finnische Leitkultur ist für alle Bürger verbindlich. Es gibt da keine Probleme.

Die gibt es aber mit den somalischen Einwanderern, die seinerzeit als Flüchtlinge vor der Hungersnot in ihrer Heimat nach Finnland kamen. Gerade die einheimischen Muslime wollen mit ihnen nichts zu tun haben und weisen darauf hin, dass das, was die Somalier für religiös geboten halten, in Wirklichkeit schlicht und einfach afrikanische Folklore ist. Finnische Musliminnen kleiden sich bei Sommerwetter, wie sie selber sagen, „sittlicher“ als Finninnen im Allgemeinen, aber sie bleiben dabei im Rahmen der finnischen Leitkultur. Sie laufen nicht wie wandelnde Zelte durch die Straßen. Sie ärgern sich darüber, dass die Somalier das Bild des Islams in der finnischen Öffentlichkeit verzerren. Die größte finnische Tageszeitung „Helsingin Sanomat“ druckt gelegentlich einschlägige Briefe von irritierten finnischen Musliminnen. Der Begriff „Leitkultur“ existiert im Finnischen zwar nicht, sehr wohl aber die Sache. „When in Denmark, do as the Danes do“ gilt eigentlich überall auf der Welt, nur in Deutschland ist es möglich, darüber zu streiten. Paul Spiegels Einlassungen liegen derartig „daneben“, dass man dagegen gar nicht zu argumentieren braucht.

Was die Aussiedler betrifft, so ist mir die Problematik besonders deutlich, weil seit 1994 eine Familie aus Kasachstan in meinem Hause wohnt. Die früh Gekommenen hatten noch ein Bewusstsein von „Wir sind keine Russen oder Kasachen, wir sind Deutsche“. Die Großmutter sprach bei der Ankunft ein lupenreines Schwäbisch; inzwischen hat sie norddeutsche Elemente assimiliert. Sie war von jeher Deutsche, jeden Zweifel daran hätte sie im Recht als tiefe Kränkung empfunden. Ihre erwachsenen Kinder sind mittlerweile hier zu Hause, alle haben Arbeit, kein Enkel geht auf die Sonderschule.

Bei den später Gekommenen sieht es ganz anders aus. Selbst in dieser prinzipiell überaus soliden Sippe sieht man, wie unsinnig es ist, junge Leute, die kein Wort Deutsch können und kulturell keine Beziehung mehr zu Deutschland hatten, nur auf Grund von formalen Kriterien hierher kommen zu lassen. Sie sind keine Deutschen, auch wenn sie von Deutschen abstammen. Was „Leitkultur“ bedeutet, kann man beim Vergleich der Aussiedlergenerationen sehr gut sehen: Die Älteren waren stolz darauf, Deutsche zu sein. Ihre Ehrlichkeit und ihr Ehrgefühl sind geradezu archaisch. Sie wollen arbeiten und tun es überaus gewissenhaft.

Die Jüngeren sind, wenn nicht Kasachen, so doch Russen. Sie kommen nur aus wirtschaftlichen Gründen, nicht, weil sie kulturelle Wurzeln in Deutschland hätten. Sie haben Deutsch nicht einmal in der Familie sprechen hören, sie verstehen bei ihrer Ankunft kein Wort und lernen die Sprache nicht so, wie es nötig wäre, um auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen zu haben. Es ist völlig unsinnig, sie kommen zu lassen. Die Kriterien sollten in der Tat verschärft werden, und zwar drastisch.

Möge die HAZ in diesem Sinne mutig weitermachen und sich von Vorwürfen der Deutschtümelei (die gewiss erhoben werden) nicht beirren lassen!

Diekholzen

Thelma von Freyermann

Veröffentlichungen in dieser Rubrik sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Damit möglichst viele Leser zu Wort kommen, muss die Redaktion Zuschriften gelegentlich kürzen.

Abschrift aus der HAZ vom 20. 11. 2000. TA

23.18.2 Was ich nicht verstehe, ist die ganze Aufregung um den Begriff *Leitkultur*. Entweder ist die Leitkultur jene Kultur, die in einer Gesellschaft dominant ist, ohne genau definiert zu sein; oder ich definiere Leitkultur als eine Gesetzesnorm, und dann wird es kompliziert und gefährlich, weil es dann passieren kann, daß einem Teil der Mitglieder der Gesellschaft ein Ausschlußverfahren angehängt werden müßte. Wenn damit gemeint, daß jeder sich individuell eine Leitkultur aussucht, die auch außerhalb des Lebensumfeldes, des Staates liegen kann, in der der Wählende aufgewachsen und zu Hause ist, dann ist da auch nichts gegen zu sagen. Wenn mit dem Begriff Leitkultur die Aufforderung gemeint ist, daß die Deutschen, die Zugereisten und Menschen draußen in der Welt sich zur deutschen Kultur bekennen sollen, dann sollten wir mehr für unsere Kultur tun, damit sie aus sich werbend wirkt. Wenn damit gemeint ist, daß draußen in der Welt für das „Deutschtum“ geworben werden soll, dann könnten höchstens bei der Art der Werbung Einschränkungen gemacht werden. (Haben nicht gerade auf der EXPO viele Völker, Nationen, Staaten für ihre Kultur geworben?) Wenn damit gemeint ist, daß Ausländer, die Binnenländer werden wollen, sich unser Wertesystem (das nicht unwandelbar ist) zu eigen machen, die deutsche Sprache erlernen und sich darüber hinaus Kenntnisse über unsere Geschichte aneignen sollen, dann ist das doch etwas, was jede andere Gesellschaft (entsprechend angepaßt) auch von ihren Einwanderern erwarten würde.

23.18.3 In der Zeitschrift *grün & bündig* (11-12.00) heißt es in einem Gespräch zwischen Cem Özdemir und Prof. Bassam Tibi - überschrieben mit „Was heißt hier Leitkultur?“: „Kaum bekannt ist, dass Bassam Tibi, Professor für Internationale Beziehungen in Göttingen, diesen Begriff geprägt hat. In seinem Buch 'Europa ohne Identität?' definiert er 'Leitkultur' allerdings anders als die meisten Befürworter und Gegner.“ „Bassam Tibi: Das deutsche Wort 'leiten' bedeutet zunächst, Orientierungs-Richtlinien zu bieten. Der Begriff 'Leitkultur' hat für mich nichts mit der Unterwerfung einer Kultur unter die andere zu tun. Es geht vielmehr um eine 'europäische Leitkultur' auf Grundlage der Werte der Moderne, der Demokratie und der Aufklärung. Wobei der Begriff 'europäisch' nicht ethnisch gemeint ist, sondern zivilisatorisch. Die europäischen Werte beziehen sich auf universelle Grundlagen wie Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Trennung von Staat und Religion. Nur ein Konsens, der auf der Basis der Werte verschiedener Kulturen entsteht, kann die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben sein. Das ist mein Verständnis von Leitkultur.“ Der letzte Satz von Tibi deutet aber schon an, warum bei der Verwendung des Begriffes Leitkultur durch den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Merz zu Aufgereg-

heit gekommen ist. Merz hat es nach Aussagen von Cem Özdemir fertig gebracht, „sich vom Verständnis einer 'Leitkultur' zu verabschieden, die eine gleichberechtigte gemeinsame europäische Basis für Werte und Normen aus unterschiedlichen Kulturen meint und eine Debatte über eine 'deutsche Leitkultur' losgetreten.“ Es geht darum, daß der Begriff Leitkultur als Gegenbegriff zu Multikultur gesetzt und verstanden wurde. Tibi schlägt nun vor, „den Begriff 'multikulturell' durch 'interkulturell' ersetzen, denn 'Multikulti' bedeutet Wertebeliebigkeit. Interkulturell heißt dagegen, dass Angehörige unterschiedlicher Kulturen dialogisch miteinander umgehen auf der Basis verbindlicher Werte wie Toleranz und Säkularität.“ Özdemir sieht das anders: „'Multikulti' bedeutet nichts anderes als kulturelle Vielfalt und diejenigen, die den Begriff verwenden, verstehen darunter nicht Wertebeliebigkeit. Für eine neue Einwanderungspolitik müssen wir einige Dinge klarer sehen. Wir müssen verstehen lernen, dass 'deutsch sein' 1950 etwas anderes war als heute und dass sich dieses Verständnis weiter ändern wird. Deutschland ist ein Einwanderungsland geworden. Alle, die hier leben, müssen sich an einen gemeinsamen Wertekonsens halten.“ ...

24. Einwanderung, Multikultur und die Vielfalt als Schöpfungsprinzip

24.1 Roud Koopmans - die ich bereits zitiert habe - schreibt: „Wer Rechtsextremismus wirksam bekämpfen will, muß sich klar machen, daß es sich dabei vor allem um ein Problem der Fremdenfeindlichkeit handelt. Neben der Stärkung zivilgesellschaftlicher Engagements empfiehlt der WZB-Wissenschaftler eine kulturell-pluralistische Integrationspolitik. Die jüngste Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts ist deshalb ein wichtiger Schritt zum Abbau fremdenfeindlichen Potentials. Allerdings lehrt der internationale Vergleich, daß es damit allein nicht getan ist. Es stellt sich nämlich die Frage, wie mit Einwanderung und den daraus folgenden kulturellen Unterschieden innerhalb einer Gesellschaft umzugehen ist. Die Diskussion um die 'deutsche Leitkultur' zeigt, daß dieses Thema nun auch auf die deutsche politische Agenda gelangt ist. Die Erfahrung von Ländern wie Großbritannien und den Niederlanden unterstreicht, daß eine Integrationspolitik, die auf 'verfassungsrechtlich begrenztem Pluralismus' beruht, für die Bekämpfung ethnischer Konflikte am meisten Erfolg verspricht. Dabei geht es einerseits um Toleranz und Respekt gegenüber kulturellen Unterschieden, andererseits wird den Zuwanderern abverlangt, daß sie die liberalen Rechtsgrundsätze der demokratischen Gesellschaft achten und auf die Mehrheitsgesellschaft zugehen. Eine politische Aufgabe in diesem Zusammenhang ist es, Mittel für In-

tegrations- und Sprachkurse bereitzustellen.“ („Das Gespräch ...“ a.a.O.)

24.2 Die oben von mir zitierten Autoren argumentieren ja ganz passabel. In mir ist aber ein Unbehagen aufgestiegen, und das muß ich versuchen zu verbalisieren, damit - so hoffe ich - von mir neue oder weitere lesenswerte Gedanken zum Thema niedergeschrieben werden können. Extremismus ist wie ein Schimmelpilz, er reicht bis in die Mitte des „Käses“. Wer glaubt, den Schimmel abschneiden zu können, Teile der Gesellschaft ausgrenzen zu können, weil sie Schwierigkeiten mit den Fremden haben, ist auf dem Holzweg. Auf der anderen Seite des Käses sind die Linken, und hier haben wir doch das Problem, daß sie fremdenfreundlich und für die Einwanderung sind, solange sie glauben, die Kosten anderen aufdrücken zu können. Wenn es an den eigenen Kühlschrank geht, werden auch sie merklich reservierter. Die Haltung oder Forderung, „Wir wollen das Deutschsein Modell 1950, ... 1960 oder ...1970!“, muß vorgetragen werden können, ohne gleich verbal niedergemacht zu werden und als Unmensch zu gelten. Wie realistisch solche Modelle sind, ist eine ganz andere Frage. Ich selber vertrete mit der Freiwirtschaftschule ein Modell, das beinhaltet, daß jeder Mensch auf dieser Erde ein Anrecht auf den ganzen Globus hat, also ein Modell der totalen Freizügigkeit. Auch hier muß man fragen, wie realistisch das Modell ist. Und die Lösung dieser beiden entgegengesetzten Ziele liegt bestimmt nicht in einem faulen Kompromiß. Ich habe schon in den 80er Jahren mit einem Freund, der in Hannover geboren wurde, in der Schweiz aufgewachsen ist, in Kanada zwei Töchter aus erster Ehe hat, dann die australische Staatsangehörigkeit erwarb, mit einer lebenswerten farbigen Frau aus Papua- Neuguinea viele Kinder gezeugt hat, mit seiner zweiten Familie dann mehrere Jahre hier in Niedersachsen und danach in Österreich lebte und inzwischen wieder in Australien gesiedelt hat, diese Themen diskutiert. Wir haben uns die Köpfe heiß geredet über die Frage, wie das ökonomische Ungleichgewicht bei einer wachsenden Weltbevölkerung (In der HAZ vom 5. 4. ist die Rede von sieben Milliarden im Jahr 2015.) behoben werden könnte. Wir haben zwei Modelle diskutiert: a) Alle Grenzen öffnen, alle hungrigen Mäuler suchen sich dort etwas zu essen, wo sie etwas finden, mit der Folge daß alle Nahrung spendenden Kulturlandschaften wie nach dem Abzug von Heuschreckenschwärmen aussehen würden. Der Hunger wäre globalisiert und egalisiert. Diejenigen, die diesen Prozeß überleben, beginnen dann, die Welt neu zu ordnen und besser zu gestalten. Als freiwilliger Akt der weißen Menschen dieser Welt wird sich dieses Modell bestimmt nicht realisieren, aber damit ist es noch nicht außerhalb der Denkmöglichkeiten. Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem ge-

planten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte.¹⁸ Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen zu wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir - Nick und ich- sind dann damals - auf den Feldwegen spazieren gehend, also nicht in einem Institut sitzend - zu dem Ergebnis gekommen, daß die völlige Öffnung der Grenzen unendlich viel Leid und Tote erzeugen würde und es danach vermutlich auch keine gleichmäßige gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung der Weltbevölkerung gäbe. Es würden sich wahrscheinlich erst Inseln des Fortschrittes und des Wohlstandes bilden, die sich dann vernetzen würden. Und wenn das der Fall ist, wäre es humaner, gleich dem Modell b) den Vorrang zu geben, nämlich die vorhandenen Inseln des Wohlstandes störungsunanfälliger zu machen, sie mit dem Ziel zu vernetzen, immer weitere neue Wohlstandsinseln zu schaffen, bis alle oder fast alle Menschen dieser Erde in einem Stande leben, in dem er sich wohl fühlen können. Da - nach dem was ich gelesen habe - ein enger Zusammenhang zwischen der Armut und dem Bevölkerungswachstum besteht, würde die „Bevölkerungsexplosion“ ihre Kraft und ihren Schrecken verlieren. Wir haben auch über erforderliche Maßnahmen gesprochen, es sind nicht so viele, aber wesentliche Eingriffe in unsere Ökonomie. Und da die Menschen - besonders jene, die sich Politiker nennen - offensichtlich aus den Kriegen und Hungerrevolten nichts gelernt haben und dem Untergang vor vernünftigen Lösungen den Vorzug geben, sind diese aber politisch nur schwer durchzusetzen. **Die Realität ist: Trotz gegenteiliger Zielsetzung und viel verbrauchtem Idealismus und Einsatz von gutem Willen, wirkt die SPD schon 100 Jahre, die CDU/CSU und die FDP schon 50 Jahre und die Grünen schon schon mehr als 20 Jahre gegen eine Welt mit ausgleichender Ökonomie. Ist das eine Aussage des Hoch- oder Übermutes? Nein! Es ist ein Ausdruck von Resignation und Traurigkeit, die ein klein wenig Hoffnung auf Änderung zuläßt..**

24.3 Bevor ich mit meinem Gedankengang weiterfahre, springe ich nochmals zurück, weil mir der folgende Abschnitt aus Ruud Koopmanns „Zur Fehleinschätzung des Rechtsextremismus“ nicht aus dem Kopf geht. Er schreibt (Ich hatte bei Ruud eigentlich auf eine nie-

18 Wilhelmshaven würde das Gegenstück zu Bremerhaven. Siehe dort das Auswanderermuseum.

derländische Form von Ruth getippt): „Auch kann man Rechtsextremismus nicht mit gesellschaftlichen Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit oder sozialem Wandel erklären. Obwohl der historische Zusammenhang zwischen der großen Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre und dem Aufstieg der Nationalsozialisten dieser Aussage eine gewisse Glaubwürdigkeit verschafft, hat er für die jüngste Welle des Rechtsextremismus keine Bestätigung gefunden. Rechte Gewalttäter haben zwar mehrheitlich ein niedriges Bildungsniveau, sie sind aber nicht öfter als ihre nicht rechtsextremen Altersgenossen arbeitslos, auch stammen sie nicht überdurchschnittlich oft aus zerrütteten Familien. Weder im Zeitverlauf noch im regionalen Vergleich findet sich ein Zusammenhang zwischen rechtsextremer Gewalt und Wirtschaftslage.“ Da habe ich doch meine Zweifel. Ich habe keinen Grund, an der Redlichkeit des WZB zu zweifeln, sondern ich zweifle an der Genauigkeit empirisch-soziologischer Erhebungsmethoden und an dem Einfühlungsvermögen von verbeamteten Sozialwissenschaftlern in die Situation der nichtbeamteten Arbeitnehmer mit und ohne Arbeit. In einer Situation, in der viele Leute Erfahrung mit Meinungsumfragen gesammelt haben, und in der befürchtet wird, daß es nicht ohne Folgen bleibt, wenn man sich zu einer Extremposition bekennt, dürfte es schwer sein, von den Befragten ehrliche Antworten zu bekommen. Die ökonomische Situation ist für die Arbeitnehmer heute auch verschieden von jener in der Zeit zwischen Weltkrieg I und Hitler. Erstens war die Arbeitslosigkeit aufgrund der Deflationspolitik nur ein Riemen in der mehrschwänzigen Peitsche, mit der die Deutschen in den Rechtsextremismus getrieben wurden, und zweitens war die Arbeitslosigkeit damals eindeutig die große psychische wie physische Bedrohung. Keine Arbeit war gleichbedeutend mit hungern und frieren. Die Situation ist heute anders. Ich sage nicht, daß es heute kein Leid gibt, daß durch die Arbeitslosigkeit verursacht ist. Ich sage auch nicht, daß der Arbeitslose in einem komfortablen sozialen Status lebt. Nur, wenn einer erst arbeitslos ist, kann er sich so einrichten (auch mit berechtigter Schwarzarbeit und unentgeltlicher sinngebender Gemeinschaftsarbeit), daß er weniger Grund hat, sich politischen Extrempositionen zuzuwenden, als Menschen mit Arbeit, die in dieser langen Zeit der Unterbeschäftigung, der selbstverschuldeten Ohnmacht der Gewerkschaften, unter der Last der staatlichen Abgaben in einer Situation, in der „Unternehmensphilosophien“ und –Eigentümer so häufig gewechselt werden wie Gebrauchtwagen, immer mehr unter Druck geraten. Mit der Arbeitslosigkeit ist es vielleicht so wie mit der Krankheit, nämlich die Angst vor dem Ausbruch ist größer als danach. Die Arbeitslosigkeit ist eindeutig eine ökonomische Krankheit. Die auslösenden Bazillen sind unstimmmige Ökonomietheorien. Eine „Gesundung“ der Ökonomie wird den Sozialwissenschaftlern ein ganz anderes Bild

der gesellschaftlichen Befindlichkeiten liefern.

24.4 Wenn wir die Einwanderung diskutieren, müssen wir - solange die Grenzen noch nicht gewaltsam von außen geöffnet wurden - fragen: Was ist unsere Ausgangssituation? Wodurch wurde diese bestimmt? Welche Wirkungen - einschließlich Nutzen und Lasten - hat es, wenn wir die Zahl der Einwanderer steigern? Wer bestimmt eigentlich, ob wir uns offiziell als ein Einwanderungsland erklären oder nicht?

24.4.1 Wenn wir wirklich eine Demokratie werden wollen, dann müssen wir uns bequemen anzuerkennen, daß die Volks-Vertretung in Form der parlamentarischen Demokratie ihre Grenzen hat. Es gibt eben Dinge die - wenn die Idee der Demokratie nicht zu einer Worthülse werden soll - in einer Urabstimmung entschieden werden müssen. Ich habe schon mehrmals auf die Verfassung und Verfassungsänderungen als Gegenstand von Urabstimmungen hingewiesen. Aber auch die Aufgabe der Deutschen Mark als Währung und die Beitritte zur EU waren nach meinem Demokratieverständnis ein Überschreiten der Kompetenz der Volksvertreter. Ein weiterer Komplex ist der jetzt diskutierte Wandel Deutschlands zum Einwanderungsland. Gerade hier wäre ein Volksentscheid eine Bürgerfrieden stiftende Sache, natürlich nur dann, wenn alle Einstellungen zu diesem Thema auch ausführlich erörtert werden können.

24.4.2 Wenn 1999 von den Menschen, die in Deutschland wohnten, 7 % Zuwanderer waren, dann ist der Tatbestand ja kein Ergebnis eines Automatismus, sondern ein solches der Wirtschaftspolitik, zumindest für jenen Teil der Zuwanderer, die als Gastarbeiter kamen. Als die Gastarbeiter in der Lage der überschäumenden Konjunktur angeworben wurden, hatten die deutschen so gerade eben die große innerdeutsche Flüchtlings- und Vertriebenen-Bewegung verkraftet. Und diese innerdeutsche Bevölkerungsbewegung ist ja auch nicht ohne Abgrenzung, Neid und Fremdenfeindlichkeit über die Bühne gegangen. Und die überschäumende Konjunktur hatte damals viel mit dem System der fixierten Wechselkurse mit einer unterbewerteten DM zu tun. Deutsche Exporteure erhielten - wenn sie ihre Dollarerlöse über die Geschäftsbanken der Bundesbank präsentierten- von dieser quasi eine Prämie. Ebenso war die Situation der ausländischen Investoren günstig. Für ihre Dollars, die bei der Deutschen Bundesbank landeten, bekamen sie nicht nur den realen Gegenwert in DM, sondern erheblich mehr, sie waren dadurch in der Lage, jeden inländischen Investor oder Nachfrager nach Unternehmensanteilen auszustechen. Jedenfalls stieg dadurch der Außenhandel von einer Ergänzungsfunktion der nationalen Wirtschaft in auf in eine Hauptfunktion. Das Anlage suchende Geld floß nicht dahin, wo die Arbeit unterbeschäftigt war (z.B. in die Türkei), sondern aufgrund der lockenden „Prämien“ in die

BRD mit dem Arbeitskräftemangel. Die Prämien, die die Bundesbank zahlte, kamen natürlich nicht vom lieben Gott, sondern mußten über die Inflationierung der Währung von den Sparern und anderen Inhabern von Schuldpapieren gezahlt werden. Dagegen halfen keine Maßhalteappelle. Die Sparer mußten den Boom bezahlen, ohne daß sie dadurch Eigentumsrechte erhielten, die landeten zum Teil im Ausland und halfen im Binnenland den Konzentrationsprozeß zu beschleunigen. (Obendrein fielen aufgrund der einsetzenden Zuwanderung erhöhte Miet- und Infrastrukturkosten für die Arbeitnehmer an, die von der Zuwanderung keinen Nutzen hatten.) Jedenfalls war es die Zeit, in der mit den eigenen vorhandenen Arbeitskräften die überhöhte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nicht mehr befriedigt werden konnte. Anstatt die Ökonomie so zu entwickeln, daß dort produziert wurde (bzw. wird), wo auch die Leute zu Hause waren (sind), wurden (werden) sie zu fremden Orten gelockt, wo sie sich selber fremd fühlten (fühlen) und den Einheimischen fremd waren (sind). Nebenbei hatte die Zuwanderung den Effekt, daß der Knappheitspreis für Arbeit im Anstieg (zu Lasten der Arbeitnehmer) gestoppt werden konnte und die Aktionäre wieder mit größeren Gewinnen rechnen konnten.

24.4.3 Wenn von der demographischen Notwendigkeit der Zuwanderung gesprochen wird, wird selten deutlich, warum diese Notwendigkeit besteht. a) Jene, die dies vortragen, können ja keine rassistischen Gründe meinen, denn die Deutschen - wenn man sie in ihrer Mischung überhaupt als Rasse verstehen kann, würden sich ja durch nichtdeutsche Einwanderer verändern. (Es sei denn, daß man eingesteht, die Deutschen waren stets durch Einwanderung der Veränderung ausgesetzt. Und damit die Veränderung nicht gestoppt wird, brauchen wir weitere Einwanderer.) b) Vielleicht ist mit der demographischen Notwendigkeit gemeint, daß unsere Gesellschaft vor einem zahlenmäßigen Schrumpfen bewahrt werden muß. Aber warum muß sie das? Wir hatten 1999 eine Bevölkerungsdichte von 229 Einwohner pro qkm. Würden wir uns unwohler fühlen, wenn wir wie Italien nur 191, wie Frankreich, nur 107 oder gar wie Schweden nur 20 Einwohner pro qkm hätten? Wie alles in dieser Welt wächst auch eine Gesellschaft, stagniert, schrumpft und stirbt. Klar, alles was lebt, kämpft auch um das Überleben. Aber irgendwann kommen auch die Zeitpunkte, wo es keine Deutschen, keine Europäer, keine Weißen mehr geben wird. Warum also die Aufregung? Aus ökologischer Sicht und auch um den Konkurrenzdruck um Parkplätze, Bauplätze, Spielplätze, Sonnenplätze, Angelplätze, fruchtbare Plätze und einsame Plätze zu mildern, wäre es gut, wenn wir zahlenmäßig schrumpfen und nicht wachsen würden. c) Nun ist da noch das demographische Argument der Einwanderung zur Aufrechterhaltung unseres Sozialversicherungssystems auf der Basis der Zwangskollektive

mit der Umlagefinanzierung der Altersversicherung. Dieses Argument übersieht, daß Einwanderer nicht zu uns kommen, um die Rente der Alteingesessenen zu sichern, sondern sie bringen auch selbst Ansprüche mit. Wenn wir Freizügigkeit, Selbstverwirklichung, Multikultur, Entbürokratisierung der Gesellschaft, Überwindung der Gründe von Schwarzarbeit, Entkrampfung des Verhältnisses zwischen den Generationen und zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern als Zielgröße haben, dann müssen wir die durch Umlage finanzierten Zwangskollektive sowieso ablösen. Die Alten brauchen den Jungen nichts zu vererben, sie sollen aber auch nicht von den Zinsen leben, die die Jungen aufbringen müssen, sondern von dem Ersparten zehren. Das Ersparte muß nicht unbedingt ein Sparbuch sein, es kann z.B. Anteilseigentum in wesentlicher Größenordnung an Unternehmen sein, in denen man gearbeitet hat, oder man läßt selbst nichtabgerufene Ansprüche an den Markt von Mitgliedern einer nichtdeutschen, expandierenden Gesellschaft in die Zukunft (in der das eigene Altsein liegt) transportieren. (Mit diesem Satz wird auch die Leistung des Schuldners verdeutlicht! Wenn Zinsen: Wem stehen sie eigentlich zu?) Eine Einwanderung zu befürworten, nur damit die Sozialpolitiker im alten Trott weitermachen können, kann doch nicht befürwortet werden. Aber jeder Mensch von außerhalb unserer Grenzen, der bei uns anklopft, um mit uns zu wohnen und arbeiten, ist ein Bruder, eine Schwester. Aber mit jedem Einwanderungsgesetz schaffen wir „Auserwählte“ und neue Ungerechtigkeiten, weil wir nur einen Bruchteil von denen zu uns lassen können, die es verdient hätten, in besseren Verhältnissen zu leben. Die Verteidigungspolitik der Zukunft wird darin bestehen, die Welt zum Wohlstand hin zu entwickeln, damit von den europäischen Grenzen der Zuwanderungsdruck genommen wird. In intakten, nicht von Krieg bedrohten Gesellschaften ist das Trägheitsmoment der BürgerInnen so groß, daß sich nur soviel Menschen auf den Weg über die Grenzen machen, wie zur Auffrischung der Gesellschaften notwendig sind. Aber diejenigen, die sich aufmachen, werden selten einen gesellschaftlichen Auftrag, sondern in der Regel ganz persönliche Motive haben.

24.4.4 Wer eine Zuwanderung will, muß auch in Kauf nehmen, daß die Löhne tendenziell unter Druck geraten, besonders dann, wenn die Zuwanderer aus Ländern kommen, in denen das Lohnniveau deutlich unter dem des Einwanderungslandes liegt. Wer in einer solchen Situation Fremdenfeindlichkeit vermeiden will, muß alles tun, um eine Vollbeschäftigung (möglichst ohne Wachstum) zu installieren. Das ist besonders deshalb schwer, weil in unseren Parteien (und auch Hochschulen) ideologische Betrachtungsweisen überwunden werden müssen. Einwanderung bedeutet aber auch, daß entgegengesetzt zu den Löhnen die Preise für den Boden und damit für den Wohnraum steigen. Die

Einheimischen werden damit gespalten in jene, die durch Bodeneigentum und Einwanderung bereichert werden und in jene ohne Bodeneigentum, die entreichert werden. Wer hier also Unfrieden vermeiden will, muß die ökonomische Neutralisierung der Grundrente befürworten.

24.4.5 Die Attraktivität einer Volkswirtschaft, die potentielle Einwanderer anzieht, ist ja nicht von selbst entstanden und auch in unseren Breitengraden nicht vom lieben Gott geschenkt worden. Sondern diese ist mit Mühe und mit Verzicht auf Lebensgenuß erarbeitet, erlitten worden. Es müßte ein Ausgleich geschaffen werden zwischen jenen, die sich hier schon lange für den erreichten Wohlstand krumm gemacht haben, und jenen, die von außen kommend daran teilhaben möchten. Modellhaft haben wir die Situation z.B. auch in Sportvereinen. Die Club-Anlagen wurden durch Spenden und Eigenarbeit erstellt. Von Neumitgliedern, die ohne diese Vorleistungen in den Genuß der Anlage kommen möchten, verlangt man nun häufig einen Ausgleich in Form eines Eintrittsgeldes. Es wäre eine soziale Befriedungsmaßnahme, ebenfalls einen Ausgleich von Einwanderern in der Form zu erwarten, daß sie selbst ihre Integrationskosten (mit)finanzieren und daß diese Kosten nicht einfach auf die abgewälzt werden, die durch die Einwanderer unter Wettbewerbsdruck geraten.

24.4.6 Wenn wir unsere Grenzen nicht nur für Waren und Kapital, sondern auch für Menschen möglichst offenhalten und den Mißbrauch des Asylrechts möglichst gering halten wollen, dann müssen wir die Rechtsansprüche auf Sozialleistungen gegenüber dem Staat reduzieren. Denn machen wir uns doch nichts vor, in den Genuß einer Wohnung und (auch einer reduzierten) Sozialhilfe bei uns zu kommen, ist für viele Menschen auf dieser Welt wie ein Lottogewinn. Statt Arbeitsverboten, müßte nach einem erholsamen und der Orientierung dienenden Begrüßungsurlaub die Pflicht der Arbeitsaufnahme und der Selbstfinanzierung des Lebensunterhaltes eingeführt werden. In Zeiten der Unterbeschäftigung auch mit Hilfe eines sinnvollen Arbeits- und Ausbildungsdienstes. Es ist einfach eine Vergeudung von Ressourcen, wenn bei Arbeitslosen brachliegende Fähigkeiten nicht dazu genutzt werden, um einen Teil davon an Asylbewerber - mit und ohne Chance auf Anerkennung-) weiter zu vermitteln, damit diese im Falle des Bleiberechtes leichter in die Erwerbsarbeit integriert werden können und im Falle der Abschiebung nicht mit leeren Händen gehen müssen. Wer mit neuen Kenntnissen und einem großen Koffer mit Werkzeugen aus zweiter Hand, von Flohmärkten und aus Spenden (oder gar mit einem alten als Werkstatt umgerüsteten Bus) wieder in seiner Heimat ankommt, hat nicht nur eine Erwerbchance in der Heimat, sondern auch einen Ansehensgewinn. Einfach kleinlaut mit

dem Bekenntnis „Man wollte mich nicht!“ wieder in der Familie, im Dorf oder Stadtviertel anzukommen, ist doch kein erhebendes Gefühl und eine große Enttäuschung für die Familie, die vermutlich die Kosten für die Schleuser aufgebracht hat. Es muß allen, die in Deutschland bleiben möchten oder herein wollen, vermittelt werden, daß es in diesen nördlichen Breiten nichts ohne Arbeit gibt, und wenn doch, dann nur, wenn andere zwangsweise oder freiwillig auf einen Teil ihres Arbeitsertrages verzichten. Aus der Kapitalquote läßt sich unter den herrschenden Umständen keine Einwanderungspolitik finanzieren.

24.4.7 In einer politischen Situation wie der unserigen können wir uns nicht drücken vor der Mitverantwortung für die Behebung des Elends in dieser Welt, das ja der Anlaß ist, daß so viele Menschen bei uns anklopfen. Wir sind aber nicht etwa schlechte Menschen, wenn wir auch an eigene Interessen denken und auf die Selbstverantwortung jener Herrschenden mit Nachdruck pochen, die ihre Landsleute direkt oder indirekt aus ihrer Heimat vertreiben. Statt bürokratischer Zuwanderungshemmnisse, die dann unsere Gerichte überbeschäftigen, sollten wir kluge ökonomische Bremsen einbauen, aber gleichzeitig den Abgewiesenen eine freundschaftliche Hilfe zu Teil werden lassen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, welch scheußliches Gefühl es erzeugt, wenn man als Einwanderer nicht erwünscht ist, und ebenso, wenn man in einem anderen Land, für das man sich begeistert, zwar als Tourist, nicht aber als Arbeitnehmer willkommen ist.

24.4.8 **„Multikulturell“ ist eine sympathische aber gefährliche Zielgröße, wenn darunter die Vielfalt und Gemächlichkeit der Entwicklung leidet.**

24.5.1 Die Begriffe „multikulturelle Gesellschaft“ und „freie Gesellschaft“ haben bei genauer Betrachtungsweise eine Reihe gleicher Definitionsmerkmale. Es die Vielgestaltigkeit der Glaubens-, Lebens- und Arbeitsformen, die in beiden gedachten oder gelebten Gesellschaftsformen vorkommt. Der Unterschied besteht wohl darin, daß die *freie Gesellschaft* ihre verschiedenen Ausdrucksformen aus einer traditionellen, in einem bestimmten Gebiet verwurzelten Menschenmenge bildet und die *multikulturelle Gesellschaft* sich aus Menschen verschiedener Herkunft mit unterschiedlichen Traditionen und Kulturen bildet. Wenn man noch genauer hinsieht, besteht der Unterschied dieser beiden Gesellschaftstypen „nur“ in der Dauer des Zeitraumes, in der sie sich bilden, und im Radius des geographischen Einzugsgebietes. Denn keine traditionelle europäische Gesellschaft kann von sich behaupten, daß sie nur aus sich gewachsen ist. Es ist aber ein erheblicher Unterschied, ob verschiedene Kulturelemente in 2000 - 3000 Jahre wie in Europa oder in 500

Jahren wie in Amerika zu Gesellschaften zusammenwachsen oder ob diese in 20 oder 50 Jahren zusammengefügt werden sollen. Durch eine zeitliche Kompression kann das Zusammenfügen unterschiedlicher Kulturelemente zu einem Explosivstoff werden.

24.5.2 Nun habe ich auch den Eindruck gewonnen, daß viele Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft auch gar nicht eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen wollen, sondern eine Mischmaschgesellschaft (in der über einen längeren Zeitraum sich jeder - auch der Einheimische - fremd fühlt). Ein Beispiel dafür, daß es gar nicht einfach ist, Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen und Einsichten zu vereinen, sind die Grünen. Im Gründungszeitraum bestand aus verschiedenen Gründen die Notwendigkeit, die Parole „Vielfalt in der Einheit“ auszugeben. Was ist geschehen? Gerade die Parteifreunde mit einem politisch linken Selbstverständnis haben eine Gruppierung nach der anderen herausgegruht, dann haben sie sich gegenseitig bekriegt. Diejenigen, die noch übrig geblieben sind, nennen sich noch grün sind aber nicht mehr grün, haben eine undefinierbare Farbe. Das wird von Jungwählern offensichtlich auch so gesehen. Wenn aber schon etwas in einem Teil einer Gesellschaft nicht funktioniert, wie es eine Partei darstellt, wie soll es dann in einer noch komplexeren Gesamtgesellschaft funktionieren?

24.5.3 Damit ist aber das Thema *multikulturell* nicht erledigt. Nehmen wir den Balkan oder auch den Nahen Osten; hier schreien die Probleme nach einer multikulturellen Lösung. Zu bedenken gilt aber, was Peter Kafka (siehe Dokumentation 14) immer wieder betont, daß das Schöpfungsprinzip die Vielfalt und die Gemächlichkeit ist. Worunter wir leiden würden, wäre eine einfältige Beschleunigungskrise. Die Vielfalt ist nötig, um aus einer großen Zahl der Möglichkeiten das jeweilige Optimum heraus zu filtern. Die Gemächlichkeit ist erforderlich, damit der Versuch nicht vor der Klärung schon abgebrochen werden muß. Die Farben des Regenbogens können mit ihrer unterschiedlichen Ausstrahlung konkurrieren. Die undefinierbare Farbe einer Mischmaschgesellschaft hat keine Ausstrahlung. Und die Farbe braun macht sich nur als Holzanstrich gut.

24.5.4 Das was Peter Kafka von der Astrophysik herkommend sagt, formuliert Alexander Mitscherlich von der Psychoanalyse herkommend so: „Wir bedürfen der konstruktiven Seiten, der sublimierten Formen der Aggression, keine Gesellschaft kann ohne Wettbewerb gedacht werden. Aggression ist eine Grundmacht des Lebens“. (HAZ, 13. 10. 69 „Den Frieden besser erforschen“) Und bei Anthony Storr in „Lob der Aggression - Erkenntnisse der Verhaltensforschung“, 1971 heißt es im Kapitel „Die Aggression im Sozialgefüge“ u.a. „Da der Mensch heute Gefahr läuft, sich mit den Waffen, die er erfunden

hat, selbst zu vernichten, erscheint die biologische Nützlichkeit der Aggression vielleicht ein wenig zweifelhaft; doch werden wir Gründe dafür hören, daß sie nicht nur wertvoller Bestandteil der individuellen menschlichen Natur ist, sondern auch ein wesentliches Element im Sozialgefüge darstellt. Nur wenn der Aggressionstrieb gehemmt oder frustriert wird, nimmt er bedenkliche Formen oder gefährlichen Charakter an. Zwar ist es fraglos wichtig, destruktive Formen der Feindseligkeit zwischen Menschen zu verringern, doch muß man begreifen, daß es unmöglich und tatsächlich nicht wünschenswert ist, uns von einem Teil unserer Natur zu befreien, der angeboren und zudem biologisch wertvoll ist.“ (S. 39 f.) Und in der *Wirtschaftswoche* Nr. 35 /1991 schrieb Gertrud Höhler über den Abschied vom Siegeswillen u.a.: „Auch die psychologische Forschung zeigt uns heute, daß Konkurrenz und Abgrenzung. Wettkampf und Siegeswille nicht nur männliche Strategien zur Organisation und Koordinierung des Handelns im Team sind, sondern auch Quellen für Motivation und Leistungsanreize zum Vorteil des Ganzen. / Der 'Sieg' eines Gedankens, die Überlegenheit einer Strategie sind sozusagen unvermeidliche Begleiterscheinungen der Optimierung unserer Lebenssysteme. Wer ein Management ohne Sieger wünscht, der betreibt die Ausschaltung der wichtigsten Ressource im Lebensprozeß von Menschen, Natur und Systemen - er verhindert den Sieg des Besseren für morgen über das Gute , das wir heute haben.“

24.5.5 Wenn wir also eine multikulturelle Gesellschaft (Webteppich alternativ zu Flickenteppich) wollen, dann müssen wir ihr Entwicklungszeit geben, sie darf nicht die Form einer Notgemeinschaft wie ein Flüchtlingslager haben in dem Menschen ohne Zusammenhang eingepfercht wurden und sich täglich die Verpflegungsration und den Platz für den Gebetsteppich streitig machen. Wir müssen uns eher die Situation auf der EXPO vorstellen, aber nicht bis ins Detail, weil dann das Bild nicht mehr stimmt.

24.5.6 Wer nun glaubt, eine multikulturelle Gesellschaft im Rahmen unserer Institutionen und Strukturen aufbauen zu können, der ist auf dem Holzweg. Aber notwendige Änderungen sollten uns nicht abschrecken, weil wir diese sowieso vornehmen müssen, wenn wir unsere Gesellschaft mit der gewährten Narrenfreiheit weiterentwickeln wollen zu einer Gesellschaft mit haftender Gestaltungsfreiheit. Dies ist nur möglich, wenn die staatlichen Vorgaben und Aktivitäten auf ein erforderliches Minimum zurückgefahren werden. In einem einheitlichen rechtlichen Minimalrahmen müssen sich dann die unterschiedlichsten Formen von Bildungsgängen und –Trägern, von Religionen und Weltanschauungen, von individuellen und kollektiven Sicherungssystemen, von Lebensgemeinschaften (und was es noch geben mag) ausprägen können, ohne daß der Staat bevor-

zugend eingreift. Das wäre eine gute Sache, aber nur die wenigsten von denen, die Multikulti wollen, - so schätze ich - halten das aus.

24.5.7 Von dem (noch) geistigen Standort einer freien oder multikulturellen Gesellschaft her gesehen, ist die Einführung einer eheähnlichen Rechtsform für Homosexuelle kein großer Fortschritt. Für den Erhalt des Staates und den Zusammenhalt der Gesellschaft besteht keine Notwendigkeit, bestimmte Formen der Ehe vorzuschreiben oder die Innenverhältnisse der Ehe gesetzlich zu regeln. Abgesehen davon, daß die Monogamie sowieso nur eine Fiktion westlicher Gesellschaften ist, erfordert das Modell der multikulturellen Gesellschaft die freie Gestaltungsmöglichkeit der Ehe. Und da gibt es bekanntlich viele Formen in dieser Welt. Die Inhalte aller Formen könnten innerhalb des Vertragsrechtes geregelt werden.

25. „Ein politisches Signal für die Familie“

25.1 Die Berichterstattung und die Kommentare zum Verfassungsgerichtsurteil zur Pflegeversicherung erinnerten mich an meinen Beitrag vom November 1991 mit dem Titel „Die geplante Pflegeversicherung ein ordnungspolitischer Pflegefall!“. Wenn es mir zeitlich möglich ist, werde ich diesen Artikel mit anderen Beiträgen in die Dokumentation 15 stellen. Das BVG-Urteil hat nun zum Gegenstand die Beitragsgestaltung der Pflegeversicherung. Ich habe 1991 gefragt, ob es sinnvoll ist, eine weitere Zwangsversicherung einzuführen.

25.2 In der HAZ vom 4.4. 01 ist zu lesen: „Geklagt hatte unter anderen ein Kirchenmusiker, der mit seiner Frau zehn Kinder erzieht. Er wollte von der Beitragspflicht für die Pflegeversicherung völlig befreit werden. Schließlich, argumentiert er, würden seine Kinder über ihre Beiträge in Zukunft auch die Pflegeleistungen für die Kinderlosen finanzieren. Außerdem sei zu erwarten, dass seine Kinder auch ihn persönlich pflegen würden, was die Pflegeversicherung entlaste. Pflegebedürftige Kinderlose müssten dagegen in der Regel von teuren Sozialdiensten betreut werden. Dieser Argumentation folgte das Gericht nur teilweise.“ ... „Eine Änderung der Beitragsregelung hält das Gericht aber für notwendig, weil die Betreuung und Erziehung 'nachwachsender Generationen' für eine Sozialversicherung im Generationenvertrag zwingend erforderlich seien. Die Leistungsberechtigten von morgen könnten nur dann versorgt werden, wenn auch in Zukunft Beiträge zur Pflegeversicherung bezahlt würden. Insofern trügen Eltern derzeit die Last der Pflegeversicherung doppelt, nämlich durch die normale Beitragszahlung und durch ihre Erziehungs-

leistung. Die Bundesregierung hatte stets darauf verwiesen, dass die Pflegeversicherung besonders familienfreundlich sei, weil Ehegatten und Kinder kostenlos mitversichert sind. Das Verfassungsgericht betont indes, dass dadurch der „systemspezifische Vorteil“ der Kinderlosen quantitativ nicht aufgewogen werde. In der von Senatspräsident Hans-Jürgen Papier verlesenen Entscheidung wird eine Änderung dieses 'mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarenden' Zustands gefordert. Das Gericht hält eine völlige Beitragsbefreiung für Eltern nicht für notwendig. „Der Staat muss nicht jede zusätzliche finanzielle Belastung von Familien vermeiden.“ Unzulässig sei nur die jetzige Beitragsgleichheit von Eltern und Kinderlosen.“ ... „Der humorvolle 61-Jährige (BV-Richter Udo Steiner d.V.) hat sich - seit seiner Berufung an das höchste deutsche Gericht zu einem einflussreichen Sozialexperten entwickelt, man könnte auch sagen: zum Chefklempner des unter steigenden Lasten ächzenden Sozialsystems. Das Urteil zur Pflegeversicherung - steht am Ende einer Reihe von Entscheidungen, mit denen der Erste Senat unter maßgeblicher Beteiligung Steiners Ungerechtigkeiten beseitigt und den Beitragszahlern hilft. Im vergangenen Jahr wurde beispielsweise die Benachteiligung freiwillig Krankenversicherter im Rentenalter korrigiert, ebenso die Schieflage bei den Sozialabgaben auf Weihnachts- und Urlaubsgeld. Diese Entscheidungen gehen im Wesentlichen auf Steiner zurück. Der parteilose Franke, der 1995 auf Vorschlag der Unionsparteien zum Verfassungsrichter gewählt wurde, gilt als ausgleichender und besonders kommunikationsstarker Jurist. Mit einem ausgeprägten Sinn für das Machbare zieht er immer auch die finanziellen Folgen ins Kalkül, ebenso die politische Umsetzbarkeit.“ ...

25.3 Nein, ich will mich hier nicht verleiten lassen, der Frage nachzugehen, wer in einer Demokratie die Verfassungsrichter zu wählen hat. Auch den Tatbestand, daß der Bundestag offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, Sozialgesetze zu verabschieden, die vor den Augen der BVG-Richter Bestand haben, will ich nicht erörtern. Die Intention des BVG, die Familien zu entlasten, halte ich für richtig, den Weg der Entlastung aber für falsch. Eine allgemeine Zwangsversicherung für den Pflegefall halte ich schon deshalb für falsch, weil sie die Entscheidungsfreiheit der Bürger beschneidet, dann fehlt hier der Optimierungsdruck, dafür aber die Garantie des Wachstums der Bürokratie, weil mit jeder Legislaturperiode neue Ausnahme- und Sonderregelungen hinzukommen. Die Zurechnung von Nutzen und Kosten wird immer schwieriger. Und die Einstellung - wenn ich schon dafür blechen muß, will ich auch etwas dafür haben -, die die Menschen gegenüber den Krankenkassen einnehmen, wird sich auch im Verhältnis zur Pflegeversicherung ausbreiten.

- 25.4 Im Februar 1995 erhielt ich von der AOK eine Pflegeversicherungspolice zugesandt. Mit meinem Schreiben vom 20. 2. 1995 habe ich darauf u.a. wie folgt reagiert: „Es wäre einer Gesellschaft freier Bürger angemessen, wenn der Beitrags- und Leistungsumfang sowohl für den Krankheits- wie für den Pflegefall in einem Vertrag zwischen der AOK und ihren Kunden ausgehandelt würde. Die sogenannte Pflegeversicherung hat aber nichts mit einer Versicherung zu tun und die 'Pflege-versicherungs-police' ist keine Police, ist kein Vertrag. Ihre Mitteilung hätte also lauten müssen: 'Ab dem 1.1. 1995 sind Sie Bestandteil des neuen Zwangskollektivs 'Pflegeversicherung', die Kostenumlage wird von der Rente abgezogen. Ansprüche an das Zwangskollektiv müssen bei der Krankenkasse geltend gemacht werden, bei der Sie im Zeitpunkt der Pflegebedürftigkeit Mitglied sind.'“
- 25.5 Politik scheint heute so verstanden zu werden, daß Bedürftige geschaffen werden müssen, damit man dann großartig Bedürftigen helfen kann. Wenn aber die Menschen in Bedürftige und Nichtbedürftige bei staatlichen Förderungsprogrammen aufgeteilt werden, dann müssen die Menschen ihre Bedürftigkeit nachweisen. Die Konsequenz ist, daß sie an zu vielen Stellen und zu oft datenmäßig nackt ausziehen müssen. Und bei der Dichte staatlicher Aktivitäten ist die Verschwiegenheitspflicht der Verwaltungsangestellten und Beamten für die Katz. Den Datenschutz und die Datenschutzbeauftragten können wir uns bei dieser Art Sozialpolitik sparen.
- 25.6 Natürlich ist die ökonomische Situation zwischen Menschen mit oder ohne Kindern sehr verschieden. Wenn ich meinen Blick vom Bildschirm hebe, schaue ich auf meine freundlichen Nachbarn, die keine Kinder haben. Sie leben - ökonomisch gesehen - einfach in einer anderen Welt als wir mit unseren drei Kindern. Und als ich mit meiner ersten Frau Ende der 60er Jahre in kurzer Zeit 4 Kinder bekam, wurden wir wie Asoziale angesehen. Mit Kindern kommt man in der Regel tatsächlich nicht auf den grünen Zweig. Nun könnte man in meinem Fall sagen, ich sei eben eine Niete. Ich würde nicht widersprechen. Aber beide Frauen meiner Kinder waren bzw. sind tüchtig. Und trotzdem hangeln wir uns wie die meisten Familien mit Kindern von einer Gehaltsüberweisung zur nächsten. Ich spreche also keinesfalls gegen einen Lastenausgleich. Dieser Lastenausgleich darf aber weder eine Bestrafung der Kinderlosen sein, noch darf er die Menschen mit Kindern in den Status von Wohlfahrtsempfängern versetzen. Der Preis für die Risikoabsicherung der Familie muß dem tatsächlichen Risiko entsprechen, damit die Familien überall als willkommene Versicherungsnehmer angesehen werden und damit komplizierte Ausgleichszahlungen zwischen verschiedenen Versicherungsträgern bzw. -Unternehmen vermieden werden. Letztere verfälschen nämlich den Wettbewerb unter den Anbietern. Wem man die

Wahl der richtigen Regierung zutraut, dem muß man auch die richtige Wahl seiner sozialen Absicherung zutrauen.

25.7 Noch etwas muß klargestellt werden: Es gibt viele Gründe dafür, daß Kinder gezeugt und geboren werden, die Absicht, das marode soziale Netz aufrecht zu erhalten, dürfte sich nicht finden lassen. Auch ist es nicht so, daß jede kinderlose Ehe als ein Sabotageakt gegen das soziale Netz oder als Beitrag zum Untergang der eigenen Gesellschaft geplant wurde. Es gibt tragische und gute Gründe, für eine Kinderlosigkeit. Ich habe einen Freund gehabt, der hat sich sterilisieren lassen, weil er einem möglichen eigenen Kind diese Welt, wie sie ist, nicht zumuten wollte. Ob Freud oder Leid mit Kinderlosigkeit oder mit Kindersegen größer oder kleiner ist, muß in jedem Einzelfall geprüft werden. Die Wahlfreiheit zwischen Ja und Nein zum Kind darf nicht kriminalisiert werden.

25.8 Wir benötigen tatsächlich eine familienfreundliche - nein, ich meine nicht Versicherung - sondern Ökonomie einschließlich eines anderen Steuersystem. Es gibt z.B. viele gute Gründe dafür, daß eine Familie einmal in der Woche in einer Gaststätte essen geht. Das können sich aber nur wenige Familien leisten. Wenn eine Familien mit fünf Mitgliedern essen geht, muß sie eine sechste Malzeit für den ständig hungrigen Staatsgast bezahlen. Gehen zwei Ehepaare (eins ohne, das andere mit Kindern) zum Strand, um Eis zu essen, und vereinbaren vorher, daß jede seine Rechnung selbst bezahlt, dann kann die Familie ohne Kinder in dem Bewußtsein wieder nach Hause gehen, den Grundstock für den nächsten Aktienkauf gelegt zu haben, dessen Dividende in der Hauptsache von der Familie mit Kindern aufgebracht wird. Der Familie mit Kindern fällt beim Eisessen mit Schrecken ein, daß der Kühlschrank kaputt ist und kein Geld für einen neuen da ist. Also ein Ratenkredit, und wieder fließt vom Einkommen der Familie mit Kindern zu jenen, die ihr Einkommen nicht ganz verzehren mußten und daher zum „Arbeiten“ anlegen konnten.

25.9 Aber das Ungleichgewicht zwischen Eheleuten mit und ohne Kinder geht ja weiter. Die kinderlosen Ehepaare können sich, wenn ihnen die ewig wiederkehrenden Hausarbeiten leid werden sich einen hilfreichen Hausgeist leisten, den Familien mit Kindern, die eine solche Hilfe viel dringender bräuchten, ist dieser Weg der Entlastung meistens aus finanziellen Gründen versperrt. Der Beruf des Hausmädchens mit Familienanschluß ist sicher ein Modell der Vergangenheit, wenn auch in Einzelfällen heute noch tauglich. Aber ein neuer Unternehmenszweig, die Hausdienste Genossenschaft würde sich sicher schnell entwickeln, wenn die Familien mit Kindern mit der für die Nachfrage nötigen Kaufkraft ausgestattet würden. Mit Hausdienste e.G. meine ich einen Zusammenschluß von weiblichen und männlichen Personen zu einem Unternehmen, das Dienste stunden- oder tageweise

rund um die Familie anbietet, von der Kinderbetreuung über die Reinigung, Wäschepflege bis zu kleinen handwerklichen Hilfen, sozusagen eine Erweiterung der Institutionen Dorfhelferin oder Pflegedienste.

25.10 Wir sehen also, die Familien benötigen keine Almosen, sondern niedrige Verbrauchssteuern und ein niedriges Zinsniveau. Nun gibt es aber noch eine andere Möglichkeit, den Familien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Jeder weiß - oder könnte es jedenfalls wissen, die Erdoberfläche ist begrenzt und jeder Mensch ist in seiner Existenz von der Nutzung der Erde (des Bodens und seinen Schätzen) abhängig. Die Erdoberfläche ist (auch parzelliert) im Verhältnis zu den Menschen, die darauf leben, knapp. Wenn etwas knapp ist, hat es einen Preis. Im Falle des Bodens spricht man von der Boden- oder Grundrente oder vom Bodenzins. Wenn nun der Satz von der Rechtsgleichheit aller Menschen nicht nur eine Floskel für Wahlreden bleiben soll, muß dieser Knappheitspreis allen Menschen zu gute kommen. Das kann dadurch geschehen, daß die Bodenrente, die in unterschiedlicher Höhe für die Parzellen unterschiedlicher Größe und Qualität anfallen, zurückverteilt werden. Silvio Gesell wollte diese Rückverteilung auf die Frauen nach Anzahl ihrer Kinder vornehmen. Ich kann im Moment nicht mit Zahlen dienen, aber es wäre ein ansehnlicher Grundstock für ein Familieneinkommen, das familienspezifische Belastungen ausgleichen könnte. Ein anderer Ansatz ist, die Bodenrente pro Kopf zurück zu verteilen, so daß jeder Mensch ein Grundstück durchschnittlicher Größe und Güte unentgeltlich nutzen könnte. Da bei diesem Modell nicht so viel für die Familien mit Kindern gezahlt werden könnte, wie im ersten Fall, müßte aus allgemeinen Steuermitteln der Familienlastenausgleich, das Familiengrundeinkommen aufgestockt werden. Also nicht hier und dort Rabatte, Sonder-Zuschüsse, Prämien etc. (die immer viel Verwaltung und Kontrolle benötigen), sondern eine Basisausstattung, mit der die Familien souverän und erhobenen Hauptes als Nachfrager für Versicherungsschutz, Kindergartenplätze und Bildungsgänge auftreten können, ohne irgendwo einen Antrag zu stellen, der ihnen den Status von Bettlern aufdrückt. Leider ist nicht so schnell zu erwarten, daß solche Impulse von unseren VerfassungsrichterInnen gegeben werden. Sie müßten erst lernen, die Grundrechte neu zu interpretieren.

25.11 Die finanzielle Belastung durch Kinder ist aber nur ein Aspekt der Last, die Eltern zu tragen haben. Nun hat die Natur es klugerweise so eingerichtet, daß die meisten Menschen den Zugewinn an Lebensfreude mit Kindern höher einschätzen als die Last, die Kinder bedeuten. Wenn es nicht so wäre, würden die Geburtenraten schon allgemein in den Keller gegangen sein. Uns würde es schon nicht mehr geben. Daß die Abtreibung manchmal eine

Last ist, an der Frauen (und bedingt auch Männer) evtl. Jahrzehnte tragen, wird meistens erst verständlich und klar, wenn die Situation nicht mehr abwendbar ist. Kommen wir zu den nichtökonomischen Lasten: Schon wenn die Schwangerschaft noch gar nicht eindeutig festgestellt wurde, beginnen die Überlegungen über die Auswirkungen auf die eigenen Befindlichkeiten, auf den Beruf, auf den Sport usw.. Wenn die Schwangerschaft bestätigt wurde, die bange Fragen: Ist genetisch alles in Ordnung, werden Mutter und Kind die Schwangerschaft und die Geburt heil und gesund überstehen? Und wenn die Kinder dann da sind, kommen neben Fragen der Gesundheit die Fragen nach Begabungen, Schule, Freundschaften, Ausbildung, Partnerschaften, und dann beginnt der Fragenkatalog von vorne. Wenn die Kinder begabt sind und ein gutes Sozialverhalten zeigen, dann wird es als selbstverständlich oder als das Verdienst guter Eltern angesehen. Wenn aber ein Kind wenig begabt ist oder gar schwachsinnig und / oder kriminelle Neigungen entwickelt, dann liegt es natürlich nur an den unfähigen Eltern. Und wenn ein Kind mit Behinderungen und Mißbildungen geboren wird, dann wird hinter der Hand geflüstert, wieso die Eltern überhaupt ein Kind in die Welt gesetzt haben. Menschen in der Elternrolle haben eigentlich keine Chance, die verschiedenen gesellschaftlichen Erwartungen zu erfüllen. Wie viele Eltern hatten sich - als sie erwachsen wurden - vorgenommen, alles besser zu machen als die eigenen Eltern. Und wenn dann die Kinder da sind, stellen sie meistens fest, daß es nur ein Vorsatz war. Ärgerlich wird dann die ganze Angelegenheit, wenn Menschen in die Rolle eines staatlichen Amtes - ihr eigenes Versagen als Elternteil vergessend - kommen und vorschreiben, wie andere Eltern ihre Kinder erziehen sollen. Meistens sind Ratschläge in Bezug auf Erziehung idealisierend und damit in der Praxis überfordernd. Wir müssen uns bemühen, uns ein realistisches Bild zu machen von dem, was das Kinderhaben bedeutet, und was an emotionalen Reaktionen zwischen den Eltern bzw. und zwischen Elternteilen und Kindern die Erziehung auslösen kann. So kann z. B. Mutter-, Vater- oder Elternliebe durchaus von Phasen der Abneigung bis zu Wutausbrüchen unterbrochen sein. Neulich gestand mir eine junge Mutter, daß sie - am Leitbild der liebenden Mutter ausgerichtet - sich häufig geschämt hätte, wenn in ihr in bestimmten Situationen Haßgefühle gegenüber ihrem eigenen Kind aufgekommen sind. Erst als sie sich umschauend festgestellt hätte, daß das mehr oder weniger bei allen Müttern der Fall wäre, hätte sie zum Nutzen ihres Kindes besser mit ihren Gefühlen umgehen können. Aber diese Aussage war mutig. Vielfach gilt noch zwingend: Muttersein heißt gut sein. Vor etwas längerer Zeit wurde ich von einer anderen jungen Mutter gefragt, ob wir auch so einen Liebestöter zu Hause hätten. Ich habe sie erst nicht verstanden. Durch die Nachfrage wurde deutlich, daß

vorhandene Kinder das Sexualleben von Ehepartnern sehr einschränken. Wer Kinder hat, wird die Aussage verstehen, wer keine hat, wird sie auch mit Erläuterungen nur schwer nachvollziehen können. In die Dokumentation 6 habe ich auch einen Bericht über einen Regensburger Kongreß gestellt. Dort wird das gesetzliche Verbot der elterlichen Züchtigung gefordert. Diese Forderung ist inzwischen Gesetz geworden. Als ich davon in der Zeitung las, habe ich gedacht: „Und was ist mit den verbalen Attacken?“ Wenige Wochen später hielt mir meine Frau eine Anzeige des Familienministeriums unter die Nase mit dem Hinweis, daß diese für das Kind schädlich sind. Eigentlich müßte nun ein weiteres Verbotsgesetz folgen. Und danach - weil man nicht in jeder Familie eine Polizistin positionieren kann - müßte ein Gesetz folgen, daß jeden Nachbarn - bei Strafe der Nichtbefolgung - verpflichtet, bei elterlichen Attacken gegenüber ihren Kindern die Einsatzzentrale der Polizei oder der Jugendamtes zu benachrichtigen. Das ist ein Holzweg, der die Grenzen von Gesetzen aufzeigt. Wirksamer sind da verinnerlichte soziale Normen, die im Bösen bremsend und im Guten fördernd wirken. Solche Normen können aber weder gekauft noch verordnet werden. Wir haben heute die Situation, daß solche Normen auch nicht mehr im Erziehungsprozeß tradiert werden können, weil wir keine geschlossene Gesellschaft mehr sind, in der es allgemeingültige Vorstellungen von Kindererziehung gibt - weder allgemein, noch auf Schichten oder Generationen bezogen. Ich vermute, daß bei einer genauen Untersuchung über die Scheidungsursachen von Eltern die ständigen oder häufigen Differenzen über „die richtige Erziehung“ der Kinder eine große Rolle spielen. Vielleicht könnten landesweit eingerichtete Runde Tische helfen herauszufinden, was der Minimalkonsens über den richtigen Umgang Kindern ist und wie das Optimum in den verschiedenen Schichten und Landschaften beschrieben wird. Parallel dazu müßten die Sozialwissenschaften den Eltern den Spiegel vorhalten, damit immer wieder neu die reale Situation zwischen Kindern und Eltern sichtbar gemacht wird.

26. Das Rabattgesetz wird aufgehoben

Das 70 Jahre alte Rabattgesetz wird aufgehoben, melden in diesen Tagen die Nachrichtenvermittler. Dieses hier zu erwähnen hat den Sinn, auf völlig überflüssige Gesetze hinzuweisen. Dem Produzenten oder dem Verkäufer sind durch die Kosten Grenzen der Rabattgewährung gesetzt. Wenn mit einem hohen Rabatt getäuscht werden soll, indem der Ausgangspreis hoch angesetzt wird, so kann das nur gelingen, wenn für eine Gut keine Markttransparenz besteht. Täuschungsmanöver mit hohem Rabatt mögen bei Gelegenheitsgeschäften einen gewissen Erfolg haben, bei stationären Händlern, die wollen,

daß die Käufer nicht nur einmal kommen, haben sie keine großen Erfolgsaussichten. Ich kann mich erinnern, daß ich vor Jahren, bei der Frage, warum die Konsumgenossenschaften aus dem Markt gedrängt wurden, zu dem Schluß gekommen bin, daß es auch an den durch das Rabattgesetz begrenzten Jahresrückvergütungen gelegen hat. Dies nahm den Konsumgenossenschaften gegenüber den mittelständischen Händlern in den 50er und 60er Jahren ihren Vorteil. Aber diejenigen, denen damals die Konsumgenossenschaften ein Dorn im Auge waren, sind inzwischen von den großen Ketten geschluckt worden. Es gilt also nicht nur bei den Medikamenten auf die Nebenwirkungen und Unverträglichkeiten zu achten, sondern auch bei den Gesetzen. In den fünfziger Jahren haben Bürger versucht, einen Tauschring aufzubauen. Es war der Genossenschaftsgedanke, verbunden mit dem Gedanken eines konstanten Zahlungsmittelkreislaufes, der realisiert werden sollte. Diese Versuche hat man mit dem Rabattgesetz abgewürgt. Die Modellbeschreibung findet sich in „Wirtschaftsring - moderne Absatzwege“ von Karl Walker, 1959. Walker, der die Wirtschaftsring GmbH in dem Verfahren vertreten hat, berichtete mir mündlich, daß in diesem Verfahren die Rechtsbeugung nicht gescheut wurde. Er habe nur aufgegeben, weil er sich nicht in die Rolle des Michael Kohlhaas hätte drängen lassen wollen und dadurch gehindert worden wäre, für ihn wichtigere Dinge zu verfolgen.

27. „Es gibt kein Recht auf Faulheit“

27.1 Als ich am Freitag (den 6.4.01) morgens beim Bäcker Brötchen holte, guckte unser Kanzler, Gerhard Schröder, mir aus der Bildzeitung entgegen. Da wir noch keine sprechende Zeitung haben, mußte die Redaktion schreiben, was der Kanzler zu sagen hatte: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“. „Merkwürdig“ habe ich gedacht, „wer hat dem Kanzler geflüstert, daß ich auf das Stichwort warte?“ Ich hatte mir nämlich schon die Schrift „Das Recht auf Faulheit - Widerlegung des 'Recht auf Arbeit' von 1848“ von Paul Lafargue, des Schwiegersohnes von Karl Marx zurechtgelegt.

27.2 Auf den ersten Blick haben wir hier eine Konfrontation zweier entgegengesetzter Forderungen. Beim genaueren Hinsehen geht es in beiden Fällen gar nicht um die Faulheit. Gerhard Schröder vermutet (oder weiß), daß unter den Arbeitslosen Leitungsbezieher sind, die gar kein Interesse daran haben, sich in den regulären Arbeitsprozeß einzugliedern, eingliedern zu lassen. Schon die Tatsache, daß es ihnen gelingt, ihre Verweigerungshaltung durchzusetzen, zeigt, daß sie nicht faul sind. Wenn man diesen Personenkreis aber genauer

untersuchen würde, würde man sich wundern, wie rege sie sind. Nein, es ist nicht so, daß das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe nur als Garantieeinkommen bei allerlei wirtschaftlicher Aktivitäten - darunter vielleicht auch krumme Geschäfte - betrachtet werden, sondern mit Hilfe dieser sozialen Transfergeelder leisten viele Arbeitslose arbeitsam gesellschaftsbezogene (gemeinnützige) Arbeiten. Ich würde auch die Aussage des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, unterstreichen, wenn er sagt: „Die Aussagen des Bundeskanzlers sind in einem Land mit so hoher Arbeitslosigkeit missverständlich. Die Dickfelligen erreicht man damit nicht. Und diejenigen, die sich engagiert um Arbeit bemühen, fühlen sich zu Recht verletzt und beleidigt“. ... (HAZ 11.4.01). Aber: Bild zu Schröder: „Sie haben Ihr politisches Schicksal mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit verbunden. doch von einem Durchbruch kann derzeit keine Rede sein.“ ... Wenn ein Mensch - besonders in der Rolle des Kanzlers - etwas ändern möchte und dasjenige, was man ändern möchte, ändert sich nicht, dann ist es ganz natürlich, daß man fragt: Woran liegt es? Die in der Aussage des Kanzlers enthaltene Frage, ob die Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosen selbst verursacht sein könnte, ist berechtigt so lange sie analytisch und nicht moralisierend gestellt wird. Ich verstehe die Aussage von Schröder zwar moralisierend, aber weil sie provozierend Denkanstöße gibt, dennoch nützlich, wenn sie zur einer sachlichen Analyse führt.¹⁹

27.3 Paul Lafargue geht es (Wenn ich ihn richtig verstanden habe. / Ich habe Mühe mit dem Text.) gar nicht um die Faulheit, sondern um das Recht auf Muße und den Sinn der Arbeit. Die industrielle Arbeit mit langen Arbeitszeiten und langen Arbeitswegen faßt er als Bedrohung auf. Ich halte es aber für zweckmäßig, ein paar Textstellen einzufügen, damit Sie sich selber einen Eindruck verschaffen können. (Die Schrift ist ohne Angabe des Erscheinungsjahres und des Verlages, sie enthält eine Einleitung von Aslan V. Grimmson.)

Dieselbe Arbeit, welche die Proletarier 1848 mit den Waffen in der Hand forderten, haben sie ihrer Familie auferlegt; sie haben ihre Frauen, ihre Kinder den Fabrikbaronen ausgeliefert. Mit eigener Hand haben sie ihre häuslichen Herde zerstört, mit eigener Hand die Brüste ihrer Frauen trocken gelegt. Schwangere und stillende Frauen ließen sie in die Fabriken, in die Bergwerke gehen, wo dieselben ihre Nerven zerrütteten, ihr Rückgrat marterten; mit eigener Hand haben sie das Leben und die Lebenskraft ihrer Kinder untergraben. - Schande über Euch, Proletarier! Wo sind jene Fraubasen hin mit keckem Mundwerk, frischem Humor und der Liebe zum göttlichen Wein, von denen unsere alten Märchen und Erzählungen berichten? Wo sind die Übermütigen hin,

¹⁹ In der HAZ vom 25.4.01 meldet sich der ver.di-Vorsitzende Bsriské zu Wort: „Schröder stellt Arbeitslose unter Generalverdacht“ ... „Die Bundesregierung solle nicht die Arbeitslosen bekämpfen, sondern die Arbeitslosigkeit...“ „Es gibt kein Recht auf Faulheit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“ Diese Aussage sollte Bsriské auch auf die eigenen Mitglieder anwenden. „Notwendig seien ein Infrastrukturprogramm für Ostdeutschland, mehr Investition für Bildung und Verkehr, der Ausbau der beruflichen Qualifizierung, Jobrotation.“ Bsriské soll mal seinen Mitgliedern vorrechnen, was sie pro Nase dafür zu zahlen haben, und zwar ohne Aussicht auf Erfolg.

die stets kochend, stets herumtrippelnd, Leben säend, wenn sie sich dem Genusse hingaben, ohne Schmerzen gesunde und kräftige Junge zur Welt brachten! Heute haben wir Frauen und Mädchen aus der Fabrik, verkümmerte Blumen mit blassem Teint, mit Blut ohne Röte, mit krankem Magen und erschöpften Gliedmaßen. Ein gesundes Vergnügen ist ihnen unbekannt. Und die Kinder? 12 Stunden Arbeit für die Kinder? O Elend! Alle Jules Simon von der Akademie der moralischen Wissenschaften, alle tugendhaften Stöcker von der Geistlichkeit, hätten kein den Geist der Kinder mehr verdummendes, ihr Gemüt mehr verderbendes, ihren Organismus mehr zerrüttendes Laster ersinnen können als die Arbeit in der verpesteten Atmosphäre der kapitalistischen Werkstätten! (Seite 14)

Arbeitet, arbeitet, Proletarier, vermehrt den Nationalreichtum und damit euer persönliches Elend. Arbeitet, um, immer ärmer geworden, noch mehr Ursache zu haben zu arbeiten und elend zu sein. Das ist das unerbittliche Gesetz der kapitalistischen Produktion. (S. 18)

Wie an Waren, so herrscht auch Überfluß an Kapitalien - natürlich nicht für diejenigen, die sie brauchen. Die Finanzleute wissen nicht mehr, wo dieselben unterbringen, und so machen sie sich denn auf, bei jenen glücklichen Völkern, die noch Zigaretten rauchend in der Sonne liegen, Eisenbahnen zu legen, Fabriken zu bauen, den Fluch der Arbeit einzuführen. Und dieser Kapitalexport endet eines schönen Tages mit diplomatischen Verwicklungen: in Ägypten wären sich England und Frankreich beinahe in die Haare geraten, um sich zu vergewissern, wessen Wucherer zuerst bezahlt werden, und mit Kriegen à la Mexiko, wo man die französischen Soldaten hinschickte, die Rolle von Gerichtsvollziehern zur Eintreibung fauler Schulden zu spielen. (S.21)

Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster, welches sie beherrscht und ihre Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf schlagen und sich in ihrer furchtbaren Kraft erheben wird, nicht um die famosen »Menschenrechte« zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das »Recht auf Arbeit« zu proklamieren, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, so wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Innern eine neue Welt sich regen fühlen ... aber wie soll man von einem durch die kapitalistische Moral korrumpierten Proletariat einen männlichen Entschluß verlangen! ---; Wie Christus, die leidende Verkörperung der Sklaverei des Altertums, erklimmt unser Proletariat, Männer, Frauen und Kinder, seit einem Jahrhundert den rauhen Kalvarienberg der Leiden; seit einem Jahrhundert bricht Zwangsarbeit ihre Knochen, martert ihr Fleisch, zerrüttet ihre Nerven; seit einem Jahrhundert quält Hunger ihren Magen und verdummt ihr Gehirn.... O Faulheit, erbarme Du Dich des unendlichen Elends! O Faulheit, Mutter der Künste und der edlen Tugenden, sei Du der Balsam für die Schmerzen der Menschheit! (S. 38)

27.4 Sind die Zeiten, in denen *Das Recht auf Faulheit* und *Es gibt kein Recht auf Faulheit*, nicht mehr vergleichbar? Ich habe da meine Zweifel. Der wesentliche Unterschied besteht doch darin, heute mit dem Instrument des Zwangskollektivs der Arbeitslosenversicherung, das als Lösungsmittel gedacht war, ein neues Problem entstanden ist, ohne daß der Unterbeschäftigung und auch der Ausbeutung zu lösen. Es ist doch einfach so, zu viele Menschen müssen realistischer Weise die ökonomische Lage so einschätzen, daß sie zu den

Betrogenen gehören und daß sie ihre Lage durch ehrliche Arbeit nicht wesentlich verbessern können. Das Durchmogeln ist im System angelegt. Und in einer solchen Situation Luthers Formel von „beten und arbeiten“ anzubieten, wie ich es neulich las, ist perfide.²⁰

27.5 Wenn es heute eine Verweigerungshaltung gibt, dann muß gefragt werden: Warum?

Nach der philosophischen Lehre vom Utilitarismus liegt im Nützlichen die Grundlage des sittlichen Verhaltens. Auf die Frage, wie nützlich unsere Arbeitslosenversicherung ist, will ich mich hier nicht einlassen. Ich habe mir 1977 darüber Gedanken gemacht und jetzt nicht geprüft, ob ich sie noch für brauchbar halte. Die Frage, die wir erneut bearbeiten müssen, ist, Arbeiten wozu und für wen. Es sind die Fragen nach Sinn und Gerechtigkeit. Kann ein Mensch, der fleißig und arbeitswillig ist, sich als Christ und verfassungstreu versteht, darauf vertrauen, daß seine Arbeit dem Wohl der Menschen dient? Kann er darauf vertrauen, wenn er ein Großteil seiner Arbeitskraft für den Staat und die Aktionäre einsetzen muß und somit Feudallasten in neuer Form tragen muß, nicht gegen sich selber kämpft? Wo ist der Sinn - nach dem die Menschen dürsten - in einer überbordenden Verwaltungsarbeit.

27.6 Lafargue gibt aber auch in dem 3. Zitat einen Hinweis auf den eigentlichen Antrieb für die Globalisierung, die noch immer mit Weltoffenheit verwechselt wird. Außerdem bringt Lafargue auch Beispiele dafür, daß an Orten mit geringerer Arbeitszeit mehr produziert wird als an Orten mit längerer Arbeitszeit. Wir wären damit bei zwei Indizien, die dafür sprechen, daß unsere Ökonomie Systemfehler hat. Denn eigentlich müßte sich der technische Fortschritt, die Steigerung der Arbeitsproduktivität automatisch in kürzeren Arbeitszeiten umsetzen, so daß es gar keine Arbeitslosigkeit gäbe. Wenn wir eine Marktwirtschaft hätten, dann würde ein Wandel in der Fähigkeitsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt automatisch bei den Arbeitnehmern eine selbstfinanzierte Bildungs-Anpassungs-Investition auslösen. Auch Arbeitgeber werden wissen, daß die Effektivität von Überstunden nicht besonders hoch ist. Wenn trotzdem Überstunden gefahren werden und keine neuen zusätzlichen Arbeitskräfte eingestellt werden, dann liegt das einfach an unserem Sozi-

²⁰ Der Begriff „perfide“ läßt sich nur bezogen auf die verkürzende Schlagzeile aufrecht erhalten. Mir kam der Artikel noch einmal in die Hände. Die LEINE ZEITUNG vom 18. 11. 00 berichtet über das Matinsgansessen der Kreishandwerkerschaft. In dem Bericht heißt es u.a.: > In seinem Vortrag, in dem es viel zu lachen gab, setzte sich der ehemalige Landesbischof Horst Hirschler, nun Abt zu Loccum, mit der Frage auseinander, wie Luthers Berufsverständnis wohl ins 21. Jahrhundert passe. Luthers Auffassung stehe noch heute an den meisten Spritzenhäusern der Feuerwehr: „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr.“ Nicht - zur eigenen, sondern zu Gottes Ehre helfe jeder dem Nächsten. Sei das heute brauchbar? Hirschler zeigte, wie die Menschheit durch Wissenschaft und Technik Gewaltiges erreiche - im Guten wie im Bösen. Das moderne Wirtschaftssystem fördere die Selbstverliebtheit des Menschen. „Denk an dich“, heiße es. Der „um sich selbst kreisende Mensch“ verliere den Sinn für das Geheimnis seines Lebens. Er lebe in tausend neuen Möglichkeiten, bleibe aber innerlich leer und lebe unter seinem Niveau, meinte Hirschler. Da sei Luthers alte Mönchsweisheit „bete und arbeite“ moderner und für das Handwerk ein Marktvorteil. Wer nach Gott frage, wer zu ihm in Dank, Klage und Anklage bete, der lebe freier und vernünftiger. <

alversicherungssystem, daß schützen soll, aber die Menschen mit Arbeit überlastet und die ohne Arbeit im Regen stehen läßt. (Und manche nehmen sich dann einen Schirm und stellen nach einiger Zeit fest: Mit einem Schirm in Form von Staatsknete läßt sich auch leben.) Wenn der Unternehmer nicht mehr als Steuereintreiber vom Staat mißbraucht würde, die „Sozialkosten“ der Arbeit als das behandelt würden, was sie sind, nämlich Lohnkosten, und die Arbeitnehmer ihre Autonomie über ihr individuell gestricktes soziales Sicherungsnetz erhalten würden, die Gewerkschaften Unternehmensberater und Dienstleister der Arbeitnehmer würden, hätten wir schlagartig eine andere Situation. Abgesehen von den eingesparten Verwaltungskosten, würden die Kosten der Arbeit für die Unternehmen nicht geringer, weil ja die entfallenden Sozialkosten als Plus bei den Löhnen auftauchen würden. Aber die Unternehmen würden sofort untersuchen, bei welcher Stundenzahl an Arbeit sie den größten Nutzen von den Arbeitnehmern hätten. Von den Teilzeitkräften weiß man, daß sie mehr leisten, als ihren anteiligen Teil der Gesamtleistung innerhalb von Standardarbeitszeiten. Die Überstunden würden sofort reduziert werden, sobald sich geeignete Arbeitskräfte melden würden.

- 27.7 Es gibt weitere Gründe für eine wesentliche Arbeitszeitverkürzung. Wenn wir uns mit Gott, der Kultur, den Musen oder einfach mit der Fortentwicklung unserer Demokratie beschäftigen oder uns allgemein oder beruflich fortbilden oder unsere Gesundheit durch Sport erhalten wollen, dann benötigen wir Zeit und natürlich auch Kaufkraft, denn all diese Beschäftigungen oder die Arbeit an uns oder der Gesellschaft kosten auch Geld. Wir wissen nun auch, daß dieser kulturelle Bereich gleichzeitig ein wirtschaftlicher Sektor, nämlich der Freizeitökonomie ist. Dieser Sektor, der im Regelfall weniger Ressourcen verbraucht als der industrielle, kann aber nicht wachsen, wenn die Menschen keine Zeit und kein Geld dafür haben. Es kommt ein weiterer Grund für kürzere Arbeitszeiten hinzu (die man sich immer mit Pausen und Anfahrtszeiten denken muß). Die meisten Tätigkeiten sind heute ohne jede Kreativität, sie belasten den Körper oder den Geist so einseitig, daß die Menschen verkümmern, wenn sie diese Einseitigkeit nicht durch Hobbys kompensieren können, die ihre volle Begabungsbreite fordern. Diese Hobbys sind also keine Spielerei, sondern Therapien zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit. Nun ist mir ein Zeitungsbericht in Erinnerung, in dem geklagt wird, daß junge Väter ihren Hobbys nachgehen und dadurch ihre Kinder vernachlässigen. Da Mütter und Väter Zeit für Hobbys und für die Kinder benötigen, brauchen sie mehr Zeit. Diese Zeit könnte spielend zusätzlich gewährt werden, wenn unsere Ökonomie entstört würde. Und das ist in einem marktwirtschaftlichen System möglich, wenn es gewollt wird. (Nebenbei www.Systemfehler.de ist

eine interessante Internetadresse.)²¹

27.8 Eines will ich zu dem Thema Faulheit noch sagen: Wer glaubt, den Leistungswettbewerb ausschalten zu können, der schaltet den Wettbewerb der Faulheit und damit die allgemeine Verarmung ein. Die Lebenserfahrung eines jeden kann für diese Aussage die Begründung nachliefern

28. „Berlin fürchtet um deutsches Kartellrecht“

Das ist eine Meldung der HAZ vom 7. 4. 01. Ich habe neulich noch in Literatur zum Thema Kartellrecht aus den 50er Jahren gelesen, daß das verabschiedete deutsche Kartellrecht als verwässert empfunden wurde. Jetzt soll das verwässerte Kartellrecht noch nochmals durch EU-Verordnungen verwässert werden. Natürlich muß das Kartellrecht, wie jedes andere Recht auch, hinterfragt werden, ob es denn überhaupt und noch und so, wie es ist, seinen Zweck erfüllt, die marktwirtschaftliche Ordnung zu schützen. (Ich selber vermute, daß mit dem Kartellrecht die kapitalistischen Konzentrationsprozesse und damit die Minderung des Wettbewerbes nicht verhindert werden können.) Es ist auch in Ordnung zu fragen ob ein EU-einheitliches Kartellrecht nötig und möglich ist. Es geht bei diesem Vorgang aber nicht nur ökonomische Fragen, sondern auch um die Verfassung der Ökonomie, um unsere deutsche Verfassung und um eine notwendige europäische Verfassung. In dem Artikel heißt es: „Kernziel der deutschen Politik müsse es daher sein, eine unvertretbare Kompetenzverlagerung nach Brüssel zu verhindern. Andernfalls wäre eine Präzedenzwirkung zu befürchten, die weit über den Bereich des Wettbewerbsrechts hinausginge.“ ... Wir haben wieder die Situation, daß eine Verordnung einer EU-Behörde ohne demokratische Legitimation und ohne Einbindung in eine Verfassung, ohne Auftrag des deutschen Souveräns (des Volkes) beansprucht, deutsches Recht als untergeordnet brechen zu dürfen. Wie weit die Klagen aus dem Wirtschaftsministerium überflüssige Wehleidigkeit ist, weil der Bundestag der EU-Behörde für ihr Begehren einen Blankoscheck ausgeschrieben hat, kann ich nicht beurteilen.

21 Ich habe den Artikel ohne zu suchen gefunden. Er trägt den Titel „Vater hat keine Zeit zum Spielen - viele Männer vernachlässigen über ihrem Hobby die Familie“, geschrieben von Theo Löbsack, HAZ 2.1.93. Das Ärgerliche an dieser Geschichte ist: indem ich mich hier mit diesen Gedanken auseinandersetze, verbrauche ich Zeit, die der Familie eigentlich zusteht. Auch wenn ich mir schon seit Jahren sage, die Familie kann nicht im Rahmen der Familie geschützt werden. Die Verteidigung muß in der Gesellschaft erfolgen. Fakt ist dabei: Der Versuch, die Verteidigungslinie in der Gesellschaft aufzubauen, geht zu Lasten der Familie. Vordergründig lehrt der Alltag :es ist dumm, wenn nicht gar verantwortungslos, sich um die Belange der Gesellschaft zu kümmern.

29. Kleine Anmerkung zum Thema EXPO

29.1 Am 11. April 2001 meldet die HAZ: „EXPO-Defizit unter 2,4 Milliarden“. Ich will auf das Thema EXPO hier nicht näher eingehen, weil ich auf Anregung des Theologen Dr. H.-H. Tiemann eine Arbeit angefertigt habe mit dem Titel: „Das Boden(un)recht – Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit - Eine Sammlung fremder und eigener Texte. Tiemann hatte die Hoffnung, in einem EXPO-Regionalprojekt „Boden“, das von der Stadt Osnabrück mitgetragen werden sollte, meinen und weitere Beiträge unterzubringen. Im Vorwort habe ich u.a. geschrieben: *In dem Regionalprojekt soll verdeutlicht werden, wie geschichtliche Abläufe und gesellschaftliche Strukturen in den Bereichen Religion, Kultur, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, auf den Raum Osnabrück bezogen, gleichsam Schichten gebildet haben und weiter bilden, so wie sie auch geologisch - nicht nur dem geistigen Auge sichtbar - im Boden zu beobachten sind. Tiemann greift zurück auf Aristoteles, der Ontologie, die Lehre vom Seienden als solchem und dem, was wesentlich zu ihm gehört (Duden, Fremdwörterbuch), und auf den Philosophen Nicolai Hartmann (geb. 1882 in Riga, gestorben 1950 in Göttingen). „H. unterscheidet vom realen Sein eine Sphäre des idealen Seins, in der Werte und mathematische Gegenstände existieren. Das reale Sein sei geschichtet in eine anorganische, organische, seelische und geistige Schicht (regionale Ontologie). Die Philosophie habe die Grundbestimmungen (Kategorien) jeder Schicht aufzusuchen und in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu klären (Kategorialanalyse).“ (Lingen Lexikon) Ich vermute, Tiemann wird am geeigneten Platz auf seinen Arbeitsansatz eingehen und die Bedeutungen des Schichtungsgedankens für die Bewältigung unseres gesellschaftlichen Alltags erläutern. Da „Schicht“ aber auch ein soziologischer Begriff ist, gehe ich davon aus, daß auch die Prägung und der Wandel gesellschaftlicher Schichten dort einbezogen werden. Ich selber bemühe mich hier um das Thema Bodenrecht, das in seinen heutigen Formen fast an jedem Ort der Welt zu Problemen führt und eine wesentliche Ursache für ordnungspolitische Ungereimtheiten und Kriege ist. Es ist nicht meine Absicht, hier die ganze Bodenrechtsproblematik auszubreiten. Ich werde soviel Zitate, fremde und eigene Texte bringen, daß die Neugier geweckt wird und die Leser dieser Zeilen alleine oder in Verbund mit anderen das Thema selbständig bearbeiten kann. Beim Umfang des Themas scheint mir eine arbeitsteilige Vorgehensweise als zweckmäßig.* In dieser Arbeit heißt ein Abschnitt, Kapitel: „**Die Reise** - teils gedanklich, teils konkret - von der Kindertaufe in Frankfurt über die Wartburg in Eisenach, der EXPO 2000 in Hannover zum Thema Bodenrecht auf der Homepage der Stadt Osnabrück im Internet“. Nun, meine Arbeit ist nicht auf der Homepage gelandet,

sondern in der Ablage. Warum? Das weiß ich auch nicht.

29.2 Ich habe mich mit den positiven Aspekten der Weltausstellung beschäftigt, wie auch mit den bedenklichen Seiten. Zu den bedenklichen Seiten der EXPO 2000 gehört, daß auf dieser Weltausstellung, die ja mehr zu sein beanspruchte als ein Tivoli, die mörderischen Themen mit biblischem Alter wie Geld und Boden nicht präsent waren. Natürlich wurde für den Euro geworben, aber in der üblichen, oberflächlichen, schönenden Art. Bei dem Defizit nach Schluß der Veranstaltung und dem Gerangel um die Lastenverteilung zwischen Land und Bund frage ich mich: Hat man mit den Machern der EXPO eigentlich erfolgsabhängige Honorarverträge abgeschlossen? Oder haben die Politiker und Beamten, die Verträge unterschrieben haben, sich gesagt: „Unser Geld ist es ja nicht. Warum die unangenehmen Verhandlungen über eine Honorarminderung bei Mißerfolg. Wozu sind denn die Steuerzahler da!“ Eine Analyse darüber, wer Gewinner und wer Verlierer der EXPO ist, wird es wohl nicht geben, weil sie Unruhe ins Land bringen könnte. In den letzten Tagen geht mir immer wieder die Frage durch den Kopf, was die „Edelsause in Braunschweig“, an der der Ex-MP Gerhard Glogowski gescheitert ist, mit der EXPO 2000, an der der Ministerpräsident Sigmar Gabriel bisher nicht gescheitert ist, gemeinsam hat. Es ist wohl so, daß wir es bei beiden Veranstaltungen mit dem Verwischen der Grenzen staatlichen Handelns zu tun haben. Auch dies ist eine Verfassungsfrage: Was darf der Staat, was darf er nicht und was sollte er lieber sein lassen?

4. Abschnitt

30. Die Mängel in der Ökonomietheorie

als Ursache für Drangsal, Tod und Verderben

30.1 Als dieses Schreiben begann, hatte ich die Vorstellung, daß der Abschnitt mit den Themen Ökonomie und Bildung sehr ausführlich beschrieben werden sollte. Nun ist es so, daß mir dafür keine Zeit mehr verbleibt. Ich hoffe, daß es mir gelingt, das mir Wesentlichste doch noch unterzubringen. Ich habe auch überlegt, ob ich den Abschnitt vier, den ich hier nach den Abschnitt 5 formuliere, ganz ausfallen lasse, weil ja das ganze Schreiben von den Themen Ökonomie, Bildung und Politik durchzogen ist. Es bleiben aber doch noch Hinweise und Gedanken, die zu Papier gebracht werden wollen.

30.2 Wer selbstkritisch das Thema Demokratie und Gesellschaft, Sozial- und Bildungsökonomie bearbeitet, wird irgendwann von dem Gefühl beschlichen, er beschreibe den Kom-

plex zu oberflächlich oder gar hochstaplerisch, weil jeder Schreiber seine Grenzen hat in der Verarbeitung von Literatur und Fakten, die zu berücksichtigen wären. Ich habe mich bei dem Versuch, diesen Komplex zu fassen, nur so weit vorgewagt, wie die Eisfläche der Gewißheit mich getragen hat. So wie wir uns als Jungen auf das dünne Eis gelegt haben, um den Druck zu verteilen, so habe ich hier auf viele Quellen und Eindrücke gebaut, um den Irrtum zu vermeiden. Aber absolute Sicherheiten gibt weder auf dem Eis noch beim formulierenden Denken. Auch muß ich klarstellen, daß ich nicht als etablierter Gesellschaftswissenschaftler, sei es als Soziologe, Politologe, Ökonom oder Rechtsgelehrter argumentiere, sondern als Bürger, der sich Wissen aus diesen Bereichen angeeignet hat. Als Reaktion auf eine Anzeigenkampagne von Ludwig Erhard und Karl Schiller zur Rettung der Marktwirtschaft habe ich mit einem Brief reagiert. (Siehe Dokumentation 4) Dort habe ich mich als einen von einer bißchen Bildung angehauchten Arbeiter bezeichnet. Das ist ein wenig tiefgestapelt. Denn zwischen dem Status des ungelernten Arbeiters und dem des Hochschullehrers liegt eine Bandbreite von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Und die Erfahrungen, die ein Mensch außerhalb einer Wissenschaftlerkarriere machen kann, können viel umfangreicher sein als die innerhalb einer solchen Laufbahn. Auf reichliche Erfahrungen kann ich jederzeit zurückgreifen. Schade, daß ich kein Talent zum Erzählen habe. In Erzählungen könnte ich meine Erfahrungen besser „Ausbeuten“. Nur soviel an dieser Stelle, mein Arbeitsleben habe ich mit 14 Jahren als Fotografenlehrling wider Willen begonnen und als gelernter Bootsbauer beendet. Ob ich bis ans Ende meiner Tage als (miserabler) Hausmann tätig sein werde, steht noch in den Sternen. Wie man meiner Dokumentation entnehmen kann, habe ich dieses Schreiben nicht - wie man sagt - aus dem hohlen Bauch geschrieben. Ich habe nachgelesen und nachgedacht. Da ich nicht einer der schnellsten bin, hat das alles länger gedauert, als mir und meiner Familie lieb ist. Jedenfalls beim Nachlesen bin ich wieder auf das Geleitwort von Ludwig Erhard in dem Buch „Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes - Lebenserinnerungen von Franz Oppenheimer gestoßen. Erhard schreibt - es war die Zeit, als er Bundeskanzler war - : „Wie sehr Oppenheimer in mir lebt, das habe ich neulich erfahren, als ich in einer freien Rede zu 'Europa' sagte: Was ich mir vorstelle, das ist ein Europa der „Freien und Gleichen“. Und als ich dann sein Buch 'Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes' zu Hand nahm, las ich aus seiner Feder, zunächst fast erschreckt, aber nicht minder beglückt, von 'einer Gesellschaft der Freien und Gleichen'. Diese Gesinnung ist also offenbar so sehr Bestandteil des eignen Wesens geworden, daß man sich selbst in der Sprache und im Ausdruck unbewußt wieder begegnet.“ (S.6) Ich habe beim Prüfen und Sichten ebenfalls wiederholt die erhard'sche

Erfahrung gemacht. Wo ich dachte, daß ein Gedanke auf ureigenem Mist gewachsen sei, stellte sich oft heraus, daß ich ihn schon aus anderen Quellen übernommen habe (oder zeitverschoben, parallel dazu gedacht habe). Wir schöpfen aus anderen Quellen, damit andere aus uns als tradierten Quelle schöpfen können. Einen wesentlichen Anteil am Fortschritt hat das Wiederentdecken von vergessenen Erkenntnissen.

30.3 Ich wiederhole als Stütze der Erinnerung. Der erste Teil dieses Offenen Briefes, den ich an den damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski adressiert habe, handelte *Von der Notwendigkeit, unsere Gesellschaft neu zu strukturieren, und der Vorarbeit dazu, nämlich eine offene Diskussion über unsere vorhandene und anzustrebende rechtliche und reale Verfassung und die Möglichkeit des Ministerpräsidenten, diesen Erneuerungsprozeß einzuleiten*. Dieses vorliegende Schreiben ist über weite Strecken vom gleichen Thema beherrscht. Diesmal geht es aber nicht nur um die Möglichkeiten des Ministerpräsidenten, sondern um Ihre Möglichkeiten, nämlich die der LandtagsabgeordnetInnen des Niedersächsischen Landtages. Ich hoffe, es bleibt ein böser Traum, daß mich diesmal die Botschaft erreicht: „Der Landtag wurde wegen Bedeutungslosigkeit aufgelöst.“ Das Schwerpunktthema des zweiten Teiles des Offenen Briefes habe ich im Oktober 1999 wie folgt angekündigt: *Wurde das Elend des ausgehenden 20. Jahrhunderts durch das Elend in den Gesellschaftswissenschaften produziert? Sind die Ökonomen die eigentlichen Eichmänner? Kann ein Ministerpräsident bei knapper Haushaltslage daran etwas ändern?* Die ersten beiden Fragen würde ich eindeutig mit Ja beantworten. Die dritte Frage ist unsinnig formuliert. Ein Ministerpräsident kann ja keine Fakten der Vergangenheit ändern. Wenn aber gefragt wird: Kann ein Ministerpräsident oder kann der Landtag etwas daran ändern, daß die verbeamteten Gelehrten unter dem Mantel der Wissenschaft weiterhin praxisuntaugliche Theorien produzieren und pflegen? Dann antworte ich wieder ohne zögern mit Ja.

30.4 Da nicht mehr allgemein bekannt sein dürfte, wer Karl Adolf Eichmann war, hier eine Zusammenfassung aus mehreren Lexika: Er lebte von 1906-1962 und war deutscher SS-Obersturmbannführer. 1934 wurde er Referent für jüdische Fragen beim Hauptamt des Sicherheitsdienstes in Berlin, ab 1938 leitete er die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien, danach in Prag. Im gleichen Jahr übernahm er die Leitung des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt. Er war für jüdische Angelegenheiten wie „Auswanderung“ und „Räumung“ der Juden, zuständig. 1942 nahm er an der Wannseekonferenz teil, auf der die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde. Danach war Eichmann als Organisator für die Deportation von Millionen von Juden in die Vernichtungs-

lager verantwortlich. Bei Kriegsende tauchte er unter. 1960 wurde Eichmann von dem israelischen Geheimdienst in Argentinien aufgespürt und nach Israel entführt. Er wurde dort vor Gericht gestellt, am 15. Dezember 1961 wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen das jüdische Volk zum Tod verurteilt und hingerichtet. Nicht bestätigt fand ich Hinweise - die ich vor Jahren gelesen habe -, daß Eichmann vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges Palästina bereist hat und a) dort auf Zustimmung der nationalsozialistischen Judenpolitik bei den jüdischen Siedlern gestoßen sei, b) die jüdische Siedlungspolitik unterstützt hätte. In *Encarta* fand ich dann noch den Hinweis, daß Hannah Arendt, gestützt auf die israelitischen Gerichtsprotokolle 1964 ihr Buch „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen“ vorgelegt hat.

- 30.5 Ich kenne das Buch von Hannah Arendt leider nicht. Aber mein Motiv, die Ökonomen als Eichmänner zu bezeichnen, war wohl, ein bekanntes Glied in der Wirkungskette des Bösen zu benennen und dabei das scheinbar Unbedeutende, das Alltägliche, das Gewöhnliche herauszustellen, das die soziale, die gesellschaftliche Katastrophe vorbereitet. Ich will also nicht sagen, daß die Ökonomen böse Menschen sind, sondern daß ihr berufliches Selbstverständnis, ihr gewöhnliches Wirken den Nationalsozialismus und Eichmann erst ermöglicht hat. Wenn ich mich auf die Suche nach einem Seelenverwandten innerhalb der Wissenschaftler machen würde, dann würde ich zuerst unter den Volkswirten suchen. Es geht mir also nicht darum, Buhmänner zu finden und zu benennen, sondern auf einen Systemfehler in den Sozialwissenschaften hinzuweisen, der über 1933 und 1945 hinaus bis in unsere Gegenwart wirkt. Es geht also keineswegs darum, zu sagen, die Sozialwissenschaftler und hier besonders die Ökonomen und von den Ökonomen besonders die Volkswirte seien dumm. Nein, wenn ich in viele ihrer Veröffentlichungen hinein schaue, dann merke ich, daß ich dumm bin. Mir geht es hier um Erkenntnisse die unterhalb der Grenze liegen, ab der sich der Mensch als klug oder genial fühlen mag. Vor mir liegt das 1971 herausgekommene Buch von Gerhard Ziemer „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“. Im Klappentext heißt es u.a. „Was dann folgt, ist eine Geschichtslektion par excellence. Im fesselnd geschilderten Ablauf der Ereignisse weist der Währungsexperte nach, was noch kein Historiker so schlüssig aufgedeckt hat: daß die Weimarer Demokratie - die eine Lebensdauer von 14 Jahren hatte, von denen 5 durch eine uferlose Inflation und 4 durch eine Superdeflation gezeichnet waren - auch politisch an ihren Währungskrisen zerbrochen ist.“ (Siehe dazu auch „Der Weg in die Katastrophe“, DIE ZEIT vom 26.5. 72.) Nun ist es so, daß die Kernaussage von Ziemer im Buchtitel auch schon 1918 Wissensbestandteil eines Lehrers der Sozialwissenschaften und jedem ihrer Schüler hätte sein

können. (Nun sage keiner: Die Hochschullehrer hätten ja keinen wesentlichen Einfluß auf die Politik. Auch die Politik von heute ist ein Spiegelbild dessen, was in den Hochschulen gelehrt wird. Und das Abbild kann (ohne Retusche) nicht besser sein als das Urbild.) Nun dürfte des am Beginn des vorigen Jahrhunderts für einen Sozialwissenschaftler nicht nur genauso schwer, sondern unmöglich gewesen sein wie für einen Wissenschaftler am Beginn dieses Jahrhunderts einen Überblick über die weit verzweigte gesellschaftswissenschaftliche Literatur und die ihr zugrunde liegende wissenschaftliche Forschung zu bekommen und zu behalten. In einer solchen Situation ist es doch unvermeidlich, daß sich Meinungen darüber bilden, was wichtig ist und was nicht. Es bilden sich Lehrmeinungen, aus den Lehrmeinungen bilden sich herrschenden Lehrmeinungen, daraus oder daneben entstehen Schulen. Schulen in den Gesellschaftswissenschaften laufen Gefahr, Ähnlichkeit mit Baumschulen zu bekommen. Alles steht in Reih und Glied. Was nicht hineinpaßt, wird hinausgeworfen. Dabei ist es nicht unmöglich, daß der verkrüppeltste Baum die Äpfel mit dem größten Erkenntniswert getragen hätte. Wer will entscheiden, welche der Spezialwissenschaften der Gesellschaftswissenschaften außerhalb der Ökonomie die wichtigste ist? Nur, keine der Spezialwissenschaften kann ohne Bezug auf die Ökonomie leben. Nun geht der eine Lehrstuhlinhaber stillschweigend oder offen vom marxistischen Ökonomiemodell (mit der m.E. falschen Kapitalismusüberwindungsstrategie) aus, der andere wiederum stillschweigend oder offen von der „bürgerlichen“ Ökonomie (mit einer aus meiner Sicht nicht stichhaltigen Verteidigung des Kapitalismus). Wie können in einer solchen Situation die Ergebnisse dieser Wissenschaften theoretisch stimmig sein und real angewandt zu Ergebnissen führen, die befriedigen und befrieden? Wenn in einer solchen Situation der Bundeskanzler sagt, die halbe Wirtschaftspolitik sei Psychologie, dann ist das keine originäre, aber eine verständliche Aussage.²² In jedem Fall besagt sie, die Gesell-

22 Auf der Suche nach einer Quelle stieß bei John Strachey in „Kapitalismus heute und morgen“ 1957 auf folgenden Text und damit auf einen Ursprung der Psychologie als Steuerungsmittel der Konjunktur. Strachey schreibt unter „Keynes' positive Vorschläge“ auf Seite 223 f.:

... „Im Wesentlichen liefen diese Vorschläge für die Führung einer Wirtschaft des Letztstufe-Kapitalismus auf folgendes hinaus. Keynes hielt es für möglich, daß sich der *Trend* der nach wie vor bei privaten Einzelnen liegenden wirtschaftlichen Grundentscheidungen mittels einer kunstvollen Steuerung des wirtschaftlichen Meinungsklimas bestimmen lasse. Falls dieses Klima so kalt geworden sein sollte, daß die Unternehmer zur Immobilität erstarren, dann müsse man es um einiges aufwärmen, damit die Investitionspläne und -absichten wieder sprießen und sich entfalten können. Falls umgekehrt die Unternehmer allzu aktiv geworden sein sollten und zur Inflation tendieren, dann werde es ein Leichtes sein, ihren Enthusiasmus durch eine Temperatursenkung um wenige Grade abzukühlen. Die einzelnen Kapitalisten und kapitalistischen Firmen würden sich weiterhin völlig frei *fühlen* und in gewissem Sinne ja auch unverändert frei entscheiden können. Nur würde eine zentrale Behörde ständig zu klären haben, was ihr selbst als allgemeiner Charakter dieser Entscheidungen wünschbar ist. Keynes hielt die Psychologie der investierenden Klassen für festliegend genug, um deren Handeln - ihnen allen unbewußt und im Durchschnitt - in eine bestimmte Richtung lenken zu können, ohne ihnen dabei das *Gefühl* der Freiheit zu nehmen; was die Art, wenn auch nicht das Volumen der geplanten Investition anbetrifft, bleibe ihnen ja sogar die Substanz der Freiheit erhalten. Kurzum, die Unternehmer sollten zu ihrem eigenen Nutzen manipuliert werden, und zwar mittels nach folgender Methoden des »Anwärmens« oder »Abkühlens« der sie umgebenden Atmosphäre.“

schaftswissenschaften sind nicht in der Lage, der Politik wissenschaftlich exakte Handlungsanweisungen zu geben. Wozu brauchen wir dann noch die Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomie? Nicht einmal die juristischen Fakultäten benötigen wir, denn das Recht das wir im Alltag anwenden, trägt meistens den Staub von Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten. Die Betriebswirtschaftslehre ist doch auch verkommen zu einer Theorie der Ausbeutung von Konsumenten und Arbeitnehmern und zu einer Steuervermeidungsstrategie. (Hier habe ich überzogen? Hoffentlich ist es so!) Ideal wäre eine Situation, in der sich unsere politischen Parteien und Gesellschaftswissenschaften einfach auflösen würden. Es würde dann eine Menge Menschen aktivieren, die entstandenen Lücken neu und hoffentlich besser zu füllen. Diese Situation wird es aber nicht geben. Was es aber geben kann, ist ein Verfahren, das erlaubt, daß die einzelnen Gesellschaftswissenschaften ihre Ergebnisse besser gegenseitig kontrollieren. Und ein anderes Verfahren, das arbeitsteilig ermöglicht, alle Erscheinungen und Aussagen zur wirtschaftlichen Tätigkeit der Menschen möglichst lückenlos zu erfassen - auch jene, die im Moment skurril oder kryptisch erscheinen - und den schnellen Überblick und den Vergleich - immer wieder - ermöglicht. Dies ist keine beliebige Forderung, sondern die Voraussetzung dafür, daß den Gesellschaftswissenschaften überhaupt der Status von Wissenschaften zuerkannt werden kann, daß sie mehr können als die Theologen, die mit wissenschaftlichen Methoden Glaubensinhalte weiterreichen.

- 30.6 Innerhalb der Tagung der Ev. Akademie Loccum „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ im Oktober 1972 habe ich sinngemäß gesagt, die Mondlandung der Sozialwissenschaften sei die Vollbeschäftigung mit stabilem Preisniveau, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und leistungsgerechter Vermögensverteilung. Ökonomen wüßten im Gegensatz zu den Ingenieurwissenschaftler nicht einmal, wie eine Rakete zu starten wäre und ob sie nach dem Start vorwärts oder rückwärts flöge. Man kann sagen, in den 29 Jahren danach ist viel Geld in diesen Wissenschaftssektor geflossen, aber man kennt immer noch nicht die Bestandteile und Wirkungsweise des Treibstoffes *Geld*. Leider habe ich von meinem damaligen Diskussionsbeitrag keine Notizen, aber mehrere Redner haben dann das Beispiel aufgegriffen. Ich habe aber eine andere Notitz gefunden. Ich weiß aber nicht mehr, ob ich den Inhalt vortragen konnte. Es waren Fragen, die ich auch sinngemäß wiedergebe:
- „Wird hier in einem Dritten Programm?“ „Ist dies ein Missionsfest für die Soziale Marktwirtschaft mit Seligpreisung von Müller-Armack?“ „Dienen die Auftritte prominenter Redner der Befriedigung der Eitelkeit einer kleinen Gruppe von Bundesbürgern?“ „Oder
-

wollen wir eine Auseinandersetzung mit der unheilvollen Wirklichkeit?“ Die Veranstaltung war von beidem etwas. Ich habe aber damals wohl das Gefühl gehabt, daß wesentliche Themen ausgeklammert wurden. Ich habe Ludwig Erhard (Es war das einzige Mal, daß ich ihn in Natura gesehen habe.) damals gesagt, ich würde meine Kritik auf marktwirtschaftlicher Grundlage vortragen. Er hat darauf gegrummelt: „Das wird auch Zeit!“ Ich habe damals auch notiert: „Schwerhörigkeit und Glaubensbekenntnisse der Professoren / Ausschluß des Wettbewerbes in der Wissenschaft und Lehre“. Die Stichworte können in einem Vortrag gefallen sein, aber auch meine eigenen damaligen Gedanken widerspiegeln. Zugegeben, jede Ökonomierichtung oder –Schule muß innerhalb der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute auch um Platz und Anerkennung kämpfen, und das wissenschaftliche Personal mußte nicht nur glänzen, sondern auch buckeln und boxen bis sie einen sicheren gut dotierten Platz in dieser Sonderwelt, genannt Hochschule oder Universität einnehmen konnten. Aber ist es nicht sonderbar. Wenn sie erst einmal dort angelangt sind, lehren sie Marktwirtschaft ohne ein persönliches Preis-, Mengen- oder Qualitätsproblem berücksichtigen zu müssen. Ob die Studenten oder die Gesellschaft mit dem was sie erforschen und lehren, etwas anfangen können, ist dem Hochschulkader²³ wohl völlig egal. Sie leben entgegengesetzt zu dem was sie marktwirtschaftlich Lehren und verdrängen, daß sie von einem zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzip profitieren, daß sie meisten in ihren Vorlesungen verdammen. Und die wenigen, die noch eine Kommandowirtschaft gut heißen, stellen keinen Bezug zu ihrem akademischen Umfeld her.

30.7 Nach einem Strategiekongreß der Grünen im Oktober 1996 in Hannover habe ich eine Professorin der HWP gefragt, ob sie die Volkswirtschaftslehre für eine Wissenschaft hält. Sie antwortete ohne Zögern mit einem klaren Nein. Ich erhielt die Inhaltsübersicht einer Arbeit mit dem Titel „Globale neue Welt - Reformkonzepte für eine integrierte Wirtschaft“ von Walter Meier-Solfrian. Dort taucht die Frage als Titel eines Gliederungsabschnittes auf. Ich habe vor mir liegen das Buch von Lionel Honoré mit dem Titel „Die Ökonomie - Eine Wissenschaft?“²⁴ Honoré geht es aber um einen anderen Aspekt in der Frage nach der Wissenschaftlichkeit der Volkswirtschaftslehre. Es kritisiert das Nebeneinander der Sozialwissenschaften. Er schreibt: „Die Gegenstände von Ökonomie, Politik und Unternehmensführung konvergieren im Gegenstand des Verhaltens. Auch wenn sie auf den ersten Blick unterschiedlich erscheinen, kann man sie jedoch alle, wenn man allge-

²³ Der Begriff wurde bewußt gewählt, um Assoziationen an bestimmte Aspekt der Hochschulen in der DDR zu wecken.

²⁴ Als ich das Buch zusammen mit dem Titel „Das Geld“ von Jean Caartelier aus der Reihe Domino /BTL erworben habe, ging mir durch den Kopf, daß wir nicht immer nach den Amerikanern schielen sollten. Unsere direkten Nachbarn haben uns auch etwas zu sagen.

meiner formuliert, als Analyse der Modalitäten der Verhaltenslenkung bezeichnen. Doch lange haben sich die theoretischen Erkenntnisse in jedem einzelnen dieser Bereiche weiterentwickelt, ohne daß zwischen ihnen mehr als nur vorübergehende Querverbindungen bestanden hätten.“ ... „Kann man also für die Ökonomie, von einer eigenen, isolierten Wissenschaft sprechen?“ (S. 97 f.)

30.8.1 Es gibt wirklich viel in Bezug auf die Wissenschaftlichkeit der Wirtschaftswissenschaften zu klären. Jean Cartelier schreibt in seinem Buch „Das Geld“, 1996: „Das Geld scheint auf den ersten Blick ein Thema zu sein, das von Wirtschaftswissenschaftlern ausführlich diskutiert werden sollte. Bei einer kritischen Betrachtung der Wirtschaftstheorie stellt man jedoch fest, daß sie dem Geld nur einen sehr begrenzten und speziellen Platz einräumt.“ (S. 6) ... „Neben dieser 'großen Wirtschaftstheorie' - so wie man manchmal auch von 'großer Musik' spricht - gibt es noch einen weiteren - ebenfalls wissenschaftlichen Ansatz, die Marktwirtschaft zu analysieren. Im Gegensatz zu der vorherigen Theorie geht diese von der Annahme aus, daß das Geld tatsächlich existiert. ... Trotzdem wird dieser Geld-Ansatz, der genauso alt ist wie der zuvor erwähnte Wert-Ansatz, von der anerkannten Wissenschaft nur am Rande berücksichtigt. Lediglich in Krisenzeiten wird er manchmal hervorgeholt. ... Ziel dieses Werkes ist es zu zeigen, daß eine Betrachtung des Geldes untrennbar mit einer Kritik an der anerkannten Wirtschaftstheorie verbunden ist und außerdem weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausführt.“ ... (S. 7 f.) „Die bemerkenswerteste 'Sozialwissenschaft' ist die Volkswirtschaftslehre, die durch die monetäre Ausprägung der sozialen Beziehungen entstanden ist. Die Anhänger der Werttheorie haben sich bemüht, diesen Ursprung zu verwischen, indem sie das Geld verdrängt und es durch Güter oder allgemeiner noch, durch die Idee der Arbeitsteilung ersetzt haben. Eine kritische Prüfung der Volkswirtschaftslehre macht jedoch die Vergeblichkeit dieser Bemühungen deutlich.“

30.8.2 Ich zitiere jetzt aus zwei Entwürfen von Professor H. Linhardt (Münster) für eine Gedenkschrift für Karl Walker (gest. 5. 12. 75) vom Februar 1976: „Schon im Mittelalter war die Geldwirtschaft soweit entwickelt, daß allerlei Mißbrauch durch Wucher, Verkauf, Monopole geschehen konnte. Martin Luther wetterte gegen das 'Fuggern', womit er die Geschäftsmethoden der Augsburger Fugger geißeln wollte. Hungersnöte, Mißernten führten zu Aufruhr und Gewalttat und gaben den Agitatoren reiche Nahrung, ob sie Narren waren oder religiöse Fanatiker (Thomas Münzer, Wiedertäufer). Ja, das Geld schien so sehr die Wurzel allen Übels zu sein, daß Reformeiferer, allerdings ohne Sachkenntnis, in seiner völligen Beseitigung die Lösung aller Probleme, die Befreiung von allen Sorgen

erblickten. Als ob damit gedient sein könnte, wenn alle nichts haben. Der englische Staatskanzler Thomas Morus, ein hochgebildeter Humanist und religiöser, gläubiger Katholik, der für einen Glauben den Märtyrertod erlitt, schrieb in seiner 'Utopia' über ein Gemeinwesen ohne Geld, einen utopischen Staat, an dem er zeigte, was an die Stelle des Geldes, als des Mittels zum freien Tausch, treten mußte - nämlich staatlicher Zwang, staatliche Bevormundung in der Berufswahl, in der Erzeugung und Verteilung. Die Sozialisten und Sektierer aller Art haben seitdem imm wieder auf 'Utopia' Bezug genommen, ohne den Sinn des Titels ganz zu würdigen, - eines Gemeinwesens, das es in Wirklichkeit nicht gab, nicht geben konnte.“ ... „Wer der Geldwirtschaft sein allgemeines Interesse schenkt, wer den Ursprung des Geldes und seine Verläufe im Wirtschaftsleben verfolgt, hat das eigentliche Wirkungszentrum ins Auge gefasst, von dem aus Wirtschaftspolitik betrieben , aber auch beobachtet und kritisiert werden kann. Das war das Hauptanliegen von Karl Walker in seinen Schriften und in seinem persönlichen Wirken.“ ... Aus dem zweiten Skript von Linhardt, er hatte in Münster eine Professur für Betriebswirtschaftslehre und wird nicht mehr unter den Lebenden weilen: „In der mir während eines halben Jahrhunderts meiner publizistischen Tätigkeit nachgesagten kritischen Haltung zu den Leistungen und Haltungen meines engeren Fachbereichs und seiner Vertreter, aber auch der Geisteswissenschaften in Deutschland vor und nach dem Dritten Reich habe ich es wahrhaftig nicht an Schärfe und Härte des Urteils über die Erzeugnisse der Fachliteratur fehlen lassen. Meine Kritik an ihren Vertretern galt mehr den arrivierten und reussierten Herrn Professoren, bei denen die professorale Eitelkeit schon stärker hervortrat, als echte Erkenntnisfortschritte zu erkennen waren. Nach aussen habe ich es aber auch daran nicht fehlen lassen, unberechtigte Attacken gegen die Wissenschaften, vor allem die Verhöhnung des Geistes und seiner Träger zurückzuweisen. Das habe ich nicht nur im Kolleg vor Studenten, vor allem auch bei den Veranstaltungen in der Öffentlichkeit, bei Tagungen der Wirtschaftsverbände, Kongressen und Kundgebungen nicht unterlassen und ich erinnere mich dutzender von Äußerungen aus Kollegen- und Fachkreisen, deren ich mich heute noch als Zuhörer schäme. Eine solcher Äusserungen hieß z.B., und sie kennzeichnet den Gegensatz zu der Haltung Walkers in Jahrzehnten seines geistigen Schaffens: Über die deutsche Währung zu diskutieren, haben wir kein Recht, dafür sorgt der Führer (1938 bei einer Fachtagung der deutschen Betriebswirte. Die deutsche Währung braucht keine besondere Deckung, sie ist gedeckt durch die deutsche Arbeit. Von solcher Art waren die in den breiten Massen, aber auch in den Köpfen der Intellektuellen und Fachgelehrten festgesetzten Irrtümer, die es in mühsamer Aufklärungsarbeit nach und nach aus-

zuräumen galt. Das war nach dem Krieg vor und während der Währungsreform (1945-48) wichtig gewordene Aufklärungsarbeit, angesichts der langen Jahre völliger Unterdrückung jeder freien Ansicht und Meinungsäußerung. Professoren konnten leicht gleichgeschaltet werden. Sie mußten um ihre Stellung, ihre materielle Existenz, aber auch um ihr fachliches Ansehen bangen, als nur noch gleichgeschaltete Gedanken und Meinungen öffentlich zugelassen waren. Der Privatgelehrte konnte auf seinen Entwürfen und Manuskripten verhungern. Kein Verleger hätte ihm etwas von seinen selbstgezogenen Gedanken und Gedankenfrüchten abgenommen. // Die Verbeamtung der Wissenschaft ist ein immer dringender werdendes Problem seit dem Ausspruch Nietzsches, der ein soches in der Zugehörigkeit der theologischen Fakultäten zu den Universitäten erblickte. ... Das Problem aber, das sich aus der Verbeamtung der Wissenschaft ergibt, ist damit nicht gelöst, nicht einmal beiseite geschoben. Es trat erst dort auf, wo der beamtete Geistliche, der vom Staat bezahlt wird, die Waffen segnete und für den Sieg unserer tapferen Kämpfer betete, der Geistliche der gleichen Religion und Konfession auf der einen Seite, der an der Geistliche auf der feindlichen Seite.“ ... Ich habe weiter oben in Bezug auf den Beamtenstatus der Wissenschaftler den Aspekt der Hemmung von Wettbewerb und Leistungsdruck angesprochen, Linhardt spricht den der Abhängigkeit an und weist auf die Ausblendung eines zentralen Problems der Ökonomie - nämlich jenes des Geldes - aus der Forschung und Lehre hin.

30.8.3 Das Thema Tabu in der Sozialwissenschaft: Gunnar Heinsohn, der mit Otto Steiger an der Universität in Bremen für einen eigenen Theorieansatz des Geldes arbeitet und wirbt, weist in seiner Weise auf ein Tabu in der Gesellschaftswissenschaft hin. In einem Essay, erschienen in „Neue Praxis - Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik“ Nr. 2 / 84 mit dem Titel“Zins, Hexen, Habermas - Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverleugnung“ stellt er einleitend fest, daß unter den Gesellschaftserklärern, also den Soziologen, Einigkeit darüber bestehe, daß ihr Thema „die Fortpflanzung, also die Erzeugung von Leben und die Produktion von Gütern, also die Organisation des Überlebens“ sei. Nachfolgend Ausschnitte:

So kann es denn auch nicht verwundern, daß der ehemalige Leiter der aufwendigsten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtung im deutschsprachigen Raum - wenn nicht sogar weltweit -, Jürgen Habermas, versucht, in seinem Hauptwerk 'Theorie des kommunikativen Handelns' (2 Bde., Frankfurt/Main, 1981) zutreffende Aussagen über die Geschlechts- und Generationsbeziehungen sowie über das Wirtschaften zu machen. Man kann also den wissenschaftlichen Rang auch dieses sozialtheoretischen Werkes getrost daran ermitteln, wie die beiden Hauptprobleme der Gesellschaftstheorie einer Lösung zugeführt worden sind. Beginnen wir dabei mit der Wirtschaft.

Gelangte das Mitglied eines Sammler- und Jägerstammes oder der Leibeigene eines Gutshofes, oder auch ein Bürger der heutigen Karl-Marx-Stadt - nicht aber des ehemaligen Chemnitz - in unsere Gefilde und legte sich dabei die Frage vor, wodurch hier die Wirtschaft bestimmt werde, so würde er von

den ihm bekannten Antworten keine für gültig halten können. Nicht der Überlebensbedarf der Stammesgenossen oder die Geschenkeherstellung für die Loyalitätsbindungen innerhalb dieser Gemeinschaft von Blutsverwandten, aber auch nicht der Befehl und die Gewaltandrohung des Gutsherrn und ebenfalls nicht der Plan der Arbeiterführung und die Androhung des Arbeitslagers stehen im sichtbaren Vordergrund der ihm so fremden Umgebung. Während er nun Ausschau hält nach diesem besonderen Wirtschaftsmotor, schallt ihm bereits ununterbrochen ein geheimnisvolles Wort ans Ohr, auf das die Menschen gespannt und angstvoll lauschen, über das sie sich regelmäßig, ja ununterbrochen verständigen, von dem her sich also Entscheidendes zu bestimmen scheint. Die Zeitungsjungen rufen es, die Nachrichtensprecher teilen es mit. Es wird in erleichtertem oder in besorgtem Tonfall vorgetragen. Der Besucher aus der Fremde ahnt, daß in diesem Wort sich ausdrückt, was er sucht. Das Wort lautet Zins. Der Zwang, Zinsen bezahlen zu müssen, die Unfähigkeit, Zinsen noch aufbringen zu können, die Panik vor unerwartet steigenden Zinsen, die Freude über den Rückgang der Zinsrate, die Akkuratess, mit der diese Rate über die Zeit hinweg graphisch dargestellt wird -, all diese am Zinse hängenden Umstände lassen den suchenden Fremden ahnen, daß er hier jenen Wirtschaftsmotor benannt findet, der sich von allem unterscheidet, was in Stamm, Gutshof und zentraler Befehlswirtschaft für den Fortgang der Gesellschaft den jeweiligen Angelpunkt abgibt. Er interessiert sich dafür, was es mit dem Zins auf sich hat, warum es ihn gibt, warum er das Gesellschaftsganze so sehr in Bewegung bringen kann. Er fragt herum, wo er einen Weisen, einen Denker über diese Gesellschaftsordnung antreffen könne, ob es einen solchen Mann oder gar mehrere von ihnen gäbe. Und wo man sie finden könne. Bereitwillig erteilt man ihm Auskunft, daß es für diese Frage sehr wohl weise Menschen gäbe, die Soziologen heißen und an speziellen Instituten und Universitäten über seine Frage nachdenken, ja, daß sie diese seine Frage nach dem wirtschaftlichen Motor der ihm fremden Welt als eine ihrer beiden Zentralfragen anerkennen. Ermuntert von dieser Auskunft entschließt sich der Besucher nun zusätzlich noch nach dem herausragenden Kopf dieser Gemeinschaft von Denkern zu fragen und - da es ihn zufällig nach Frankfurt verschlagen hat - weist man ihn umgehend an Jürgen Habermas, der das Max-Planck Institut im bayerischen Starnberg verlassen hat und nun an der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität lehrt. Unserem Besucher gelingt es dann zwar nicht, zu dem berühmten Gelehrten selber vorzudringen, aber zufrieden notiert er sich den Titel seines jüngsten und umfangreichsten Werkes 'Theorie des kommunikativen Handelns'. Und kurze Zeit später hält er dieses zweibändige Werk mit 1166 Seiten gespannt in seinen Händen.

Im Inhaltsverzeichnis findet er das Wörtchen Zins nicht. In der aus vielen hundert Titeln zusammengesetzten Literaturliste findet er Arbeiten, die ihm die gefürchtete Gottheit Zins erklären könnten, ebenfalls nicht. Sollte in diesem doppelbändigen Werk eine der beiden Hauptfragen, über deren notwendige Beantwortung die Gesellschaftsdenker sich verständigt hatten, gar nicht behandelt worden sein? Aufkommende Zweifel an der Weisheit der Denker dieses Landes kann der fremde Besucher dann aber doch noch einmal zurückstellen, denn er liest auf S. 592 des 2. Bandes, daß diese ihm rätselhafte Wirtschaft als kapitalistische Produktionsweise 'entstanden war, die mit der Ausdifferenzierung eines über Tauschwerte gesteuerten Wirtschaftssystems die Umwandlung von konkreten Tätigkeiten in abstrakte Leistungen erzwang'. Lediglich das Wörtchen Tausch war ihm nicht fremd. Getauscht hatte er selber schon und unter Umständen hätte er sich auch noch etwas unter Wert vorstellen können, denn er achtete beim Tausche darauf, daß er im Gegenzug etwas bekam, das ihm nicht minder wertvoll erschien als das, was er weggab. Was aber sollte Ausdifferenzierung von Tausch bedeuten? Warum waren sie darauf nicht verfallen, wo er selber herkam? Er entschloß sich weiterzulesen und fand dann auf S. 409 des 2. Bandes, was er immer gesucht hatte: eine Tabelle, in der die 'Steuerungsmedien auf der Ebene des sozialen Systems' sauber und übersichtlich zusammengestellt waren. An wichtigster Stelle fand er gleich wieder den ihm so wohl vertrauten Tausch. Und dazu las er, daß dafür ein Medium erforderlich sei, das Geld genannt wird. Seine intensive Suche nach dem Wörtchen Zins, das ihm ununterbrochen in den Ohren lag, während er das Zentralwort der Tabelle und des Textes - Tausch nämlich - noch gar nicht vernommen hatte, endete auch hier vergeblich. Halten nur die gewöhnlichen Menschen den Zins für das 'Steuerungsmedium' ihrer Gesellschaft, während die Weisen dieser Gesellschaft da etwas ganz anderes im Vordergrund sehen? Aber da war auch noch von Gold die Rede. Das kannte er. Das verwendete man auch in seiner Herkunftsgesellschaft. Damit schmückte man sich. Das benutzte man für vielerlei Anlässe. Aber für das andere Wort, das er dort gefunden hatte, Geld nämlich, verwendeten sie das Gold nicht. Waren sie zur 'Ausdifferenzierung' nicht gescheit genug?

Der Fremde beschloß weiterzusuchen und fand dann noch etwas, das er nicht umgehend verstehen konnte: 'Eigentum und Vertrag'. Er fragte sich, ob vielleicht vom Eigentum her eine Spur zum Zinse führen würde. Er ging die vielen Seiten des Buches sorgfältig durch, fand seine Vermutung über einen Zusammenhang zwischen Eigentum und Zins aber nicht behandelt oder gar erläutert. Er ahnte nun, ja, war sich eigentlich schon sicher, daß er in dem großen Buch des herausragenden Gesellschaftsdenkers nicht finden würde, was eigentlich der Zins, um den doch alle sich so intensiv kümmerten, für eine Rolle spiele. ...

Heinsohn läßt den Fremden jetzt Hunger bekommen und feststellen, daß ihm keiner die mitgebrachten Gegenstände gegen Essen eintauschen will. Der Fremde braucht also Geld.

Und hier fiel nun das Wort, das ihn so interessierte und das er beim Gesellschaftsdenker vergeblich gesucht hatte. Hier sagte man, daß die Rückgabe von gleichem nicht ausreichen würde, sondern daß er auch noch Zins zu erbringen habe, der dazu führe, daß er mehr zurückgeben müsse, als man ihm jetzt aushändige. War das die merkwürdige 'Ausdifferenzierung', von der er im Buche gelesen hatte? Sicher nicht! Denn hier war ja schon Geld da und er war bereit - wenn er auch nicht wußte, woher er es bekommen würde - eben das zurückzugeben, was man ihm jetzt mitgab. So kannte er es: man gab zurück, was man geborgt hatte. Das gehörte sich so. War man aber offensichtlich nicht imstande, zurückzugeben, was man geborgt hatte, weil die eigene Not noch größer geworden war, so wurde einem zusätzlich geborgt. So kannte er es, aber einen Zinsaufschlag von Leuten, die offensichtlich selber gar nicht benutzten, was er da von ihnen wollte, das war ihm neu. Warum das verlangt wurde, verstand er nicht sogleich. Aber umgehend verstand er nun, warum in dieser Wirtschaft soviel mehr und soviel hektischer produziert wurde als in den Gesellschaften, von denen er kam. Wer mit Zinsaufschlag zurückgeben mußte, was er geborgt hatte, der mußte sich ja zusätzlich anstrengen oder sich etwas Besonderes einfallen lassen, um möglichst leicht aus dieser Verpflichtung wieder herauszukommen. Was er vergeblich im Buch des Gesellschaftsdenkers gesucht hatte, das hatte er nun verstanden. Der Zins war ein Aufschlag auf Geborgtes und man bekam nichts geborgt, wenn man nicht Zins zusagte. Hierin lag also die auf den ersten Blick so unverständliche Dynamik dieser eben neuen Gesellschaft...

Wenn also über die Gesellschaft dicke Bücher geschrieben, vom Zins aber geschwiegen wird, so läßt sich das nicht aus mangelnder Intelligenz der Beteiligten erklären. Im Gegenteil, es bedarf überdurchschnittlicher geistiger Kompetenz, um die Art von Soziologie zu betreiben, für die Jürgen Habermas zweifellos das brillianteste Beispiel gibt. Wir dürfen also vermuten, daß etwas anderes am Werke ist als mangelnde Gescheitheit, wenn das am deutlichsten sichtbare Phänomen dieser Gesellschaft nicht gesehen, sondern - man muß es so nennen - verdrängt wird. Es brächte also wenig, einer Aussage à la $2 + 2 = 5$ die Aussage $2 + 2 = 4$ entgegenzustellen und es dabei bewenden zu lassen. Es muß die Frage gestellt werden, wogegen sich eine Gesellschaftstheorie richtet, die so auffällig die zentralen Faktoren des von ihr zu untersuchenden Gegenstandes verleugnet. Welche Unannehmlichkeiten will eine solche Wissenschaft von uns femhalten? Dies scheint mir die eigentlich wichtige Frage darzustellen. Zu ihrer Beantwortung hat die bloße Widerlegung eines üblichen soziologischen Denkfehlers noch gar nichts beige:ragen....

Begeisterung bzw. Bestürzung der Gesellschaftserzieher über die Wirklichkeit und ihr Personal stellen sich also als unvermeidliche Folge eines als Abwehrmechanismus funktionierenden Denkens heraus. Es kann nicht orientieren und wird in verschärften Situationen der unbegriffenen Gesellschaft bloß verstörten Aktionismus nach sich ziehen. Von diesem wird sich dann die Gesellschaftstheorie nicht freisprechen können. Wenn sie zugunsten angeblich strahlender Ziele die Erklärung der Fundamente zum Tummelplatz harmonisierender Verleugnungen werden läßt, unterbleibt zur Gänze, was mit Gesellschaftswissenschaft immerhin möglich wäre - die Bewußtmachung des Verdrängten mit ihrer vielleicht nicht sonderlich heilsamen, aber doch ernüchternden Wirkung.

(Ende Heinsohn)

30.8.4 Bei meinen Unterlagen über Heinsohn und Steiger fand ich auch einen Zeitungsartikel aus der FAZ vom 21. 12. 1985 mit dem Titel „Die Zorngebärde is absolut - Die Usura-Cantos des Ezra Pound“ von Harald Hartung. Es ist eine Buchbesprechung von „Ezra Pound: 'Usura-Cantos XLV und LI', Texte, Entwürfe und Fragmente. Herausgegeben und kommentiert von Eva Hesse; mit einem Aufsatz der Herausgeberin 'Wachstum und Wucher. Die Aktualität von Pounds Usura-Begriff““, 1985, Verlag Die Arche, 157 S. Zwei Anmerkungen möchte ich dazu machen: a) Pound hat sich dem Thema Zins von der dichterischen Seite genähert. Er wäre sicherlich glücklich gewesen, wenn er sich bei seinen Bemühungen auf die Gesellschaftswissenschaft hätte berufen können. Er fand aber nur in

Musolini einen vermeindlichen (gedanklichen oder realen ?) Bündnispartner. Seine us-amerikanischen Landleute sperrten ihn dafür in einen Käfig, befreundete Landsleute sorgten dafür, daß er in die Psychatrie eingewiesen wurde, um ihn auf diese Weise vor dem Galgen zu retten. Wieviele Menschen hat die leistungsschwache Gesellschaftswissenschaft in die Irre, ins Verderben geschickt? b) Hartung schreibt: „Pounds letzte schriftliche Äußerung, die im Druck erschien, stammt aus dem Jahr seines Todes und betrifft den politischen Zentralgedanken seiner 'Cantos': 'Was USURA angeht,/ so hatte ich das unscharf eingestellt und ein Symptom für die Ursache gehalten./ Die Ursache ist HABGIER.' Das ist eine Korrektur oder mehr: eine Absage. Ein eindeutig moralischer Begriff tritt an die Stelle der schillernden Vorstellung von 'Usura'. Natürlich hebt dieses späte Eingeständnis das Werk von „Cantos nicht auf, aber es relativiert doch entschieden die dort versuchten gesellschaftskritischen Diagnosen. Ist Pound mit seiner Kritik am 'Wucher' einem gesellschaftlichen Symptom aufgesessen?“ ... Ich weiß nicht, ob es tatsächlich das letzte Wort von Pound zum Thema Zins ist. Es ist jedenfalls falsch. Wenn es auch verständlich ist, daß Pound nach einer langen Leidensgeschichte mit seiner Gesellschaft in Frieden leben wollte. Es ist nämlich eine schwere Last, eine Einsicht, die konträr zur Einsicht der großen Mehrheit steht, durchs ganze Leben zu tragen, ohne schwach zu werden - besonders dann, wenn man sich nicht auf einen analytischen wissenschaftlichen Apparat stützen kann und wie Pound auf die eigene Intuition verlassen muß. Es mag den FAZ-Lesern geschmeckt haben, was Harald Hartung ihnen als Entlastung bot. Der kluge Kopf hinter der FAZ braucht kein schlechtes Gewissen als Dividendenbezieher und Zinscouponinhaber zu haben, er hält sich ja im Rahmen des üblichen. Böse sind doch nur die Habgierigen, und wer ist schon habgierig. Das sind doch nur wenige und außerdem, der Begriff ist doch viel zu schwammig, kümmert euch nicht drum. Der kluge Kopf stellt sich die Cantos ins Regal und beweist damit seine Weltläufigkeit. Aber raus aus den wohltemperierten Räumen. Draußen in der Wirklichkeit ist USURA nicht Symptom, sondern das Instrument der Habgier, die ohne Ausbeutungsinstrumente (und krankhafte Ausformungen in Einzelfällen) eine ganz gewöhnliche ökonomische Antriebskraft ist.

30.8.5 Im Nachgang zur Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in Loccum wurde nicht wie sonst üblich ein Loccumer Protokoll veröffentlicht, sondern von Bodo B. Gemper ein Sammelband mit 574 Seiten mit dem Titel „Marktwirtschaft und soziale Verantwortung“ herausgegeben. Das Buch kann man als Zwischenbilanz unserer Wirtschaftsordnung verstehen, aber auch als Kontrollinstrument für das, was außer Acht gelassen wurde. Ich habe mir das Buch in der Evangelischen Akademie Loccum ausgeliehen. Ich schlage das Buch

willkürlich auf und lande auf einer Seite, wo nach der gerechten Verteilung des Eigentums gefragt wird. Es war der Beitrag von Ludwig Rosenberg (damals Vorsitzender des DGB) mit dem Titel „Die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft.“ Ich habe dann im Register nachgeschaut, wer noch etwas zum Eigentum - dem zentralen Begriff in der Ökonomie - gesagt bzw. geschrieben hat. Es gibt noch eine weitere Arbeit mit dem Titel „Eigentumsgarantie, Leistung und Freiheit im demokratischen Rechtsstaat“ von Karl Heinrich Friauf. Nicht gefunden habe ich im Sachregister die Begriffe: Zins, Dividende, Boden oder Grund und Boden, Bodenschätze Leistungsgerechtigkeit. Aber halt: Vermögensverteilung verweist auf die Seiten 15 und 168, und bei Verteilungskampf wird auf die Seiten 249 und 254 verwiesen. Auf Seite 15 ist in der Einführung von Wilhelm Weber von der Stiftung HUMANUM zu lesen:

Wenn eine Veröffentlichung wie die vorliegende unter dem Titel „Marktwirtschaft und soziale Verantwortung“ erscheint, dann soll zum Ausdruck gebracht werden, daß Marktwirtschaft einerseits und soziale Verantwortung andererseits nicht stellvertretend für einander stehen. Gerade in den letzten Jahren verstärkt sich in der öffentlichen Meinung der Eindruck, der Marktwirtschaft als solcher seien schwere gesellschaftliche Nachteile anzulasten: sehr ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung, Machtkonzentration, inhumaner Leistungsdruck, Konsumterror, 'grenzmoralistisches' Verhalten usw.. Wilhelm Röpke, gewiß alles andere als ein Gegner der Marktwirtschaft, hat diese Wirtschaftsverfassung einmal als großen 'Moralzehirer' gekennzeichnet.

Die Frage, wie soziale Verantwortung innerhalb der Marktwirtschaft wahrgenommen werden kann, ist daher nur zu berechtigt. Eine Beantwortung dieser Frage setzt voraus, daß man sich - soweit das überhaupt möglich ist - von ideologischen Vorurteilen, das heißt aber von „Erkenntnissen“ freizuhalten vermag, die zu sehr von persönlichen oder gruppenspezifischen Interessen geleitet sind. Am ehesten wird dies gelingen, wenn man in der Marktwirtschaft nüchtern und illusionslos zunächst einmal nichts weiter als ein Instrument sieht, mit Hilfe dessen Wirtschaft organisiert werden kann. Die weitere Frage muß dann lauten, wo die Möglichkeiten und Grenzen der Instrumentalität der Marktwirtschaft liegen....

Mit der Seite 168 landet man dann bei dem schon erwähnten Beitrag von Rosenberg. Auf der Seite 249 wird von Rudlof Henschel (damals Vorstandsssekretär des DGB) in seinem Beitrag „Verteilungsprobleme in der Marktwirtschaft“ auf eine Schwachstelle der realen und theoretischen Ökonomie hingewiesen. Es heißt dort u.a.:

Der Verteilungskampf ist keine Spiegelfechterei zur Rechtfertigung der Verbandsorgane. Er ist vielmehr universal und durchdringt alle Gebiete der Politik.

Darüber hinaus fühle ich mich außerstande, die angebliche Verteilungsstabilität zu bestätigen. Wenn jemand in einem total verdunkelten Raum erklärt, daß alle Gegenstände dieses Raumes rot wären, so kann man das glauben, aber man kann auch daran zweifeln, wenn man weiß, daß der Beschreibende selbst diesen Raum nur im Zustand totaler Verdunkelung kennt. Wir verfügen heute über keine sozialstatistische Unterlage, die die Frage nach den Verteilungsstrukturen und deren Veränderungen im Hinblick auf die sozial entscheidende Relation zwischen den Massen- und Spitzeneinkommen hinreichend exakt beantwortet.

Hat sich hier vielleicht wesentlich etwas geändert in der Erfassung von Vermögen und Schulden und in der Entschärfung des Verteilungskampfes, in der die Arbeit auf der Straße der Verlierer marschiert? „Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter“, „Reiche immer reicher - die Armen ärmer“, „Nur jeder zweite Haushalt hat Grundbesitz“,

Die Zahl der überschuldeten Haushalte wächst rapide.²⁵ Die Schuldnerberatungsstellen haben Wartelisten. Die Seite 254 führt uns dann zu dem Schlußteil von Henschels Beitrag:

Ich möchte damit meine Aussagen zusammenfassen: Das Problem der Einkommensverteilung in unserer Wirtschaft berührt nicht die vom Modell einer vollkommenen Wettbewerbswirtschaft abgeleiteten Verteilungsgesetzmäßigkeiten, sondern unser Problem ist die unter konkreten Verteilungsinteressen erfolgte Verschmutzung der Marktwirtschaft durch Ausschaltung des Wettbewerbs ohne ergänzende Ordnungsregeln.

Art und Grad der Verschmutzung bestimmt die jeweils gegebene Verteilungsstruktur. Die *Verteilungsprobleme* sind daher *Probleme der konkreten Ordnungsgestaltung*.

Dabei liegt es im Interesse der Unternehmer, zwar eine möglichst von Staatseingriffen freie Marktwirtschaft zu erhalten, in der jedoch in ihrem jeweiligen Teilbereich der Wettbewerb ausgeschaltet wird. Ihr Ideal ist die Marktwirtschaft ohne Wettbewerb.

Dagegen haben die Arbeitnehmer von einer derartig privatwirtschaftlich manipulierten Marktwirtschaft keinen Vorteil. Die Einschränkungen des Wettbewerbs gehen im Verteilungskampf zu ihren Lasten. Ihr Interesse richtet sich daher vornehmlich auf die Beseitigung der Wettbewerbsbeschränkungen und auf die Entwicklung neuer Ordnungsregeln, wo der Wettbewerb nicht mehr herstellbar oder prinzipiell nicht funktionsfähig ist.

Diese Problemstellung ist jedoch von den abstrakten Marktmodellen nicht ableitbar und es wäre sicherlich ein positiver Beitrag der Wirtschaftswissenschaft, wenn auch sie sich mehr mit den realen Problemen der marktwirtschaftlichen Verschmutzung und den diese Verschmutzung bedingenden machtpolitischen Konstellationen beschäftigen würde.²⁶

Ich habe die Beiträge von Ludwig Rosenberg und von Wolfgang Frickhöfer zum Thema „Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft“ in die Dokumentation Nr. 8 aufgenommen. Heinz Pentzlin beschäftigte sich damals schon mit den „Ursachen der Revolte gegen die Marktwirtschaft und Ludwig Erhard sah sich veranlaßt über „Wandlungen, Umbruch oder Umsturz unserer Gesellschaftsordnung?“ Gedanken zu machen. Was wurde in der Zwischenzeit von den Sozialwissenschaften geleistet, um das Schiff „Gesellschaft“ in gutes Fahrwasser zu bringen und zu halten?

30.8.6 Wie hat Wilhelm Röpke unsere Wirtschaftsverfassung genannt? Moralzehrer! Hätte er nicht besser die Wirtschaftswissenschaft als Moralzehrer benannt? Es gibt Leute, die glauben sotten zu können, wenn man auf die vielfältige Negativwirkung des Zinses hinweist. Der Krieg z.B. ist ein Diener der Zinswirtschaft. Der Zins liebt die Staatsmänner, weil

25 Ich habe in der HAZ vom 20. 11. 97 noch Zahlen gefunden: Für das Jahr 97 wurde mit 29000 Insolvenzen im gewerblichen Bereich gerechnet. „Die Pleitenwelle koste allein in diesem Jahr eine halbe Millionen Stellen und richte einen gesamtwirtschaftlichen Schaden von 65 Milliarden DM an.“ ... Die Zahlungsmoral der privaten Haushalte lasse nach. „Als Hauptgründe sieht die Branche die bereits bestehende Überschuldung von inzwischen mehr als 2 Millionen Haushalten sowie die steigende Arbeitslosigkeit. Allein die Konsumentenkredite beliefen sich auf 440 Mrd. DM.“ ... „Schon Auszubildende stünden mit 15000 und mehr in der Kreide.“

26 Die HAZ berichtet in ihrer Ausgabe vom 26. April 2001 über den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der vom Arbeitsminister Walter Riester vorgelegt wurde. Zahlen will ich hier nicht wiedergeben, da sie öffentlich zugänglich sind. „Wichtigste Ursachen für Armut sind demnach Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildung und Belastungen durch Erziehungsleistungen.“ So ist es logisch, wenn es heißt: „Die Wohlfahrtsverbände forderten vehement eine Besserstellung von Familien in Deutschland.“ Die Bundesregierung wird schon aus wahltaktischen Gründen dieser Forderung nachgeben und den Schuldenberg des Bundes wachsen lassen. Der Erfolg wird aber sein, daß im nächsten Bericht stehen wird, daß sich die Schere zwischen *arm* und *reich* noch vergrößert hat. Ärgerlich an dem Bericht ist - ich gehe von einer korrekten Wiedergabe der HAZ aus -, daß diejenigen, die den Bericht erstellt haben - ich gehe davon aus, daß sie sich als Wissenschaftler verstehen - Neben- oder Folgeursachen als „wichtigste“ hinstellen.

diese bereit sind, zu Lasten für Bürger als Abnehmer und Auftraggeber für die Rüstungswirtschaft eine höhere Rendite zu garantieren, als sie mit zivilen Produktionen zu erreichen ist. Der Zins liebt auch den Krieg selbst, weil dann die hoch rentable Waffenproduktion dem Geldkapital zur zweiten Ernte verhilft. Die Zerstörung ziviler und öffentlicher Güter läßt die Nachfrage nach Realkapital sprunghaft ansteigen, und dieses will finanziert werden. Wird es auch, jetzt zu einem höheren Zinssatz. Die HAZ berichtet am 15. 11. 97 über Klaus Rauterberg, Pastor und Gründer des einmaligen Antikriegshauses in Sievershausen. „Doch der 'liebe Gerhard' bekommt demnächst einen Brief von Rauterberg, weil sich der Ministerpräsident für den Bau des Eurofighters stark macht. 'Das Grundübel der Gesellschaft ist der Militarismus', zürnt Rauterberg, der seinen Verein als Geschäftsführer managt. 'Der Nationalismus war die schlimmste Form des Militarismus. In unserer Zeit hat er sich verfeinert.'“ ... Seine Antihaltung zum Nationalismus und Militarismus in Ehren, aber ist er es, der die Rüstung immer wieder antreibt? Der Militarismus ist der nützliche Diener des Kapitalismus. Frauen schwören - wenn die Männer in einem Krieg gefallen sind oder mit verkrüppelter Seele und kaputten Körper aus dem Krieg zurückkommen, ihren Jungs den Hosenboden zu versohlen, wenn sie wieder Soldaten spielen wollen. Wächst der zeitliche Abstand zum letzten Krieg und sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt gering, sind es die Frauen, die Eurofighter und militärische Laufbahnen wollen, damit ihre Männer eine Verdienstmöglichkeit behalten oder bekommen und einen „sicheren“ Arbeitsplatz haben. Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt vom Freitag, den 6. Juli 1990 (aus ?). Dort heißt es: Von der Rüstung und den Verteidigungshaushalten hängen weltweit etwa 55 Millionen Arbeitsplätze ab. Sollte es angesichts der entspannteren politischen Großwetterlage auch nur zu einer Teilabrüstung kommen, könnten Millionen Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren.“ ... (Es wird auf eine Studie der ILO <Internationale Arbeitsorganisation> hingewiesen. Weiter heißt es: „Bisherige Erfahrungen lassen jedoch den Schluß zu, daß die Übergangszeit nicht ohne soziales Leid abgehen dürfte: Von jeweils 100 entlassenen Arbeitnehmern einer Rüstungsfirma hat nach zwei, drei Jahren nur jeder Dritte eine ebenso gute oder gar bessere Stelle gefunden. Ein Drittel hat eine schlechter bezahlte Arbeit, und 18 Prozent sind immer noch arbeitslos. Die übrigen 15 Prozent sind etwa nach vorzeitiger Pensionierung nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt“ Hier wird deutlich, warum die Friedensbewegung keine Chance hat. Und mit ein bißchen Einfühlungsvermögen wird auch der dem Vorgang innewohnende moralische Zerstörungsprozeß deutlich. Setzt man nun noch das Zerstörungspotential von jeweils 100 Links- oder Rechtsextremen im Verhältnis zu 100 Arbeitnehmern der Rüstungs-

industrie, dann müßte eigentlich klar sein, wessen Wirkungsmöglichkeiten vorrangig ausgetrocknet werden müßten. (Ich habe nicht *verboten* geschrieben, weil Verbote hier nicht helfen.) Wenn man aber weiß, daß seit gut 100 Jahren die Erkenntnisse vorliegen, wie wir eine Wirtschaft ohne Rüstung (als Zinsstabilisator und Arbeitsbeschaffer) betreiben können, dann muß man doch fragen, wer in die Wüste geschickt werden muß.

30.8.7 Unser Bundeskanzler kam sich sicher gedemütigt vor, als er in Folge der Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute seine prozentualen Wachstumserwartungen für die Wirtschaft reduzieren mußte. Natürlich ist es so, daß es Situationen gibt, wo daß Wachstum der Wirtschaft erforderlich ist und auch Probleme löst. Aber das Wirtschaftswachstum generell als Problemlöser einzusetzen, ist unreal. Karl Walker hat darauf schon vor Jahrzehnten hingewiesen. Helmut Creutz hat dazu viele graphische Darstellungen erarbeitet. Es werden immer mehr, die erkennen, daß eine Wachstumskurve, die vom natürlichen Verlauf nach oben abweicht, letztendlich eine tödliche ist. Der Bundeskanzler sollte keine Jahresgutachten mehr finanzieren und entgegennehmen, dann brauchte er sich auch nicht mehr mit Wachstumsprozenten abzuplagen und könnte sich einer wirklichen Wirtschaftspolitik zuwenden. Um welchen Unsinn es geht, den die Wachstumsnarren produzieren, zeigt ein Ausschnitt aus einem lesenswerten Skript von Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger vom Business Reframing Institut in Karlsruhe mit dem Titel „Geld macht Sinnlich! # Ist Geld Sinnlos?“

Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles, meint Goethe (auch wenn er „Gold“ sagt). *Geld verdirbt den Charakter*. textet eine deutsche Bank vor wenigen Tagen groß in einer Anzeigenserie und schreibt klein darunter: *Blödsinn - ganz im Gegenteil: 3 % Zinsen für Sie* auf unserem Tagesgeldkonto.

Gold und Silber sind die Ursache aller Verbrechen, behauptet dagegen Pythagoras (und natürlich meint auch er nicht das Metall, sondern die Geldmünzen). Der Apostel Matthäus berichtet von einem solchen Fall, und weil heute Himmelfahrt ist, beginne ich mit seinem Beispiel:

Da ging hin der Zwölf einer mit Namen Judas zu den Hohenpriestern und sprach: „Was wollt ihr mir geben? Ich will ihn euch verraten“. Und sie boten ihm dreißig Silberlinge. Und von dem an suchte er Gelegenheit, dass er ihn verriete. Für sein Honorar hätte Judas einen Sklaven kaufen können. Das war wohl der Marktpreis für Hochverrat.

Wer von Ihnen hat noch nie für Geld seine Seele verraten?

Fast alle hier im Saal sind also die Nachkommen Judas' - und damit auch seine gemeinschaftlichen Erben. Stellen wir uns einmal vor, Judas hätte von seinem Lohn die kleinste Kupfermünze hinterlassen und auf der Bank von Bethlehem mit einem Zinssatz von 5 % langfristig angelegt. Diese Münze war ungefähr einen halben Gent wert. Und als seine Erben könnten wir jetzt das Guthaben heute unter uns aufteilen. Was meinen Sie, wieviel für jeden einzelnen hier im Saal herauskäme?

Bei 5 % verdoppelt sich das Kapital alle vierzehn Jahre. Was das bedeutet, können Sie zu Hause nachrechnen: Im Jahre 296 hätten unsere Vorfahren gemeinsam ein Kilogramm Gold besessen (Feingold zum jetzigen Rohstoffpreis - den Preis des Jahres 296 habe ich im Internet nicht gefunden). Im Jahre 1466 hätten die Zinseszinsen daraus eine massive Goldkugel von der Größe des Planeten Erde werden lassen. Im Jahre 1749 wären es eine Million Goldkugeln dieser Größe gewesen. Im Jahre 1890 eine Milliarde solcher Kugeln. In 1990 dann 134 Milliarden planetengroße Goldkugeln und vierzehn Jahre

später - 2004 - wie immer das Doppelte: 268 Milliarden massive Feingold-Kugeln von der Größe der Erde. Das sind ungefähr eine halbe Milliarde Goldplaneten für jeden einzelnen hier im Saal.

Die Geldvermehrung entspricht einer Exponentialkurve, die immer steiler ansteigt, um mit der Zeit fast senkrecht nach oben zu gehen.

Vor zwei Wochen haben die Regierungschefs der Europäischen Union in Portugal beschlossen, dass in diesem Europa jetzt ein jährliches reales Wachstum von 3 % zu herrschen habe. Nur so sei die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. 3 % nicht von einer Kupfermünze, sondern vom Bruttosozialprodukt des größten Wirtschaftsraums der Welt.

Sollte sich das verwirklichen lassen, würde sich unser Sozialprodukt in den nächsten 250 Jahren verzehntausendfachen. Ein Sozialhilfeempfänger würde dann fast 10 Millionen Euro kassieren - ohne Inflation, bei gleicher Kaufkraft wie heute und pro Monat.

Doch freuen Sie sich nicht zu früh darauf, dann von der Sozialhilfe so königlich leben zu können: In einem begrenzten Raum gibt es kein unbegrenztes Wachstum. Jedes exponentiell wachsende System zerstört sich zwangsläufig selbst.

30.8.8 Um das Bewußtsein von der Problematik des Bodenrechts wieder aus der Zone des Tabus zu holen, habe ich in meiner Arbeit zum Bodenrecht vom Oktober 2000, die als Anregung für die Gründung eines fächerübergreifenden Instituts für nationale und internationale Bodenrechtsfragen und als Ausgang für eine *Internet-Arbeitsgemeinschaft Bodenrecht* gedacht war, in dem Abschnitt „Wie kann begonnen werden? Welche Arbeitsschritte sind nötig? Welche Verfahren sind möglich?“ unter u. a. geschrieben:

„1.12 Eine weitere noch individuell zu leistende - aber schon ins Kollektive hinein ragende - Datenerhebung mit sofortigem Nutzen, aber auch mit fördernder Wirkung ist folgende:

1.12.1 Es können anhand der Vorlesungsverzeichnisse der Hochschulen Listen angefertigt, gesammelt und später im Internet veröffentlicht werden, aus denen zu entnehmen ist, welche Professorinnen, welche Hochschullehrer der Geschichte, der Rechte, der Volks- oder Betriebswirtschaftslehre, der Soziologie, der Sozialpsychologie und Theologie wo und in welchem Umfang seit 1900 oder seit 1945 Vorlesungen in Sachen Bodenrecht (wenn feststellbar: mit welcher Tendenz) gehalten haben. Diese Listen können dann später mit Hinweisen über Veröffentlichungen der betreffenden HochschullehrerInnen zum Thema Bodenrecht ergänzt werden.

1.12.2 Eine gleiche Liste kann dann aufgrund der aktuellen Vorlesungsverzeichnisse gemacht werden.

Diese Listen sollen keinen Pranger darstellen: Sie könnten aber folgende Funktionen übernehmen:

- a) Junge Menschen, die sich studierend dem Thema Bodenrecht nähern wollen, können erfahren, welche Universität, Fakultät oder welcher Lehrstuhl sich zum Thema Bodenrecht profiliert hat.
- b) Volkshochschulen, die das Thema anbieten möchten, Vereinigungen und Verbände, die sich zum Bodenkompex schlau machen möchten, können erfahren, wo sie kompetente Referenten finden können.
- c) Da der Hochschullehrbetrieb eine antimarktwirtschaftliche Einrichtung ist, die Hochschullehrer - wenn sie erst Teil des Apparates sind, ihr gutes Gehalt unabhängig davon erhalten, was sie leisten, und neue Hochschullehrer mit neuen und mutigeren Inhalten vor der Tür stehen bleiben, weil die öffentlichen Kassen leer sind und /oder

das Selektionsverfahren derjenigen, die nicht gestört werden wollen, sie nicht durchlassen, kann eine solche öffentliche Liste einen gewissen Druck in Richtung einer Kurskorrektur ausüben. Es wird der Reputation, dem Ansehen eines Professors - in dessen Fach bestimmte Aspekte des Themas Bodenrecht gehören - nicht gut bekommen, wenn er 30 Jahre im Amt ist und noch keine Vorlesung, keine Veröffentlichung zu einem Grundpfeiler der Ökonomie, der Gesellschaft vorzuweisen hat, auch dann nicht, wenn er Spezialist ist für mathematische Verschlüsselungen von ökonomischen Einsichten.“

30.9 Magna Charta der soziale Marktwirtschaft

30.9.1 Als ich vor einiger Zeit mit bei der Auflösung eines Haushaltes der verstorbenen

Eltern eines sich als „links“ verstehenden Parteifreudes für das Buch von Ludwig Erhard „Wohlstand für alle“ (bearbeitet von Wolfram Langer) interessierte, sah der mich an, als würde ich mich für Hitlers „Mein Kampf“ begeistern. Dabei habe ich tatsächlich vor Jahren einmal „Mein Kampf“ von einer Haushaltsauflösung mit nach Hause genommen, um eine Originalquelle über die Nazizeit zu lesen. Aber das Buch übt so wenig Reiz auf mich aus, daß es bisher beim Vorsatz, es wenigsten passagenweise zu lesen, geblieben ist.

Außerdem glaube ich nicht, daß das Buch einen großen Erklärungswert hat für das, was geschehen ist. Und die nächste Diktatur wird mit anderem Unsinn begründet werden. Bei Zimmer habe ich heute morgen eine Textstelle gelesen, die ich wiedergeben möchte: Er schreibt: „Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers 'Mein Kampf' oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise heraus wollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten.“ ...²⁷

30.9.2 Ich habe diesen Einstieg in diesen Abschnitt deshalb gewählt, weil ich davon ausgehe, daß die politische Meinungs- und Frontenbildung in unserer Gesellschaft wesentlich davon abhängt, welche Theorien und Gesellschaftsbilder in den Hochschulen produziert werden. Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß z.B. die Sozialdemokraten selber ihr Scheitern mehrmals dadurch verursacht haben, daß sie auf untaugliche Leitbilder fixiert war. Wenn die Freiwirtschaftslehre nach dem zweiten Weltkrieg in den Hochschulen solide verankert gewesen wäre, hätte die Entwicklung der BRD eine ganz andere Richtung genommen. Die CDU hätte etwas gehabt, um ihre Sehnsucht nach einen Dritten

²⁷ Gerhard Ziemer, Inflation und Deflation zerstören die Demokratie, 1971, S. 174

Weg (den heute die SPD auch hat) aufzufüllen, ohne sich zu Ludwig Erhard quer zu legen und ohne ihren Kernsatz im Ahlener Programm zu verraten: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“²⁸ Die politische Linke, von der Erhard sich nicht bedroht fühlte, hätte sich vom zentralistischen Sozialismus als Leitbild lösen können und zu einem Leitbild mit einem dezentralen, freiheitlichen Sozialismus hinfinden können. Erhard wäre sicher froh gewesen, wenn ihm die Linke bei der Abwehr seiner ständigen Bedrohung von rechts geholfen hätte. Wir können nicht ohne Vorstellungen von Ökonomie, Gesellschaft etc. politisch handeln. Dabei hängt die Qualität der Ergebnisse unseres Handelns von der Qualität unserer Vorstellungen ab. Und die Qualität unserer Handlungsvorlagen hängt von dem ab, was die gesellschaftlichen Vordenker und Lehrer gedanklich in Umlauf setzen. Und was die Vordenker sagen, ist auch durch die Form und Struktur der Institutionen, in der sie wirken, mitbestimmt.

30.9.3 Ludwig Erhard hat mich persönlich emotional eher abgestoßen als angezogen. Wirtschaftspolitisch störten mich seine Maßhalteappelle.²⁹ Beim Lesen des Materials, das mir vorliegt, ist mir der Gedanke gekommen, daß er letztlich gescheitert ist, weil er wie John Meynard Keynes in der Konsequenz Silvio Gesell vermeiden wollte. Jedenfalls hat Erhard bei mir durch die neuerliche Beschäftigung mit ihm an Ansehen gewonnen. Er war der richtige Mann, zur richtigen Zeit mit den richtigen Ideen und dem erforderlichen Mut und das nötige Selbstvertrauen. Nur das hätte ihm wahrscheinlich alles nichts genützt, wenn das Volk (oder nur die Arbeitnehmer, oder die Vertreter der „Wirtschaft“) ihn ins Amt hätte heben müssen. Sie hätten ihn vermutlich nicht gewählt, weil sie ihn nicht verstanden hätten. Und begänne die Wirkungszeit von Erhard heute, dann bliebe er ein glanzloser Wirtschaftsminister, wenn er nicht mehr einsetzen würde oder könnte wie in der Nachkriegszeit, als nach sozialdemokratischer Auffassung der damalige allgemeine Mangel sein größtes Hindernis war, aber in Wirklichkeit sein größter Helfer. Erhard hat gewußt: Um den Wohlstand und die Freiheit auszubauen und zu sichern, sind wesentliche gesellschaftliche Veränderungen notwendig. Ich habe in die Dokumentation 3 Auszüge aus „Der große Plan der CDU: die 'formierte Gesellschaft'“ einem Kommentar von Reiner Opitz gestellt. In früheren Zeiten habe ich für mich flapsig *formierte Gesellschaft* mit *uniformierte Gesellschaft* übersetzt. Ich muß gestehen, daß ich auch heute noch meine Schwierigkeiten mit den Gedanken von der formierten Gesellschaft habe. Dabei ist der

²⁸ „Kampf um die Macht - Die CDU-Bundespartei wurde am 20. Oktober 1950 in Goslar gegründet“ von Ansgar Fürst in Badische Zeitung vom 21. 10. 2000.

²⁹ Ich muß wohl sagen im Nachhinein. Nach Mitternacht habe ich keine Neigung, darüber nachzudenken, wann mein wirtschaftspolitisches Denken begonnen hat und wann Erhards Amtszeiten waren.

Grundgedanke, daß die Teile, sich gegenseitig stützend zu einem harmonisierenden Ganzen werden müssen. Wir haben heute aber keinen Grund, uns mit Erhards nicht ganz klaren Vorstellungen von einer formierten Gesellschaft zu entschuldigen, wenn wir feststellen, daß die Gesellschaftspolitik nach dem Start der BRD nur Flickschusterei geblieben ist. Noch etwas anderes möchte ich hier unterbringen: Opitz wirft Erhard vor, es sei nach Hitler anmaßend, wenn Erhard davon rede, daß Deutschland eine Ordnung einführe, die nach Möglichkeit die ganze Welt übernehme. Ich sehe das genau umgekehrt. Weil Deutschland so schuldig geworden ist, ist es verpflichtet eine Gesellschaftsordnung zu entwickeln, in der unsere höchsten Werte sich voll entfalten können und die in aller Welt als nachahmungswert eingestuft wird. Gesell beschrieb das nach dem ersten Weltkrieg so:

„Um die entrissenen Provinzen zurückzuerobern und die ganze Welt zu 'erobern', braucht Deutschland nur bei sich vorbildliche Zustände zu schaffen, die soziale Frage zu lösen. Jedes Land, das die deutschen Gesetze abschreibt, gliedert sich damit dem deutschen Reich an.“³⁰

30.9.4 Als ich vor Jahren in einer alten Ausgabe des SPIEGELS (vom 9.9.53) las, daß „Erhards freiwirtschaftlichen Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse“ stießen, wußte ich, daß es zwischen Erhard und Leuten, die der Freiwirtschaftsschule zuzurechnen sind, eine Zusammenarbeit gegeben hat z.B. mit Otto Lautenbach in der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“. (Siehe Dokumentation 4) Ich bin aber davon ausgegangen, daß den SPIEGEL-Redakteuren damals eine falsche Begriffszuordnung unterlaufen ist. Wenn Erhard aber in seinem eigenen Buch eine Karikatur übernimmt, in der er als Freiwirtschafts-Troubadour auftritt, dann muß er sich ja wohl als solcher verstanden haben. Mit den großen Tagungen des Freiwirtschaftsbundes (den es in dieser Form heute nicht mehr gibt) in den Jahren 1951 und 1952 begann eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Freiwirten und Vertretern der Ordo-Liberalen bzw. Neo-Liberalern (Freiburger Schule)³¹. Aus diesen Tagungen heraus ist - wenn ich das richtig sehe - die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet worden. Die Tagungsinhalte wurde in den Schriften „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ und „Das Programm der Freiheit“ veröffentlicht. Im Schlußwort zur Tagung vom November 1952 von Otto Lautenbach heißt es: „Herr Direktor Wildeshaus hat dankenswerter Weise die Frage aufgeworfen, was wir tun können, um das, was hier in den Vorträgen und im Programm der Freiheit niedergelegt ist, in die breiteste Öffentlichkeit zu tragen. Wir sind zu dem Entschluß gekommen, möglichst schon im Januar 1953, eine *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* zu gründen, der die Auf-

³⁰ Aus: „An die Überlebenden Gedanken von Silvio Gesell, Hrsg. Friedrich Salzmann, 1948, S. 102

³¹ Da die Begriffe nicht so eindeutig sind, habe ich aus „Fragen der Freiheit“ eine schematische Darstellung der Neoliberalismen von Andreas Renner in die Dokumentation Nr. 8 gestellt.

gabe übertragen werden soll, das Programm der Freiheit allgemeinverständlich in die Öffentlichkeit zu tragen.“ Vorher waren „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“ von Otto Lautenbach erarbeitet worden. (Siehe Dokumentation 4 und 7) Bei Ernst Winkler - der damals dabei war - ist in seiner Schrift „Freiheit - oder? - Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur 'Sozialen Marktwirtschaft'“ zu Thesen zu lesen: „Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens 'konstituierenden' Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen 'regulativen' Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer 'Sozialen Marktwirtschaft' eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer 'Wettbewerbswirtschaft' dar, und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer 'Natürlichen Wirtschaftsordnung'.“ ... „In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten, und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren Entwicklung oder gar praktischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer heraustreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Um so bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23. 1. 1953 an die Gründungsversammlung aussprach: 'Ich brauche wohl nicht eigens versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.'“ (S. 63 /64, in der Dokumentation 7 Seite 19 /20)

30.9.5 Die Zusammenarbeit zwischen Freiburger Schule und der freiwirtschaftlichen Schule ist dann durch Todesfälle abgebrochen. Die Freiwirte wurden aus ihrer eigenen Gründung durch die konventionellen Liberalen herausgedrängt. Wolfgang Frickhöffer konnte sich zwar durch Anpassung an die neue Richtung bis am Ende seiner Tage in der ASM halten, aber die freiwirtschaftlichen Kernanliegen wurden aus seinem Munde nicht mehr vorgebracht. Er hat sie aber auch nicht abgeschworen. (In der Dokumentation ist ein Beitrag von ihm.) Bei Erhard fehlt mir der biographische Einblick, um sagen zu können, ob er gar nicht zum Kern der Freiwirtschaft vorgedrungen ist und daher Ausweichmanöver fuhr, als der konjunkturelle Weg holperig wurde, oder ob er tatsächlich aufgrund politischer Widerstände aus der eigenen Partei CDU oder Fraktion CDU / CSU und / oder der „Wirtschaft“ vor den Konsequenzen ausgewichen ist. Wenn man bedenkt: a) daß es der Urgründergruppe der grünen Partei nicht besser ergangen ist als den Gründern der ASM, b) Daß ein Kreisverband der Jungen Union im September 2000 ein Schreiben an einen be-

kannten Autoren der Freiwirtschaft u.a. mit folgendem Inhalt auf den Weg bringt: „... wie bereits mit Herrn ... besprochen, müssen wir die oben genannte Veranstaltung leider absagen. Wir sind Mitte dieser Woche darauf hingewiesen worden, daß die von Ihnen vertretenen Thesen zur Wirtschaftspolitik sich u.a. auf den Theorieansatz von Silvio Gesell beziehen. Diese zum Teil sozialdarwinistischen Theorien sind insbesondere nach Auffassung antifaschistischer Gruppierungen durch die Strasser-Brüder in der Frühzeit der NSDAP aufgegriffen und weiterentwickelt worden.“ ...³² dann ist zu fragen, was ist mit unserer Republik, was mit unseren Gesellschaftswissenschaftlern los? Soll die Denunziation wieder einmal das Argument ersetzen? Wie schaffen es Wissenschaftler, die für ihr jeweiliges Fach wie für die gedeihliche Entwicklung der Gesellschaft relevanten Vorgänge so lange und in so großer Zahl zu übersehen?

30.9.6 Vor gut 20 Jahren sagte mir ein Professor der Volkswirtschaftslehre, er wäre als junger Assistent einmal auf den Namen Silvio Gesell gestoßen, man hätte ihm aber bedeutet, daß er den Namen schnell vergessen solle, wenn ihm seine berufliche Karriere lieb wäre. Und das ist bestimmt kein Einzelfall. Wären die Gesellschaftswissenschaften eine natürliche Person, so müßte man sie beim Psychiater wegen des Verdachtes auf Schizophrenie untersuchen lassen. Inzwischen ist so viel freiwirtschaftliche Literatur und solche mit Verweisen auf die Natürliche Wirtschaftsordnung erschienen, daß diese nur noch willentlich übersehen werden kann. Aber von Wissenschaft kann da keine Rede mehr sein. Wie konnten die Gesellschaftswissenschaften es zulassen, daß ein ergiebiger Zweig der Erkenntnis in einen außeruniversitären „sektiererischen“³³ Bereich getrieben wurde. Aber die Freiwirtschaftler waren - auch wenn sie personell nicht in der Lage waren, ihre Begrifflichkeit an jene der offiziellen Wissenschaft anzupassen - immer auf der Höhe der Zeit. Als Milton Friedman 1976 den Nobelpreis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in die Wirtschaftswissenschaft bekam, erhielt er die Auszeichnung für etwas, was in der Freiwirtschaftsschule seit ihrer Gründung Standard ist.

30.9.7 Wenn sich auch nur ein Dutzend Abgeordnete im Bundestag oder auch in einem Landtag so intensiv mit dem Thema Geld auseinandergesetzt hat wie Otto Schily in seinem Buch „Flora, Fauna und Finanzen“, dann bestünde die Hoffnung, das eine Wende in der theoretischen und praktischen Wirtschaftspolitik eingeleitet werden kann. Ich sage es

32 Siehe dazu Werner Onken und Günter Bartsch, Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz - Anpassung und Widerstand -, www.sozialoekonomie.de

33 Ich habe sektiererisch bewußt in Anführungsstriche gesetzt, denn diese Eigenschaft muß man nicht nur vermuten, sondern auch beweisen. Beweisen kann man aber nur Dinge, mit denen man sich auseinandersetzt. Daß Gruppen, die organisatorisch nur lose zusammenhängen, die sich mit Themen auseinandersetzen, bei denen man meistens draufzahlt, selten Lob aber oft Schelte erhält, sonderliche Züge annehmen können, ist doch kein Wunder. Ein Wissenschaftler, der seinen Untersuchungsgegenstand meidet weil, er stinken könnte, hat seinen Beruf verfehlt.

nicht, weil Schily ein „Freiwirt“ ist, sondern weil auf dem Weg ist, zu verstehen, was diese wollen.³⁴

30.9.8 Es ist nicht mehr ausschließlich so, daß die freiwirtschaftliche Arbeit, eine Arbeit für die Allgemeinheit, unentgeltlich geleistet werden muß und die entstehenden Kosten aus der eigenen Tasche finanziert werden müssen. Norbert Olah hat für seinen Essay „Gerechtigkeit ist wettbewerbsfähig! Neutrales Geld als innovative Finanzdienstleistung“ in einem von der Büchergilde Gutenberg ausgeschriebenen Wettbewerb den ersten Preis erhalten.³⁵ Aber es fehlt an allen Ecken und Enden. Dipl. Ökonom Werner Onken - ein Ostfrieser - betreut in 25316 Varel die Freiwirtschaftliche Bibliothek - Wissenschaftliches Archiv. Er hat die Gesammelten Werke Gesells herausgegeben und ist gleichzeitig noch Redakteur der *Zeitschrift für Sozialökonomie*. Es wäre ein gewaltiger Fortschritt, wenn dieses Archiv zu einer vollwertigen Forschungsstelle mit ein halbes Dutzend MitarbeiterInnen ausgebaut werden könnte. Aber die Finanzierung einer zusätzlichen Kraft wäre schon ein großer Gewinn. Also wenn eine Leserin oder ein Leser dieser Zeilen zu dem Eindruck gekommen ist, daß hier eine förderungswürdige Arbeit geleistet wird und sie bzw. er die Möglichkeit zum Fördern sieht, dann sollte das auch umgesetzt werden.³⁶

30.10 Nun bin ich ja noch die Antwort schuldig auf die Frage: *Kann ein Ministerpräsident oder kann der Landtag etwas daran ändern, das die verbeamteten Gelehrten unter dem Mantel der Wissenschaft weiterhin praxisuntaugliche Theorien produzieren und pflegen?* (Ziffer 32.3) Ich habe die Frage weiter oben mit Ja beantwortet. Ich muß hier das Ja ausfüllen. Da es sich um negative Sanktionen handelt, die die Gesellschaftswissenschaftler (die Summe der Spezialwissenschaftler, die den Menschen in der Mehrzahl und sein Handeln zum Gegenstand haben) gar nicht gefallen werden. Hätten wir freie Hochschulen ohne Kartelle auf der Anbieter- und mit einer Wettbewerbssituation auf der Nachfrageseite, wären solche Maßnahmen, sogar schon solche Gedankengänge überflüssig. Aber nochmals zur Verdeutlichung: Der betroffene Personenkreis ist in der Regel sympathisch und umgänglich, er ist nicht faul, nicht böswillig und das Forschungs- und Lehramt ist kein Zuckerschlecken. Auch bilden sie

34 Ich bin ansonsten wegen seines NPD-Verbotsantrags auf Schily gar nicht gut zu sprechen. Nicht daß ich etwas dagegen habe, daß er der NPD an den Kragen will, sondern a) weil die Ausschaltung der NPD über den rechtlichen Weg zu Lasten der politischen Meinungsfreiheit gehen wird, b) weil er als Mitglied der Regierung selber in einem verfassungsfeindlichen Glashaus sitzt und c) das ganze Verbotsmanöver nur von der Leistungsschwäche des politischen Establishments ablenken soll.

35 Veröffentlicht in „Chancengleichheit, Sozialpartnerschaft, Gerechtigkeit - Werte mit Zukunft?“, 2001

36 Als Geldsammelstelle steht die gemeinnützige *Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung* mit Sitz in Hamburg zur Verfügung. 1. Vorsitzender ist Fritz Andres, Dhaunerstr. 180, D-55606 Kirn, Telefon / Fax 06752-2427.

keinen Einheitsblock in der Beurteilung der Ursachen gesellschaftlicher Mängel und ihrer Behebung. Es gibt sachliche Differenzen, die bis zur persönlichen Feindschaft gehen mögen. Was ich vorschlage soll die Wirkung des Rufes des Schiedsrichters im Ring beim Klammern der Boxer haben. Hier heißt es aber nicht „Kämpfen!“ oder „Boxen!“ sondern „Forschen!“ Da ich aber eigentlich eine Abneigung gegen abstrafende Maßnahmen habe, will ich auch noch eine Möglichkeit des Innovationssprunges aufzeigen, die die Herzen von Gesellschaftswissenschaftlern höher springen lassen müßte, weil es ihnen eine Laborsituation verschafft. Hier müßte aber der Bund einspringen.

30.10.1 Die radikalste Methode, um die Gesellschaftswissenschaftler auf Trab zu bringen, wäre eine Aussperrung für 3 Jahre aus ihren Fakultäten und den Studenten zu überlassen, ob sie die Hochschule eines anderen Bundeslandes besuchen wollen, oder ob sie mit den AssistentInnen beweisen wollen, daß sie wissenschaftstauglich sind, indem sie ihr Studium in dieser Zeit selbst organisieren. Die Hochschullehrerinnen und –Lehrer dürften in dieser Zeit nicht einfach zu Hause bleiben - das wäre ja ein Belohnung für Fehlverhalten -, sondern müßten als Hilfskräfte der Sozialarbeit in sozialen Brennpunkten eingesetzt werden, in: Suchtkrankenhäusern, Drogenberatungsstellen, Obdachlosenasylen, Straßenarbeiten (Nein nicht in der Straßenreinigung, solche Arbeitsplätze haben sie viel zu viele weggedacht. Sie haben übersehen, daß eine Volkswirtschaft, die keine einfachen Arbeitsplätze anbietet, eine Privilegienwirtschaft ist.) z.B. in der Passerelle, Pausenhallen und Schulplätzen der Schulen, Schuldnerberatungsstellen, Arbeitslosenbetreuung und –Vermittlung, und sie müßten wenigsten für 6 Monate dem vollen Druck des Normalarbeitsplatzes von heute in einem privatwirtschaftlichen Unternehmen ausgesetzt werden, nicht abgehoben, in den unteren Etagen oder auch im Mittelbau. Im zweiten Jahr könnten Ihnen dann 2 Stunden täglich angerechnet werden für die Vorbereitung einer effektiveren Forschung und Lehre nach der Auszeit, im dritten Jahr täglich 3 Stunden. Können sie dann am Ende des dritten Jahres der Auszeit kein überzeugendes Konzept für die Zeit danach vorlegen, wird die Auszeit um ein Jahr verlängert. Dies ist natürlich ein unrealistisches Konzept, weil es eine Prozeßlawine losstretten würde, die die ganze Landesregierung blockieren würde. Aber schon die Niederschrift eines solchen Gedankens löst Fragen mit Wirkung aus. Realistischer und durchführbar sind folgende Maßnahmen: a) die Kosten, die Leistungen und die Wirkungen (und die Nichtleistungen und Nichtwirkungen) der Gesellschaftswissenschaften im Landtag ausführlich zu debattieren. b) Jeden Stellenzuwachs in den Fakultäten bis auf weiters streichen. Alle Mittel zu stoppen, für die kein rechtsverbindlicher Zahlungszwang besteht. Keine bezahlten und unbezahlten Gutachten

mehr anfordern. Keine Ordensverleihung. Keine Ehrenämter. Also eine Politik der ständigen Nadelstiche. Schon die Ankündigung wird schocken. Es wird geschrien werden. „Ahnungsloser Laie!“ „Der Ruf der niedersächsischen Hochschulen ist in Gefahr!“ „Die guten Leute werden abwandern!“ usw. Etwas Nervenstärke und Selbstvertrauen gehört schon dazu. Leider werden die meisten Hochschullehrer viel zu sehr an ihren Stuhl kleben, als das sie sich einen anderen suchen. Es kann aber auch sein, daß eine solche Maßnahme aus den Hochschulen unterstützt wird, weil dort schon lange das Gefühl herrscht, es sei etwas Faul im Staate ... - nein im Reich der Wissenschaft. In jedem Fall wird man den schon häufiger angemahnten Ruck hören. Nur ist noch nicht sicher, ob er daher rührt, daß Igelposition eingenommen wurde, oder ob der geistige Frühjahrsputz begonnen wurde.

Außerdem könnte etwas Erfreuliches eintreten, indem die Hochschulmannschaft sagt: „Wir haben die Regierung als bevormundenden Trainer und das Parlament als Aufsteller von Spielregeln, die uns nicht passen, satt, wir spielen alleine und nach unseren Regeln, wir gründen die *Freie Universität Neuanfang*.“ Verschlechtern kann es die Ergebnisse der niedersächsischen Hochschulen nicht. „Der Mief von Tausend Jahren unter den Talaren“ hat sich ein neues Zuhause gesucht und gefunden. Er ist wie der Schimmelpilz in feuchten Räumen.

30.10.2 Zu einen neuen Aufschwung könnte man den Gesellschaftswissenschaften auch dadurch verhelfen, daß sie die Chance der Laborsituation der Naturwissenschaften erhalten, indem sie in die Lage versetzt werden, eine neue Gesellschaft analysierend, protokollierend und auch beratend wachsen zu sehen. Woran ich denke? Ich denke an die Schulden Rußlands und an das Elend im nördlichen Ostpreußen um Königsberg / Kaliningrad. Durch einen Bericht in der HAZ vom 24. 1. 2001 wurde ich veranlaßt, über das Thema nachzudenken. Das Nachdenken hat seinen Ausfluß gefunden in einen Leserbrief, der verkürzt veröffentlicht wurde. Ich stelle den Artikel und den ungekürzten Leserbrief in den Anhang 15. Deutschland könnte gegen Verrechnung seiner Forderungen an Rußland das nördliche Ostpreußen von Rußland freikaufen. Das Gebiet erhielte den Status eines autonomen europaanmittelbaren Gebietes. Die Menschen, die dort jetzt wohnen, könnten dort bleiben oder in das Kernland Rußland zurückkehren. Die jetzigen Bewohner, die bleiben möchten, behalten ihre Ansprüche gegenüber den russischen Staat, russischen Institutionen und Privatpersonen. Menschen aus dem gesamten EU-Raum können dort zu gleichen Bedingungen siedeln, sie nehmen ihre Ansprüche gegenüber ihrem Heimatstaat etc. mit. Den Menschen wird vorher gesagt und garantiert, daß bestimmte - zu erläuternde - Veränderungen in allen Lebensbereichen vorgenommen werden mit

dem Ziel ihre Lebenssituation zu verbessern und herauszufinden, in welcher Weise die europäischen Gesellschaften optimiert werden können. Die EU garantiert dabei, daß es keinem länger als ein ½ Jahr schlechter geht, als zum Zeitpunkt des Beginns des Experimentes. Die Gesellschaftsentwickler hätten eine bessere Ausgangssituation, als Erhard sie seinerzeit vorgefunden hat, nämlich die Mangelsituation und das gute Gefühl die Menschen vorher gefragt zu haben, ob man ihnen was Gutes tun darf.

30.11.1 Als Schlußstein zum Thema Mängel der Ökonomie möchte ich in diesem 4. Abschnitt hier Ausschnitte eines HAZ-Artikels vom 18. April 2001 einsetzen. Sie lenken noch einmal den Blick auf einen wichtigen Teil der Arbeitnehmer-Ökonomie, der unter den Begriffen *Soziales Netz* oder *Sozialversicherungssystem* firmiert und heute viele Sorgen bereitet. Unter dem Titel „Wulff und das Ende der Ära Blüm - Der stellvertretende CDU-Vorsitzende schlägt in der Sozialpolitik neue Wege ein“ berichtet Heinz-Joachim Melder u.a.:

... Wären der Herz-Jesu-Marxist Norbert Blüm, der Gerechtigkeitsfanatiker Heiner Geißler oder ihre Epigonen aus den CDU-Sozialausschüssen, der Arbeitnehmersvertretung der Union. noch einflussreich, hätten sie versucht, die Sozialdemokraten links zu überholen. Ein solches Manöver haben die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Fraktionschef Friedrich Merz jedoch sofort unterbunden; dabei ging es vor allem um die Neugestaltung des Rentensystems.

Jetzt versucht der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und niedersächsische Parteichef Christian Wulff. mit einem Schwenk aus dem politischen Windschatten vorzustoßen. Und prompt beginnt man in der Union - unter beifälliger Beobachtung durch den politischen Gegner - zu zetern, ob Wulffs Vorschläge für mehr Eigenverantwortung und Wahlfreiheit in den Sozialsystemen denn überhaupt christlich und solidarisch seien und somit innerparteilich durchsetzbar.

Immerhin hat Wulff die sozialpolitische Funkstille in der CDU durchbrochen. Er will eine Debatte ohne Tabus mit dem Ziel, Freiräume für die Versicherten zu eröffnen. Nach seiner Meinung soll der Versicherte die Höhe seiner Beitragslast wenigstens zum Teil selbst bestimmen. „Notwendig ist eine neue Abgrenzung zwischen kollektiver Absicherung und persönlicher Verantwortung.“ Im Klartext bedeutet dies den Verzicht auf Leistungen der bisherigen „Rundumversorgung“. Beispielsweise könnte der Einzelne niedrigere Beiträge an die Sozialversicherung zahlen und das Gesparte anders verwenden. In der Krankenversicherung könnten Ansprüche auf bestimmte Arzneien, Hilfsmittel, Fahrtkosten und anderes abgewählt werden, so dass die Beiträge sinken würden.

Blüm und Geißler, aber auch allen klassischen so genannten So-Pos (Sozialpolitiker), die im Regierungslager und in der Opposition wie eine aussterbende Art von Dinosauriern erscheinen, sind solche Vorstellungen ganz fremd. Während den Koalitionsparteien in der öffentlichen Diskussion häufig gewissermaßen mildernde Umstände wegen der realexistierenden Problemlagen zugebilligt werden, fragt man die Christdemokraten, was sie denn für ein Konzept anbieten. Nach Wulffs Überlegungen könnten sich die Starken, die Gesunden und Qualifizierten, die Leistungen nicht oder kaum in Anspruch nehmen, aus der Solidargemeinschaft schrittweise abmelden. Wird damit der Anfang vom Ende der kollektiven Sicherungssysteme heraufbeschworen? Wulff, meinen manche in der Union, biete an, was die FDP seit langem als Wahltarif in der Krankenversicherung vorschläge. Und es fehlt nicht der Hinweis, dass Blüm und Geißler angemahnt hätten, den kollektiven Charakter der Absicherung hoher Lebensrisiken unbedingt zu erhalten.

Mit seinen Vorschlägen über Zuzahlungen im Krankheitsfall und bloßen Wahlleistungen im Fall der Arbeitslosigkeit gibt Wulff der Union einen harten Stoff zum Knabbern. Völlig fehl gehen aber Kommentatoren, die von einer Zerreißprobe in der CDU/CSU reden oder vermuten, für die Mehrheit der Christdemokraten sei dies nicht akzeptabel. Bei sozialpolitischen Themen hat sich der Wind in der Union gedreht. ...

Heute ist der frühere Sozialminister beleidigt darüber, dass ökonomisch orientierte Leute wie Biedenkopf, Merz oder der Mittelständler Peter Rauen im Bundestag bei Themen wie Rente oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall das Wort nehmen und Wulff oder der frühere Gesundheitsminister Horst

Seehofer (CSU) das Feld der Sozialpolitik beackern, die doch - anders als der gelehrte Werkzeugmacher Blüm - nie mit ihren Händen gearbeitet haben.

Wir sollten uns merken: „Er will eine Debatte ohne Tabus mit dem Ziel, Freiräume für die Versicherten zu eröffnen.“ Ich füge an aus der Wahlwerbung „Ehrlich. Mutig. Klar. - Christian Wulf, Ministerpräsident für Niedersachsen: 'Damit Niedersachsen gewinnt!'“. „Ich bleibe dabei: Ehrlichkeit ist ein Eckpfeiler meines Handelns! Auch wenn sie manchmal unbequem ist oder Stimmen kostet. Es muß doch gerade heute Politiker geben, die **standfest bleiben** und auf die man sich verlassen kann! Christian Wulf“

30.11.2 Was hat nun das Sozialversicherungssystem mit einer verfehlten Theorie zu tun?

Nun, die Einführung des Sozialversicherungssystems unter Bismarck hatte wenig mit einer sozialen Gesinnung zu tun, sondern es sollte einfach die durch die Sozialismusdebatte aufkommende Begehrlichkeit der Arbeitnehmer neutralisiert werden. Die gepflegte Vorstellung, die Unternehmen würden durch den Arbeitgeberanteil an den Kosten ihrer sozialen Verpflichtung nachkommen, ist einfach irrig, weil der Arbeitgeberanteil einfach Lohn in anderer Form ist. Die weitere Vorstellung, mit der Sozialpolitik könnte man dem Kapitalismus die schärfsten Zähne ziehen, ist ebenfalls irrig. Die Soziale Frage, das ist die Steigerung der Lohnquote zu Lasten der Kapitalertragsquote, ist mit der Sozialpolitik nicht zu beantworten. Eine Folge der „sozialen“ Zwangskollektive ist: a) daß auch an dieser Stelle der Eigentumsbegriff verwässert wurde, b) daß ein wesentlicher Teil des Arbeitnehmervermögens unter Zwangsverwaltung gestellt wurde und c) daß die Sozialpolitiker mit dem zwangsverwalteten Vermögen der Arbeitnehmer umgegangen sind, wie der Hehler mit fremdem Eigentum. Was fehlt, ist eine klärende und helfende Betriebswirtschaftslehre der Arbeitnehmerhaushalte, die den Arbeitnehmer als Subjekt sieht und nicht als Objekt, also als Unternehmer, der seine Fähigkeiten vermarktet und den Ertrag sichert.

31. Die Mängel in Bildung, Kunst und Kultur

31.1 Von einer freien Gesellschaft können wir erst dann sprechen, wenn die Kunst und Kultur - hier als die bildenden Künste einschließlich Kunsthandwerk einerseits und, Literatur, Theater, Musik, Film andererseits verstanden - ohne Subventionen und ohne staatliches Mäzenatentum (ein Fremdkörper in der Demokratie) auskommt. Wenn man sich hier aber auf die Spur der Fehlentwicklungen begibt, landet man wieder bei der Ökonomie mit ihren Konjunktur- und Verteilungsproblemen. Diese Spur habe ich im vorigen Absatz aber

verlassen, um hier die Ökonomie auf einer anderen Spur wieder aufzunehmen, nein, nur Hinweise auf diese Spur zu geben.

31.2 Ich habe weiter oben auf den Beitrag von Wolfgang Frickhöffer zur Tagung 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft, die ich in die Dokumentation 8 aufgenommen habe, hingewiesen. Hier an dieser Stelle interessiert nur der Titel „Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft“. die Aussage klingt paradox, sie ist es aber nicht, weil Marktwirtschaft als Steuerungssystem verstanden wird und „Wirtschaft“ im einengenden Sinn als Produktion, Handel und gewerblichen Dienstleistungen. Unsere Begriffe sind ja auch nur „Tricks“ und die komplexe - immer in Bewegung seiende - Wirklichkeit besser fassen und in ihren Bestandteilen auseinander halten zu können. In Wirklichkeit haben ja alle Dinge, die wir tun, und alle Institutionen wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Aspekte. Worauf ich hinaus will, ist, daß auch die Bildung - an dieser Stelle als Teil der Kultur verstanden - ökonomisch betrachtet werden muß, das heißt, es sind Kooperations- und Koordinationsprobleme zu lösen. Und hier sind wir wieder bei der Tatsache angelangt, daß es - abgesehen von problematischen Mischformen - nur zwei Lösungsmöglichkeiten gibt. Wir haben auf der einen Seite die zentralistische Lösung der Kommandowirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft, ihr Hauptlenkungsmittel ist der Befehl und die Unterordnung (Das gilt letztlich auch für die Form des demokratischen Zentralismus.). Güter, Ansprüche auf Dienstleistungen (wie z. B. Bildung) und Chancen (z.B. für eine Berufslaufbahn) werden von oben mit einseitig von oben bestimmter Güte und zu von oben definierten Bedingungen zugeteilt. Und wir haben auf der anderen Seite die Markt- oder Verkehrswirtschaft als Steuerungssystem. Hier sind die Hauptsteuerungsgrößen die Einigung und der Vertrag und die Hilfssteuerungsgrößen, Preise, Kosten und Wettbewerb. Güter, Dienstleistungen und Chancen unterliegen keinem Zuteilungs- sondern einem Auswahlverfahren auf der Ebene der Nutzer, der Betroffenen.

31.3 Leider ist es so, daß unser Bildungssystem sehr, sehr stark an das Zentralverwaltungssystem angelehnt ist. Das ist so stark von den Bundesbürgern verinnerlicht, daß nur wenigen der Widerspruch zwischen dem realen Bildungssystem und der Idee, nein Ideologie von der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ auffällt. Vielleicht hat Heiner Aller, niedersächsischer Finanzminister, diesen Grundwiderspruch gemeint, als er auf dem SPD-Neujahrsempfang sprach. Im „Meerregion Stadtanzeiger“ in der Ausgabe vom 11. 1. 01 ist zu lesen:

„Aller warnte davor, bei der Bildungspolitik den Menschen zu suggerieren, dass durch Einstellung von tausenden neuer Lehrkräften Probleme gelöst werden können. Vielmehr müsse das Schulsystem in seiner Gesamtheit auf den Prüfstand gestellt werden. Der Finanzminister reagierte mit dieser Feststellung auf eine vorher von Birgitt Langridge erhobene Forderung an die Landesregierung, nicht mit 'populistischen Schnellschüssen im Bereich der Bildungspolitik für Unruhe zu sorgen'.

Heiner Aller warnend: 'Wer glaubt, dass nur mit Abschaffung der Orientierungsstufe die schulpolitische Welt wieder in Ordnung ist, der irrt. Das gesamte Schul- und Bildungssystem gehört auf den Prüfstand.'

Auch die Fragen, wo es hingehet mit der Hauptschule, wie es aussieht mit Ganztagsangeboten, wie es steht mit der Frage der Verknüpfung von Schule und Jugend- und Sozialarbeit, und wie man Schule und gesellschaftliches Leben stärker miteinander verknüpfen kann? - bei allen Dingen dürfe 'das Ergebnis nicht schon vor der Diskussion darüber feststehen'."

Das ist ja wohl auch eine Zusage aus dem niedersächsischen politischen Willensbildungszentrum, an ein wesentliches gesellschaftliches Problem ohne Tabus heranzugehen.

Oder ?

31.4 Wie schwer es ist, sich in der Bildungspolitik von alten Vorstellungen zu lösen, weiß ich aus eigener Erfahrung. Als ich mit Gerhard Glogowski im 17. Lehrgang der Akademie für Wirtschaft und Politik (AWP)³⁷ in Hamburg 1964/66 den Weisheiten des Lehrkörpers lauschte, habe ich mir schon Gedanken zu diesem Thema gemacht. Ich weiß es deshalb so genau, weil ich mich damals über Professor Bruno Molitor geärgert habe, da er die Frage der Steuerung öffentlicher Angelegenheiten durch das marktwirtschaftliche Prinzip dadurch lösen wollte, daß er (wohl mehr ironisch als scherzhaft) vorschlug, auch die Straßennutzung danach zu regeln, ins Lächerliche zog. Aber gerade weil solche Fragen nur an einem einzigen Tag in einer Vorlesung sichtbar wurden, haben sie mir keine Ruhe mehr gelassen. Erst als mir klar wurde, daß ein staatliches Bildungswesen wenigstens genau so viel Kosten verursacht wie ein öffentliches Bildungswesen in privatrechtlicher Trägerschaft, fand ich gedanklich den Weg zu einem freien Bildungswesen. Danach erschlossen sich mir - wie von selbst - andere Quellen. In der Dokumentation 11 finden Sie von mir ein Schreiben an die FDP über die Grundlagen einer freien Bildungslandschaft vom 5. 1.

37 Die AWP war ursprünglich ausschließlich eine Hochschule des zweiten Bildungsweges. An ihrer Entwicklung hat Karl Schiller mitgewirkt. Ralf Dahrendorf hat dort seine Hochschullehrerlaufbahn begonnen. Wissenschaftspolitisch war die AWP eigentlich das, was Lionel Honoré 1997 in seinem Buch „Die Ökonomie - eine Wissenschaft?“ fordert, eine Integration der Zweige der Gesellschaftswissenschaften. Das Studium dauerte zwei Jahre, aber mehr als 4 Semester. Ein Jahrgang umfaßte rund 100 StudentInnen. Diese Hochschule war wohl in Bezug auf die Karrieren der Absolventen am erfolgreichsten, als sie noch klein war. Ich habe im Mitgliederverzeichnis der Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP geblättert. Mein Blick blieb u. a. bei Roland Issen, dem DAG-Chef und Björn Engholm (beide 15. Lehrgang, also zwei vor meinem) hängen. Den Namen Hans-Olaf Henkel habe ich nicht gefunden, er ist wohl kein Mitglied des Förderer-Vereins geworden. Ein Teil der Absolventen hat weiter studiert, manche wurden Professoren, andere machten ansehnliche Karrieren in der Wirtschaft oder Politik oder wurden brave Funktionsträger in den Gewerkschaften. Und ich? Ich bin ein Ausrutscher in der Erfolgskurve der AWP-Statistik. Ob der Ausbau der AWP zur Hochschule für Wirtschaft und Politik zum üblichen Hochschulbetrieb eine gute Idee war? Ich habe da meine Zweifel. Der Erfolg der AWP war aber nicht nur durch Form und Inhalt verursacht, sondern die AWP war ein Magnet für jene junge Menschen die in der großen Zahl der Resignierten, die im regulären Bildungssystem gescheitert waren oder vor verschlossenen Bildungstüren gestanden und noch nicht aufgegeben hatten. Diese Magnet- oder Filterfunktion hat die heutige HWP wohl nicht mehr.

1972, dann ein Schreiben an den damaligen Kultusminister Peter von Oertzen vom 26. 7. 73 zum Vorentwurf Niedersächsisches Schulgesetz und aus dem Jahr 1984 Thesen zur grünen Bildungspolitik und weitere Ausarbeitungen zum Thema. Meine Schrift „Die freie Berufsbildungs-Assoziation“ habe ich 1982 als Berufsschüler in der Berufsschule für Bootsbauer auf dem Prival bei Travemünde verfaßt. Aber wichtiger als meine Papiere dürften für die Landtagsarbeit die aktuellen Beiträge der Aktion mündige Schule sein, die ich in der Dokumentation 6 untergebracht habe.

31.5 Ich konnte mich erinnern, das Walter Hirche (studierter Lehrer) heute Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen zu meinen „Skizzen ...“ Stellung bezogen hatte. Er war in der betreffenden Sitzung des Landesfachausschusses für Kultur und Bildungspolitik dabei. Ich stieß bei der Suche nach Hircches Stellungnahme auf einen Text 23. 3. 1974 vom damaligen Landesvorsitzenden der FDP und MdB, Rötger Groß. Ich zitiere daraus zur Bildungspolitik. Die Aussagen müssen parallel zu meinem Schreiben an Prof. von Oertzen vom 26. 7. 73 gelesen werden.

„Die CDU hat bis heute zum Schulgesetzentwurf der Landesregierung noch nicht einen einzigen Änderungsantrag eingebracht, obwohl sie im Lande selbst den Eindruck vermitteln möchte, daß allein sie eine konstruktive Alternative anböte.“ (S. 3, Ziffer 3.)

Es liegt erst wenige Tage zurück, daß die Landesregierung an einem „Bilanztag“ ihre Arbeit dargestellt hat. Das ist ihr gutes Recht. Es ist unsere Pflicht zu sagen, daß der Widerspruch zwischen Anspruch im Regierungsprogramm 1970 und Realität heute krass ist. Im Regierungsprogramm hieß es: „Wir wollen ein Reformklima schaffen, in dem wir ausführlich mit den Betroffenen diskutieren. Denn nur, wenn die Betroffenen sie mittragen, kann eine Reform gelingen.“ Ein solches Reformklima gibt es nicht. Das Übermaß der SPD brachte uns heute einen Reformverdruß. Wir Freien Demokraten wollen Reformen. Wird die Veränderung zum Selbstzweck - oder erscheint es so, das ist in der Wirkung gleich - dann gibt es diesen Verdruß, weil der Bürger all dies nicht mehr überschauen kann. Die SPD hat jene Diskussion mit den Betroffenen gerade beim Schulgesetz nicht ausreichend geführt. Die SPD - vor allem ihre Landtagsfraktion - die offenbar gespürt hat, daß die Bilanz gerade in der Bildungspolitik nicht so positiv aussieht, wie es in diversen Druckschriften so scheint, versucht in einem Schlußgalopp ein Schulgesetz durchzusetzen, von dem sie als vom Jahrhundertgesetz reden. Der Diskussionsbereitschaft des Regierungsprogramms spricht dies ebenso Hohn wie dem föderalistischen Gedanken. Und zu allem Überfluß sehen die Sozialdemokraten überhaupt nicht, daß ihr verwirrendes Spiel, die Unkenntnis der Bürger, der CDU ein dankbares Thema bietet. Die CDU hätte es weitaus schwerer, ihre Demagogie an den Mann zu bringen, wenn wirklich diese Diskussion in Ruhe stattfinden könnte. Dies sind die Maßstäbe, an denen wir dieses Gesetz messen:

1. Die Landesregierung behauptet, dieses Gesetz bringt durch die Stufenschule mehr Chancengleichheit. Auch die Offene Schule der F.D.P. ist eine Stufenschule. Aber ich muß hinzusetzen: Die Chancengleichheit verlangt nicht nur den Abbau von Bildungsschranken und die Beseitigung von Behinderungen, sondern die Chancengerechtigkeit fordert auch die Förderung des besonders begabten Schülers. Auch er hat einen legitimen Anspruch auf besondere Förderung.
2. Die Landesregierung behauptet, dieses Gesetz bringt mehr Demokratie. Nun, wir haben sofort nach Veröffentlichung des Vorentwurfs dieses Gesetzes im Frühsommer des letzten Jahres gefordert, daß Schülern, Eltern und Lehrern in allen Bereichen des Schulwesens gesetzliche]Mitbestimmungsrechte einzuräumen sind. Die SPD-Fraktion ist inzwischen diesen Forderungen weitgehend nachgekommen. Aber lassen Sie mich der Vollständigkeit halber auch dieses sagen: Die CDU versucht durch ihr Schweigen - Gegenvorschläge hat sie ja bis jetzt nicht veröffentlicht - den Eindruck zu erwecken, als wären die Forderungen des Landeselternrates oder des Verbandes der Elternräte der höheren Schulen schon immer auch ihre Forderungen. Nein, so einfach ist das nicht! Für uns gilt immer noch das, was Gustav Ernst am 8. April 1970 bei der Beratung des jetzt noch gültigen Elterngesetzes in der Plenarsitzung des Landtages gefordert hat: „Verweigert der Landeselternrat die Zustimmung zu einer Maßnahme der Schul- und Bildungspolitik, so hat erneut eine Erörterung gemeinsam von Kultusminister

und Landeselternrat stattzufinden. Wird die Zustimmung erneut verweigert, so kann nur das Landesministerium (das Kabinett) entscheiden.“

Das ist unsere Forderung von 1970, und die CDU hat damals, als sie mit Richard Langeheine den Kultusminister stellte, gegen uns gestimmt. Das muß man wissen!

3. Bildungs- und Schulpolitik sind kein Mittel zur ideologischen Veränderung der Gesellschaft, und schon gar nicht zur Systemveränderung, wobei einseitig immer nur unser Wirtschaftssystem gemeint ist.

Wir haben uns wegen der persönlichen Freiheit eines jeden Schülers immer gegen Bekenntnisschulen gewehrt; genau so werden wir uns immer auch schon gegen Ansätze einseitiger politischer Beeinflussung oder einer gezielten Lenkung der geistigen Grundlagen der Schule wehren, wenn solche auftreten.

Aus diesem Grunde fordert die F.D.P. ein zentrales Lernzielgremium auf Landesebene, dem Lehrer, Eltern, Schüler angehören müssen, um über zukünftige, niedersächsische Rahmenrichtlinien zu entscheiden.

Neine Damen und Herren! tut diesen hier nur kurz angesprochenen Grundsätzen verfolgt die niedersächsische F.D.P. keine utopischen, schlagzeilenträchtigen Wunschziele, Diese unsere Forderungen sind nüchtern und wirklichkeitsnah. Wir werden sie mit Verantwortung verfolgen.

Unsere Position ist klar: Wir lehnen eine vom Inhalt und von den Finanzen ungesicherte Zukunftsmusik in Gesetzesform ab. Wir warnen eindringlich davor, auf diese Weise den Rest an Reformbereitschaft zu töten. Denn nicht die Eiferer von heute werden die Reformen durchführen können, sondern die Mehrheit der Besonnenen. Die Eiferer sind ohnehin schnell frustriert und überlassen ihren Scherbenhaufen anderen. (S. 8-10)

Walter Hirche schreibt am 14. 10. 74: „Ihre Vorstellung zur Schulpolitik kann ich nur nachhaltig ablehnen, weil sie dazu führen müssten, den Leistungskampf in unseren Schulen zu institutionalisieren. Staatliche Organisation des Schulwesens ist im Prinzip unverzichtbar. Dies bedeutet nicht, dass die Bedingungen für die Arbeit von Privatschulen nicht verbessert werden können. Hierzu werden auch mit der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen entsprechende Gespräche geführt.“ (Hirche hat damals als Landesgeschäftsführer geschrieben.) Hirche übersah damals (und heute?), daß der Wettbewerb - von dem ich spreche - eine Bedingung der Freiheit ist (oder die Kehrseite der Medaille Freiheit wie der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Fridrichs einmal sagte. (Siehe Dokumentation 13, S.8) Den Leistungskampf hat Hirche in die Schulen tragen helfen, indem er als Mitglied des Bundestages und als Landeswirtschaftsminister wenig tat, den Druck von den Eltern und den Schulen zu nehmen, der von einer unheilvollen Ökonomie ausgeht und der schon die Erstkläßlern die Mahnung hören läßt, sie sollten ja ordentlich lernen, sonst würden sie keinen Arbeitsplatz bekommen, wenn sie den Mahlgang der Schule heil überlebt hätten. Ein Parteifreund, Dr. jur. und Geschäftsführer schrieb in der Zeit sinngemäß: „Ich möchte Ihnen heute nur kurz mitteilen, daß Sie mit Ihren Gedanken nicht alleine stehen. Andererseits sind ihre Gedanken so 'revolutionär', daß man einfach nicht erwarten kann, daß sie von heute auf morgen in das allgemeine Bewußtsein, auch einer FDP, eindringen werden. Geben Sie deswegen bitte nicht auf.“

31.6 „**Gabriel will Kindergeld in Anschaffung von Computern lenken**“ lautet die große

Schlagzeile auf der ersten Seite der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 18. 4. 2001.
Ich gebe nachfolgend jeweils die einzelnen Punkte mit einem Kommentar von mir wieder.

Hannover (mbb/kw). Ein schulpolitisches Aktionsprogramm hat sich der niedersächsische Regierungschef für die nächsten Wochen vorgenommen. Im Haushaltsplan 2002 sollten „deutliche Signale“ erkennbar werden, forderte Gabriel im Gespräch mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung:

Die Signale sind deutlich. Die Bildungspolitik wird die Ketten an den Beinen der Schulen nicht entfernen, allenfalls hier und dort lockern oder die Eisenreifen verschieben, damit die wundgescheuerten Stellen abheilen können.

- **Ganztagsbetreuung:** Angebote in den Haupt- und Realschulen sollten „konsolidiert und ausgebaut werden“. Der Ministerpräsident meint jedoch, bis zum Aufbau eines flächendeckenden Systems der Ganztagsbetreuung werde es „länger als zwei oder drei Jahre dauern“.

Ja es ist wie mit dem Trabbi in der DDR, man mußte lange warten, bis man ihn hatte, manche so lange, bis es den Trabbi und die DDR nicht mehr gab.

- **Naturwissenschaften:** Gabriel will allen Gymnasiasten auferlegen, bis zum Abitur mehr Naturwissenschaften als bisher lernen zu müssen. Die Schüler sollten mehr über Physik, Chemie und Biologie erfahren. „Mit der Wirtschaft will ich reden, wie sie das stützen kann, indem sie eventuell Lehrmaterial. Computer oder Lehrkräfte bereitstellt“, kündigt der SPD-Politiker an.

Auch Honecker wußte, was die Schüler der DDR zu lernen hatten. / Da in den Schulen nicht den neuesten Computer zum Einsatz kommen müssen, die Computer in den Unternehmen aber schnell veralten, ist es nicht unrealistisch, in dieser Beziehung Hilfe aus der „Wirtschaft“ zu erhalten. Eine Sammelstelle, die steuerlich anerkannte Spendenbescheinigungen ausstellen kann, würde den Schenkungswillen vermutlich stärken. / Natürlich sind in den Unternehmen Menschen, die mit ihrem Wissen den Unterricht bereichern könnten. Es würde den betreffenden Menschen aus den Betrieben und den Schülern gut tun. Nur ist die Situation heute meistens so, daß ein Ausfall - durch Fremdeinsatz - den Arbeitsdruck auf die am Ort verbleibenden Arbeitnehmer noch mehr erhöht. Der Preis für die Kurspflege der Aktien muß bezahlt werden. Den Letzten beißen die Hunde.

- **Schulzeit bis zum Abitur:** Gabriel will weniger als die bisherigen 13 Jahre. Wegen der vielfältigen Lehrplan-Verpflichtungen seien wohl nur 12,5 Jahre (wie in Rheinland-Pfalz) und nicht zwölf (wie in Sachsen und Thüringen) möglich.

Vielleicht kann man ja noch mit MP Gabriel handeln, so daß eine Schulzeit von 12,75 Jahre dabei rauskommt. Der Ministerpräsident trägt einen verpflichtenden Namen. Nachdem Neuen Testament kündigt er die Geburt Christi an, nach dem Koran ist er der Über-

bringer der Offenbarung. Das Minimum von dem, was er uns ankündigen könnte, wäre, daß die Abschlußprüfungen in den Schulen durch Eingangsprüfungen der nächst folgenden Bildungsstufe ersetzt würde, dann könnte jeder Schüler selber bestimmen bzw. herausfinden, wie lang sein jeweiliger Bildungsgang dauern muß. Die Offenbarung, die er allen jungen Menschen schuldig ist, ist die Einsicht, daß der Schulzwang nicht verhindern kann, daß viele nach langen - für manche quälenden - Jahren die Schule als Analphabeten und mit abhandengekommener natürlicher Lernlust verlassen werden.

- **Sekundarschule:** Vergangenes Jahr hatte Gabriel die Idee eines Zusammenschlusses von Haupt- und Realschule zur „Sekundarschule“ verkündet. Dagegen waren Vorbehalte laut geworden, etwa von Handwerksverbänden. Der Ministerpräsident sagt nun, er habe nie die „Sekundarschule für alle“ gefordert, sondern die Möglichkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen beiden Schulformen angesprochen. Ein Konzept wolle er „nur in Übereinstimmung mit der Wirtschaft“ durchsetzen. Außerdem werde es den Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen „nie gegen den Willen der Schulen und der Gemeinden als Schulträger geben“.

Die „Sekundarstufe für alle“ mag tatsächlich eine gute Idee sein. Aber sie ist vielleicht nur eine gute Idee von hundert oder hunderten. Wann lernt man in der Politik, daß es eine freie Bildungslandschaft nicht mit einem oder auch einem Dutzend Schultypen geben kann, genausowenig wie es ein Warenhaus mit einer oder einem Dutzend Waren geben kann. / Ganz egal, ob es sich um produzierte Güter oder Dienstleistungen handelt, es ist immer gut auf die Bedürfnisse jener Ebene zu achten, die die Güter abnehmen oder die Dienstleistungen in Anspruch nehmen soll. Aber so wie ich einen Bäcker meiden kann, weil er nicht nach meinem Geschmack backt, aber darum nicht das Recht habe, ihn in die Vorgänge seiner Backstube reinzureden, so auch die Wirtschaft nicht in die Schule reinzureden. Hier wäre es angebracht, wenn Gabriel „in Übereinstimmung“ nicht mit der Wirtschaft, sondern mit den Eltern und ihren Kindern käme.

- **Orientierungsstufe:** „Ganz am Ende“ der Schulreform soll nach Gabriels Ansicht die Abschaffung der Orientierungsstufe (OS) stehen. Dazu wolle er das Gutachten, das im Oktober vorliegen soll, abwarten. Das neue Schulgesetz solle dann 2002 wirksam werden, für die Abwicklung der OS werde es jedoch „Übergangsfristen“ geben. „Von einer Schulreform mit der Brechstange halte ich nichts“, betont Gabriel.

Warum versucht man es nicht mit einem offenen Angebot der Orientierungsstufe? Lehrer, die die OS gutfinden, bieten eine an, Eltern und ihre Kinder, die ein solches Angebot gut finden, machen davon Gebrauch. Das einzige, was das Parlament zu tun hat, ist, zu erkennen und zu sagen: „Die Bildung ist frei“

- **Kindergeld-Idee:** Gabriel läßt prüfen, ob man nicht einen Teil des Kindergeldes dazu nutzen kann, einen Fonds für die Computer-Ausstattung der Schulen zu bilden. „Wen man von 30 Mark Kindergelderhöhung fünf oder zehn Mark abzweigt, könnten die Klassen besser mit Computern be-

stückt werden“, meint Gabriel. Das Landesamt für Statistik werde diesen Vorschlag jetzt unter die Lupe nehmen, meint der Ministerpräsident. Für die Schulkinder sei es wichtig, ständig Zugriff zum Internet zu haben. „Da reicht eine Wochenstunde im Computerraum nicht aus“, sagt der Regierungschef. Wichtig sei auch, dass die Wirtschaft ihren Teil beitrage und beispielsweise Fachleute abstelle, die im Unterricht Eindrücke von der Arbeitswelt vermittelten.

„Gabriel stiftet Verwirrung“ titelt die HAZ in der Ausgabe vom 19. 4. 01 zu diesem Abschnitt. „Denn Kindergeld ist eine reine Bundesangelegenheit und unterliegt nicht dem Zugriff des niedersächsischen Regierungschefs. ... Als 'verspäteten Aprilscherz' werteten sowohl die Sozialausschüsse der CDU wie auch die Landesvorsitzende der Grünen, Heidi Tischmann, die Idee Gabriels. Tischmann meinte, wenn Teile des Kindergeldes für die Anschaffung von Computern abgezackt würden, 'kann man ebenso gut fordern, Teile der Ministerbezüge für ihre Büroausstattung zu verwenden'.“

Heidi - die aus dem hiesigen Ortsverband der Bündnisgrünen kommt - hat gut pariert, nur hat sie übersehen, daß die Gedankengänge, Gabriels heutigem politischem Standarddenken entspricht. Wenn die Grünen die Mineralölsteuern herauf setzen, um die Mehreinnahmen in die Sozialkassen fließen zu lassen, dann ist das ein vergleichbarer Vorgang. Die Verwischung der Grenzen zwischen dem, was der Staat darf und was nicht, und die Unklarheit darüber, was Mein und Dein ist (Ich habe das Problem schon an anderer Stelle angesprochen.) ist der Fluch, der mit der Fiskalpolitik als politischem Gestaltungsinstrument über uns gekommen ist.

Eine andere Frage ist, ob der Ministerpräsident die Bedeutung des Computers für die Schüler, die Schulen und danach für den Beruf richtig einschätzt und ob Schüler, Eltern und Lehrer gezwungen werden dürfen, seiner Einschätzung zu folgen. Ich selber bringe diesen Text mittels PC zustande. (Bleibe im Bezug auf den Computer ein ewiger Anfänger.) Meine Frau hat - als sie nach dem zweiten Staatsexamen als Lehrerin keine Anstellung bekam, eine weitere Ausbildung im Bereich der EDV gemacht und arbeitet seitdem in einem Großbetrieb mit Großrechner als Programmiererin - das heißt seit ein paar Monaten arbeitet sie in einem internationalen Team mit Englisch als Arbeitssprache und 12 Stundentag, um das unternehmensintern entwickelte Programm auf SAP umzustellen. Mein Großer von den jüngeren Kindern, der in diesem Moment- wo ich die Zeilen schreibe - in der Abi-Abschlußklausur Chemie sitzt, hat sich die Computerkenntnisse nebenbei so gut angeeignet, daß er für den Großvater, die großen Geschwistern und andere als Berater fungiert. Meinen 15jährigen Sohn muß ich häufig um Mitternacht ermahnen, daß er aus dem Netz raus und in das Bett hinein gehen soll, damit er nicht in der Schule einschläft. Und die jüngste zehnjährige Tochter gibt ihrer achtjährigen Nichte (eines meiner bisherigen 8 Enkelkinder) Anweisungen für die Computerspiele. Wir sind

also eine computerfreundliche (oder pc-verseuchte) Familie. Und doch denke ich, daß der ganze Computerkram überbewertet wird. Außerdem kennen wir nicht die Langzeitwirkungen von PCs und ihren Anwendungen sowohl im Guten wie im Bösen, psychisch wie physisch. Entscheidungen für oder gegen den Computer müssen nebeneinander bestehen können. Eine computerfreie Schule muß auch in Zukunft eine Chance haben und die Schulen mit Computern dürfen nicht zu Absatzförderern der Computerindustrie verkommen. Ich selber halte es z.B. für genauso wichtig (oder noch wichtiger als PC-Kenntnisse) als Nachweis für die Hochschulreife, daß die KandidatInnen in der Lage sind, für eine Woche den Hausmeister, eine Putzfrau, die Köchin oder den Geschirrspüler in der Schule ohne Beanstandungen zu vertreten. Ich hätte meine Kinder gerne auf eine Schule geschickt, wo sie ab dem 14. Lebensjahr parallel zur Allgemeinbildung eine Berufsausbildung hätten absolvieren können. Aber auch so eine Schule kann in einer freien Bildungslandschaft keine Allgemeingültigkeit beanspruchen.

31.7 Mein „Großer“ (er ärgert sich, daß der jüngere Bruder ihm über den Kopf wächst) hatte aus dem Internet das Rezept „Cola Huhn“ von der Newgroups: de.rec.sport.segeln runtergeladen. Ich sollte das kochen, wünschte er sich. Ich habe mich erst innerlich geschüttelt, als ich las: Hühnerbrustfilet in eine Auflaufform, reichlich mit gewürfelten Zwiebeln abgedeckt, darauf eine Mixtur 1:1 aus Ketchup und Cola. Alles zusammen im Backofen garen und hinterher mit Baguettes servieren. Da er sich auf die Abi-Klausuren vorbereitete, hatte er ein Anrecht auf Verwöhnung. Ich habe das Gericht bereitet. Es schmeckte sogar gut. Den Lohn für meine Bemühung bekam ich aber beim Kaufmann, als ich die Zutaten besorgte. Da schaute mir aus dem Zeitschriftenregal das Heft 15/2001 von FOCUS entgegen. „Höllensjob Lehrer“ war von weitem zu lesen. „Überfordert, verspottet, ausgebrannt“ – „Wer ist schuld an unserer Schulkrise?“ Na, eigentlich braucht man das Magazin ja gar nicht zu kaufen. Wenn die Schuld nicht bei den Links- oder Rechtsextremisten unterzubringen ist, dann sind es eben die anderen. Und zu den anderen gehört man definitionsgemäß selber nicht. Aber vielleicht schafft auch hier eine Lichterkette oder ein Voodoo-Zauber ist erwirkt das gewünschte Ergebnis.³⁸ Es beruhigt jedenfalls die Leute, wenn endlich etwas getan wird. Der Leitartikel selber? Nun, er benennt die Symptome aber mehr auch nicht. Aber dann doch noch der große „Lichtblick“: „KMK-Chefin Annete Schavan plant eine Image-Kampagne für Lehrer und setzt auf Leistungsprämien und höheren Refe-

³⁸ Dank unserem MP, weiß ich jetzt sogar wie das Wort geschrieben wird. Als Engel darf er natürlich ein Voodoo anwenden, versteht sich.

rendargehälter“, sie hat also wie der Bundeskanzler für den Bereich Wirtschaftspolitik für den der Bildungspolitik entdeckt, daß sie halb aus Psychologie besteht. Hier ein Ausschnitt aus dem Interview:

Schavan: Es gab in den 90er- Jahren zu viele negative Signale. Referendare bekamen weniger Geld, Lehrer wurden nur auf Teilzeit engagiert oder erhielten gar keine Stelle. Ist doch klar, dass die Abiturienten auf diese Attraktivitätskiller reagiert haben. Jetzt sind wir dran. Mit Leistungselementen in der Besoldung, mit dem Abbau der Zwangsteilzeit und angemessenen Referendargehältern.

FOCUS: Es geht also doch ums Geld?

Schavan: Es soll keiner glauben, dass wir das Problem allein über die finanzielle Seite lösen können. Geld ist nur ein Aspekt. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass wir Stimmung machen für Bildung. Und wir brauchen einen didaktischen Schub. Wir müssen den Unterricht so weiterentwickeln, dass wir die Schüler in ihrer Neugierde und ihrem Leistungsvermögen wirklich ansprechen.

FOCUS: Wie sollen Lehrer das schaffen? Sie werden derzeit eher verspottet.

Schavan: Zu der Atmosphäre, die ich mir vorstelle, gehört die Anerkennung der pädagogischen Professionalität. Eine Gesellschaft, in der jeder meint, besser zu wissen als die Lehrer, wie es in der Schule zugehen soll, schadet der Schule. Ihr Erfolg hat auch zu tun mit dem Ansehen von Lernen und Leistung und dem Ansehen, das die Pädagogen genießen.

FOCUS: Und das will die Kultusministerkonferenz nun wieder aufpolieren?

Schavan: Korrekt. Die Vorbereitungen für eine Image-Kampagne laufen. Im Mai werden wir ein Konzept diskutieren. Ich kann mir zum Beispiel langfristige Anzeigenkampagnen vorstellen - mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die die pädagogische Arbeit auch als Kulturleistung würdigen.

FOCUS: Denken Sie an eine Neuauflage der Ruck-Rede?

Schavan: Nein. Wir sollten Sportler, Schauspieler von Fernsehen, Film und Bühne gewinnen oder einflussreiche Medienvertreter. Und jeder sollte sich mal überlegen, ob es geistreich ist, unentwegt zu erklären, dass man alles, was man geworden ist, trotz - und nicht wegen - der Schule geworden ist. Schule hat den Auftrag, das Fundament zu legen. Es ist schon wahr, dass das nicht nur Spaß macht. Schule muss Leistung einfordern, dazu gehört auch der Widerspruch.

FOCUS: Laden die Eltern zu viel Verantwortung bei den Lehrern ab?

Schavan: Ich beteilige mich nicht an Schuldzuweisungen. Mal sind es die Lehrer, mal die Eltern - Schluss damit.

FOCUS: Bildungsforscher kritisieren, dass Eltern ihre Kinder nicht ausreichend erzogen zur Schule schicken.

Schavan: Für mich sind Bildung und Erziehung eine Einheit. Beim Stichwort Erziehung fällt mir aber nicht in erster Linie die Schule ein. Eltern sind die Erziehungsberechtigten und müssen diese Verantwortung wahrnehmen.

FOCUS: Wie wollen Sie Mütter und Väter motivieren?

Schavan: Indem wir ihnen Schulen präsentieren, an denen Eltern, Lehrer und Schüler seit Jahren gut zusammenarbeiten und gemeinsam eine Schulkultur entwickelt haben. Diese Schulen gibt es. Da stimmt nicht nur die Atmosphäre, sondern auch die Leistung. Ich wünsche mir eine Fernsehserie, die diese Schulen präsentiert und zeigt, dass es geht.

FOCUS: Reichen solche bewusstseins-bildenden Maßnahmen aus?

Schavan: Wir können Stimmung doch nicht von oben verordnen. Wir müssen versuchen mitzureißen. Ich sage Ihnen, in Deutschland findet an dem Tag eine Kulturrevolution statt, an dem Politiker gut über Lehrer und Lehrer gut über Politiker reden. Sie werden sich wundern, welchen Eindruck das auf die jungen Menschen macht.

31.8 Ich stimme Frau Schavan aber völlig zu, wenn sie sagt, daß Bildung und Erziehung eine Einheit sind, sowohl in der Schule wie auch Zuhause. Und damit haben die Schulprobleme nicht nur ordnungspolitische und ökonomische Ursachen, sondern auch vorschulische Aspekte. Ich will versuchen, es mit zwei Bildern ausdrücken. Im ersten Bild ist das Kind, das eingeschult wird, ein Objekt, im zweiten Bild ein Subjekt. Wenn ein Tischler eine Bohle angeliefert bekommt, die ausreichend lange und trocken gelagert wurde, die

astfrei ist und auch nicht aus einem Baum mit Drehwuchs gesägt wurde oder Trockenfäule hat, dann hat er eine viel größere Chance, ein erstklassiges Werkstück zu fertigen, als wenn er eine mit vielen Fehlern behaftete Bohle angeliefert bekommt. Ein junger Baum, der an einem Platz gewachsen ist, der Entfaltungsmöglichkeiten für all seine Triebe hatte und dazu guten Boden bot, der gelernt hat, dem Sturm und der Schneelast elastisch zu trotzen, der wird auch an einem anderen Standort mit ungewohnten Belastungen besser fertig, als ein junger Baum aus einer einengenden Schonung, in der die Bäume so dicht gepflanzt sind, daß sie gezwungen werden, nur nach oben zu wachsen. (Und darum müßte man auch nicht Schonung, sondern Zwingung sprechen.) Aber absurd anzunehmen, Elternpaare oder Elternteile würden absichtlich krumme, untaugliche Bretter in der Tischlerei *Schule* abliefern, und genausowenig haben sie Freude daran, ihren Abkömmling als spackeligen Baum auf dem Schulhof zu sehen. Mit Schuldzuweisungen sind die offenen Fragen tatsächlich nicht zu klären, die Verhältnisse nicht zu ändern.

31.9 Aber bevor ein radikales Umdenken möglich wird, wie es die Sozialministerin Gitta Trauernicht in Bezug auf den Rückgang der Geburten (von der die Zahl der Schüler abhängt) fordert, ist Ursachenforschung angesagt. Hören wir erst einmal, was Trauernicht via HAZ (19. 4. 2001) zu sagen hat:

Hannover (mbb). Die Zahlen sprechen für Sozialministerin Gitta Trauernicht eine deutliche Sprache - die deutsche Gesellschaft ist nach ihren Worten bald drastisch überaltert. „1970 standen statistisch noch 2,7 Erwachsene einem Kind gegenüber, im Jahr 2000 waren es schon 4,2 Erwachsene.“ Der Anteil der 18-jährigen an der Gesamtbevölkerung sei im gleichen Zeitraum von einem Viertel auf weniger als ein Fünftel zu rückgegangen: „Dagegen müssen wir etwas tun, auch in den Köpfen“. Deshalb will die Sozialministerin jetzt „Bündnisse für ein Leben mit Kindern“ ins Leben rufen. Natürlich sollen die freien Wohlfahrtsverbände angesprochen werden, aber noch wichtiger erscheint Trauernicht die Teilnahme der Wirtschaft an diesen Runden. Denn die Tatsache, dass nur 1,5 Prozent der Männer Erziehungsurlaub nahmen, habe mit dem zu geringen Ansehen der Familienarbeit zu tun. „Da muss sich etwas tun, denn ohne die Männer geht es nicht“, sagt Trauernicht. Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels müsse es im Interesse der Wirtschaft liegen, dass Frauen nicht durch eine zu lange Babypause ihr Wissen verlieren, welches sie in den Betrieben erworben haben. In Gesprächen mit der Wirtschaft will Trauernicht ausloten, was neben dem Staat private Firmen beitragen könnten - etwa zur Ganztagsbetreuung von Kindern. „Natürlich sind hier Land und Kommunen in der Pflicht, aber große Unternehmen entwickeln schon selbst Aktivitäten.“ Kleinere Firmen könnten so Trauernicht, immerhin in Netzwerken mitwirken. Ein gutes Beispiel liefere der Verein Familienhilfe in Ostfriesland. „In diesem Verein sind 120 Firmen im Raum Leer Mitglieder. Sie sichern Frauen, die nach der Bahypause wieder in ihren Job zurück wollen, eine Tagesbetreuung der Kinder zu - vorbildlich.“

Den Kommunen verspricht Trauernicht, dass das Land nicht die Mittel für die Kinderbetreuung kürzen werde, ob wohl in Niedersachsen der Anteil der bis zu sechs Jahre alten Kinder in den nächsten sieben Jahre um etwa 16 Prozent zurückgeht. Etwa 250 Millionen Mark schießt das Land derzeit für die Kinderbetreuung zu - ein Fünftel der Gesamtkosten. Allerdings sollten auch die Kommunen nicht angesichts des Bevölkerungsrückgangs ihre Mittel verringern, sondern umschichten. „Wir brauchen bei der Kinderbetreuung eher eine Ausweitung.“

Unsere Sozialministerin hat mit Ihren Aussagen eher die Sozialversicherungen und die Frauenförderung im Blick und nicht die Schule. Ich habe zuletzt von der Qualität der „Vorprodukte“ die die Familie „erzeugt“ und die diese zur „Weiterverarbeitung“ an die

Schulen liefert, gesprochen. Frau Trauernicht spricht ungewollt von der Quantität der „Vorprodukte“. Die Qualität ist oder scheint heute und Quantität ist oder scheint morgen zu gering zu sein. Gestern war es wohl, als in der Zeitung zu lesen war, daß eine Ober-
schülerin ein Kind geboren hat und in einem Karton sterben ließ. Diese und ähnliche

HAZ

Leserbriefe

79.4.2007

Kinderwunsch entspringt privaten Motiven

Zu dem Leitartikel „Was wird aus den Deutschen?“ (Die Folgen der Pille) vom 7. April:

„Kinderlose Deutsche leisten nichts für die Gesellschaft und müssen daher künftig schlechter gestellt werden.“ Dies ist die Kernaussage Ihres Leitartikels. Ich kann mich dieser Auffassung nicht anschließen.

Kinder sind zuallererst Privatsache. Weder Zeugung noch Schwangerschaft oder Kindererziehung sind von dem Gedanken der Eltern geprägt, einen gesellschaftlichen Beitrag zu erbringen oder gar die Leistungsfähigkeit des Sozialversicherungssystems aufrechtzuerhalten. Die Entscheidung für ein Kind entspringt ausschließlich privaten Motiven.

Dies gilt umgekehrt aber auch für die

Entscheidung, kein Kind haben zu wollen. Staat und Gesellschaft haben kein Recht, diese höchst persönliche Entscheidung durch Schlechterstellung der Kinderlosen zu sanktionieren. Außerdem leisten auch Kinderlose ihren gesellschaftlichen Beitrag: Sie zahlen ihre Steuern, Abgaben und Beiträge bereits jetzt und stellvertretend für alle, die sich zwecks Kindererziehung zeitweilig aus diesem System ausklinkt haben.

Eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft, das ist richtig. Aber in der Gegenwart braucht es Menschen, die durch ihre Arbeit das Auskommen derer sichern, die sich für Kinder entscheiden. Diese Menschen dürfen nicht diskriminiert werden.

Langenhagen Sören Jungjohann

Lebensplanung ist wichtig

Zu dem Leitartikel „Was wird aus den Deutschen?“ (Die Folgen der Pille) vom 7. April:

Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Autor mit den „neuen“ selbstbewussten Frauen ein Problem hat und diese lieber in der Küche als im Job sieht. Außerdem gibt er berufstätigen Frauen die Schuld daran, wenn Kinder straffällig werden oder Drogen konsumieren. Wenn Herr Mauersberg auch nur eine Studie über das Aufwachsen und Verhalten von Kindern berufstätiger Mütter gelesen hätte, müsste er wissen, dass meist genau das Gegenteil, nämlich selbstbewusste, kreative und offene Kinder, daraus hervorgehen werden.

Ich spreche Herrn Mauersberg nicht

ab, dass mehr Kinder zu begrüßen wären. Nur ein Kind zu zeugen ist keine Entscheidung, die man unüberlegt treffen sollte. Zeit, Geduld und sicherlich auch Geld sind Faktoren, die für ein Kind sprechen. Sind diese nicht vorhanden, ist es doch klüger, erst mal auf Nachwuchs zu verzichten, anstatt im Nachhinein das Kind für spätere Probleme verantwortlich zu machen. Sicherlich werden die „Zufallskinder“ auch groß, aber eine Lebensplanung ist doch wichtig.

Zu bemerken ist auch, dass Kinder keinesfalls ein Garant sind, im Alter um-
sorgt zu sein. Ich spreche durch meinen Beruf aus Erfahrung.

Lehrte Kristina Wendehorst

Nachrichten, auch über die Babyklappe, weisen auf gravierende Mängel in der Reproduktion der Generationen hin. Auf die ökonomischen Probleme der Eltern bin ich schon weiter oben eingegangen, aber auch auf die pädagogischen Unsicherheiten bei den Eltern.

Wir müssen aber wohl bei der Klärung nicht nur im vorgeburtlichen Zeitraum anfangen, sondern schon in der Zeit vor der Zeugung. Der Geschlechtstrieb als Grundtatbestand scheint immer noch nicht akzeptiert zu sein. Das ungeplante und / oder das uneheliche Kind wird wohl immer noch als Bedrückung oder Schande empfunden. Daß auch ein Kind aus einer Vergewaltigung ein glückliches Kind werden kann, scheint vielen undenkbar zu sein.³⁹ Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Schwangerschaftsverhütungen und – Unterbrechungen schon zu allen Zeiten praktiziert worden sind und oft nur von den Herrschenden „moralisch“ verurteilt und strafrechtlich verfolgt wurden, weil ihnen dadurch der Nachwuchs von Arbeitskräften (heute Zahlern in die Rentenversicherung) verloren gingen (heute gehen). Weder eine rigorose Geburtenkontrolle wie in China noch die Diskriminierung der Kinderlosigkeit bei uns ist erfreulich. Tatsache ist aber auch, daß Schwangerschaftsabbrüche häufig eine große und langdauernde psychische Belastung sind. Übersehen dürfen wir bei den Klagen über die geringe Geburtenrate auch nicht, daß nicht wenige Frauen oder Eheleute unter ungewollter Kinderlosigkeit leiden. Der Kindersegen eines Volkes, die Entwicklung der Kinder in der Vorschulzeit und die Elternarbeit während der Schulzeit hängen also von individuellen psychischen Einstellungen, vom sozialpsychologischen Klima und von ökonomischen Gegebenheiten ab. Es ist nützlich, zu diesem Thema gezielt Forschungskapazitäten einzusetzen und sich in der Politik darüber Gedanken zu machen, welche Rahmenbedingungen geändert werden müssen, aber die wesentlichen Änderungsimpulse können weder aus der Forschung noch aus der Politik und schon lange nicht von „Bündnissen“ kommen. Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem - wenn das Postulat vom mündigen Bürger noch etwas gelten soll - von der Basis her nicht nur die Gesamtverfassung, nicht nur die Bildungsverfassung, nicht nur die Verfassung der sozialen Absicherung, sondern auch die Verfassung der kleinsten Zellen, Familien genannt, in vielen parallel laufenden Gruppen erarbeiten müssen. Wenn die Paare, die schon ein Kind haben, oder jene, die noch kein Kind haben, im direkten Gespräch oder bei der Erarbeitung einer realistischen Werteskala der Familie erfahren, daß ihre Sorgen, Ängste, Hoffnungen und Freuden auch die der anderen sind, dann werden sie vielleicht auch Mut zu einem neuen Erdenbürger bekommen. Bei den von Sozialministerin Trauernicht angestrebten Bündnissen wird es aber so sein, daß die Teilnehmer vor dem Mikrofon und vor laufender Kamera alle schwören werden, etwas zu tun, und nach dem Abschminken werden fast alle denken, laßt mich doch in Ruhe, ich

³⁹ Mir scheint, es gibt eine Art Thematisierung von negativen Ereignissen und Erscheinungen, die kontraproduktiv wirken. So wird unterschwellig suggeriert, daß eine durch Vergewaltigung geschwängerte Frau, die keine seelischen Störungen zeigt und keinen Widerwillen gegen die Schwangerschaft entwickelt, nicht normal ist. Sie muß also so lange bearbeitet werden, bis alle erwarteten Symptome sichtbar werden.

habe schon genug am Hals. Das Verhalten der Teilnehmer aus den Unternehmen wäre aber gleich ein anderes, wenn wir eine Vollbeschäftigung mit Arbeitskräftemangel hätten. Das muß man gar nicht verurteilen. Wirtschaftsunternehmen sind zwar auch ein Sozialgebilde, aber nicht dafür vorgesehen, Sozialpolitik zu betreiben. Und mit dem Begriff Vollbeschäftigung wäre ich wieder beim Thema *Versagen der Gesellschaftswissenschaften*. Aber das Thema soll hier nicht wieder aufgegriffen werden. Trotz meiner Skepsis gegenüber „Bündnissen für ...“ finde die Arbeit des im HAZ-Berichtes erwähnten Vereins Familienhilfe Ostfriesland gut. Und niemand sollte daran gehindert werden, ebenfalls etwas Gutes zu tun. Die Hauptentlastung muß aber durch das marktwirtschaftliche Steuersystem kommen. Wenn die Eltern in die Lage versetzt werden, für einen Preis, der die Kosten deckt, stundenweise eine Kinderfrau, einen Putzmann, einen Kindergartenplatz, oder einen Platz in einer freien Schule Nachfrage zu halten, dann wird es da auch keinen Mangel in diesem Bereich geben. Für die Finanzminister wird die Angelegenheit eher billiger als teurer.

31.10 Ein Konfliktthema, das von der Schule den Familien implantiert wurde (immer wieder wird), sind die Hausaufgaben. Wenn ich richtig orientiert bin, sind die Hausaufgaben anders als der Schulzwang nicht gesetzlich fixiert. Aber die gesetzliche Verankerung ist mir hier auch eine Nebensache. Es geht um Folgendes: Es gibt Kinder, die machen ihre Hausaufgaben (die Schulaufgaben sind eine Verdrehung der Begriffe wie bei Arbeitnehmer / Arbeitgeber) so nebenbei, daß man es gar nicht merkt. Und es gibt Kinder, die bringen mit ihrem Widerwillen gegen Hausaufgaben die ganze Familie in Aufruhr, und das schultäglich. Es gibt Eltern bzw. Elternteile, die sind der Auffassung, Schulaufgaben sind Aufgaben der Kinder, und es gibt solche, die diese Aufgaben als eine Familienangelegenheit und als eine Förderungsmöglichkeit für ihre Kinder sehen. Und noch andere Eltern meinen, die erforderliche Übungen sollten in der Schule erfolgen. Der Nachmittag sei frei zu halten für das Spielen und für kleine Pflichterfüllungen für das Haus (also für echte Hausaufgaben)⁴⁰. Auch hier wäre ein Klärungsprozeß nötig mit echten Wahlmöglichkeiten, und nicht nur die Verweigerungshaltung wünschenswert. Die Schule beansprucht zu viel Zeit, weil zu viele Ansprüche an sie gestellt werden. Dabei ist die musische Bildung und der Sport fast nur noch ein Merkposten auf dem Stundenplan und müssen von der Familie organisiert werden, ohne daß sie als „Hausaufgaben“ gewertet werden. Wir haben heute also eine Überforderung der Kinder und Eltern mit Aufgaben für die Schule

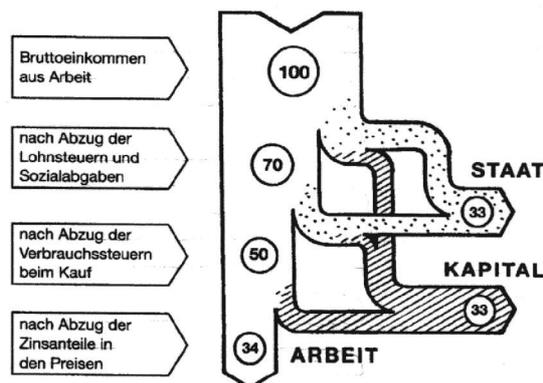
⁴⁰ Mit dem Thema Kinderarbeit haben wir auch wieder die in der vorhergehenden Fußnote angesprochene kontraproduktive Verarbeitung einer negativen Erscheinung. Soweit die Arbeit kindgerecht war, war sie in der Vergangenheit immer ein Mittel der Erziehung (das sich auch antipädagogisch begründen läßt) und der Entwicklung von Selbstwertbewußtsein.

jedoch eine Unterforderung mit echten Hausaufgaben, mit Diensten für die Familie.

31.11 Zwei Ideen von mir möchte ich an dieser Stelle noch loswerden. Die eine ist schon alt und ist 1970 bei der gedanklichen Auseinandersetzung mit Thema „Beriebs eigener Kindergarten“ entstanden. (Anhang 10) Die andere erst in letzter Zeit. Ich weiß gar nicht mehr, ob im Zusammenhang mit diesem Schreiben oder weil ich mit meinem jüngsten Sohn aneinander geraten war. a) Die erste Idee: Kindergärten nicht mehr als kommunale Einrichtungen zu betreiben, sondern als autonome (neben den Kindergärten der Kirchen und Wohlfahrtsverbände), sagen wir Genossenschaften, die entweder vom Personal oder einem Träger - in dem das Personal und die Eltern Mitglieder sind - betrieben werden. Es gäbe dadurch weniger Bürokratismus, aber mehr Freiräume, und keine Streitereien um Standards in den Kindergärten. Großeltern und andere Förderer erhielten für die Zeit ihrer Enkel oder Patenkinder, Anteile am Vermögen des Kindergartens zu zeichnen. Diese Anteile würden dann wie eine Stafette durch die Existenzzeit des Kindergarten getragen. Die Anteile könnten dinglich gesichert werden, im Zins variabel gestaltet werden von 0% über Inflationsausgleich bis hin zum Satz für langfristige Spareinlagen. Ich habe damals auch vorgeschlagen, den Kauf von Anteilen mit Bausparverträgen als steuerlich anerkannt zu genehmigen. Heute würde ich ergänzen und sagen, daß die Kommunen auf diese Weise einen Teil ihrer Schulden tilgen könnten. b) Die jüngere zweite Idee ist das Kinderhaus. Vor Jahrzehnten habe ich einmal eine Schrift gelesen, in der ein Modell einer Siedlung vorgestellt wurde, wo Kinder und Erwachsene getrennt wohnten. Die Kinder regelten ihre Angelegen ganz unter sich und wohnten im Kinderhaus. Ich halte es für möglich, daß das unter günstigen Umständen funktionieren könnte. Wenn ich aber an meine Einsätze in den Erziehungsheimen in Freistatt und im Landesjugendheim in Göttingen denke, dann halte ich auch die Entwicklung unerfreulicher Herrschaftsverhältnisse innerhalb einer solchen Kindergruppe für möglich. Aber diese Erinnerungen und Überlegungen lieferten einen Baustein für die Idee Kinderhaus in anderer Form. Ein weiterer gedanklicher Baustein wurzelt in der Erinnerung an einen früher häufig gebrauchten Spruch: „Es wird Zeit, daß Du Deine Füße unter fremder Leute Tisch steckst.“ Dahinter steckt die Erfahrung, daß Kinder sich draußen und zu Hause sehr verschieden benehmen, bzw. benehmen können. Wenn der Erziehungsprozeß gut läuft, haben die Eltern das Vergnügen, das unangenehmere Verhalten der Kinder zu ertragen, besonders in der Pubertät. Konnte früher die Mehrzahl der Eltern davon ausgehen, daß ihre flügge aber auch aufmüpfig werdenden Kinder mit 14 Jahren außer Haus in die Lehre gingen, hat sie heute das Vergnügen, sie weit über das 20. Lebensjahr im Hause zu haben. Hinzukommt, daß Eltern so gut wie keine

Sanktionsmöglichkeiten für unerwünschtes Verhalten der Kinder haben. Prügeln dürfen sie nicht mehr, das Schimpfen ist natürlich auch schädlich. Wenn das Taschengeld nach Wohlverhalten gezahlt würde, würde auch gleich gerufen: „Unmöglich!“ Es gibt also Situationen, in denen es zur Klärung und Entspannung in der Familie gut wäre, wenn man sagen könnte: „Ab ins Kinderhaus!“ (für einen Tag, für zehn oder hundert Tage.) Diese Kinderhäuser sollten keine staatlichen Einrichtungen sein, sondern Dienstleistungsunternehmen von Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, Erziehern und sonstigen Menschen, die hier nützlich sein können. Solange wir die jetzigen Steuergesetze haben, müßte dafür natürlich ein gemeinnütziger Verein gegründet werden, weil sonst die Steuerlast so ein Vorhaben gleich wieder torpediert. In diesen Kinderhäusern sollte eine emotionale Wärme herrschen, aber eine spartanische Lebensführung. Aber solche Kinderhäuser müßten umgekehrt auch für Kinder eine Möglichkeit sein, für eine befristete Zeit den Eltern ausweichen zu können. Und es müßte der Öffentlichkeit klar gemacht werden, daß solche Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Kinder etwas ganz Normales sind und die befristete Ausquartierung ins Kinderhaus keine Schande ist, sondern als Vermeidungsstrategie für starke Konflikte und großen Stress von Mut und Klugheit zeugen. Aber ich fürchte, es wird lange dauern, bis die ersten Kinderhäuser ihren Betrieb aufnehmen. Die Familien werden weiterhin mit den durch Filme vermittelten unrealistischen Leitbildern von guterzogenen Kindern überfordert werden.

Darstellung 20:
Schemaaufteilung der Bruttoeinkommen



Das Ergebnis ist, dass der arbeitenden Bevölkerung, nach Abführung der Anteile an das Kapital und den Staat, real nur noch rund ein Drittel an reiner Kaufkraft verbleibt. Das heißt, grob betrachtet verteilt sich die gesamte volkswirtschaftliche Leistung im Endeffekt mit rund je einem Drittel auf die Arbeit, den Staat und das Kapital. Während jedoch – wie vorstehend beschrieben – der Staatsanteil weitgehend wieder der Allgemeinheit zugute kommt, konzentrieren sich die Kapitaleinkünfte letztlich überwiegend bei der besitzenden Minderheit.

Aus: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, S. 161

32. Kurze Anmerkung zur Berufsbildung

32.1 Daß ich selber für die Integration von Praxis und Theorie bin, kann man aus vielen Bemerkungen dieses Schreibens ableiten. Ich bin aber auch gegen Ideologien in der Berufsbildung, auch wenn diese den Namen *duales System* tragen. Abgesehen davon, daß die duale Berufsausbildung meistens noch ein oder zwei weitere Systemkomponenten hat, gilt auch in der Berufsausbildung: Viele Wege führen nach Rom. Oder anders ausgedrückt, ein Berufsbildungssystem ohne Wettbewerb ist freiheits- und leistungsfeindlich. Dabei fehlen Optimierungsdruck und Wahlfreiheit. Nun haben ja unsere allgemeinen ökonomischen Probleme wenigstens ein Gutes gehabt, sie haben uns eine - wenn auch begrenzte Vielfalt - der Ausbildungsgänge beschert. Da ich hier nicht auf dem laufenden bin und es bestimmt Übersichten gibt, will ich gar nicht versuchen, diese zu beschreiben. Ich muß bezüglich meiner eigenen Überlegungen im wesentlichen auf meine Schrift „Die freie Berufsbildungs-Assoziation“ von 1982 verweisen. Hier nur soviel: Die Berufsbildung darf nicht aus dem Auge verlieren, welche Fähigkeiten auf dem Markt nachgefragt werden, aber Inhalt und Form sollten nicht aus dem Blickwinkel der „Wirtschaft“ definiert werden, sondern von den jungen Menschen, die sich die Fähigkeiten aneignen wollen. Der Ausbildungsmarkt ist dann nicht in Ordnung, wenn jeder bildungswillige junger Mensch statistisch gesehen einen Ausbildungsplatz haben kann, sondern erst dann, wenn er aus wenigstens 10 Möglichkeiten auswählen kann. (Das bedeutet ja nicht, daß ein Überhang an Ausbildungsplätzen von 90 % bestehen muß.)

32.2 Mir kam ein Skript von Reinhard Franzke vom Seminar für Berufspädagogik der Uni Hannover wieder in die Hände. Es wurde etwa 1982 verfaßt. Franzke schreibt in der Einleitung zu:

Plädoyer Abschaffung des Monopols der Berufsarbeit und der Berufsbildung / Allseitige Betätigung als pädagogisches Leitkonzept der postindustriellen Gesellschaft

Trotz einer nahezu hundertjährigen Diskussion über die Krise des Berufes ist der Berufsbegriff auch heute noch der Grund- und Schlüsselbegriff der Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Doch im Gegensatz zu früheren Diskussionen geht es heute nicht um die Krise des Handwerksberufes, sondern um die Krise der modernen Industrieberufe, um die Krise der Facharbeiterberufe.

Entsprechend dem herrschenden berufs- und wirtschaftspädagogischen Paradigma ist Berufsbildung Bildung für und durch den Beruf, Der Beruf gilt als Medium und Bezugspunkt der Bildung, zumindest für den Bereich der nichtakademischen Bildung.

Der Beruf ist zum Dogma einer Disziplin erstarrt. Die fundamentalen Grundfragen der Berufs- und Wirtschaftspädagogik, die Frage nach der bildenden Potenz der modernen Berufe sowie die Frage nach der

optimalen Organisation gesellschaftlicher Arbeit im Hinblick auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die Bewältigung fundamentaler Lebensprobleme werden allenfalls am Rande diskutiert.

Wenn ich den Text richtig lese, stellt Franzke die Frage nach Inhalt und Sinn von Berufsausbildung, nach der Berechtigung von monopolisierter beruflicher Tätigkeit infolge von staatlichen Berufsdefinitionen und den Folgen der hochgradigen Arbeitsteilung.

Immer häufiger erweisen sich Berufe als bloße Etiketten und Worthülsen für relativ einfache und anspruchslose Tätigkeiten. Die Entfaltung der Persönlichkeit, die Bildung des Menschen durch den Beruf ist vielfach bloße Ideologie. Moderne Arbeit, sei es in der Produktion, im Büro oder in der Verwaltung, vermittelt kaum noch eine berufliche oder soziale Identität. Die „lebenslängliche Annexion eines ganzen Menschen an eine Detailoperation“ - so Marx - erweist sich heute als Fessel der individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung: Kurz: Die berufliche Organisation der Arbeit ist kontraproduktiv.

Die hier skizzierten Probleme des industriellen und bürokratischen Systems gesellschaftlich organisierter Arbeit können weder durch die „Industrie“ noch durch den „Staat“ oder gar den „Markt“ gelöst werden.

Auch die Entwicklung eines „ökologischen Bewußtseins in der Arbeit“, wie dies die Kasseler Gruppe fordert, ist allenfalls eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung.

Erforderlich erscheint vielmehr eine grundsätzliche Reorganisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit. Eine an ökologischen Prinzipien orientierte Ökonomie auf der Grundlage des Konzeptes der Dualwirtschaft.

Wir haben in der Tat - auch heute im Jahre 2001 - grund, genau hinzuschauen, was Schein und Wirklichkeit in der Berufsbildung und Berufsausübung ist. Die Beschreibungen der Ausbildungsmerkmale stimmen selten mit den tatsächlichen Inhalten der Ausbildungen überein, und die Ausbildungsergebnisse passen selten zu den Anforderungen an den Arbeitsplätzen. Es entstehen Unterforderungen und Überforderungen. Und selbstverständlich wirkt auch die Art unseres Wirtschaftens auf die Berufsbildung und auf die Erwartung an die Berufsbildung zurück. Die Frage, wie arbeitsteilig die Erwerbsarbeit sein muß oder soll, wird sicherlich jeweils aufgrund der eigenen Arbeitserfahrungen und auf grund der Arbeitsergebnisse beantwortet werden. Ich neige heute dazu zu sagen, wenn wir die Arbeitsteilung soweit zurückfahren, wie Franzke in Anlehnung an Marx sich das als machbar vorgestellt hat, dann bleibt keine Zeit mehr für die Muße, für *Das Recht auf Faulheit* (Paul Lafargue). Die Zukunft liegt vermutlich darin, daß wir: a) hochgradig spezialisierte Arbeiten mit kurzen Arbeitszeiten haben werden und die so Tätigen ihre volle Bandbreite der Fähigkeiten neben- und außerberuflich aus-

leben, b) daß wir Arbeitsplätze haben werden, die viel Kreativität und die ganze Bandbreite der Fähigkeiten erfordern, aber auch lange Arbeitszeiten, 1. weil der Konkurrenzdruck nach solchen Arbeiten den Lohn per Zeiteinheit drückt und 2. aufgrund der geringen Spezialisierung einen fliegenden Wechsel - sagen wir im 3-Stundenrhythmus - erschwert oder unmöglich macht. Die Monopolisierung der Berufe und der Berufsbezeichnungen - eine neue Form von berufsständischem Denken - gilt es durchaus zu überwinden. Und ich bin mir sicher, daß das „staatlich anerkannt“ in nicht allzu großer Ferne ein Negativmerkmal sein wird. Mir geht die Frage durch den Kopf, ob es eine Orientierungshilfe für einen Nachfrager nach Fähigkeiten sein kann, wenn der Anbieter von Fähigkeiten sagen kann, ich habe Ausbildungen nach der Berufsbildungs-DIN 1, 4,7 und 11 absolviert. Ich glaube, so etwas ist überflüssig. Ich denke, die zukünftige Berufsausbildung wird fließende Übergänge zur Allgemeinbildung und zu Studiengängen in den Hochschulen haben. Außerdem wird man sich darauf einig, daß alle die Abschlußbezeichnung eines Bildungsganges als ihren Namensbestandteil eintragen lassen können oder keiner.⁴¹ Franzke irrt aber, wenn er meint, daß der Markt nicht die Lösung bringen könnte. Er irrt entschuldbar, denn als er studierte, wurde nur ein reduziertes Bild von der Marktwirtschaft in den Hochschulen gelehrt, und er hatte Grund genug, sich am Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn am Marxismus anzulehnen.⁴² Ob er heute freisteht, freistehen kann, weiß ich nicht. Nur als ich vorhin begann, in seinem Text nach Jahren erneut zu lesen, wurde ich an Ludwig Erhard erinnert, der hat nämlich auch die Neigung zur Monopolisierung der Berufe kritisiert.⁴³ Und wenn ich mir Franzkes Kriterien des Konzeptes der Dualwirtschaft anschau - ich habe sie hier nicht wiedergegeben - dann

41 Nach H-J. Blank und J. Hirsch waren die Titularverleihungen ein Instrument der Herrschenden, Talentierte aus dem aufstrebenden Bürgertum zu absorbieren und sich nutzbar zu machen. Siehe S. 85, „Zum Verhältnis von Parlament und Verwaltung im Gesetzgebungsprozeß, in: Der CDU-Staat, 1967

42 „Dieser Widerspruch ist nicht der einzige, der die Marktwirtschaft kennzeichnet. »Das marktwirtschaftliche System neigt dazu, die ohnehin vorhandenen Einkommens- und Vermögensunterschiede zu vergrößern.« (Vgl. S.17) Die grundlegenden Entscheidungen in der Marktwirtschaft verlagern sich zunehmend zu einer kleinen kapitalverwaltenden Manager-Oligarchie [95*]; ein immer größerer Rest der Bevölkerung ist einerseits abhängig von täglicher Arbeit, deren Ziele sie nicht mitbestimmt und deren Ergebnis im Verhältnis zum Gesamtergebnis immer geringer wird (vgl. S.14 f.), und wird andererseits zu einer immer mehr manipulierten Konsumentenschicht. Der »Sozialen Marktwirtschaft« ist es nicht gelungen, diese Widersprüche aufzulösen; die Sozialpolitik hat nicht mehr vermocht, als ihre Folgen so weit abzumildern, daß die Marktwirtschaft unangefochten funktionieren konnte. Wie wird sie diese Aufgabe weiter leisten können, wenn ihr Spielraum spürbar eingeschränkt wird? Welche Funktion fällt dann dem »Staat« zu?“ So die Stimme von Wolfgang Müller, 1967 aus: Die Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft, in: Der CDU-Staat. die Erscheinungen die Müller kritisiert, sind aber keine der Marktwirtschaft, sondern die des Überlagungsprinzips *Kapitalismus*. Die Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus wurde zu einer Verteidigungsstrategie des Kapitalismus.

43 Wir haben im Grund genommen zwei Ausrichtungen von Gesellschaftswissenschaften gehabt oder haben sie noch. Weil ihre jeweiligen Vertreter nicht miteinander kommunizierten bzw. kommunizieren, konnte etwas Drittes oder Neues bisher nicht entstehen

kann ich auf „Jenseits der Globalisierung - Handbuch für lokales Wirtschaften“ von Richard Douthwaite und Hans Diefenbacher verweisen.

32.3 Was müßten die wesentlichen Bestandteile einer Berufsbildung sein?

- a) Es konkurrieren unterschiedliche Formen der Berufsausbildung miteinander.
- b) Die Bildungsinhalte werden nicht vom Staat definiert, sondern vom Anbieter, vom Prüfungsverband der Anbieter oder sie werden zwischen dem Nachfrager (Auszubildenden, bei Minderjährigkeit durch seinen gesetzlichen Vertreter) und dem Anbieter (Ausbildungsbetrieb oder -stätte) vereinbart.
- c) Die Berufsbezeichnung nach Abschluß der Ausbildung wird freigestellt, von einem Prüfungsverband oder nach einer Industrienorm vergeben.
- d) Ob ein Lehrgeld gezahlt werden muß oder ob es einen Lohn (Ausbildungsvergütung) gibt oder, ob es ein Verhältnis ist, wo weder der Ausbilder noch der Auszubildende etwas zahlt, hängt vom Anteil der Produktivarbeit und der Knappheit der jeweiligen Ausbildungsformen ab.
- e) Die Ausbildungsbefähigungen, die Voraussetzungen der Ausbilder werden von dem jeweiligen Prüfungsverband definiert. Da es konkurrierende Prüfungsverbände geben wird, ist hier eine einengendes Monopol ausgeschlossen.
- f) Die Ausbildungsdauer wird frei zwischen Anbieter und Nachfrager von Ausbildungsplätzen vereinbart.
- g) Die Berufsschule wird ein autonomes Bildungsunternehmen, das aufgrund von Verträgen mit den Ausbildungsbetrieben den theoretischen Teil und spezielle technische Teile der Ausbildung übernimmt oder selber Gesamtausbildungspakete anbietet.
- h) Einen Berufsschulzwang gibt es nicht.
- i) Die Meisterschule und den Meisterbrief wird es weiterhin geben, werden aber mit andern Abschlüssen unterhalb der Hochschulabschlüsse konkurrierend. Der Meisterbrief verliert seine Schlüsselfunktion zum selbständigen Gewerbe, dient aber als Fähigkeitsnachweis im werblichen Sinne.⁴⁴
- j) Auf die bewußte oder unbewußte Förderung einer Rollenfixierung der Auszubildenden (der Begriff Lehrling gefällt mir besser) auf den Arbeitnehmerstatus wird verzichtet und dafür eine Rollenoffenheit und ein Rollenwechsel gedanklich und in geeigneter Form trainiert. Es muß sich jeder Azubi vorstellen können, in naher Zukunft ein rechtlich unselbständiger Arbeitnehmer oder ein rechtlich selbständiger Unternehmer (oder ein rechtlich unselbständiger Unternehmer / Geschäftsführer etc.), ein Vertreter der Gewerkschaften oder eine Vertreter eines Wirtschaftsverbandes zu sein.

⁴⁴ Meine älteste Tochter ist dabei - nach der Landwirtschaftslehre, Hochschulreife, Solo-Weltreise, Tischlerlehre, Kinderkriegen, Arbeit in einem Ausbildungsbetrieb - ihren Brief als Tischlermeisterin zu erarbeiten. Es ist keine leichte Sache, mit zwei Kindern und einem berufstätigen Mann und schon gar kein billiges Vergnügen. Ausbildungsgänge, die nichts kosten und keine Anstrengungen verursachen, taugen auch nichts. Nur hängen die Trauben heute in diesem Bereich - besonders für Frauen - zu hoch. Auch muß ein Anreiz erhalten bleiben, den Meisterbrief zu erwerben.

33. Die Erwachsenenbildung

Hier erfolgen nur Hinweise auf ein zu beachtendes Prinzip, auf eine bedenkliche Entwicklung und eine Anmerkung zu einem aktuellen Vorgang. Weiter verweise ich auf meine Ausarbeitungen, die sich in der Dokumentation 11 befinden.

- 33.1 Wenn wir für unseren Staat die Attribute *freiheitlich* und *rechtsstaatlich* statt *willkürlich* beanspruchen wollen, dann muß er - wenn er überhaupt in gesellschaftliche Vorgänge eingreifen will, so eingreifen, daß keine Wettbewerbsverzerrungen und Chancengleichheit produziert werden. Das heißt konkret auf die Erwachsenenbildung bezogen: Wenn hier in diesem Bereich eine Subventionierung erfolgt, weiterhin erfolgen soll, dann dürfen keine Institutionen gefördert werden, weil hier immer bei begrenzten Mitteln Ausschlüsse von der Förderung auf Grund von Berechtigungsbedingungen erfolgen müssen. Die Subventionierung muß über die nachfragenden Personen nach Angeboten der Erwachsenenbildung gesteuert werden. Ob ein Angebot der Erwachsenenbildung „anerkannt“ werden kann, hat diejenige oder derjenige zu entscheiden, die oder der ein Angebot der Erwachsenenbildung in Anspruch nehmen möchte, und nicht ein Ausschuß oder eine Behörde. Aber grundsätzlich ist die Subventionierung der Erwachsenenbildung abzubauen, weil die Kosten (mit den Umverteilungskosten bestimmt das Doppelte, als an Zuschüssen gewährt wird) sowieso von den Bürgern aufzubringen sind. Und es ist nicht die Aufgabe des Staates, es zu einem generellen Prinzip zu machen, dem einen Bürger in die Geldbörse zu greifen, um den anderen den Inhalt seines Portemonnaies aufzubessern.
- 33.2 Es gibt ein Problem, das vermutlich zwei Hauptursachen hat, a) das vom Staat ausgehende Berechtigungsunwesen und b) das abstrakte Gut *Bildung* sichtbar zu machen. Ich meine den Zertifikatsfetischismus. Walter Fabian beschreibt es in seinem Beitrag „Versagen wir zum zweitenmal? Die Bildungsreform zum Beispiel“ für „Die zornigen alten Männer“ 1979 so:

Gleichzeitig stand die Volkshochschule auch vor einem Problem, das viele ihrer Leiter und Lehrer als wesensfremd nicht akzeptieren wollten; immer mehr Besucher drängten auf Bescheinigungen über ihre Teilnahme - das Zertifikat, zunächst für einzelne Sprachen, inzwischen für immer mehr Fächer, war geboren und die zumindest partielle Verschulung der Volkshochschule war nicht mehr aufzuhalten. Die Zeiten, in denen ein hessischer Kultusminister auf einem Deutschen Volkshochschultag die Volkshochschulen nicht zuletzt deshalb rühmte, weil man auf diesem Felde leichter als in der Schule mit neuen Methoden experimentieren könne, wurden im Laufe der sechziger Jahre weitgehend zur rosigen Erinnerung.

Ziel der Erwachsenenbildung war es aber ursprünglich, einen Beitrag zu ihrer Emanzipation zu leisten. Dazu gehörte, daß die Volkshochschule ihren Besuchern dabei half, aufzu-

hören, ein verschultes Wesen zu sein, ihr brachliegendes oder unterentwickeltes Kreativitätspotential zu fördern, einfach Dinge zu tun oder zu denken, die Freude machen, Gemeinschaft in neuer oder unbekannter Form zu finden. Heute scheint mir, daß die Erwachsenenbildung zum großen Teil (um mit den Stamokap-Theoretikern zu reden) zur Reparaturwerkstatt des Kapitalismus geworden ist.

33.3 Wie wenig Kommunalpolitiker über ihren Tellerrand hinausehen oder wie Parteienfilz sie zu falschen Entscheidungen verführt, zeigt die Umbildung der Kreisvolkshochschule Hannover in einen kommunalen Zweckverband. Lang und breit wird in der Presse das Thema *ungerechtfertigter Wettbewerbsvorteile* der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken diskutiert und dann wird einfach übersehen oder übergangen, daß durch den erneut in anderer Form festgeschriebenen Status der Kreisvolkshochschule als öffentlich-rechtlich ebenfalls ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen privatrechtlichen Anbietern von beruflicher und allgemeiner Erwachsenenbildung festgezurrert wird. Gerade im Bereich der Vermittlung von Computerkenntnissen sind ja Schulen entstanden, die als gewerbliche Unternehmen angemeldet sind. Auch wenn dieser Bildungsbereich in den Volkshochschulen nicht direkt subventioniert wird (was ich im Moment nicht weiß) kann sie diese Angebote wesentlich billiger anbieten als gewerbliche Anbieter, weil ihre Verwaltung und Werbung subventioniert werden und weil sie steuerlich als gemeinnützig eingestuft sind. Aber auch zwischen den privatrechtlich organisierten Einrichtungen und den kommunalen gibt es keine Chancengleichheit. Auch wenn man die Heimvolkshochschulen und die Akademien der Erwachsenenbildung im Vergleich anschaut, stellt man in Art und Höhe willkürliche und unterschiedliche Subventionen fest, denen es an der Wettbewerbsneutralität und Chancengleichheit mangelt.

34. Das Gesetz zur Hochschulreform in Niedersachsen

34.1 Das Erfreuliche an dem Vorgang *Neues gesetzliches Fundament der Hochschulen* ist, daß die interessierte Bürgerin bzw. der interessierte Bürger über das Internet an die Informationen dazu - jedenfalls an die, die man ihm zukommenzulassen bereit ist - heranzukommen, ohne eine Abgeordnete, ohne eine Fraktion, ohne die zuständige Verwaltung bitten zu müssen. Auch daß sich der zuständige Minister, Herr Thomas Oppermann, im Chat der Diskussion mit Interessierten stellt, findet nicht nur Ulrike Witt von der Uni Göttingen „Klasse“. Auch kann man der mir sympathischen Art der Chatbeiträge von Thomas Oppermann entnehmen, daß er gedanklich schon lebt in dem Modell, das dem Gesetz-

entwurf zu Grunde liegt. Weiter finde ich gut, daß man auch per Internet schnell und direkt Zugang zu den Seiten mit den persönlichen Daten der MinisterInnen und der AbgeordnetInnen mit Bildnis findet. Auf diese Weise ist der jeweilige Mensch hinter Äußerungen und Aktionen (jedenfalls in der Grobstruktur) zu erkennen, was das Verstehen erleichtert und allzu großen Abneigungen vorbeugen kann. Mit dem Thema *Hochschulgesetz* - das werden die wissen, die daran gearbeitet haben - kann man Wochen verbringen. Das kann ich mir nicht leisten - denn ich habe hoch und heilig versprochen, in dieser Zeit, in der ich diese Zeilen schreibe, eine andere Arbeit zu erledigen.

34.2 Ich habe zu erst den Gesetzentwurf zur Hochschulreform gelesen. Vermutlich würde ich beim zweiten und dritten Durchgang mehr positive Aspekte entdecken. Aber mein emotionales Urteil, das sich beim Lesen bis zum Schluß aufgebaut hat, lautet: „Katastrophe!“, „Anleitung für den Mord an der Idee einer freien Universität!“, „Mit dieser Geisteshaltung müssen die volkseigenen Betriebe in der untergegangenen DDR entstanden sein!“ Dabei sind ja der gute Wille und die Bereitschaft zum Neuanfang nicht zu übersehen.

Was zunächst wie eine rein verwaltungstechnische Umstellung klingt, ist in Wirklichkeit eine kleine Revolution: Von Stiftungen getragene Hochschulen sind rechtlich völlig eigenständige Institutionen und nicht mehr staatliche Anstalten oder nachgeordnete Behörden. Damit können die Hochschulen erstmals „auf gleicher Augenhöhe“ mit der Landesregierung verhandeln. Dies entspricht dem modernen Staatsverständnis, nach dem die Regierung nicht mehr aus eigener Machtvollkommenheit entscheidet, sondern den Dialog mit den Beteiligten suchen. Die Einrichtung von Stiftungshochschulen schafft so die Voraussetzungen für den Übergang vom „verordnenden“ zum „verhandelnden“ Staat. Außerdem können sich die Studierenden und Beschäftigten mit einer Stiftungshochschule besser identifizieren. Mittel- und langfristig kann etwa durch Spenden von Ehemaligen das Stiftungsvermögen erhöht werden.

Dieser Text unter www.Landtag-Niedersachsen.de nach dem Stande vom 14. 2. 01 ist ja wirklich ein Beweis für das Umdenken in der Politik, aber auch dafür, daß noch der Mut fehlt, den ganzen Weg zu gehen. Das „moderne Staatsverständnis“ scheint mir auch ein problematisches zu sein. Einer demokratischen Regierung im System der Gewaltenteilung kann doch nicht wie dem Fürsten das „Verhandeln“ eingeräumt werden, weil dadurch Gesetze den Charakter von Beliebigkeit erhielten, sondern eine Regierung soll im Rahmen der Gesetze handeln. Es kann auch nicht darum gehen, die gleiche Augenhöhe zwischen Landesregierung und Hochschulen herzustellen, sondern der Landtag hat (neben den anderen Gesetzgebern) dafür zu sorgen, daß Bürger und Institutionen untereinander und miteinander auf gleicher Augenhöhe verhandeln können. Es stimmt, eine Regierung soll nicht aus eigener Machtvollkommenheit entscheiden, sondern -wie schon gesagt - auf Gesetzesgrundlage. Und diese Gesetzesgrundlage darf nicht länger das Hineinregieren in nichtstaatliche, also in privatrechtliche Angelegenheiten ermöglichen. Und das wirklich Neue in der Bildungspolitik wäre, zu erkennen, daß Bildung in einer freien Gesellschaft mit einer demokratischen Staatsform dem privatrechtlichen Bereich zugeordnet werden muß.

Vor dem oben zitierten Text steht, daß der Gesetzentwurf der Landesregierung auf einen Innovationspakt des Ministerpräsidenten vom Mai 2000 mit den Hochschulen zurückgeht. Wie kann ein Ministerpräsident

einen Pakt (einen Vertrag) mit einer Anstalt, einer Behörde schließen, dessen oberster Dienstherr er ist?

Wenn mit der Aussage gesagt werden sollte, daß die Landesregierung ihre Anregungen aus Beratungsgesprächen mit Mitarbeitern der Hochschulen gezogen hat, dann sollte das auch so gesagt werden.

Die mit dem Übergang der Hochschule in die Trägerschaft einer Stiftung verbundene Entstaatlichung ist nicht mit einer Privatisierung gleichzusetzen. Denn das Land wird weiterhin für Forschung und Lehre verantwortlich sein: Der Löwenanteil der Mittel für die Hochschulen wird auch in Zukunft aus dem Steuersäckel kommen. Landesregierung und Landtag werden gemeinsam mittel- und langfristige Ziele ihrer Hochschulpolitik festsetzen. Nur wird die Umsetzung dieser Ziele nicht mehr per Dekret festgeschrieben, sondern mit den Hochschulen über Zielvereinbarungen ausgehandelt.

Chatteilnehmer Daniel Schüle:

Die Begründung für die Stiftungsunis klingt zwar nett, ist aber nicht stichhaltig. Das einzig stichhaltige Argument ist die erhoffte leichtere Spendenrequirierung (für die anderen Punkte gibt es schon ausreichend andere Instrumente - Hochschulrat, Alumni-Vereine, etc.). Das wirklich Innovative an Stiftungsunis ist mir damit bislang verborgen geblieben. Mehr Autonomie für die HS kann ich auch nicht sehen, wenn sie - glücklicherweise - auch als Stiftungen weiterhin unter Kuratel des NHG stehen.

Die Antwort des Ministers:

Gegenfrage: Wollen Sie lieber eine Stiftung des privaten Rechts, die keinen öffentlich-rechtlichen Bindungen unterliegt?

Daniel Schüle antwortet darauf später:

Natürlich nicht (Stiftung des privaten Rechts). Was ich sagen wollte, ist: Ich sehe bei der Einführung von Stiftungsunis bislang eine Menge an Problemen und ungeklärten Fragen, den erhofften innovativen Quantensprung für die nds. Hochschullandschaft jedoch nicht. Und ich warte immer noch auf ein überzeugendes Argument abseits der Spendenrequirierung.

Das Problem, welches sich hier eigentlich zeigt, daß man ja einsieht, daß Mamutgebilde *Hochschulen* nicht mehr mit Fiskalpolitik, Verordnungen zu lenken sind und daß man auch nicht gegen den Trend der Zeit (Deregulierung und schlanker Staat) mehr ankommt, aber man sieht sich auch nicht in der Lage, einfach die Institution Hochschule aus ihrer vordemokratischen Verfaßtheit zu entlassen, man kann aufgrund ideologischer Bindungen nicht richtig loslassen. Privatisieren bedeutet (nach den Besorgten Gemütern, die um den Verlust von Schonräumen fürchten und die bei bisherigen Privatisierungen auch abschreckende Beispiele aufzeigen können) den Renditejägern etwas zum Fraß vorwerfen. Die gedankliche und politische Schlamperei der Liberalen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, fängt an, sich zu rächen.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Wir haben heute so große und einflußreiche Verwaltungskomplexe, die als System auf eine Selbsterhaltung ausgerichtet sind. Das wird Blank und Hirsch so beschrieben:

Verwaltung als bürokratische Großorganisation ist immer und überall Exponent und Verfechter des Status quo. Wenn aber dieser Status quo - trotz aller Thesen von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft - von einer gleichmäßigen Verteilung des Sozialprodukts noch weit entfernt ist, decken sich

zwangsläufig die beherrschenden Tendenzen der Verwaltung mit den Interessen der ökonomisch Privilegierten. Es ist daher nicht zu erwarten, daß sich die Verwaltung um der Würde des Menschen willen in den Dienst einer von den realen Möglichkeiten geleiteten Emanzipation stellt, viel eher entspricht ihrem Wesen der Versuch einer perfekten Organisation der Gesellschaft auf dem Status quo. (Der CDU-Staat, S. 95, a.a.0)

Worauf ich mit dem Zitat hinlenken will, ist die Frage, wo und von wem wurde der Gesetzentwurf erarbeitet und wieviel Eigeninteresse und Selbstverständnis der Verwaltung steckt darin? Ich will damit nicht sagen, daß die Verwaltungsmenschen böse Menschen sind. Zum Beispiel die Schlagzeile „Landtagsdirektor: Beamte sollen ihr Parteibuch abgeben - Janssen beklagt Ämterpatronage der Parteien“ zeigt, daß Beamte wohl Mut haben und an mehr als Machterhalt denken können. Es gibt aber in der Bürokratie Systemzwänge, gegen die der einzelne Mitarbeiter nicht ankommt. In dem zuletzt genannten Buch sind zum Beispiel zahlenmäßige Angaben über den Anteil von Verwaltung und Parlament an der Entstehung von Bundesgesetzen. Man könnte da kommentieren: Wozu brauchen wir dann noch den Bundestag. Und hier ist die Frage Wozu brauchen wir den Landtag, wenn die eine Hälfte der Mitglieder eine Statistenrolle innehat und die andere Hälfte eine Legitimationsmaschine für die Regierung ist.

Der Entwurf des Gesetzes zur Hochschulreform, der so wie er ist, nur zu einem weiteren Jahrhundertwerk mit einer Verfallzeit von maximal 10 Jahren führen kann, scheint mir schon durch das Verfahren seiner Entstehung eine Mißgeburt geworden zu sein. Wenn die Mängel in der Konstitution der Hochschulen als Tatsache gelten, dann wäre es logisch gewesen zu sagen: Ihr, die niedersächsischen Hochschulen, beschreibt jeweils aus der Sicht der Fakultäten und als Gesamtheit der Wissenschaften und hochschulinternen Verwaltungen die Verfassungen, die für eine zukunftsfähiges Handeln ihr glaubt zu benötigen. Beschreibt die Verfassungen so, daß jede Hochschule am vorhandenen Standort inhaltlich und wirtschaftlich eine unabhängige, selbständige für ihr eigenes Handeln haftende Einheit bilden kann.

Ein neues Gesetz für die Erneuerung der Hochschulen

Hochschulen sollen die Gesellschaft zukunftsfähig machen. Und Hochschulgesetze sollen die Hochschulen dazu in die Lage versetzen. Wie also ein Gesetz verfassen, das noch gar nicht absehbare Entwicklungen vorweg nimmt?

Grundsätzlich gibt es dazu zwei Wege: Man kann Regelungen festschreiben, von denen zu vermuten ist, dass sie praktikabel sind. Wenn sich das Gegenteil erweist oder neue Aufgaben hinzukommen, kann der Gesetzgeber zusätzliche Regeln festschreiben. So wird das Gesetz immer länger und komplizierter - in den letzten Jahrzehnten haben alle Bundesländer diesen Weg beschritten. Oder man verfasst ein Gesetz, in dem

nicht mehr alle Eventualitäten geregelt werden und stattdessen den Hochschulen viel Freiraum gelassen wird.

Niedersachsen wählt nun die zweite Alternative. Das neue Hochschulgesetz wird aus einem Guss neu geschrieben und ist um fast zwei Drittel kürzer als das alte. An die Stelle staatlicher Detailsteuerung tritt die weitgehende Autonomie der Hochschulen vom Staat.

Auch diese Passage klingt gut. Und jetzt das berüchtigte *aber*: **Die Hochschulen sind doch wesentliche Ursache dafür, daß unserer Gesellschaft oder einfach die Welt - soweit sie von Menschen beeinflusbar ist - in einem solch desolaten Zustand ist, daß wir Zuflucht in unseren Träumen suchen müssen.** Warum erwartet man also von den Hochschulen etwas für die Gesamtgesellschaft, solange sie als Teil-Gesellschaft nicht ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringen können?

Es ist in der Tat ein Elend, wenn Gesetze durch Ergänzungen immer länger werden. Wir müssen generell dahin kommen, unsere Zahl der Gesetze und ihre Inhalte zu begrenzen und mit ihnen nur die Grenzen freiheitlichen Handelns aufzuzeigen. Im vorliegenden Fall mag das Gesetz tatsächlich kürzer sein - ich habe es nicht überprüft -, es ist aber trotzdem zu lang und regelt Dinge, die in den Autonomiebereich einer Hochschule gehören.

Das neue Hochschulgesetz brauchte nur folgenden Inhalt zu haben:

Das Land Niedersachsen bekennt sich zur Idee von einer freien Gesellschaft und zur föderativen Gliederung von Gesellschaft und Staat. Das Lehren und Lernen ist ein Betätigungsfeld freier Bürger, die ihre diesbezüglichen Aktivitäten selbst organisieren. Die Hochschulen werden aus dem Status von Verwaltungseinheiten des öffentlichen Rechts in den Status von privatrechtlichen Föderationen entlassen. Die Wahl der Rechtsform innerhalb des Privatrechtes steht ihnen frei. Das Eigentum an Gebäuden wird ihnen als Erbaurecht überlassen. Das Inventar wird ihnen nach Gründung in neuer Form mit einer Veräußerungssperrfrist von 20 Jahren unentgeltlich überlassen. Das Eigentum an den Grundstücken wird in einen Landesbodenfonds überführt. Die beamteten Hochschulmitarbeiter werden entgeltlich an die Hochschulen - soweit erwünscht - ausgeliehen. Die angestellten Mitarbeiter der Hochschulen in alter Form werden aus dem Landesdienst entlassen, sie erhalten ein Übergangsgeld und können die neuen Hochschulen mit gründen oder sich bei einer Hochschule in neuer Rechtsform bewerben. Es wird eine Summe (aufgeteilt in Prokopfeinheiten) in Höhe der bisherigen Kosten der Hochschulen für das Land als Bildungsguthaben für niedersächsische Studenten zur Verfügung gestellt, mit dem sie einen Studienplatz nachfragen und kostendeckend finanzieren können. Das Bildungsgut-

haben wird für die StudentInnen auf 3 Jahre begrenzt.⁴⁵ Finanzierungsmittel des Landes fließen nur noch direkt für vom Land nachgefragte Leistungen an die Hochschulen.

34.3 Ist die Idee der Stiftung als Rechtsform ideal? Unter dem Gesichtspunkt der steuerbegünstigten Zustiftung ja. Aber die Stiftungsidee ist ja gekoppelt an die Vorstellung (oder auch Satzungsvorschrift), daß das Stiftungsvermögen nicht angegriffen (versilbert) werden darf. Es wird für Investitionen und die Finanzierung laufender Kosten (oder von Preisverleihungen wie bei der Nobel-Stiftung) mit Erträgen aus dem Stiftungsvermögen gerechnet. Aber hier liegt der Hase im Pfeffer. Wenn wir den Kapitalismus überwinden wollen, müssen wir die Lohnquote nach oben, die Kapitalertragsquote nach unten drücken. Die Gesellschaftswissenschaftler müßten bei der Lösung dieser Aufgabe gegen Ihr Interesse der persönlichen Lohnsicherung arbeiten. Wer also auf die Stiftungserträge setzt, setzt darauf, daß alles beim alten bleibt. Auch die Tatsache, daß den Stiftungsuniversitäten der Grund- und Boden, auf den den Gebäude stehen, übereignet werden soll, zeigt, daß eine wesentliche Ursache des Kapitalismus, nämlich das bestehende Boden(un)recht, der Politik aus dem Blickfeld geraten ist. Die Übereignung der Immobilien als Erbbaurechte ist völlig ausreichend.

34.4 Die Frage der studentischen Mitwirkungsrechte an den Hochschulen sollte man den Hochschulen neuer Form selber überlassen. Wenn StudentInnen wegbleiben, weil ihnen die Mitwirkungsrechte zu gering sind, dann werden die Hochschulen diese von sich aus erhöhen. Ich lese in der HAZ vom 24. 1. 2001, daß die Wahlbeteiligung bei der Wahl des Allgemeinen Studentenausschusses im vorigen Jahr nur bei neun Prozent lag. Es ist zu vermuten, daß diejenigen, die sich noch für den AstA interessieren, ihn vor allem als Forum für allgemeine Politik nutzen möchten. Die Interessen der Hochschullehrer und der Hochschulverwaltung sind im Gegensatz zu denen der StudentInnen längerfristiger Natur und auf Erhalt und Expansion der Institution gerichtet. Es muß bei den Mitbestimmungsregelungen vermieden werden, daß Stimmrechte für Dinge gewährt werden für die andere die Haftung übernehmen müssen. Die Hand hebt sich schnell, wenn andere die Rechnung zahlen müssen. Und es sollte auch die Einrichtung von parlamentarischen Gremien

45 Die Begründung liegt darin, daß die Mittel für das Bildungsguthaben vom Einkommen finanziert werden muß, das jene erarbeiten, die im Arbeitsprozeß sind. Ihnen wird damit die finanzielle Basis für ihr heute erforderliches lebenslanges Lernen geschmälert. Wenn Studenten gegen Studiengebühren demonstrieren wollen, sollen sie in die Betriebe gehen und den malochenden Menschen dort sagen: „Wir wollen von Euch Geld, damit wir Euch besser aus Eueren Job raus boxen können.“ Das ist nämlich die heutige Logik. Drei Jahre Förderung im Hochschulbereich ist genug. Es ist doch Unsinn, vier, fünf oder mehr Jahre zu studieren, um danach an einem konkreten Arbeitsplatz mit dem Lernen von vorne zu beginnen. Wir müssen dahin kommen, daß mit der Volljährigkeit jede staatliche Subventionierung der Bildung aufhört.

vermieden werden, die keine wirkliche Entscheidungskompetenz haben, weil dies den Parlamentsgedanken generell abwertet. Das ist eine Einsicht, die mir schon 1959 in einem Prüfungsaufsatz gekommen ist. Die Prüferin aus dem Kultusministerium hat es nicht verstanden. Es gibt für StudentInnen, die ja in der - kräftemäßig gesehen - besten Zeit ihres Lebens sind, so viele Dinge, Möglichkeiten, Projekte, die sie selbstbestimmend und selbstverantwortlich gestalten können, daß ein bißchen formale Mitbestimmung in Hochschulgremien dagegen geradezu lächerlich wirken.

5. Abschnitt : Ausklang - Aufbruch statt Resignation

35. *Der Weg in die Zukunft*

Wenn ich mit vielen anderen Bürgern - die das analytisch oder intuitiv erkennen - sage, das Modell der Parteiendemokratie geht zu Ende, dann ist das ohne Häme gesagt. Wir Menschen können nicht anders, als nach Anweisungen oder eigenen Einsichten und Vermutungen handeln. Das Überleben und die Weiterentwicklung der Demokratie hängt wesentlich vom Zuwachs unserer begrenzten Einsichten ab. In einer Herrschaftsform wie der Monarchie mag es genügen, wenn sich der Zuwachs an Einsichten in einer Elite vollzieht. Die Staatsform der Demokratie ist darauf angewiesen, daß sich eine möglichst große Zahl von Bürgern erweiterte Kenntnisse von den Strukturen und Strukturelementen, den Institutionen aneignet und erkennt, wo unsere gesellschaftlichen Probleme liegen und wie sie gelöst werden können. Diese Aneignung und dieses Erkennen kann nicht in der Art geschehen, daß die Inhalte eines oder mehrerer politischer Lehrbücher auswendig gelernt werden. Erforderlich ist, daß die BürgerInnen sich mit ihren ganz persönlichen Bedürfnissen und Befindlichkeiten in Beziehung setzen zu möglichen Staatsformen und Problemlösungen. Daß sie von sich aus für sich ganz individuell (und nicht wie bisher angeordnet) die Demokratie als eine Art Überlebensstrategie entdecken und sich dafür, aber auch ohne Ächtung dagegen entscheiden können. Jedes Regierungssystem hat seine Bedingungen. Eine wesentliche Bedingung der Demokratie ist, daß sie von der (Klein- oder Groß-) Gruppe der Menschen, für die sie gelten soll, durch Erarbeitung der Inhalte erworben werden muß. Das ist allerdings kein einmaliger Vorgang, sondern nach der Basiserarbeitung ein ständiger Anpassungsprozeß. Ob die Anpassungen durch Volks-Vertretungen und wie weit durch Urabstimmungen erfolgen sollen, ist in der Grundlagenarbeit und nicht in den heutigen Vertretungen zu klären. Die Entscheidung für die Demokratie wird nach meiner Einschätzung nur noch eine formale Sache sein, wenn die BürgerInnen sich zum ersten Mal und ohne Aufsicht im Nacken ihre Verfassung erarbeiten können.

Willy Brandts Aufforderung: „Wir müssen mehr Demokratie wagen“ würde ich in diesem Zusammenhang so verstehen: Wir müssen aufhören, die Demokratie - die noch den Verordnungsgeruch hat - zu spielen. Wir müssen uns die Demokratie aneignen, damit wir sie leben können. Es ist möglich, daß eine von einer Spezialistengruppe formulierte Verfassung klarer oder praktikabler ist. Aber eine vom Volk selber formulierte und verabschiedete Verfassung ist wertvoller, weil sie sich in den emotionalen Schichten der BürgerInnen verankert und im Konfliktfall vermutlich eine höhere Autorität hat. Der rechtlichen Verfassungsarbeit vorausgehen müßte allerdings eine gesellschaftliche Bestandsaufnahme aller Probleme und Lösungsansätze für die Bereiche, die wir mit Kultur, Wirtschaft und Politik umschreiben können. Ein solcher Vorschlag löst natürlich Ängste bei jenen aus, die um Besitzstände fürchten. Ich halte dagegen, daß Besitzstände nur durch Anpassungsprozesse in modifizierter Form gewahrt werden können. Wir sind noch in einer gesellschaftlichen Situation, in der wir die erforderlichen Anpassungs- und Erneuerungsprozesse selber einleiten und steuern können. Wir können auch warten bis zu einem Zeitpunkt oder einer Situation, in dem bzw. der uns eine neue Not wieder den Stempel aufdrückt. Um die technische Durchführung einer solchen Verfassungsarbeit und das sinnvolle Zusammenfassen der Ergebnisse von hunderten Arbeitsgruppen, deren Zusammensetzung und Auswahl mache ich mir weniger Sorgen als um das Nicht-lassen-können der Langgedienten in den Parteien, Parlamenten und Verbänden. Ich habe im Anhang von Teil 1 des Offenen Briefes vom Oktober 1999 auf die Arbeit von *Mehr Demokratie* und *Die Planungszelle - das Bürgergutachten* hingewiesen. Es wird sicher weitere Verfahren geben, die mir noch nicht zu Kenntnis gekommen sind.

36. Mögliche künftige Strukturen und Institutionen

Ursprünglich habe ich gedacht, ich müßte versuchen, ein Modell von Strukturen einer freien Gesellschaft hier darzustellen. Inzwischen denke ich, daß es gut ist, daß ich zu einem solchen Versuch keine Zeit mehr habe, denn wenn überhaupt in einem solchen Verfassungsfindungs- und Demokratieaneignungsprojekt, das zur Vermeidung von politischen Grabenkämpfen a) nicht von den Parteien organisiert werden sollte und b) im ersten Durchgang ohne rechtliche Verbindlichkeit bleiben sollte, Vorgaben gemacht werden, dann sollten immer Alternativen (mit ihren Konsequenzen) dazu aufgezeigt werden. In einer „Arbeitsanleitung“ müßten Problemfelder Fakten und Prinzipien beschrieben werden, die bei einer modellhaften Bestandsanalyse und der Suche nach Problemlösungswegen nicht übersehen werden dürften. Als erstes wäre auf die simple Tatsache hinzuweisen, daß die Menschen nie eine Tabula-rasa-Situation haben, wenn sie sich daran machen, ihre gesellschaftliche Situation neu zu gestalten. Es gilt

dann, den Minimalstaat und den Maximalstaat mit den jeweiligen Konsequenzen zu beschreiben. Die Frage „Wahrheit statt Mehrheit?“ (Es ist ein Sammelbandtitel. / Hrsg. Heinrich Oberreuter) darf nicht übergangen werden. Dahinter stehen die Fragen: Wo ist das Mehrheitsprinzip nützlich, wo schädlich? Wie vermeiden wir vergewaltigte Minderheiten? Es müssen die Verkehrswirtschaft und die Kommandowirtschaft als Gegensatzmodelle der Wirtschaft beschrieben werden. Welche staatliche Gliederung haben wir, welche soll angestrebt werden? Wie klar oder verwaschen darf Kompetenz und Finanzierungsabgrenzung zwischen den Gliederungen in horizontaler und vertikaler Richtung sein? Ist der Finanzausgleich zwischen den Gliederungen förderlich oder hinderlich? Überhaupt ist die Frage nach Zentralstaat oder Bundesstaat (auch im Hinblick auf Europa) zu stellen. Was kann ein konsequenter Föderalismus auf staatlicher Ebene und was ein solches Gliederungs-, Kooperations- und Autonomieprinzip auf privatrechtlicher Ebene (für die Bereiche Bildung und soziale Sicherung) leisten? Was meint das begriffliche Gegensatzpaar *Genossenschaft der Gleichen* und *Obrigkeit über Untertanen* innerhalb einer Gesellschaft? Wie läßt sich Bürokratismus vermeiden? Was soll der Ombudsman? Und wie lassen sich Parlamente der Betroffenen installieren? Welche Gesellschaftsmodelle oder –Prinzipien sollten nicht ungeprüft übergangen werden? (Beispiele: Dreigliederungsgedanke, Nachbarschaftsprinzip.) Wer bestimmt den Zuschnitt und die Verfassung der Gemeinden? Welche Gliederungsebenen sollen oder dürfen Steuern erheben? Sollen Gemeinden möglichst viel oder möglichst wenig Autonomie haben? Wer kontrolliert wen? Welche Gliederung darf wieviel Schulden machen?. Warum sollten Bürgermeister und der Rat nicht ein Zwitter zwischen Legislative und Exekutive sein? Was kann oder sollte privatisiert, was verstaatlicht werden? Was ist Eigentum und welche Güter sind eigentumsfähig? Welchen Status sollten Parteien und Wahlvereine bekommen? Wie sollen sie finanziert werden? Sollten Parlamentarier Entscheidungskompetenz in eigenen Angelegenheiten behalten (Diäten / Wahlgesetze)? Welche überkommenen Gesetze sind nützlich, überflüssig, schädlich? (Was ist z.B. mit den Notstandsgesetzen? Könnte es sein, daß sie eines Tages den Notstand produzieren?) Welche Institutionen aus der Vergangenheit sind nützlich, überflüssig, schädlich? (Beispiel: Die Geheimdienste. Stichworte: „Das RAF-Phantom - Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen“, 1992 / „Mein Name ist Haase ich weiß ... zuviel?!“ 1993 / „In Berlin bringen Spitzel des Verfassungsschutzes körbeweise Molotowcocktails herbei, Zeitungswagen gehen in Flammen auf.“ aus „Drei Schüsse auf einen Traum“ *DIE WOCHE* 7.4.93). Wie läßt sich das Prinzip Gewaltenteilung besser durchsetzen? (Z.B. durch die getrennte Direktwahl von Legislative, Exekutive, Bundespräsidenten und mit einem Stufenwahlsystem in der Judikative? Wäre es sinnvoller den Bundesrat mit

Mitgliedern der Landesparlamente <ohne Regierungsamt> zu besetzen?) Wer sollte die Ländervertreter wählen? Ist es sinnvoll dem Bundespräsidentenamte einen Verfassungsrat beizuordnen, der zuständig wäre für die organisatorische Abwicklung von Verfassungsänderungen, Volksentscheide und der Beschlußfassung über die Diäten der Mitglieder des Bundestages? Gleichzeitig könnte ein solcher Verfassungsrat die erste Prüfungsinstanz für die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verordnungen sein. Wie muß das Selektionssystem der Zukunft für den Teilbereich der Demokratie beschaffen sein, der repräsentativ gehandhabt werden soll?

Die Fragen sind hier ohne Systematik und bestimmt nicht im vollen Umfang aufgeführt. Wenn das hier angeregte Selbst- und Verfassungsfindungswerk der Niedersachsen in einer Realisierungsphase ein Fragen- und Hinweiskatalog mit Erläuterungen erstellt wird, muß klar gemacht werden, daß jeder der Beteiligten den Rahmen der Fragen erweitern und die Erläuterungen hinterfragen oder ergänzen kann. Der ganze Vorgang würde eine enorme klärende Wirkung haben, weil jede Frage nicht nur nach Antwort heischt sondern manche neue Fragen gebiert. Ich will zwei Beispiele aufzeigen. Ob das Grundgesetz eine bestimmte Wirtschaftsordnung vorschreibt oder nicht, ist eine Streitfrage, die so alt ist wie unsere Verfassung, die keine ist. Ich habe in die Dokumentation eine Aussage des ehemaligen VVG-Richters Ernst Benda aufgenommen. Benda sagte in den 70er Jahren, nein die Verfassung enthält keine Entscheidung für ein bestimmtes Wirtschaftssystem. Unsere jetzige ziemlich verkorkste Wirtschaftsverfassung⁴⁶ ist auch noch durch das GG abgedeckt. Sollten wir uns aber für das Zentralverwaltungssystem (Kommandowirtschaft) entscheiden würde, diese Entscheidung eine wesentliche Änderung des GG erforderlich machen. Es gibt eben die Interdependenz zwischen der Teil- und Gesamtordnung. Wenn in der Öffentlichkeit vom schlanken Staat geredet wird, habe ich oft den Eindruck, daß da hinter kein klares Konzept steht, sondern daß der Begriff mehr ein Symbol für das Unbehagen an unseren wuchernden Staat ist. Wenn wir den Staat aber verschlanken wollen ohne den Unsinn mit der Privatisierung von Kanalisationen, der Rathäusern und Straßenbeleuchtungen mitzumachen, dann müssen wir klären, welche Funktionen zweckmäßiger Weise in staatlicher Regie bleiben und welche wir in privatrechtlicher Regie belassen oder überführen wollen. Wir werden nicht umhin kommen, auch anarchistische Denker wieder zu befragen und nicht weiterhin dümmlich Anarchie mit Chaos und Gewalt gleichsetzen. Im Klappentext des Werkes „Anarchie Staat Utopie“ (1973) des Amerikaners Robert Nozick (mit einer Einführung von F.A. Hayek) heißt es: „Der Staat ist nach Nozick nur gerechtfertigt, wenn er streng auf die Funktion des Schutzes gegen Gewalt,

⁴⁶ Die Begriffe Wirtschaftsordnung, -System und -Verfassung werden teil als Synonyme verwandt, teils mit unterschiedlichen Inhalten benutzt.

Diebstahl, Betrug und Durchsetzung von Verträgen beschränkt wird. Jedes weitergehende staatliche Eingreifen würde, wie Nozick glänzend darlegt, notwendig die Rechte des Einzelnen verletzen. Daraus ergeben sich zwei bemerkenswerte Folgerungen, denen ausführlich nachgegangen wird: »Der Staat darf seinen Zwangsapparat nicht dazu einsetzen, einige Bürger dazu zu bringen, anderen zu helfen oder jemandem um seines eigenen Wohles oder Schutzes willen etwas zu verbieten.« Ich selber würde ergänzen: »Die Gesellschaft muß unterbinden, daß der Staat als Ausdruck ihrer Organisation nicht durch die Art seiner Struktur, Institutionen und Instrumente die Ausbeutung ermöglicht, den chancengleichen Wettbewerb behindert und den Austausch von Gütern, Leistungen und Ideen beeinträchtigt.«

Bei Nozick habe ich auch den Absprung für meine eigene Arbeit gefunden, und indem ich ihn hier zitiere - wie andere herausragende Denker vorher zitiert habe - fallen von diesem vielgelobten Geisteslicht vielleicht ein paar Strahlen auf mein eigenes Haupt, die durch die weißen Haare auf die Leser umgelenkt werden.

Nozick: „Daß ich so großen Wert auf die Ergebnisse lege, die von den Überzeugungen der meisten Leser abweichen, könnte den falschen Eindruck erwecken, dieses Buch sei eine Art politischer Traktat. Das ist es nicht; es ist eine philosophische Erforschung von Fragen - viele davon sind an und für sich höchst interessant -, die bei der Betrachtung der Rechte des Einzelnen und des Staates auftauchen und miteinander in Verbindung treten. Das Wort »Erforschung« ist durchaus am Platze. Nach einer Auffassung soll man philosophische Bücher so schreiben, daß man alle Einzelheiten und Probleme der vertretenen Auffassung durchdenkt und ausfeilt und der Welt ein abgeschlossenes und elegantes Ganzes übergibt. Das ist nicht meine Auffassung. Ich glaube, daß es im Gange unseres geistigen Lebens jedenfalls auch einen Platz und eine Aufgabe für eine weniger vollendete Arbeit gibt, in der unabgeschlossene Darlegungen, Vermutungen, offene Fragen und Probleme, Hinweise, Querverbindungen neben einem Hauptgedankengang vorkommen. Es gibt einen Platz für Darlegungen, die nicht das letzte Wort sind.“ (S. 13. f.)

37. Schlußworte

Dies ist es, was ich - zusammengefaßt in wenigen Sätzen - versucht habe, Ihnen zu vermitteln: Wenn das 20. Jahrhundert für die Menschheit so schrecklich war, wenn die Deutschen die herausragenden Schuldigen wurden, dann können die Ursachen dafür nicht in dem Willen eines Gottes oder einen Teufels gesucht werden. Die Ursachen liegen in der Herzensträgheit und der Gedankenschwäche aller Mitglieder unserer Väter- und Großvätergeneration. Eine besondere Verantwortung für den frühzeitigen Tod, das Elend so vieler Menschen und für die kollektive Schmach der Deutschen muß aber in erster Linie bei den

Gesellschaftswissenschaftlern, danach bei den Parlamentariern der Weimarer Republik und an dritter Stelle bei den Repräsentanten der Sieger des 1. Weltkrieges gesucht werden. Hitler und die Folgen waren nicht der Anfang des Übels, sondern bereits die Strafe für wissenschaftliche und politische Unterlassungssünden. Die größere Schande trifft aber die Generation, die a) mit der Kindheit in der NS-Zeit wurzelt und b) die in den Neuanfang nach dem zweiten Weltkrieg geboren wurden, weil im Rückblick das Fehlverhalten sichtbar war und sie trotzdem danach in ihrer politischen und wissenschaftlichen Wirkungszeit versäumten, eine Wiedergutmachung wesentlicher Art durch mustergültige Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu ermöglichen. Von der Verantwortung für die großen Fehlentwicklungen nach der Nazi-Zeit, die ja nicht weniger Tote und Elend gebracht hat als die Zeit davor - was wir nur gerne übersehen, weil wir auf einer Insel des relativen Wohlstandes gelebt haben - und den geringeren Fehlentwicklungen, die „nur“ Lebensglück, Entwicklungschancen und Hoffnungslosigkeit gebracht haben, kann wiederum demokratisch gesehen kein Mitglied dieser Generationen freigesprochen werden, die besondere Verantwortung liegt aber eindeutig wieder bei den Gesellschaftswissenschaftlern (hier besonders bei den Ökonomen) und bei den Parlamentariern (und hier besonders bei den Wissenschafts- und Wirtschaftspolitikern). Wir können diesmal nicht die Sieger (des 2. Weltkrieges) mit in die Schuld einbeziehen, aber durchaus den internationalen Verbund der Gesellschafts- oder Sozialwissenschaften. Es ist sicher nicht möglich, daß wir Menschen uns ein Paradies auf Erden schaffen, aber es ist uns möglich, ein goldenes Zeitalter einzuleiten. Die Bausteine dazu liegen an der Straße der Ideen. Nur jeder Stein will auf seine Verwendbarkeit hin geprüft werden.

Ich hoffe, daß Sie die eine oder andere Passage mit Gewinn gelesen haben. Aussagen, die Ärger hervorrufen, sind erforderliche Stolpersteine, die verhindern, daß die Politik einschläft. Ich hoffe, daß ich trotz manch hartem Urteil persönliche Ehrverletzungen vermieden habe. Was mit meiner Ausarbeitung und dem vorgetragenen Anliegen wird, liegt wesentlich in Ihren Händen.

Es grüßt Sie in Freund- und Gegnerschaft

Tristan Abromeit

Nachträge >>>>>>

1. Mai / Nachträge:

1. Ich habe an mehren Stellen auf die Arbeit von Gruppen oder Vereinen hingewiesen. Diese Hinweise bedeuten aber nicht, daß ich im Namen eines dieser Vereinigungen gesprochen habe. Ich habe unabhängig in eigener Verantwortung geschrieben.

2. Ich war geneigt, hinter dem Datum 1. Mai, statt des gedachten Zusatzes „Tag der Arbeit“, „Tag der Phrasendrescher“ zuschreiben. Das wäre an so herausragender Stelle unklug gewesen, weil das als Kränkung hätte empfunden werden können, obwohl es nur einen Tatbestand beschreiben will. Aber bevor am Tag der Arbeit - z. B. auf dem Klagesmarkt in Hannover - wirklich etwas Neues zum Thema *Arbeit* gesagt wird, muß noch viel Wasser die Leine runter fließen. Die Reden der Gewerkschafter zum 1. Mai klingen in meinen Ohren so hohl, wie viele Predigten von Pastoren sonntags in der Kirche. Man hat das Gefühl, sie wollen ihren Zuhören etwas vermitteln, an das sie selber nicht so recht glauben.⁴⁷

3. Wenn man sich mit den ökonomischen Aspekten der Nachkriegsgeschichte auseinandersetzt, dann spielen die Namen Wilhelm Röpke und Walter Eucken eine bedeutende Rolle. Röpke wurde am 10. Oktober 1899 in Schwarmstedt (etwa 30 km von meinem Wohnort entfernt) geboren und starb am 12. Februar 1966 in Genf. Ich wollte schon immer einmal überprüfen, ob es in seinem Geburtsort einen Hinweis auf „den berühmten Sohn der Stadt“ gibt. Walter Eucken ist väterlicherseits ostfriesischer Abstammung. Sein Vater (1846-1926) wurde in Aurich geboren, Lehrte Philosophie in Basel und Jena und erhielt 1908 den Nobelpreis für Literatur. In mir ist die Frage aufgekommen, ob es ein Verzeichnis gibt, dem zu entnehmen ist, welchen Anteil Menschen der norddeutschen Landschaft an der Forschungs- und Geistesgeschichte Deutschlands und Europas haben?
 In Rudolf Euckens „Lebenserinnerungen - Ein Stück Deutschen Lebens“ bin ich in dem Kapitel „Das Auricher Gymnasium“ auf eine Textstelle gestoßen, die deutlich macht, wie

⁴⁷ 2. Mai: Die HAZ schreibt unter der Schlagzeile „Der Kanzler muss sich auf der Mai-Kundgebung in Rostock von allen Seiten Vorwürfe anhören“ u.a. „Am Ende geht ein Rundfunkreporter durch die Reihen der Zuhörer und will wissen, wie der Kanzler auf sie gewirkt habe. 'Alles nur schöne Worte', meint eine ältere Frau. 'Der spricht von einer Märchenwelt', ergänzt ein grauhaariger Mann. 'Auf Taten kommt es an', sagt eine junge Frau, 'aber Wort und Tat passen hier nicht zusammen.' ...“ Franz Bsirskes, der neue Stern am Gewerkschaftshimmel, hat in Hannover auf dem Klagesmarkt gesprochen. Die HAZ berichtet unter „Bsirske attackiert - und preist den Kompromiss“ u.a. „Bsirske behandelt in seiner fast 40-minütigen Rede eine ganze Reihe von Politikfeldern, er breitet Fakten und Argumente aus. Auf demagogische Ausfälle verzichtet er, selten leistet er sich etwas Polemik und Ironie. Dann erntet er kräftige Zustimmung. Ansonsten bleibt der Beifall eher mager; auf Begeisterungstürme ist die Rede auch nicht angelegt. Gut eine Stunde später, auf dem 'heißen Stuhl' im Zelt der DGB-Jugend, unterstreicht der 49-Jährige, dass er kein Mann der 'Sprücheklopfferei und der Vollmundigkeit' ist.“ ...

wichtig es ist, die Bildung aus den Krallen des Staates zu befreien. R. Eucken schreibt über den Rektor Wilhelm Reuter:

„Sehr bedauerlich, ja empörend war es, daß der tiefinnerliche und ganz und gar auf seine seelenbildende Arbeit gerichtete Lehrer zum Schluß seines Lebens in politische Konflikte geriet und dabei eine Behandlung erfuhr, die uns Ostfriesen empörte. Reuter stammte aus Hildesheim und fühlte sich als Althannoveraner. Nun kam die Annexion 1866; diese Annexion mit der Entthronung des Königs widersprach seinem moralischen Empfinden, und wie er nie aus seiner Überzeugung Hehl machte, so hat er wahrscheinlich auch zu den Schülern darüber gesprochen. Nun müssen irgendwelche nichtostfriesische Schüler ihren Eltern davon erzählt haben, wahrscheinlich hat sich auch Klatsch daran geknüpft; kurz es wurde eine peinliche Untersuchung auf Amtsentsetzung des Mannes eingeleitet, die alle Instanzen beschäftigte. ... Diese Bureaukratie hat kein Augenmaß für groß und klein, sie denkt in starren Schablonen und kann sich in keiner Weise in fremde Denkart versetzen sowie kein Recht einer Individualität würdigen. Wir erleben auch bis zur Gegenwart Glanzstücke dessen.“ (S. 19 f.)

4. Vor drei Tagen habe ich von Isa (Jg. 1913), der Freundin und Familientante, den letzten Teil, des von ihr korrigierten Offenen Briefes abgeholt. Wie immer, wenn ich sie im Altenstift besuche, nehme ich auf dem Heimweg alte Zeitungen etc. für den Papiercontainer mit, der vor dem Stift steht. Meistens sind solche Container abgeschlossen und nur über einen Schlitz zu füllen, damit in ihnen nicht unerwünschte Müll entsorgt wird. Diese Container sind aber nicht verschlossen, man kann bequem die Deckel hoch schieben und dabei auch sehen, wie voll sie schon sind. Es stehen dort zwei Container. So ganz nach Impuls werfe ich gewöhnlich das Altpapier in den ersten oder zweiten Container. Diesmal habe ich mich vor Ort für den zweiten entschieden. Ich öffne ihn, entleere meine Plastiktüte und sehe, unter einer Zeitung, die bereits dort lag, schaut ein Buch hervor. Da in dem Stift Bücher aus Nachlässen im Regelfall über den Bücherflohmarkt neue Freunde finden⁴⁸, habe ich zuerst gedacht, daß muß wirklich ein unbrauchbarer „Schinken“ sein. Aber ein Buch ungeprüft im Altpapier lassen, daß konnte ich nicht. Ich schiebe die Zeitungen zur Seite und ? Da lag doch tatsächlich eine kleine Bibliothek im Container. Ich stellte schnell fest, daß von den Themen hergesehen, der ehemalige Eigentümer es mit der englischen Sprache und dem Christentum, protestantischer Prägung, zu tun gehabt hat. Ich war bestürzt, weil ich diese kalte Vernichtung von Büchern - die von einer hohen Gleichgültigkeit gegenüber den Inhalten sowohl der Bücher wie auch den seines ehemaligen Inhabers zeugten -, schlimmer empfand als eine Bücherverbrennung, bei der man wenigstens noch einen irregeleiteten Protest entdecken kann. Ich war empört, weil ich vermutete, daß den Erben das Bare viel

⁴⁸ Ich weiß Freundschaften gibt es nur zwischen Lebewesen, aber man spricht auch von Bücherfreunden. Und die Begriffe *Besitzer* und *Eigentümer* drücken nicht das aus, was ich sagen will und *Interessent* klingt mir hier zu nüchtern.

mehr am Herzen lag, als die Zeugnisse des Geistes des Verstorbenen. Und das Bare war wahrscheinlich so reichlich, daß es nicht einmal der Mühe lohnte, ein Antiquariat anzurufen, um ein paar Hunderter zusätzlich herauszuholen. Ich dachte nur noch an „Rettung“. Da es - auf die Schnelle geurteilt - nicht meine Themen waren, habe ich erst einmal überlegt, wer an den Büchern noch Interesse und / oder Freude haben würde. Mir viel ein, daß in der Nähe ein religionspädagogisches Institut sein Domizil hat. Nur zur späten Abendzeit vermutete ich, daß alle Türen verschlossen seien. Aber in der Verwandtschaft gab es ja Mitglieder, die Theologie studieren oder studiert haben. Ja, die eigenen Kinder könnten Interesse an der englischsprachigen Literatur haben. Erst wollte ich noch wertend auswählen. Ich habe dann alle aus dem Container geholt und wäre beinahe dabei kopfüber hinein gerutscht. Am Ende hatte ich eine - an Inhalt und Volumen gemessen - reichliche Fracht im Auto. Ich habe mir gedacht, stell die Bücher erst einmal in ein vorhandenes leeres Regal, dann kann die engere Familie erst einmal prüfen, welche Titel sie behalten möchte. Das Weitere wird sich finden. Aber das Ausladen war dann zu meiner Überraschung schon ein kleines Fest. Mein jüngster Sohn hatte ruck zuck einen Wäschekorb mit Büchern gefüllt, die er unbedingt bräuchte, eine zweiten mit Büchern, die er noch einmal prüfen wollte. Er hatte auch bald herausgefunden, daß der von mir ohne Überlegung vermutete verstorbenen Eigentümer eine Eigentümerin war, zu Lebzeiten Professorin für die Lehrer Ausbildung in den Fächern Englisch und evangelische Theologie. „Mama, was sind Mormonen?“ Und als er ausrief: „Hier ist ein Koran!“ Da meldete sich gleich die Jüngste, die als Konfessionslose (klingt wie: religiös heimatlos - ist sie aber nicht) in der Schule an den Religionsunterricht teilnimmt, mit den Worten: „Den brauche ich, wir sprechen gerade über den Islam in der Schule.“ Ich selber bin noch nicht dazu gekommen, genauer hinzuschauen, was ich für einen Schatz nach Hause gebracht habe. Nur drei kleine Schriften und einen dicken Wälzer habe mir mit in mein Zimmer genommen. Die Schriften sind verfaßt von (einem mir unbekanntem) Ludwig Freund und tragen die Titel: „Menschenwürde und Politik“, „Das Verhältnis von Staatskunst und Ethik“ und „Eine politikwissenschaftliche Beurteilung der >Friedens-Studie der EKD<“. Und der Titel des dicken Buches? Es ist das „Stuttgarter Biblisches Nachschlagewerk - Anhang zur Stuttgarter Jubiläumsbibel“, großes Format, ca. 760 Seiten. Es ist ein Buch, das ich mir schon lange gewünscht habe, um dann, wenn ich die Bibel zitieren möchte, die entsprechenden Bibeltexte auch zu finden. Zu meiner Frau habe ich am gleichen Abend noch gesagt: „Schade daß die (vermutlich) verstorbene Frau Professor nicht die Freude unseres Jungen erleben kann, und daß dieser die alte Frau nicht mehr aufsuchen kann.“ Für mich habe ich dann noch überlegt, ob der Frau

durch Krankheit oder einem überraschendem Ende kein „geordneter“ „Abgang“ mehr möglich war oder ob sie trotz der Hundertschaften von Lehrer-StudentInnen, die sie gehabt haben muß, so sehr vereinsamt gestorben ist, daß ihr der Verbleib ihrer Bücher am Ende sogar egal war.

Ich habe den Vorgang nicht nur deshalb so ausführlich geschildert, weil er mich bewegt hat, sondern, weil er auch bildungs- und kulturpolitische Aspekte hat. Ich muß aber noch hinzufügen, daß ich auch schon erlebt habe, daß die Werke einer Malerin, weil sie aus der Sicht der Erben keinen Marktwert hatten, einfach im Container gelandet sind. Und ich habe vor einiger Zeit auch darüber aufgeregt, daß öffentliche Bibliotheken nur deshalb Bücher ausmustern müssen, weil ihnen der Raum dafür fehlt, daß ein Buch zwei, fünf, zehn oder gar zwanzig Jahre auf seinen Leser, seine Leserin warten kann. Die Stärke des Mediums „Buch“ ist aber gerade, seine zeitlose Geduld mit der Aufforderung: „Entdecke mich!“. Diese Geduld, kann das Buch aber nur entwickeln wenn wir es vor Zensoren, Eiferern, gedankenlosen Erben und Haushaltszwängen der Bibliotheken schützen.

Ich übersehe dabei nicht, daß das Buch inzwischen auch ein Massenprodukt geworden ist und viele - wie die Zeitung - nur für ein kurzes „Leben“ hergestellt wurden. Auch müssen wir individuell genauso gut loslassen wie festhalten können. Wir haben mit den Antiquariaten - neuerdings auch über das Internet - und den Flohmärkten auch Institutionen, die ein Gutteil der Bücher, die aus alten Besitzständen getrennt wurden, wieder zu neuen Nutzern führen. Wir brauchen aber auch die Entwicklung eines Bewußtseins, daß ein Buch mehr ist als ein Stück Altpapier und auch mehr als ein Handelsobjekt. Vielleicht braucht unsere heutige Gesellschaft nicht nur eine Babyklappe, sondern auch eine Buchklappe.

J.A.

Ende Hauptteil